

25. Juni 2018

sekretariat.al4@finanzen.bremen.de

Vorlage für die Sitzung des Senats am 03. Juli 2018

Neu- und Änderungsanträge zu den Verstärkungsmitteln für die Handlungsfelder Digitale Verwaltung und Bürgerservice

A. Problem

Der Senat hat in seiner Sitzung am 12. September 2017 die Maßnahmen 2018/19 u. a. zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice beschlossen. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 26. Januar 2018 die Mittel maßnahmenbezogen für das Jahr 2018 beschlossen. Im Mai hat die Staatsräterunde auf Grundlage des unterjährigen Controllings die Ressorts in Abstimmung mit dem Finanzressort gebeten, Änderungs- und Neuanträge zu den Projekten für die Handlungsfelder Digitalisierung und Bürgerservice vorzubereiten und dem Senat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Entsprechende Gegenfinanzierungen werden u.a. über Einsparungen durch verzögerte Stellenbesetzungen dargestellt.

B. Lösung

Die Senatorin für Finanzen hat im September 2017 ein umfangreiches Handlungskonzept „Digitale Verwaltung und Bürgerservice“ vorgelegt. Dieses wurde priorisiert mit einer Maßnahmenliste, die zwischen ressortübergreifenden, zentralen Projekten, Ressortprojekten und Projekten der Stadtgemeinde Bremerhaven unterscheidet.

Die Senatorin für Finanzen legt nunmehr die Fortführung dieser Liste mit weiteren umzusetzenden Maßnahmen sowie bestehenden Maßnahmen mit Änderungsbedarfen zur Entscheidung vor. Die Maßnahmenliste ist in der Anlage 1 beigefügt.

Für alle neu beantragten Projekte liegen umfangreiche Projektunterlagen (u. a. Projektskizze, Wirtschaftlichkeitsuntersuchung) vor. Ebenso liegen für geänderte Projekte mit Mehrbedarfen bzw. Verschiebungen zwischen den Ausgabeaggregaten (Personal, Konsumtiv, Investiv) überarbeitete Projektunterlagen vor. In wenigen Einzelfällen stehen noch abschließende Klärungen bzw. vorzulegenden Unterlagen aus. Die Vervollständigung erfolgt im weiteren Verfahren.

Für folgende Projekte wurden weitere Projektanträge vorgelegt:

a) Bereich Digitalisierung

- Für das bereits im September 2017 vom Senat beschlossene Projekt D44 (SKB) wurden vom Ressort nunmehr zwei Teilprojektanträge gestellt:
D44a Kindertagesbetreuung – TP1 Zentrale Beitragsfestsetzung
D44b Kindertagesbetreuung – TP2 Online-Anmeldeverfahren

Neue Projekte

- D50 (SWGv) Zentralisiertes, digitales EDV-Fachverfahren zum Arbeitsschutz im LUA
- D51 (SWGv) Einrichtung einer Digitalisierungsstelle bei der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
- D54 (SUBV) Digitalisierung von Prozessen
- D55 (SUBV (Geo)) Automatisierte Erfassung des Gebäudefehlbestandes im Liegenschaftskataster
- D56 (SUBV (Geo)) Digitalisierung und Georeferenzierung von Katasterunterlagen in einem Dokumentenmanagementsystem (Linkbase)
- D57 (SUBV (UBB)) Digitales Informationssystem für bremische Freianlagen
- D58 (SUBV (UBB)) Digitalisierung der Gräber der Friedhöfe Blumenthal und Aumund
- D59 (SUBV (UBB)) Automatisierte Bestattungs- und Kremierungsanmeldung mit FIM@web
- D60 (SUBV (UBB)) IT-Strategie des Umweltbetrieb Bremen
- D61 (SUBV (UBB)) Ausweitung der digitalen Baumkontrolle
- D62 (SI Stadtamt) Personalverstärkung für IT-Projekte des Behördenzentrums
- D63 (SKB) Webgestützte Leistungsdatenerhebung an Schulen
- D64 (SfK) Digitaler bürgernaher Informationsservice von Bibliotheken, Museen und Archiven
- D65 (SJFIS) Digitalisierung im Jugendamt: Online-Erziehungsberatung und elektronische Teamassistenz
- D66 (SJFIS) Digitalisierung in der Betreuungsbehörde: datenbankgestütztes Fallmanagement und Controlling
- D67 (SJFIS) Mehrdimensionales Feedback-System „Bürgerservice Jugendamt Bremen“
- D68 (SJFIS) Digitales „Organisationsportal Soziales“ (OpoS)
- D69 (SWAH) Digitalisierungsprojekt in der Abteilung 5 des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – Gewerbe- und Marktangelegenheiten

ten

- D70 (SF (Steuer)) Konsens

Zudem wurden für folgende Digitalisierungsprojekte Änderungsanträge vorgelegt:

- D7 (Zentral) Gemeinsame IT-Angebote mit Bund und Ländern
- D11 (SF) Auf dem Weg zu HKR 4.0
- D28 (SUBV (ASV)) Online-Störungsformular
- D29 (SUBV (ASV)) Digitale Straßenunterlagen

b) Bereich Bürgerservice

- B42 (LfDI) Beratung und Information im Rahmen der Europäischen Datenschutzgrundverordnung
- B43 (SWGv) Gesundheits- und Präventionsberichterstattung
- B44 (SWGv) Infektionsschutz im Gesundheitsamt Bremen
- B45 (SWGv) Kindeswohl 2.0 – Optimierung des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes
- B46 (SWGv) Gelbfieberimpfung und reisemedizinische Beratung

Zudem wurden für folgende Bürgerservice-Projekte Änderungsanträge vorgelegt:

- B15 (SF) Mobiler Service für ältere Menschen: Verlagerung von konsumtiven zu Personalmitteln im Umfang von 23 T€ zur Finanzierung einer Stelle im Bürgeramt für mobile Bürgerdienste
- B19 (SUBV) Einrichtung ServiceCenterBau Nord: Erhöhung der Investiven Kosten durch Erweiterung des Umbauumfangs und Mehrkosten durch Baupreisentwicklung um 26,7 T€ in 2018 und 8,1 T€ in 2019.

Insgesamt wurden Änderungs- und Neuanträge in folgender Höhe gestellt:

Senatorin für Finanzen



Mehrbedarfe Digitalisierung und Bürgerservice

in Tsd. €

	2018	2019	Insgesamt
Digitale Verwaltung 1)	2.095	3.048	5.142
,davon			
Ressort SI	38	150	188
Ressort SK	200	0	200
Ressort SKB	665	633	1.298
Ressort SJFIS	178	377	555
Ressort SWGV	43	128	171
Ressort SUBV	486	834	1.320
Ressort SWAH	111	100	211
Ressort SF	375	825	1.200
Bürgerservice	282	592	874
Mehrbedarfe insgesamt	2.377	3.640	6.017

1) Für Mehrbedarfe 2018 i. H. v. 381 Tsd. Euro wird von der Senatorin für Finanzen bis zur HaFA-Befassung am 24. August 2018 eine Lösung erarbeitet.

Diesen Mehrbedarfen stehen im Jahr 2018 Einsparungen im Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice (u.a. durch Personaleinsparungen aufgrund noch nicht besetzter Projektstellen sowie Ressorteinsparungen bzw. Liquiditätstausch) in folgender Höhe gegenüber:

Senatorin für Finanzen



Einsparungen Digitalisierung und Bürgerservice

in Tsd. €

	2018	2019	Insgesamt
Digitale Verwaltung	-883	-477	-1.360
,davon			
Zentrale Mittel SF	-327	-327	
Ressort SJV	-200		
Ressort SK	-65		
Ressort SI	-30		
Ressort SJFIS 1)	-105		
Ressort SUBV	-105	-105	
Ressort SWGV	-18	-45	
Ressort SF	-33		
Bürgerservice	-120	-25	-145
Einsparungen insgesamt	-1.003	-502	-1.505

1) Einsparung erfolgt bei der FIPO 3950/81221-3 investiv (Projekt OKJug Neu SJFIS)

Bei Anerkennung der beantragten neuen und geänderten Maßnahmen verbleibt nach Abzug der innerhalb der Projekte erbrachten Einsparungen in 2018 eine Deckungslücke i. H. v. 1.374 T€, in 2019 i. H. v. 3.138 T€. Hierzu ist eine Lösung zu entwickeln, die unter D. vorgeschlagen wird.

Eine Übersicht der Änderungen und der Neu-Projekte sowie der erbrachten Einsparungen können der Anlage 1 entnommen werden. Die von den Ressorts hierzu eingereichten Projektunterlagen sind als Anlage 2 beigefügt.

C. Alternativen

Werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Insgesamt wird durch die zusätzlichen Maßnahmen die Beschäftigung in Bremen in den kommenden Haushaltsjahren um 25,8 Vollzeitäquivalente (VZÄ) im Jahr 2018 (16,8 VZÄ für Digitalisierung) und 30,9 Vollzeitkräfte im Jahr 2019 (19,8 VZÄ für Digitalisierung) angehoben.

Die Finanzierung 2018 erfolgt aus verbliebenen Verstärkungsmitteln im Stadthaushalt (3995.97112-6 Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)). Ein entsprechender Land-Stadtausgleich ist durchzuführen. In Höhe von 575 Tsd. Euro stehen 2018 aktuell keine zentralen Mittel zur Verfügung. Eine Lösung wird im Vollzug 2018 also entweder durch zu erzielende Einsparungen im Rahmen der Mittelbereitstellung der beschlossenen Maßnahmen oder durch Ressortmittel zu finden sein.

Für 2019 werden Mehrforderungen von aktuell 3,138 Mio. Euro mit den Projektanträgen angemeldet. Hierfür stehen keine zentralen Mittel zur Verfügung. Eine Lösung ist im Vollzug 2019 also entweder durch zu erzielende Einsparungen im Rahmen der Mittelbereitstellung der beschlossenen Maßnahmen zu Beginn des Jahres 2019, durch Mittel der nachmeldenden Ressorts oder im Rahmen der Problemlösung zur Haushaltssteuerung 2019 zu finden.

Die geplanten Maßnahmen haben auch finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf die Haushalte ab 2020, insbesondere, wenn für die Durchführung Personal unbefristet eingestellt wird. Eine Weiterfinanzierung der Maßnahmen ist mit den Mitteln der Haushalte 2018 / 2019 dafür nicht möglich. Ab 2020 sind die Finanzierungsrisiken durch die jeweiligen Ressorts zu tragen und müssen im Rahmen des Aufstellungsverfahrens für die Haushalte 2020 / 2021 durch diese eingeworben werden.

Die Vorlage hat keine geschlechtsspezifischen Auswirkungen.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die in der Anlage beigefügten Projektanträge sind von den Ressorts erstellt worden und sind von der Senatorin für Finanzen auf Vollständigkeit und Plausibilität geprüft worden.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet.

G. Beschluss

1. Der Senat beschließt die in den Anlagen dargestellten neuen Maßnahmen und die Änderungen bereits beschlossener Maßnahmen mit der Maßgabe, dass im Jahr 2018 und 2019 alle Ressorts Einsparmöglichkeiten bei den beschlossenen Projekten ergreifen.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen unter Beteiligung der Ressorts um die haushaltmäßige Umsetzung für das Jahr 2018 (einschl. ggf. notwendiger Verpflichtungsermächtigungen). Diese Anträge sind über die Senatorin für Finanzen den Haushalts- und Finanzausschüssen zur August-Sitzung zuzuleiten.
3. Der Senat beschließt, dass vorgezogene Stellenausschreibungen für die geplanten Maßnahmen nur unter dem Vorbehalt der Stellen- bzw. Mittelfreigabe erfolgen können.
4. Der Senat bittet die Ressorts für finanzielle Auswirkungen über das Jahr 2019 hinaus dezentral Vorsorge zu treffen. Gegebenenfalls sind im Rahmen des Aufstellungsverfahrens für die Haushalte 2020/2021 entsprechende Mehrbedarfe durch die Ressorts einzuwerben.
5. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, diese Vorlage an die Haushalts- und Finanzausschüsse mit der Bitte um Zustimmung weiterzuleiten.

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

hier: Änderungsanträge Digitalisierung für den Senat am 26. Juni 2018

								HaFA 26.01.2018			Beantragte Mittel 2018/ aktuelle Planung 2019											
Ild. Nr.	Zielgruppe: Bürgerinnen und Bürger	Ergebnisse / Wirkungen Was soll bewirkt werden?		Programme / Produkte Was wird angeboten?		Organisation/Prozesse Wie erfolgt die Umsetzung?		Ressourcen Was ist dafür einzusetzen?								durchführendes Ressort	Beigefügte Unterlagen					
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Mittelbedarf (in T€)			Stellen (VZÄ)			Mittelbedarf (in T€)			Stellen (VZÄ)		Projektbeschreibung/-auftrag	Zeitplan	WU-Übersicht	Wirtschaftlichkeitsberechnung
								Einnahme-/Ausgabeart	2018	2019	nachr.: 2020ff	2018	2019	2020ff	2018		2019	2018				
D7	IT-Planungsrat, Bund und Länder, Kommunaler Bereich	Erarbeitung von Gesetzesänderungsvorschlägen für bundesrechtliche Vorschriften mit dem Ziel, Bremen zu entlasten (andere Interessenlage als Bund und Flächenländer). Umgekehrt: Übernahme anderswo geltender Regelungen und	Anzahl der bundesweit einheitlich angebotenen Verfahren für Bremer Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen wird erhöht.	Gemeinsame IT-Angebote mit Bund und Ländern (Föderale IT-Kooperation, FITKO): Bremens herausgehobene Stellung im Konzert der Länder (Governikus, KoSIT) muss gesichert werden, da über DZG etc	Anzahl der gemeinsam mit anderen Ländern betriebenen Fachverfahren wird erhöht (jetzt ca. 10: danach ca. 20). Planwert 2019: ca.20	Die im Aufbau befindliche Föderale IT-Koordination (FITKO) in Frankfurt/Main wird intensiv von Bremen aus begleitet und unterstützt.	Aufträge des IT-Planungsrates an SF, KoSIT und Governikus von jetzt ca. 5 auf ca. 8 Planwert 2019: 8	Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves	65,0 0,0 0,0	58,1 0,0 0,0	65,0 0,0 0,0	1,0 1,0 1,0	65,0 123,1	1,0 2,0	SF für alle Ressorts	Ja	Ja	Ja	Ja			
D11	Interne Verwaltung, Unternehmen	Unter dem Projektdach „Auf dem Weg zu HKR 4.0“ werden vier Schwerpunktvorhaben gebündelt, die gemeinsam die zukünftige Ausrichtung im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen prägen. So wird dem übergeordneten Ziel Rechnung getragen, die Voraussetzungen für eine funktionierende und zukunftsfähige Systemlandschaft durch erste	Anzahl der Reformprojekte : Planwert 2018: 2; Planwert 2019: 4, Anzahl der Zukunftsprojekte	Erstellung eines Konzepts für ein 'Relaunch' des HKR-System, Ausbau digitaler Prozessketten von E-Vergabe, E-Einkauf zu E-Rechnung; Aufbau der B2G Strategie	Konzeptionen zur zukunftssicheren Neuausrichtung des HKR-Systems: Planwert 2018: Anzahl 2; Planwert 2019: Anzahl 3, Projekte mit Unternehmen oder	Projektorganisation innerhalb von SF (Abt. 2) unter jeweiliger Einbindung weiterer Interessengruppen (Stakeholder) und der Ressorts	Lenkungsgremientagungen: Planwert 2018: 4 Stk.; Planwert 2019: 4 Stk.	Ausg.Inves Ausg.Pers	725,0 300,0	1.175,8 300,0	1.565,0	4,5 4,5	750,0 275,0	1.175,8 300,0	SF	Ja	Ja	Ja	Ja			
D28	BürgerInnen, Verwaltung und Politik	Bürgerzufriedenheit und Beschleunigung und Transparenz der Prozesse	Schnellere Erkennung und Beseitigung von Schäden im Verkehrsraum, insbesondere Berücksichtigung von Meldungen durch Bürgerinnen und Bürger: Planwert 2018	Online-Störungsformular für den Bürger; Transparenz zum Wert der Infrastruktur und der erforderlichen Investitionen für den Erhalt	Anzahl aufgenommener Schäden: Planwert 2018: 3 000 Stk.; Planwert 2019: 10.000 Stk.	Einführung der mobilen Datenerfassung bei der Kontrolle der Verkehrsflächen + medienbruchfreie Durchführung der weiteren Prozesse	Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht durch digitale Erfassung: Planwert 2018: 3.000 Stk.; Planwert 2019: 10 000 Stk.	Ausg.Konsu	199,0	178,0	199,0		199,0 378,0		SUBV ASV	Ja	Ja	Ja	Ja			
D29	BürgerInnen, Verwaltung und Politik	Alle Unterlagen einer Straße stehen im Ressort und bei Anfragen der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung	Digitale Verfügbarkeit aller Straßenunterlagen: Planwert 2018: 1.780 Stk.; Planwert 2019: 4.450 Stk.	Digitale Bereitstellung aller Unterlagen der bremischen Straßen	Eingescannte Straßenaakte in VIS5 / Vorhalten im Programm: Planwert 2018: 1.780 Stk.; Planwert 2019: 4.450 Stk.	Alle Unterlagen werden durch interne AG und externe Firma gescannt und in VIS5 bereitgestellt		Ausg.Pers					40,0 1,0		SUBV ASV	Ja	Ja	Ja	Ja			
D44a	Bürgerinnen und Bürger	Neuausrichtung von Verwaltungsprozessen im Bereich der Kindertagesbetreuung	Zentralisierung der Festsetzung von KiTa-Beträgen	Entlastung des pädagogischen Personals von reinen Verwaltungstätigkeiten /Einheitliche Festsetzung und Beitreibung der Forderungen	Projektmittel	Schaffung einer zentralen Einheit bei Performa Nord	Aufnahme Echtbetrieb zum Kita-Jahr 2018/19	Ausg.Pers Ausg.Konsu					46,0 287,0	61,0 144,0	2,3 2,3	SKB						

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

hier: Änderungsanträge Digitalisierung für den Senat am 26. Juni 2018								HaFA 26.01.2018				Beantragte Mittel 2018/ aktuelle Planung 2019							
D44b		Weiterentwicklung des Anmeldeverfahrens für die Kindertagesbetreuung		Durch Veränderung des Anmeldeverfahrens und des Datenmanagements sollen Platz- und Finanzbedarfe in der Kindertagesbetreuung	Projektmittel, Personalkosten, Projektsteuerung, Dantemanagement, Anbindung an vorhandene Verfahren	Prozesseanalyse, -modellierung, Abstimmung mit Trägern, Softwareentwicklung, Anschaffung, ausrollen, Betrieb, Support	Aufnahme des Probebetriebs Mitte 2019	Ausg.Pers											
								Ausg.Konsu		260,0	260,0								
D50	Intern Beschäftigte sowie Personen, die mit dem LUA in Kontakt stehen	Etablierung des Arbeitsschutzes beim Landesuntersuchungsamt mittels der Software „Robert Knows“, Abbildung des rechtssicheren Arbeitsschutzes	Prozent	Zentralisiertes, digitales EDV-Fachverfahren zum Arbeitsschutz im LUA	Prozent	Initiierung und Aufbau der für die Zielerreichung notwendigen Prozesse in der IT	Prozent	Ausg.Pers		7,2	24,3	0,5	0,5	SWGV	x	x	x	x	
								Ausg.Konsu		11,2	24,0								
D51	Bürgerinnen und Bürger	Schaffung einer organisatorischen Koordinierungseinheit zur weitgehenden Digitalisierung der Verwaltung und Optimierung der online-Angebote	Prozent	Eine zentrale Digitalisierungsstelle unterstützt die Digitalisierung in den Organisationseinheiten der Senatorin für WGV	Prozent	Initiierung und Koordinierung der Digitalisierungsaktivitäten, Gremienarbeit, Beratung, Wissenstransfer, Controlling	Prozent	Ausg.Pers		21,0	65,0	1,0	1,0	SWGV	x	x	x	x	
								Ausg.Konsu		3,8	15,0								
								Ausg.Inves											
D54	Bürger/Innen Verwaltung	Digitalisierung von Prozessen; Transparente, Effiziente und Beschleunigte Prozesse sowie Vorbereitung zur Medienbruchfreien Onlineanbindung	Anzahl Fachbereiche	Digitalisierte Prozesse in den Fachbereichen	Anzahl Fachbereiche	Digitalisierte Prozesse in den fachbereichen	Anzahl Fachbereiche	Ausg.Pers						SUBV	ja	ja	ja	ja	
								Ausg.Konsu		54,0	164,0								
								Ausg.Inves											
D55	Bürger/Innen Verwaltung Wirtschaft	Automatisierte Erfassung des Gebäudefehlistand bis Bj. 1969 erfasst; Ergebnis zur Liegenschaftskataster	Gebäudefehlistand bis Bj. 1969 erfasst; Ergebnis zur Umsetzbarkeit als Standardverfahren	Verfahren zur Gebäudeerfassung aus Fernerkundungsdaten	Verfahren ist einsetzbar; Prüfung und Abnahme der Dienstleistung; Validierung der Ergebnisse in rechtlicher und technischer Hinsicht	Konzepterstellung; Beauftragung Dienstleister	Zeit	Ausg.Pers		3,5	5,5	0,3	0,3	SUBV (Geo)	ja		ja	ja	
								Ausg.Konsu		15,0	5,0								
								Ausg.Inves											
D56	Verwaltung, Wirtschaft	Digitalisierung und Georeferenzierung von Katasterunterlagen	Digitale Verfügbarkeit der Katasterunterlagen	Gescannte und georeferenzierte Unterlagen im Programm Linkbase	Stück	Scan; Georeferenzierung; Prüfung Stichproben	Stück	Ausg.Pers						SUBV (Geo)	ja		ja	ja	
								Ausg.Konsu		100,0	200,0								
								Ausg.Inves											
D57		Digitales Informationssystem für bremische Freianlagen	Anzahl der digitalen Datensätze	Elektronische Auskünfte	Zugriff auf historische Pläne, digitale Daten zu den Freianlagen	Erstellung eines Projektes	Beschaffung IT Lösung	Ausg.Pers		60,0	60,0	1,0	1,0	SUBV (UBB)	ja	nein	ja	ja	
								Ausg.Konsu		40,0									
								Ausg.Inves											
D58		Digitalisierung der Gräber der Friedhöfe Blumenthal und Aumund	Die Bestattungsverwaltung der beiden Friedhöfe kann in die zentrale Bestattungsverwaltung integriert werden	Integration der beiden Friedhöfe in die zentrale Bestattungsverwaltung mit dem Programm FIM	Anzahl Grabstellen	Erfassung von Grabstellen durch Verwaltungskraft	Anzahl abgleiche vor Ort und eingabe in IT	Ausg.Pers						SUBV (UBB)	ja	nein	ja	ja	
								Ausg.Konsu		25,0	20,0								
								Ausg.Inves											
D59		Automatisierte Bestattungs- und Kremierungsanmeldung mit FIM@web	Anzahl der über FIM@web angemeldeten Bestattungen und Kremierungen	Einsatz des Programms FIM@web	Einrichten der automatisierten Anmeldung	Kauf von verschiedenen Lizenzen, damit das Programm F M@web eingesetzt werden kann	Verhältnis manueller zu automatisierter Anmeldung	Ausg.Pers						SUBV (UBB)	ja	nein	ja	ja	
								Ausg.Konsu		48,2									
								Ausg.Inves											
D60		IT-Strategie des Umweltbetrieb	Erstellung einer Entscheidungs	Gutachten zur Funktionalität u.	Erstelltes Gutachten	Vergabe eines Beratungsauftrages	Beauftragung erfolgt	Ausg.Pers											
								Ausg.Konsu		50,0									

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

hier: Änderungsanträge Digitalisierung für den Senat am 26. Juni 2018

										HaFA 26.01.2018				Beantragte Mittel 2018/ aktuelle Planung 2019						
		Bremen	Orlage	Wirtschaftlichkeit einer möglichen Datenmigration zu Dataport					Ausg.Inves							SUBV (UBB)	ja	nein	ja	ja
D61		Ausweitung der digitalen Baumkontrolle in Grünanlagen	Anzahl der digital ausgeführten Baumkontrollen in Grünanlagen	Stammdatenerfassung von Bäumen in Grünanlagen	Anzahl der erfassten Datensätzen von Bäumen in Grünanlagen St.	Beauftragung Fremdfirma zur Datenerfassung	Anzahl der digital neu erfassten Stammdatensätze		Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves			89,8 10,0	179,7			SUBV (UBB)	ja	nein	ja	ja
D62		Durchführung von IT-Projekten im Behördenzentrum	Optim. Internetauftritt, Gesetzl. Vorgaben EU-DSGVO, Digitalisierung Arbeitsprozesse			Rahmendatenschutzkonzept, eAkte FSW, Internetauftritt Behörden-zentrum	Datum	Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves				37,5	150,0	3,0	3,0	Inneres	Ja		Ja	
D63	Lehrkräfte, Statistiker, Schulaufsicht	Vereinfachung d. Erfassung u. Auswertung schulischer Leistungsdaten (KompoLe-Kompetenzen, LEB-Kompetenzen, Noten, Prozentwerte, etc.)	SW-Nutzung Grundschulen, SW-Nutzung weiterführende Schulen, SW-Nutzung SKB (Anzahl Referate)	Webanwendung, mit der Lehrkräfte in allen Schulstufen Leistungsdaten zur späteren Erstellung von Zeugnissen und Lernentwicklungsberichten verwalten können und mit der in der Bildungsbehörde statistischen Auswertungen zu Bildungsverläufen erstellt werden können.	Fertigstellung der Software	Partizipative, iterative Softwareentwicklung	Anzahl der Iterationen mit Schulvertretern Anzahl Steuergruppensitzungen	Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves								SKB	ja	ja	ja	ja
D64	Bürger und Bürgerinnen, Verwaltungsintern, Externe	Mit dem Projekt werden die digitalen Angebote der Kultureinrichtungen erweitert und gestärkt. Die Digitalisierung eröffnet ihnen beispielsweise zusätzliche attraktive Wege zur zielgruppenspezifischen Vermittlung ihrer Angebote. Außerdem werden die Möglichkeiten zur Recherche und Archivierung verbessert und ausgebaut. Das Projekt gliedert sich in sechs Teilprojekte a) Stadtbibliothek: Virtual Reality für die Bremerinnen und Bremer in neuen Digitalen Räumen der Stadtbibliothek; Erfahrungen in neuen Digitalen Räumen/ Niedrigschwellige Angebote/ Digitale Teilhabe/ Technik und Innovationen im sicheren und nicht-	Installation und Konfiguration ist erfolgt 100% in 2018	Digitaler bürgernaher Informationsservice von Bibliotheken, Museen und Archiven a) Stadtbibliothek: sicherer und nicht kommerzieller Raum in der Zentralbibliothek und an drei weiteren Standorten (Vahr, Vegesack und West) sowie gezielte Vermittlungsangebote b) Übersee-Museum: WLAN im Museum, größere Anzahl an digitalisierten Objekten, Ausbau des online Angebotes im Sinne eines E-Museums c) Focke-Museum: WLAN im Museum (gesamte Anlage mit sämtlichen Häusern und der Parkanlage), Online-Bereitstellung	Installation und Konfiguration ist erfolgt - Planwert 2018: 100%	a) Stadtbibliothek: Einrichtung von festinstallierten und flexiblen Virtual Reality-Stationen, Erwerb von Medien- und Nutzungslizenzen, Planung von Veranstaltungsreihen, Öffentlichkeitsarbeit und Informationsmaterial, Wissenschaftliche Evaluation b) Übersee-Museum: Beschaffung und Installation der technischen Ausstattung des WLANs, Digitalisierung von Objekten durch externen Dienstleister (Fotografieren), ggf. Beschaffung eines weiteren Moduls der TMS-Sammlungsdatenbank (E-Museum) c) Focke-Museum: Ausstattung des Hauses mit WLAN, Kauf und Installation eines Zusatzmoduls, Vergabe eines Auftrages zur Digitalisierung der Sammlung Saebens an externe Firma	Installation und Konfiguration ist erfolgt - Planwert 2018: 100%	Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves				200,0			SfK	Ja	Ja	Ja	Ja	
D65	Eltern, Jugendliche und Kinder	Deckung des Beratungsbedarfs	Tage	1161xxx Online-Erziehungsberatung und	Tage	Durchführung von Beratung	Tage	Ausg.Pers				22,0	65,0	1,0	1,0	SfK	✓	✓	✓	✓

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

								HaFA 26.01.2018				Beantragte Mittel 2018/ aktuelle Planung 2019							
hier: Änderungsanträge Digitalisierung für den Senat am 26. Juni 2018																			
	als Adressat*innen der Erziehungsb.			elektronische Teamassistenz				Ausg.Konsu			21,0	37,0			x	x	x	x	
D66	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	IT-gestütztes Fallmanagement	Menge	Digitalisierung in der Betreuungsbehörde	Menge	Fallbearbeitung	Menge	Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves			42,0	37,0			SJFIS	x	x	x	x
D67	Beteiligte/betroffene Personen (Eltern, Jugendliche, Kinder) und Institutionen	IT-gestützte Evaluation	Menge	Mehrdimensionales Feedback-System „Bürgerservice Jugendamt Bremen“	Menge	Beteiligten-Befragung	Menge	Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves			5,0	16,0	0,3	0,3	SJFIS	x	x	x	x
D68	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport (senatorische Behörde und AfSD), mittelbar alle Kundinnen und Kunden des AfSD	Entwicklung und Einführung des „Organisationsportals Soziales“ zum verbesserten Zugriff auf relevante Informationen, Arbeitshilfen, Schriftstücke etc.	Menge	Digitales „Organisationsportal Soziales“ (OpoS)	Menge	Erstellen und Anpassen einer neuen KOGIS-Instanz für das Ressort SJFIS	Menge	Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves			65,0	163,0	2,0	2,5	SJFIS	x	x	x	x
D69	Bürgerinnen und Bürger und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	Weiterentwicklung der Digitalisierung der Verfahren in der Abteilung 5 SWAH	Prozent	Digitalisierungsprojekt in der Abteilung 5 SWAH	Prozent	Durchführung des Digitalisierungsprojekts, Umsetzung verschiedener Maßnahmen, insb. Optimierung durch gezielten Einsatz der Software und Effizienzsteigerung durch Ausnutzung der technischen und personellen Möglichkeiten	Prozent	Ausg.Konsu			110,8	100,0	0,0	0,0	SWAH	x	x	x	x
D70	Bürgerinnen und Bürger und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	Weiterentwicklung der Digitalisierung der Verfahren in der Steuerabteilung SF	Prozent	Projekt Konsens, Teilprojekte Testen im Norden (TiNo), Schulungcenter Nord (CSN), Dataport Forensik und Erweiterung der Scanstelle im Finanzamt Bremen	Prozent	Durchführung des Digitalisierungsprojekts, Umsetzung verschiedener Maßnahmen, insb. Optimierung durch gezielten Einsatz der Software und Effizienzsteigerung durch Ausnutzung der technischen und personellen Möglichkeiten	Prozent	Ausg.Konsu			375,0	760,0			SF (Steuer)	x	x	x	x
Summe Mehrbedarfe											2.095,0	3.047,5	14,8	15,3					

hier: Einsparungen beim Handlungsfeld Digitalisierung für den Senat am 26. Juni 2018

HaFA 26.01.2018

Beantragte Mittel 2018/
aktuelle Planung 2019

Ild. Nr.	Zielgruppe: Bürgerinnen und Bürger	Ergebnisse / Wirkungen Was soll bewirkt werden?		Programme / Produkte Was wird angeboten?		Organisation/Prozesse Wie erfolgt die Umsetzung?		Ressourcen Was ist dafür einzusetzen?								durchführendes Ressort	Beigefügte Unterlagen						
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Mittelbedarf (in T€)			Stellen (VZÄ)			Mittelbedarf (in T€)			Stellen (VZÄ)		Projektbeschreibung/-auftrag	Zeitplan	WU-Übersicht	Wirtschaftlichkeitsberechnung	
								Einnahme-/Ausgabeart	2018	2019	nachr.: 2020ff	2018	2019	2020ff	2018		2019	2018					2019
									Ausg.Pers	Ausg.Konsu	Ausg.Inves	Ausg.Pers	Ausg.Konsu	Ausg.Inves	Ausg.Pers		Ausg.Konsu	Ausg.Inves					Ausg.Pers
D1.	"Funktionierende Stadt": Kunden und Klienten aller kommunalen und Landesbehörden	Vollständige Digitalisierung der verwaltungsinternen Bearbeitungs- und Abstimmprozesse und dadurch eine schnellere Bedienung von Kunden der Verwaltung	u.a.: - Schnellere Bearbeitung von Anträgen (Kennzahl muss noch definiert werden) - 100 % aller Senatsvorlagen innerhalb von zwei Wochen nach Beschlussfassung im Transparenzportal veröffentlicht - Planwert	Elektronische Vorgangsbearbeitung für Kundenservice (ehem. "Verstärkte Entwicklung von Mustergeschäftsgängen" (s. Verwaltung 4 0-Senatsbeschluss vom 8.11.2017, Nr. 2a)	Steigerung der in VIS verzeichneten Mustergeschäftsgänge von jetzt ca. 5 auf > 50. Planwert 2018: >50 Planwert 2019: >50	Mustergeschäftsgänge werden durch eine zentrale Einheit eingeführt. Sie lösen häufig wiederkehrende Geschäftsprozesse (Antragsverfahren, Umgang mit IFG-Anfragen) über VIS. "Nicht VIS wird eingeführt, sondern Probleme im Arbeitsalltag gelöst."	Steigerung der VIS-Nutzer (von jetzt ca. 2300 auf 5000 bis 2019)	Ausg.Pers	325,0	585,0	585,0	5,0	9,0	9,0	260,0	523,2	5,0	9,0	Alle Ressorts (darin enthalten: SF baut VIS-Kompetenzentrum auf, Verstärkung bei AfSD)	Ja	Ja	Ja	Ja
D2.	"Funktionierende Stadt": Gewerbetreibende und Arbeitnehmer/innen/Arbeitnehmer, insb. aus EU-Ausland	Vollständige Digitalisierung der verwaltungsinternen Bearbeitungs- und Abstimmprozesse, die den Standort Bremen für (EU-)ausländische Unternehmen und Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer attraktiver machen	Anzahl der Gewerbeanzeigen auf über 1000 (in 2018), von jetzt 700 (in 2017)	Einheitlicher Ansprechpartner 2.0 - Die elektronischen Angebote des Einheitlichen Ansprechpartners (EA) werden verbessert (neue IT-Architektur des Portals, Integration	Realisierung der Neukonzeption "EA2.0" gemäß Vorgaben des Bundes: ja (Ende 2019)	Aufbau fachliche Leitstelle für die EU-Dienstleistungsrichtlinie als Querschnittsfunktion bei SF, zur Entlastung der eigentlich fachlich zuständigen Fachressorts (insb. SWAH, SBW, aber auch alle anderen)	Anzahl der unterstützten EU-Richtlinien bis Ende 2019: 3 (EU-DLR, BQ, eIDAS)	Ausg.Pers	97,5	22,0	65,0	1,5	1,5	1,0	48,8	22,0	1,5	1,5	Alle Ressorts, insb. SWAH (SF wird fachliche Leitstelle)	Ja	Ja	Ja	Ja
D3.	"Funktionierende Stadt": Alle Eltern Neugeborenen und Kleinkindern	Vermeidung von Antragsverfahren und Kompensation durch elektronischen Datenaustausch ("Nicht die Bürger, sondern die Daten sollen laufen"); Eltern erhalten die Leistung automatisch	Reduzierung des Kundenaufkommens bei Standesamt, Elterngeldstelle und Kindergeldstelle um 50 % nach einem Jahr (Planwert 2018) bei Kindesanmeldungen (jetzt 1000 mögliche)	"Antragslose Geburtsurkunde/Elterngeld/Kindergeld": "Disruptiv" NEU gestaltetes Verfahren bei Geburt eines Kindes, ermöglicht durch kluge Vernetzung von Daten bei Einwilligung der Bürgerin/des Bürgers (ebd., Nr. 2)	Anzahl an erfolgreichen Gesetzesreformen, die zur Entlastung der Eltern führen: mind 4 (Planwert 2019) (Personenstandswesen, Abgabenordnung, Elterngeld, Kindergeld)	Realisierung entsprechender "Apps": Einfache Einwilligung in Datenverarbeitung; der Rest erfolgt durch Datenverknüpfung im "Back-Office"; dafür werden die Bundesgesetze im Rahmen des Digitalisierungsprogramms des IT-Planungsrates geändert.	Nutzungsgrad der neuen Apps, Ziel: mindestens 50 % nach 1 Jahr (absolut: 1000 Nutzungen, ab 2020)	Ausg.Pers	260,0	260,0	130,0	4,0	4,0	2,0	240,0	232,5	4,0	4,0	SF, SI - Standesamt, SJFIS - AfSD	Ja	Ja	Ja	Ja
D4.	"Funktionierende Stadt": alle Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen, die Verwaltungsleistungen bezahlen	Wie D1 und D2, zusätzlich Stärkung der Selbstbedienungsmöglichkeiten (online und offline) (D1 Vollständige Digitalisierung der verwaltungsinternen Bearbeitungs- und Abstimmprozesse und dadurch eine schnellere Bedienung von	Erhöhung der Zahl angebotener Online-Verfahren, jetzt 65, (um diejenigen, die das elektronische Bezahlen erfordern), auf 85 im Jahr 2019	Elektronisches Bezahlfahrer: Zentrale Beschaffung und Betrieb eines elektronisches Bezahlfahrers (voraussichtlich EPayBL) (ebd., Nr. 2d)	Anzahl der an die Bezahllösung angeschlossenen Prozesse (20) (Planwert für 2019)	Aufbau fachliche Leitstelle für das elektronische Bezahlfahrers (Steuerung des Dienstleisters; Weiterentwicklung, Integration in Verfahren der Dienststellen)	Höhe der über das elektronische Bezahlfahrer eingenommenen Gebühren etc. (Basiszahl muss noch erhoben werden)	Ausg.Pers	32,5	32,5	32,5	0,5	0,5	0,5	38,5	29,1	0,5	0,5	Alle Ressorts, Fachliche Leitstelle SF, insb. Geoinformation, SI	Ja	Ja	Ja	Ja
D6.	"Funktionierende Stadt": Kunden und Klienten aller kommunalen und Landesbehörden; verwaltungsinterne IT-Organisation	Zukunftsfähige IT-Organisation für Bremen; Kunden und Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter sind nicht mehr von Ausfällen oder Fehlfunktionen in der IT genervt; Sicherheit, Verlässlichkeit und Souveränität; Guter Arbeitsplatz	Weniger als 1 Tag Ausfall pro IT-System pro Jahr (=99,9 %; jetzt: Ist-Wert niedriger, obwohl höher als vereinbarte Verfügbarkeit von 95%) Planwert 2019: 99,9 %	Effektiverer IT-Betrieb Bündelung der Aufgaben und des Personals Synergieeffekte, beschleunigen Betriebs- und Eskalationsprozesse, erhöhen Steuerungskraft gegenüber Dataport	Anzahl der aus den Dienststellen an SF 02 zur Betreuung übergebenen Dataport Fachverfahren bei SF02 (jetzt: 65, Ende 2019: Fachverfahren aus 4 weiteren Dienststellen, ca. 10) Planwert 2019: +10	Dienststellen übertragen Aufgaben und Personal für Fachverfahren an SF 02. Wenn mind. 3 Dienststellen mitmachen, entstehen Synergieeffekte so dass Personal im IT-Bereich zur Deckung von Aufgaben in der Digitalisierungsstrategie frei werden. - Dienststellen werden	Reduzierung von Eskalationen gegenüber Dataport (Ziel: 2 pro Jahr; jetzt: ca. 10)	Ausg.Pers	227,5	213,8	227,5	2,0	2,0	2,0	113,5	376,3	3,5	6,0	Alle Ressorts, Zentrales IT-Betriebsmanagement bei SF, insb. SUBV, Geo, BBEE, ASV	Ja	Ja	Ja	Ja
D8.	Ressorts und	Schaffung einer	s. jeweils bei	Ein zentrales	Steigerung der Anzahl	Initiierung und	Erhöhung der	Ausg.Pers	390,0	390,0	390,0	6,0	6,0	6,0	220,0	348,8	6,0	6,0					

hier: Einsparungen beim Handlungsfeld Digitalisierung für den Senat am 26. Juni 2018

HaFA 26.01.2018

Beantragte Mittel 2018/
aktuelle Planung 2019

lfd. Nr.	Zielgruppe: Bürgerinnen und Bürger	Ergebnisse / Wirkungen Was soll bewirkt werden?		Programme / Produkte Was wird angeboten?		Organisation/Prozesse Wie erfolgt die Umsetzung?		Ressourcen Was ist dafür einzusetzen?								durchführendes Ressort	Beigefügte Unterlagen										
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Mittelbedarf (in T€)			Stellen (VZÄ)			Mittelbedarf (in T€)			Stellen (VZÄ)		Projektbeschreibung/-auftrag	Zeitplan	WU-Übersicht	Wirtschaftlichkeitsberechnung					
								Einnahme-/Ausgabeart	2018	2019	nachr.: 2020ff	2018	2019	2020ff	2018		2019	2018					2019				
	Dienststellen	organisatorischen Koordinierungseinheit zur weitgehenden Digitalisierung der Verwaltung und Optimierung der Online-Angebote auf www.service.bremen.de; alle Ziele von D1 bis D7 (D1: Vollständige Digitalisierung der verwaltungsinternen Bearbeitungs- und Abstimmprozesse und dadurch eine schnellere Bedienung von Kunden der Verwaltung) (D2: Vollständige Digitalisierung der verwaltungsinternen Bearbeitungs- und Abstimmprozesse, die den Standort Bremen für (EU-)ausländische Unternehmen und Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer attraktiver machen; gleichzeitig Einhaltung EU-Richtlinien und Vermeidung von Vertragsverletzungsverfahren) (D3: Vermeidung von Antragsverfahren und Kompensation	Punkt 1) bis 7); insbesondere Prozessverbesserungen und Reduzierung Kundenaufkommen	Digitalisierungsbüro unterstützt die Digitalisierung in den Ressorts und Dienststellen. Die unterschiedlichen technischen, rechtlichen und organisatorischen Anpassungsaufgaben werden von zentraler Stelle unterstützt oder sogar übernommen. Die Amtsleitungen erhalten direkte Unterstützung für die Digitalisierung ihrer Fachaufgaben. (ebd., 2h)	von Digitalisierungsprojekten in den Ressorts (aktueller Stand: unbekannt bzw. 0, dann: ca. 10 in 2018 und 20 in 2019); 20 % Steigerung der Online-Dienstleistungen auf service.bremen.de (von 80 auf 100) Planwert 2019: 20% Steigerung	Koordinierung der Digitalisierungsaktivitäten, Gremienarbeit, Beratung der Dienststellen, Wissenstransfer, Controlling des Digitalisierungsprogramms	Verwaltungskontrakte zur zentralen Bereitstellung von Internetseiten (KoGIS; jetzt ca 180, dann 250 in 2019)	Ausg.Konsu	100,0	100,0	20,0				100,0	89,4							Alle Ressorts und Dienststellen, Digitalisierungsprogramm bei SF	Ja	Ja	Ja	Ja
								Ausg.Inves	0,0	0,0	0,0																
D9.	Dienststellen der FHB	Effizienzsteigerung in der internen Verwaltung (Personalverwaltung).	Digitalisierte e-Personalakte der iPS-Kunden: Planwert 2018: 0 %; Planwert 2019: 100 %, Digitalisierte	Im Rahmen der Digitalisierung und Prozessoptimierung werden die bestehenden Systeme einer Revision unterzogen. Es soll eine medienbruchfreie digitale Prozesskette erreicht sowie die Effizienz der Personalsachbearbeitung erhöht werden. In diesem	Von PN betriebene IT-Personalprozesse: Planwert 2018: 2 Stk.; Planwert 2019: 5 Stk.	Einführungsprozess von Softwaremodulen. E-Personalakte, e-Bewerbermanagement, Prozessanalyse und -optimierung der bestehenden Prozesse, Erweiterung der zentral vorgehaltenen	erfolgreiche Umsetzung des Einführungsprozesses innerhalb des Zeitplans: Planwert 2018: 50 %; Planwert 2019:	Ausg.Pers Ausg.Konsu	625,0	1 088,9					592,5	1.088,8					SF	Ja	Ja	Ja	Ja		
								Ausg.Pers	65,0	65,0		1,0	1,0		65,0	65,0		1,0	1,0								
D15.	Bürger*innen und Verwaltung	schnellere und einfachere Terminvergabe für Kund*innen des AfSD sowie	Verkürzung der Wartezeiten: Planwert 2018: 3 Std.; Planwert 2019:	Einführung des bereits vorhandenen zentralen Terminmanagements	Verfügbarkeit 100%: Planwert 2018: 50 %; Planwert 2019: 100 %	technische und organisatorische Maßnahmen für Anschluss an das zentrale	100 % Umsetzung: Planwert 2018: 50 %; Planwert 2019:	Ausg.Pers	65,0	58,1	0,0	1,0	1,0	0,0	45,0	58,1		1,0	1,0			SJFIS, ASD	Ja	Ja	Ja	Ja	
D23.	Bürgerinnen und Bürger,	Projekt e-justice: Umsetzung der	Einführung der e-Akte in 10	Entwicklung der erforderlichen IT-	Entwicklung und Produktivsetzung der	Mitarbeit im Verbundprojekt,	Anzahl der umgestellten	Ausg.Pers Ausg.Konsu	942,5 43,1	843,0	942,5	14,5	14,5	14,5	742,5	843,0		14,5	14,5								

HaFA 26.01.2018

**Beantragte Mittel 2018/
aktuelle Planung 2019**

hier: Einsparungen beim Handlungsfeld Digitalisierung für den Senat am 26. Juni 2018

Ifd. Nr.	Zielgruppe: Bürgerinnen und Bürger	Ergebnisse / Wirkungen <i>Was soll bewirkt werden?</i>		Programme / Produkte <i>Was wird angeboten?</i>		Organisation/Prozesse <i>Wie erfolgt die Umsetzung?</i>		Ressourcen <i>Was ist dafür einzusetzen?</i>								durch-führendes Ressort	Beigefügte Unterlagen									
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Mittelbedarf (in T€)			Stellen (VZÄ)			Mittelbedarf (in T€)			Stellen (VZÄ)		Projekt-beschreibung /-auftrag	Zeitplan	WU-Übersicht	Wirtschaftlich-keitsberechnung				
								Einnahme-/Ausgabeart	2018	2019	nachr.: 2020ff	2018	2019	2020ff	2018		2019	2018					2019			
	Anwältinnen und Anwälte, Notarinnen und Notare, Unternehmen, Verwaltungsbehörden	gesetzlichen Verpflichtung zur e-Aktenführung, medienbruchfreie elektronische Prozesse für Gerichtsverfahren auf einer ergonomischen und performanten Oberfläche.	Abteilungen / Gerichten - Planwert 2018: 3 Abteilungen - Planwert 2019: 7 Abteilungen	Komponenten im Verbund mit 5 Ländern; Unterstützung in der Einführungsphase in den Gerichten bzw. Abteilungen und beim Einscannen der eingehenden P...	Softwarekomponenten im RZ: e ² A (Aktenanwendung): Planwert 2018: 1, e ² T (Texterzeugung): Planwert 2018: 1, e ² P (Postverteilung): Planwert 2018: 1, Scansoftware: Planwert 2019: 1	Akzeptanzmanagement in der bremischen Verwaltung, Abstimmung mit Justizressorts der Dataport-Länder, Einführungsunterstützung und Schulung in den Dienststellen, Prozessanalysen und E...	Arbeitsplätze: Planwert 2018: 70; Planwert 2019: 330, Aufbau von Scanstellen: Planwert 2018: 2; Planwert 2019: 3	Ausg.Inves																		
D16.	Bürger*innen, Kfz-Händler, Sachbearbeiter*innen der Zulassungsstelle	Die Erst-Zulassung eines Kfz muß internetbasiert abgewickelt werden können. Die Wartezeiten in der Zulassungsstelle sollen dadurch reduziert werden.	Internet-Anträge in der Kfz-Zulassung: Planwert 2018: < 100; Planwert 2019: > 500, Reduktion der Wartezeit in der Zulassungsstelle: Planwert 2018	Bundesverfahren i-Kfz zusammen mit Governikus, Giropay		Die bundeseinheitlich entwickelte Software i-Kfz wird auf dem Server eines Dienstleisters online geschaltet	Vorlage Vorstudie (Bedarfsmittlung, Konzepte) Umsetzung durch Produktivbetrieb (Termine sind abhängig von den Vorgaben der	Ausg.Konsu	30,0	26,8				0,0	26,8					SI Nachfolge Stadtamt	Ja	Ja	Ja	Ja		
D32.	Beschäftigte, Dienststellen, Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen	zentrale Datenhaltung der Fachanwendungsdaten für einen elektronischen Datenaustausch zwischen Behörden	Zentrale Haltung digitaler Daten: Planwert 2018: 50 %, Planwert 2019: 100 %	Online-Plattform für öffentlich verfügbare Fachanwendungsdaten	Zentrale standardisierte Datenhaltung / Onlineplattform: Planwert 2018: 50 %, Planwert 2019: 100 %	strukturierte Digitalisierung und Überführung in einen zentralen Datenbestand	Zentrale Datensicherung: Planwert 2018: 50 %, Planwert 2019: 100 %	Ausg.Konsu	105,0	105,0	105,0			0,0	0,0					SUBV ASV	Ja	Ja	Ja	Ja		
D37	Verwaltung/BürgerInnen	Einheitliche und zukunftsfähige IT-Organisation im	Prozent	Übernahme aller IT-Fachanwendungen	Prozent	Schrittweise Migration aller Fachanwendungen zu	Prozent	Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves		755,5	751,0			13,6	30,4					0,5	0,5	SWGV	x	x	x	x
Summe Minderbedarfe																-817,7	-477,0			2,0	4,5					
Mehrbedarfe abzüglich Minderbedarfe																2.038,1	1.810,5			16,8	19,8					
Finanzierung aus 3995.97112-6 Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice); ggf. Land-Stadtausgleich erforderlich																2.038,1	1.810,5									
Noch aufzulösende Überschreitungen 2019																										
verbleiben bei 3995.97112-6 Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice) für Bürgerservice; ggf. Land-Stadtausgleich erforderlich																										

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

								HaFA 26.01.2018			Beantragte Mittel 2018/ aktuelle Planung 2019											
hier: Änderungsanträge Bürgerservice für den Senat am 26. Juni 2018																						
Id. Nr.	Zielgruppe: Bürgerinnen und Bürger	Ergebnisse / Wirkungen Was soll bewirkt werden?		Programme / Produkte Was wird angeboten?		Organisation/Prozesse Wie erfolgt die Umsetzung?		Ressourcen Was ist dafür einzusetzen?							durchführendes Ressort	Beigefügte Unterlagen						
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Mittelbedarf (in T€)			Stellen (VZA)			Mittelbedarf (in T€)		Stellen (VZA)		Projektbeschreibung/-auftrag	Zeitplan	WU-Übersicht	Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analysen	
								2018	2019	nachr.: 2020ff	2018	2019	2020ff	2018		2019	2018					2019
B15	Ältere Bürger*innen mit Unterstützungsbedarf, Anbieter von Unterstützungsleistungen	Die Verweildauer von älteren und mobil tätigkeitseingeschränkten im Stadtteil soll erhöht werden. Zudem soll ein Verbund aus öffentlichen und privaten Partnern gegründet werden, die gemeinsame die Unterstützungsleistung für ältere Menschen verbessern.	Gründung des Verbundes	Es werden zusätzliche Unterstützungsangebote in den Stadtteilen bereitgestellt. Dazu gehört auch eine gezielte Vermittlung von Informationen.	Unterstützungsangebote/-dienstleistungen für ältere Menschen	Aufbau eines Verbundes mit verschiedenen Partnern. Umsetzung von verschiedenen Teilprojekten zur Verbesserung der Unterstützungsangebote	Gewinnung von Verbundpartnern zum Ausbau der Unterstützungsleistungen Umsetzung von verschiedenen Teilprojekten	Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves	250,0	223,6	0,0	23,0 222,0	23,0 192,0	1,0 1,0	1,0 1,0	SF für alle Ressorts	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	
B19	Ältere Bürger*innen mit Unterstützungsbedarf, Anbieter von Unterstützungsleistungen	Die Verweildauer von älteren und mobil tätigkeitseingeschränkten im Stadtteil soll erhöht werden. Zudem soll ein Verbund aus öffentlichen und privaten Partnern gegründet werden, die gemeinsame die Unterstützungsleistung für ältere Menschen verbessern.	Gründung des Verbundes	Es werden zusätzliche Unterstützungsangebote in den Stadtteilen bereitgestellt. Dazu gehört auch eine gezielte Vermittlung von Informationen.	Unterstützungsangebote/-dienstleistungen für ältere Menschen	Aufbau eines Verbundes mit verschiedenen Partnern. Umsetzung von verschiedenen Teilprojekten zur Verbesserung der Unterstützungsangebote	Gewinnung von Verbundpartnern zum Ausbau der Unterstützungsleistungen Umsetzung von verschiedenen Teilprojekten	Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves	13,3	11,9	0,0	40,0	20,0			SUBV	Ja	Ja	Ja	Nein		
B42 (neu)	Unternehmen der Privatwirtschaft und die von der Datenverarbeitung betroffenen Personen	Erste Sensibilisierung für Pflichten und rechte im Zusammenhang mit der DSGVO	Informationsveranstaltungen, Erteilung von telefonischen und schriftlichen Auskünften, Erstellung von Informationsmaterial (siehe Produkt)	Bereitstellung Informationsmaterial	Anzahl Informationsmaterialien	Bis Ende 2019 Einrichtung eines "Erste-Hilfe-Zentrums Datenschutzgrundverordnung"	Anzahl Informationsveranstaltungen	Ausg. Pers. Ausg. Konsu Ausg. Inves				35,0	65,0	1,0 1,0		LFDI	Ja	ja	Ja	Ja		
B43 (neu)	Bürger*innen, Fachöffentlichkeit, Politik und Verwaltung	1. Erfüllung § 9 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Land Bremen 2. Aufbau einer Präventionsberichtserstattung im Rahmen der Umsetzung des Präventionsgesetzes	Rea isierungsgrad des ersten Berichts Aufbau eines Internetangebots	Bericht und Internetangebot	Anfrage des Berichts (gedruckt) Aufeule des Internetangebots	Die Umsetzung erfolgt in Kooperation mit dem Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie - BIPS GmbH, der Landesvereinigung für Gesundheit e.V. (LVG) und den Gesundheitsämtern Bremen und Bremerhaven	Erstellung von Auswertungen auf der Grundlage geeigneter statistischer Methoden nach Konzept	Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves				101,0	65,0 30,0		1,0	SWG	Ja	Ja	Ja	Ja		
B44 (neu)	Bürger*innen des Landes Bremen, Öffentliche wie private Einrichtungen im Land Bremen	Schutz vor Infektionskrankheiten für die gesamte Bremer Bevölkerung, Beratung	Bearbeitung von Infektionsmeldungen, Überwachung der Hygiene in medizinischen Einrichtungen Anzahl der Rückmeldungen zur Mängelbehebung	Wöchentliche Sprechstunde	Beratung der Leitung begangener medizinischer Einrichtungen	Einsatz von humanmedizinischer Fachkompetenz, insbesondere Reisemediziner/innen und weiterem medizinisches Fachpersonal	Besetzung Personal	Ausg.Pers Ausg.Konsu Ausg.Inves				24,5	82,7	1,5 1,5		SWG	Ja	Ja	Ja	Ja		

B45 (neu)	Kinder und Jugendliche von 0 Jahren bis ins Erwachsenenalter	Optimierung des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes auch im Hinblick auf das Kindeswohlgesetz	Gutachten zur Frühförderung bis zur Einschulung, Kindergartenuntersuchungen, Schuleingangsuntersuchungen, Sonderpädagogische Überprüfungen, Quereinsteigeruntersuchungen		Schulversäumnisuntersuchungen Haarprobenentnahmen bei substituierten/drogenabhängigen Eltern	Einsatz 1,0 VZÄ Gesundheitsaufseher/in 0,5 VZÄ Geschäftszimmer	Besetzung Personal	Ausg.Pers			47,0	166,0	2,5	2,5	SWGV	Ja	Ja	Ja	Ja
								Ausg.Konsu											
B46 (neu)	Bürgerinnen und Bürger des Landes Bremen, insbesondere Geschäftsreisende und Universitätsangehörige (Beschäftigte und Studierende)	Schutz vor Infektionskrankheiten für Auslandsreisende und für die gesamte Bremer Bevölkerung, Beratung der Bevölkerung über notwendige Impfungen	Evidenzbasierte Reiseimpfungen bezogen auf die Reiseroute inkl. Beratung	Wöchentliche Sprechstunde	Beratungen zu notwendigen Impfungen, Anzahl Reiseimpfungen	Einsatz von humanmedizinischer Fachkompetenz, insbesondere Reisemediziner/innen und weiterem medizinisches Fachpersonal	Besetzung Personal	Ausg.Pers			53,0	184,0	3,0	3,0	SWGV	Ja	Ja	Ja	Ja
								Ausg.Konsu											

Summe Mehrbedarfe:

											282,2	592,2	9,0	11,1
--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	-------	-------	-----	------

HaFA 26.01.2018

Beantragte Mittel 2018/
aktuelle Planung 2019

hier: Einsparungen beim Handlungsfeld Bürgerservice für den Senat am 26. Juni 2018

Ifd. Nr.	Zielgruppe: Bürgerinnen und Bürger	Ergebnisse / Wirkungen Was soll bewirkt werden?		Programme / Produkte Was wird angeboten?		Organisation/Prozesse Wie erfolgt die Umsetzung?		Ressourcen Was ist dafür einzusetzen?				Stellen (VZA)		Mittelbedarf (in T€)		Stellen (VZA)		durchführendes Ressort	Beigefügte Unterlagen				
		Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Ziel	Kennzahl	Mittelbedarf (in T€)			Stellen (VZA)			Mittelbedarf (in T€)		Stellen (VZA)			Projektbeschreibung/-auftrag	Zeitplan	WU-Übersicht	Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analysen	
								2018	2019	nachr.: 2020ff	2018	2019	2020ff	2018	2019								
																2018	2019						2018
B20	Bürger*innen	Risikoorientierte Kontrolluntersuchungen auf Legionellen von Wasserdampf-abgebenden Anlagen	Erstellung eines risikoorientierten Kontrollkonzeptes Planwert 2018 3 Monate; Planwert 2019 3 Monate	Durchführung eines Legionellen-Monitorings	Probenahmen und Untersuchungen (Anzahl/ Jahr) Planwert 2018 80; Planwert 2019 80	Risikoorientierte Probenahme und Untersuchung auf Legionellen durch das Gerbeaufsichtsamt (GAA) und das Landesuntersuchungsamt (LUA)	Einsatz ProbennehmerInnen und Laborpersonal - in der Gewerbeaufsicht (VZA) Planwert 2018 1,5; Planwert 2019 1,5; - im Landesuntersuchungsamt (VZA) Planwert 2018 1,5; Planwert 2019 1,5	Ausg.Pers. Ausg.Konsu Ausg.Inves	97,5	97,5		1,5	1,5		56,9	97,5	1,5	1,5	SWGV	Ja	Ja	Ja	Ja
B35	Bürger*innen	Zulassung und Überwachung von genehmigungspflichtigen Anlagen nach dem Bundesimmissionschutzgesetz	Bearbeitung eingehender Anträge	Bewertung der Anträge vor Ort; Erstellung des Genehmigungsbescheides ggf. mit Auflagen	durchschnittliche Bearbeitungszeit (Zeit pro Antrag) Planwert 2018 4 Monate; Planwert 2019 4 Monate	Einsatz von fachkompetentem Personal im Gewerbeaufsichtsamt	Einsatz von Fachpersonal (VZA) Planwert 2018 1,5; Planwert 2019 1,5	Ausg.Pers. Ausg.Konsu Ausg.Inves	97,5	97,5		1,5	1,5		56,9	97,5	1,5	1,5	SWGV	Ja	Ja	Ja	Ja
B27, 23	Quartiersmanager*innen sowie Bürger*innen	Beratungsangebote vor Ort zur Stärkung der AI tagstauglichkeit sowie Veranstaltungsangebote für mehr Verbraucherinformation und Verbraucherbildung	Umsetzung in den Quartieren (Anzahl) Planwert 2018 2; Planwert 2019 4	Beratungen vor Ort zu verbraucherverelevanten Themen vor Ort sowie Informationsveranstaltungen zusammen mit Kooperationspartnern	Beratungsangebote vor Ort (Anzahl/ Jahr) Planwert 2018 4; Planwert 2019 6	Entwicklung von Konzepten für Beratungsangebote vor Ort sowie Veranstaltungen zur Stärkung der Verbraucherkompetenz	Anträge von Kooperationspartnern Planwert 2018 4; Planwert 2019 6; Bearbeitung eingehender Anträge (VZA) Planwert 2018 0,5; Planwert 2019	Ausg.Pers. Ausg.Konsu Ausg.Inves	32,5 117,5	32,5 117,5		0,5	0,5		19,0 117,5	32,5 117,5	0,5	0,5	SWGV	Ja	Ja	Ja	Ja
B28	anerkannte Asylsuchende Menschen	Zugige Antragsbearbeitung zur Berufs- anerkennung für Gesundheitsfachberufe	Anträge auf Anerkennung Anzahl nicht planbar	Entgegennahme von Anträgen ohne Wartezeit und zügige Prüfung der Anerkennung ausländischer Berufs- und Qualifikationsnachweise	Wartezeit für Antragsentgegennahme Planwert 2018 0; Planwert 2019 0	Einsatz von fachkompetentem Personal	Ressourceneinsatz zur Bearbeitung eingehender Anträge (VZA) Planwert 2018 1,0; Planwert 2019 1,0	Ausg.Pers. Ausg.Pers Ausg.Konsu	65,0	65,0		1,0	1,0		40,0	40,0	1,0	1,0	SWGV	Ja	Ja	Ja	Ja
Summe Minderbedarfe:															119,7	25,0	0,0	0,0					
Mehrbedarfe abzüglich Minderbedarfe:															162,5	567,2	9,0	11,1					
Noch aufzulösende Überschreitungen 2019															157,0	567,2							
Finanzierung aus 3995.97112-6 Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice); ggf. Land-Staatsausgleich erforderlicher verbleibende Mehrbedarfe															5,5								

Digitalisierung

Inhaltsverzeichnis

Projekt	Projektbezeichnung	Behörde	Seite von - bis
Zentrale Digitalisierungsprojekte			
Änderungsanträge			
D - 7	Gemeinsame IT-Angebote mit Bund und Ländern	FHB	4 - 13
Digitalisierungsprojekte der Ressorts			
Änderungsanträge			
D - 11	Auf dem Weg zu HKR 4.0	SF	15 - 28
D - 28	Online Störungsformular	SUBV	29 - 35
D - 29	Digitale Straßenunterlagen	SUBV	36 - 46
Bereits im September 2017 vom Senat beschlossene und nun als Teilprojekte nachgereichte Anträge			
D - 44a	Kindertagesbetreuung – TP1 Zentrale Beitragsfestsetzung	SKB	47 - 58
D - 44b	Kindertagesbetreuung – TP2 Online-Anmeldeverfahren	SKB	59- 76
Neuanträge			
D - 50	Zentralisiertes, digitales EDV-Fachverfahren zum Arbeitsschutz im LUA	SWGCV	77 - 86
D - 51	Einrichtung einer Digitalisierungsstelle bei der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz	SWGCV	87 - 97
D - 54	Digitalisierung von Prozessen	SUBV	98 - 107
D - 55	Automatisierte Erfassung des Gebäudefehlbestandes im Liegenschaftskataster	SUBV	108 - 118
D - 56	Digitalisierung und Georeferenzierung von Katasterunterlagen in einem Dokumentenmanagementsystem (Linkbase)	SUBV	119 - 130
D - 57	Digitales Informationssystem für bremische Freianlagen	SUBV	131 - 139
D - 58	Digitalisierung der Gräber der Friedhöfe Blumenthal und Aumund	SUBV	140 - 150
D - 59	Automatisierte Bestattungs- und Kremierungsanmeldung mit FIM@web	SUBV	151 - 161
D - 60	IT-Strategie des Umweltbetrieb Bremen	SUBV	162 - 172
D - 61	Ausweitung der digitalen Baumkontrolle	SUBV	173 - 184
D - 62	Personalverstärkung für IT-Projekte des Behördenzentrums	SI	185 - 196
D - 63	Webgestützte Leistungsdatenerhebung an Schulen	SKB	197 - 208
D - 64	Digitaler bürgernaher Informationsservice von Bibliotheken, Museen und Archiven	SfK	209 - 224
D - 65	Digitalisierung im Jugendamt: Online-Erziehungsberatung und elektronische Teamassistenz	SJFIS	225 - 236
D - 66	Digitalisierung in der Betreuungsbehörde: datenbankgestütztes Fallmanagement und Controlling	SJFIS	237 - 248
D - 67	Mehrdimensionales Feedback-System „Bürgerservice Jugendamt Bremen“	SJFIS	249 - 258
D - 68	Digitales „Organisationsportal Soziales“ (OpoS)	SJFIS	259 - 269
D - 69	Digitalisierungsprojekt in der Abteilung 5 des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – Gewerbe- und Marktangelegenheiten	SWAH	270 - 284
D - 70	Konsens	SF	285 - 302

Zentrale Digitalisierungsprojekte

D 7 Gemeinsame IT-Angebote mit Bund
und Ländern

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Gemeinsame IT-Angebote mit Bund und Ländern		Lfd. Nr. D7 der Liste	
Zielgruppe: IT-Planungsrat, Bund und Länder, Kommunalbereich			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Erarbeitung von Gesetzesänderungsvorschlägen für bundesrechtliche Vorschriften mit dem Ziel, Bremen zu entlasten (andere Interessenlage als Bund und Flächenländer). Umgekehrt: Übernahme anderswo geltender Regelungen und damit schnellere Übertragung von Fortschritten und Innovationen aus anderen Verwaltungen nach HB			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Anzahl der bundesweit einheitlich angebotenen Verfahren für Bremer Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen wird erhöht.	Anzahl		offen
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Gemeinsame IT-Angebote mit Bund und Ländern (Föderale IT-Kooperation, FITKO): Bremens herausgehobene Stellung im Konzert der Länder (Governikus, KoSIT) muss gesichert werden, da über OZG etc. die Zentralisierung der IT-Verfahren voraussichtlich zunehmen wird. Schwerpunkt wird die juristische Begleitung sein (Absicherung der Verfahren gemäß Nr. 3) (vgl. ebd., 2i)			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Anzahl der gemeinsam mit anderen Ländern betriebenen Fachverfahren wird erhöht (jetzt ca. 10: danach ca. 20).	Anzahl		~20
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Die im Aufbau befindliche Föderale IT-Koordination (FITKO) in Frankfurt/Main wird intensiv von Bremen aus begleitet und unterstützt.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Aufträge des IT-Planungsrates an SF, KoSIT und Governikus von jetzt ca. 5 auf ca. 8	Anzahl		8

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	65 T€	58,1 T€	65 T€	123,1 T€
Personal-Stellen	1,0 VZÄ	1,0 VZÄ	1,0 VZÄ	2,0 VZÄ
Konsumtiv	0 T€	0 T€	0 T€	0 T€
Investiv	0 T€	0 T€	0 T€	0 T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

Beigefügte Unterlagen:

Projektbeschreibung/-auftrag

ja nein

Zeitplan

ja nein (liegt vor)

WU-Übersicht

ja nein (liegt vor)

Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse

ja nein (liegt vor)

Antrag auf Nachbewilligung

ja nein (keine Änd. in 2018)

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

ja nein

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

ja nein

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung
D7	Gemeinsame IT-Verfahren mit Bund und Ländern

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes.
Da Digitalisierung nicht vor Kommunal- oder Landesgrenzen Halt macht, muss eine überregionale Kooperation organisiert werden, damit künftig IT-Systeme länderübergreifend entwickelt, eingesetzt und verwendet werden können. Mit den anderen Dataport-Trägerländern – wobei die FHH hier im Vordergrund steht – bieten sich Kooperationen auf Bundesebene und dem IT-Planungsrat an. Für Bremen ergeben sich dadurch nicht nur Einsparpotenziale – eigene Lösungen müssen ja nicht mehr entwickelt werden -, sondern es wird auch den aktuellen gesetzlichen Vorgaben und insbesondere dem Onlinezugangsgesetz entsprochen.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 12. September 2017, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Die Senatorin für Finanzen
Projektleitung (falls schon benannt)
N.N.
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)
N.N.

Projektbeginn	26.01.2018
----------------------	------------

Projektende (geplant)	31.12.2019
----------------------------------	------------

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c)
einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Die Digitalisierung ist international. Es ist deshalb mindestens notwendig, die IT-Organisation nicht mehr ausschließlich kommunal oder innerhalb einer Landesverwaltung zu organisieren. In den Bereichen Justiz und Steuern ist die nationale Zusammenarbeit längst Standard.

Jetzt stehen auch die kommunalen Anwendungen vor der Herausforderung, eine überregionale Kooperation zu organisieren. Denn trotz des gemeinsamen Dienstleisters von vier bzw. sechs Ländern sind auch in Bremen die kommunalen IT-Verfahren alle eigenständigen Lösungen im Rechenzentrum. Angesichts der Tatsache, dass nur 16 % des IT-Budgets für Software-Lizenzen, aber 62 % für Betriebsaufgaben verwendet werden, ist es erforderlich, die Zusammenführung der IT-Systeme soweit voranzutreiben, dass nicht nur das gemeinsame Rechenzentrum benutzt wird, sondern auch gemeinsame Systeme. Hier bietet sich insbesondere die Kooperation mit den Behörden des Stadtstaates Hamburg an.

Zusammen mit Hamburg und den anderen Dataport-Trägerländern können auch auf Bundesebene und im Rahmen des IT-Planungsrates Kooperationen entwickelt werden. Die vom bremischen Hersteller Governikus entwickelten Softwarekomponenten Governikus und GMM sind bereits bundesweit im Einsatz bzw. auf dem Weg dorthin. Bremen kann profitieren, wenn eigene Digitalisierungsideen bundesweit übernommen werden.

Und Bremen profitiert, wenn die vom Bund, anderen Ländern oder Kommunen entwickelten Lösungen übernommen werden. Eine autarke Softwareentwicklung wie früher ist ökonomisch nicht mehr vertretbar, da vielfach zu teuer. Im Zweifel ist es für Bremen häufig günstiger, sich länderübergreifenden oder bundesweiten Systemen anzuschließen, als eine Eigenentwicklung zu betreiben.

Bremen ist bereits ein wichtiger Partner in der föderalen IT-Kooperation. Die Software der Firma Governikus ist bundesweit im Einsatz, und das Institut für Standardisierung (KoSIT) bei der SF wird von mehreren Fachkonferenzen und dem IT-Planungsrat beauftragt. Die geplante gemeinsame AöR „Föderale IT-Kooperation“ (FITKO) ermöglicht eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den anderen IT-Planungsrat-Mitgliedern.

Die Notwendigkeit, mit dem Bund und den Ländern zu kooperieren, wurde durch den neuen Art 91c Abs. 5 und das Onlinezugangverbesserungsgesetz noch einmal unterstrichen.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
Beeinflussung der bundesweiten IT-Vorhaben im Interesse Bremens. Bremen wird den Aufbau weiter aktiv unterstützen und hat dabei zum Ziel, den bremischen Standort für gemeinsame Aufgaben in diesem Zusammenhang zu stärken – Sicherstellung Know-How-Transfer nach Bremen.
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
Beteiligung an der Arbeitsgruppe FITKO Bremische Interessenvertretung in entsprechenden Gremien Besetzung Stelle in der GS-IT-PLR in Berlin

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Durchführung der Projekte.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
bis 01.01.2018: Besetzung der Stelle	M 1 Start des Projektes am 26.01.2018	
Durchführung der Maßnahme	M 2 bis 31.12.2019	
	M 3 Ende des Projektes am 31.12.2019	
Aufwand Gesamt:		

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	

2 VZÄ SF02 PL Gemeinsame IT-Verfahren (ab 1.7.2018)	130 Tsd. Euro p.a. *)
Ausstattung	
Sachkosten	
Sonstige	

*) Die Kostenaufstellung für das Projekt weicht für 2019 von der vom Senat im September 2017 beschlossenen Finanzierung aufgrund der für 2019 pauschal vorgenommenen Kürzung des bereitgestellten Mittelvolumens für alle Maßnahmen um 10,16 % ab. Die zusätzliche Finanzierung erfolgt aus zentralen Mitteln des Produktplans 96, soweit nicht im Projektverlauf 2018 Einsparpotentiale für 2019 identifiziert werden.

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

Die WU-Übersicht und die WIBE 5.0 sind als Anlage beigefügt.

Berichtswesen

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Ansprechpartner/in:

Leiter des Digitalisierungsbüros
Senatorin für Finanzen

E-Mail: office-ref02@finanzen.bremen.de

**Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht " Gemeinsame IT-Angebote mit Bund und Ländern
(Föderalen IT-Organisation FITKO)" 1) 2)**

in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Refinanzierung Personalmehrbedarfe				
Projektleitung	65.000	65.000	65.000	130.000
Besetzung Stelle in der GS-IT-PLR in Berlin		65.000	0	65.000
Projektkosten insgesamt	65.000	130.000	65.000	195.000

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

2) Die Kostenaufstellung für das Projekt weicht für 2019 von der vom Senat im September 2017 beschlossenen Finanzierung aufgrund der für 2019 pauschal vorgenommenen Kürzung des bereitgestellten Mittelvolumens für alle Maßnahmen um 10,16 % ab. Die zusätzliche Finanzierung erfolgt aus zentralen Mitteln des Produktplans 96, soweit nicht im Projektverlauf 2018 Einsparpotentiale für 2019 identifiziert werden.

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Gemeinsame IT-Angebote mit Bund und Ländern (Föderalen IT-Organisation FITKO)" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	6	60	Die bundesweite Abstimmung und gemeinsame Weiterentwicklung eröffnet der bremischen Verwaltung Synergiepotenziale.
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	10	100	Beim Bund und allen Ländern werden Stabsstellen für den IT-Planungsrat aufgebaut. Unter FITKO erhöht sich die Verbindlichkeit der gemeinsamen Lösungen.
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	10	100	Alle Einzelmaßnahmen sollen bundesweit übertragbar bzw. wiederverwendbar sein.
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	6	90	Die bremische IT-Strategie wird mit der bundesweiten IT-Entwicklung synchronisiert.
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	2	30	Verkürzung nicht einschätzbar, aber potenziell möglich.
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	10	50	Bundesweit einheitliche Vorgehensweise
7 Imageverbesserung	5	8	40	Ressortleitungen honorieren bundesweite Abstimmung und Bremische Innovation.
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	4	60	Synergievorteile durch bundesweiten Austausch von Erfahrungen.
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	8	80	Die FHB-Strategie wird mit der IT-Planungsratsstrategie synchronisiert.
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	4	20	Know-How-Austausch insbesondere in IT-Fragen
Insgesamt	100	68	630	
Ergebnis WIBE Q			63	
Qualitativ externe Bedeutung				
A. Wer sind meine Kunden?				Mittelbar auch alle Kunden der Verwaltung, aber hier: Fachbereich in Ressorts und Ämter, die Digitalisierungsprojekte durchführen (ca. 40 Dienststellen)
B. Was wollen meine Kunden?				schnelle und erfolgreiche Projekte; bundeseinheitliche Lösungen
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				BASIS-Arbeitsplätze, bestehende Fachverfahren
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				Verwaltung 4.0 Strategie sieht umfassende Digitalisierung der gesamten Verwaltung vor. Daher Inanspruchnahme sinnvoll, wenn bundesweite Vorhaben betroffen sind.
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	4	40	Bremische Insellösungen und Altsysteme sollten im Zuge bundesweiter Modernisierung angepasst werden.
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	10	100	Bundesweit einheitliche Lösungen werden unter FITKO angestrebt.
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	4	20	Bundesweite IT-Vorhaben werden besser in Bremen vermittelt
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	4	20	bessere Hilfe
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Infor	10	8	80	Umfassendere Information über bundesweite Vorhaben
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	8	200	Effiziente Projektorganisation reduziert Ressourceneinsatz
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	8	80	geringer Aufwand für bremische Dienststellen, da Informationsfluss zentral organisiert
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen	10	4	40	20 % schnellere Projektlaufzeiten wegen Know-How-Austausch über Lessons Learned
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	8	40	bessere Koordination mit bundesweiten Vorhaben
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	4	40	Good Practice des bundesweiten Know-How-Austausches
Insgesamt	100	62	660	
Ergebnis WIBE E			66	

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Stand: 07.09.2017

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Gemeinsame IT-Angebote mit Bund und Ländern (Föderale IT-Kooperation, FITKO): Bremens herausgehobene Stellung im Konzert der Länder (Governikus, KoSIT) muss gesichert werden, da über OZG etc. die Zentralisierung der IT-Verfahren voraussichtlich zunehmen wird. Schwerpunkt wird die juristische Begleitung sein (Absicherung der Verfahren gemäß Nr. 3) (vgl. ebd., 2i)

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit **einzelwirtschaftlichen**
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen**Methode der Berechnung (siehe Anlage)** Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool**Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)** Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): 2 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Erarbeitung von Gesetzesänderungsvorschlägen für bundesrechtliche Vorschriften mit dem Ziel, Bremen zu entlasten (andere Interessenlage als Bund und Flächenländer). Umgekehrt: Übernahme anderswo geltender Regelungen und damit schnellere Übertragung von Fortschritten und Innovationen aus anderen Verwaltungen nach HB.	1
2	Keine Erarbeitung von Gesetzesänderungsvorschlägen für bundesrechtliche Vorschriften mit dem Ziel, Bremen zu entlasten (andere Interessenlage als Bund und Flächenländer). Umgekehrt: Übernahme anderswo geltender Regelungen und damit schnellere Übertragung von Fortschritten und Innovationen aus anderen Verwaltungen nach HB.	2
n		

Ergebnis**Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).****Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 63 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 66 gemäß WiBe 5.0 (Beide > 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).****Weitergehende Erläuterungen****Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:**

1. 31.03.2020	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Anzahl der gemeinsam mit anderen Ländern betriebenen Fachverfahren wird erhöht (jetzt ca. 10: danach ca. 20).	Anzahl	>=20
2	Aufträge des IT-Planungsrates an SF, KoSIT und Governikus von jetzt ca. 5 auf ca. 8	Anzahl	8

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen
Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

Digitalisierungsprojekte der Ressorts

SF	D 11, D 70
SUBV	D 28 - D 29, D 55 - 61
SKB	D 44a - D44b, D 63
SWGv	D 50 - 51
SI	D 62
SfK	D 64
SJFIS	D 65 - D 68
SWAH	D 69

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Auf dem Weg zu HKR 4.0		Lfd. Nr. 11 der Liste	
Zielgruppe: Interne Verwaltung, Unternehmen			
<p>Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?):</p> <p>Unter dem Projektdach „Auf dem Weg zu HKR 4.0“ werden vier Schwerpunktvorhaben gebündelt, die gemeinsam die zukünftige Ausrichtung im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen prägen. So wird dem übergeordneten Ziel Rechnung getragen, die Voraussetzungen für eine funktionierende und zukunftsfähige Systemlandschaft durch erste Umsetzungsprojekte zu schaffen und zu erhalten sowie eine effiziente, transparente und zeitnahe Bereitstellung von Steuerungsinformationen i.S. eines zentralen Managementinformationssystems zur verbesserten Haushaltsdarstellung und Haushaltsanalytik zu ermöglichen.</p> <p>Die in diesem Initialisierungsprojektraum durchgeführten vier Schwerpunktvorhaben sind (a.) E-Prozesse, (b.) eHaushalt, (c.) Modernisierung des SAP-Systems und (d.) Einheitliche Bilanzierungsrichtlinien.</p>			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :			
	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Anzahl der Reformprojekte	Anzahl	2	4
Anzahl der Zukunftsprojekte	Anzahl	3	4
Termineinhaltung	Datum		31.12.2019
Budgeteinhaltung	Euro	1.025.000	1.475.800
<p>Programm / Produkt (Was wird angeboten?):</p> <p>Ausbau digitaler Prozessketten von E-Vergabe, E-Einkauf zu E-Rechnung; Aufbau der B2G-Strategie im HKR-Bereich, Modernisierung des HKR-Systems, Erstellung eines Konzepts für ein 'Relaunch' des HKR-System, E-Haushalt, der einen ständig aktuellen Überblick über die im Haushalt festgelegten Ziele, Maßnahmen und Kennzahlen ermöglicht, Unterstützung des AFZ bei Schulungen in den Schwerpunktvorhaben E-Prozesse und eHaushalt, Unterstützung der LHK beim E-Rechnungsworkflow, Darstellung der Nachhaltigkeitsziele gem. Agenda 2030 für die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit .</p>			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :			
	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Konzeptionen zur zukunftssicheren Neuausrichtung des HKR-Systems	Anzahl	2	3
Projekte mit Unternehmen oder Kammernvertreter	Anzahl	1	1
Im ePBN auswertbaren Kennzahlen	Anzahl		100
<p>Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?):</p>			

Projektorganisation innerhalb von SF (Abt. 2) unter jeweiliger Einbindung weiterer Interessengruppen (Stakeholder) und der Ressorts bzw. ggfs. ressortübergreifende Lenkungsgruppen.

Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Lenkungsgremientagungen	Anzahl	4	4

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	1.025 T€	1.475 T€	275 T€	300 T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	7 VZÄ	7 VZÄ
Konsumtiv	T€	T€	T€	T€
Investiv	T€	T€	750 T€	1.175 T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

Beigefügte Unterlagen:

- | | | |
|--|--|-------------------------------|
| Projektbeschreibung/-auftrag | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Zeitplan | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| WU-Übersicht | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Antrag auf Nachbewilligung | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel
D11	Auf dem Weg zu HKR 4.0

Projektkurzbeschreibung

Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes.

Unter dem Projektdach „Auf dem Weg zu HKR 4.0“ werden **vier** Schwerpunktvorhaben gebündelt, die gemeinsam die zukünftige Ausrichtung im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen prägen. So wird dem übergeordneten Ziel Rechnung getragen, die Voraussetzungen für eine funktionierende und zukunftsfähige Systemlandschaft durch erste Umsetzungsprojekte zu schaffen und zu erhalten.

Die in diesem Initialisierungsprojektrahmen durchgeführten vier Schwerpunktvorhaben sind (a.) E-Prozesse, (b.) eHaushalt, (c.) Modernisierung des SAP-Systems und (d.) Einheitliche Bilanzierungsrichtlinien (für diesen Schwerpunkt sind keine Mittel eingeplant worden). Unter diesen Schwerpunkten befinden sich i. d. R. weitere eigene Projekte mit eigenen Projektstrukturen. Dies sind bspw. SAP-Datenarchivierung, Relaunchplanung SAP, Digitale Prozessketten von E-Vergabe, E-Einkauf zu E-Rechnung, Digitalisierung im B2G, Interkommunaler Vergleich etc. (siehe auch Anlagen).

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 12. September 2017, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Senatorin für Finanzen (Abteilung 2)
Projektleitung (falls schon benannt)
Die vier Schwerpunktvorhaben werden geleitet durch: <ul style="list-style-type: none"> a) E-Prozesse – [REDACTED] b) eHaushalt – [REDACTED] c) Modernisierung des SAP-Systems – [REDACTED] d) Einheitliche Bilanzrichtlinie – [REDACTED]
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)

Senatorin für Finanzen, Abteilung 2

Projektbeginn	1.1.2018 (z.T. bereits gestartet)
Projektende (geplant)	31.12.2019 (Einzelvorhaben tw. früher, tw. später – s. Projektbeschreibung)

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c) einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Zu a) Umsetzung des E-Governmentgesetzes im Bereich B2G

Zu b) Aufbau eines zentralen Managementinformationssystems zur verbesserten Haushaltsdarstellung und Haushaltsanalytik

Zu c) SAP-Systemlandschaft, die auf dem technologischen Stand von 2006 einer Anpassung an die technologischen und konzeptionellen Weiterentwicklungen der SAP-Software bedarf

Zu d) Unterschiedliche Rechnungswesenssysteme (u.a. kameral, doppisch) erschweren die Steuerung

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele

Projektziel 1a): Weiterentwicklung der Haushaltsreformprozesse (E-Prozesse), Digitalisierung im B2G Bereich mit HKR Bezug

Projektziel 1b): Wirkungsorientiertes Controlling wird implementiert

Projektziel 1c): Sicherstellung der Funktionsfähigkeit und Modernisierung des SAP-Systems

Projektziel 1d): Steuerung öffentlicher Unternehmen wird verbessert durch eine bessere Vergleichbarkeit und bilanziellen Integrationsfähigkeit

Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
<p>Maßnahmen zum Projektziel 1a: Aufbau digitaler Prozessketten von E-Vergabe, E-Einkauf zu E-Rechnung; Aufbau der B2G-Strategie im HKR-Bereich und Betrieb bis Ende 2019; Unterstützung des AFZ bei Schulungen bei 1a), Unterstützung der LHK beim E-Rechnungsworkflow</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 1b: Einführung des ePBN i.S. eines BI-Ziel-Systems, Unterstützung des AFZ bei Schulungen bei 1b), Darstellung der Nachhaltigkeitsziele gem. Agenda 2030 für die Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 1c: Einführung und Betrieb Archivierung, Solution-Manager, Patches, Vorbereitung eines SAP-Relaunchs</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 1d: Projektstruktur einrichten, Analyse der Bilanzierungspraxis, Festlegung des zukünftigen Sollzustands (einheitliche Bilanzierungspraxis in Ausrichtung auf die Standards staatlicher Doppik), Festlegung eines rechtlichen Rahmens (Richtlinie, ggf. technische Umsetzung im SAP-System und Schulung, Evaluation</p>

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

-

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
Siehe Anlagen, der jeweiligen Projekte	M 1 Start des Projektes am 1.1.2018	
	M 2 Zwischenbericht 31.12.2018 Anzahl der gestarteten Projekte	40%
	M 3 Ende des Projektes am 31.12.2019 Anzahl der durchgeführten Projekte	100%
Aufwand Gesamt:		1.025.000 (2018) 1.475.800 (2019)

--	--

Ressource	Bugdet (geschätzt)
Personal	
a) 2,5 VZÄ +0,5 VZÄ bei AFZ + 1,5 VZÄ bei LHK (2018: 170.000 €; 2019: 170.000 €)	a) 340.000 €
b) 2 VZÄ +0,5 VZÄ AFZ (2018: 55.000 €+30.000+20.000; 2019: 130.000 €)	b) 235.000 €
c) z.Z. kein zusätzliches Personal geplant	c) 0 €
d) z.Z. kein zusätzliches Personal geplant	d) 0 €
Ausstattung	
Sachkosten	
a) IT Unterstützung, Lizenzen, Softwarepflege und Betrieb (2018: 185.000 €; 2019: 400.000 €)	a) 585.000 €
b) IT Unterstützung, Lizenzen, Softwarepflege und Betrieb (2018: 230.000 €; 2019: 475.800 €)	b) 705.800 €
c) IT Unterstützung, Lizenzen, Softwarepflege und Betrieb (2018: 335.000 €; 2019: 300.000 €)	c) 635.000 €
d) bisher keine Mittel eingeplant (2018: 0 €; 2019: 0 €)	d) 0 €
Sonstige	
Die unter den Personalressourcen dargestellten Mehrbedarfe für 1,0 VZÄ beim AFZ und 1,5 VZÄ bei der LHK werden innerhalb der bereits bereitgestellten Personalmittel innerhalb des Projektes D11 finanziert. Zudem soll eine Mittelverschiebung zwischen Personalmitteln zu investiven Mittel in Höhe von 25 Tsd. € erfolgen.	

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

Siehe Anlagen

Berichtswesen

„Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.“

Der Projektfortschritt wird den jeweiligen Lenkungsausschüssen und Projektinstanzen turnusmäßig berichtet.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

[REDACTED]

Senatorin für Finanzen

Abteilung 2 - Haushalt, Kredit und Vermögen

[REDACTED]

[REDACTED]

Tab. 1: Nutzwertanalyse "Auf dem Weg zu HKR 4.0" 1)

in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Refinanzierung Personalmehrbedarfe	275.000	300.000	300.000	575.000
				0
				0
				0
Realisierung	750.000	1.175.800	1.345.000	1.925.800
Projektkosten insgesamt	1.025.000	1.475.800	1.645.000	2.500.800
Betriebskosten				
Technischer Betrieb				
Betrieb und Lizenzen	0	0		0
Betriebskosten insgesamt	0	0	0	0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Auf dem Weg zu HKR 4.0" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	40	10	400	"Verwaltung 4.0" ist die E-Government- und Digitalisierungsstrategie für die Freie Hansestadt Bremen. Sie bezeichnet die Verzahnung aller Vorgänge und Abläufe in der öffentlichen Verwaltung mit modernster Informations- und Kommunikationstechnik. Mit dem Verfolgen dieser Strategie wird gewährleistet, dass die Verwaltung auf die zunehmende Digitalisierung der Gesellschaft und Wirtschaft vorbereitet ist. Verwaltung 4.0 fasst die strategischen, organisatorischen und technologischen Maßnahmen zusammen, mit denen die Verwaltung auf die Digitalisierung reagiert. Unter dem Projektdach "Auf dem Weg zu HKR 4.0" werden mit den vier Schwerpunktvorhaben (siehe Projektkurzbeschreibung) gemeinsam die zukünftige Ausrichtung im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen geprägt, und damit gleichzeitig die Ziele der "Verwaltung 4.0"-Strategie, wie u.a. die vollständige Digitalisierung der verwaltungsinternen Bearbeitungs- und Abstimmprozesse, die Sicherheit, Verlässlichkeit und Souveränität von IT-Fachverfahren, eine zukunftsfähige IT-Organisation für Bremen geschaffen und die Zusammenarbeit mit dem Bund und anderen Ländern gestärkt. Mit der Bewertung von "10 Punkten" nimmt das Projekt eine Schlüsselstellung in der IT-Strategie "Verwaltung 4.0" ein und ist unabdingbare Voraussetzung für die Realisierung anderer Maßnahmen der IT-Strategie und stellt dabei einen erheblichen Nutzen für die bremische Verwaltung und die FHB dar.
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	10	100	Die vier Schwerpunktvorhaben haben das übergeordnete Ziel, die Voraussetzungen für eine funktionierende und zukunftsfähige Systemlandschaft innerhalb der Verwaltung durch die Umsetzungsprojekte zu schaffen und zu erhalten. Darüber hinaus werden technologische Standards etabliert und unerwünschte Insellösungen vermieden. Bei diesen Projekten werden technische Verfahren eingesetzt, die sich bereits in anderen Ländern und Kommunen der öffentlichen Verwaltung bewährt haben (Servicekonten nach OZG, Anwendungen des IT-PLR, Transportinfrastruktur und SAP, als marktführende Standardssoftware). Die Nachnutzung der bereits vorhandenen technischen Lösungen wirkt sich demnach nicht nur minimierend auf die Höhe der Investitionskosten aus. Daher ist das Kriterium "Nachnutzung bereits vorhandener Technologien" mit "10 Punkten" zu bewerten.
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	5	6	30	Mit den vier Schwerpunktvorhaben aus dem Projekt "Auf dem Weg zu HKR 4.0" werden die angestrebten IT-Lösungen und Fachverfahren auf unterschiedlichen Plattformen eingesetzt. Die Plattformunabhängigkeit bezieht sich in diesem Projekt dabei auf Hardware, Betriebssystem und Standardssoftware, daher wird das Kriterium auch mit "6 Punkten" bewertet.
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	5	8	40	Das Projekt "Auf dem Weg zu HKR 4.0" hat das Ziel das Arbeitsergebnis erheblich zu verbessern. Diese Verbesserungen zeigen sich, nach Einführung der Schwerpunktvorhaben, in einer höheren Transparenz in der Verwaltungsarbeit, in der Vereinfachung der behördeninternen Arbeitsabläufe sowie in der Reduzierung von Doppel- und Routinearbeiten. Daher ist dieses Kriterium mit "8 Punkten" bewertet.
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	5	2	10	Eine Verkürzung der Durchlaufzeiten in Form vom Abbau von Medienbrüchen und dem Wegfall oder erhebliche Verkürzung der Durchlaufzeiten einzelner Bearbeitungsstationen im Bereich des Schwerpunktvorhabens E-Prozesse sind zwar zu erwarten, aber die Effekte sind nicht quantifizierbar. Daher die Bewertung von "2 Punkten".
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	8	40	Alle vier Projektschwerpunkte gewährleisten nach erfolgreicher Implementierung Ihrer IT-Maßnahmen ein einheitliches Verwaltungshandeln. Verbesserungen werden durch ressortübergreifende Vereinheitlichung von Datenstrukturen und Verfahrensroutinen mit der Zugrundelegung von einheitlichen Standards bislang unterschiedliche Vorgangsbearbeitungen realisiert. Die Bewertung liegt daher bei "8 Punkten".
7 Imageverbesserung	10	10	100	Mit der Sicherstellung und Einführung der vier Schwerpunktvorhaben tritt eine dauerhaft positive Wirkung bei sehr vielen Adressaten (Mitarbeiter*innen der gesamten Bremischen Verwaltung, Unternehmen, etc.) ein. Durch die Sicherstellung verbesserter Dienstleistungen in Zusammenhang mit den Projekten „E-Einkauf“ und „E-Rechnung“ wird der gesamte Prozess der Beschaffung elektronisch abgebildet. Auch die rechtzeitige Vorbereitung eines SAP-Relaunch ebnet den Weg für den digitalen Wandel in der öffentlichen Verwaltung und sichert die dauerhaft positive Wirkung bei vielen Adressaten. Die Bewertung ist deswegen bei "10 Punkten" anzusetzen.
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	10	10	100	Das Projektvorhaben "Auf dem Weg zu HKR 4.0" hat das Ziel durch die IT-Maßnahmen qualitative Effekte auf der Entscheidungsebene und für das interne Controlling zu verbessern, da alle Schwerpunktvorhaben des Projekts weitreichende Verbesserungen für eine aktuellere, vollständige Informationsbasis bereitstellen. Die Kompetenz der Entscheidungsträger wird durch die Informationstransparenz erhöht, da in allen Schwerpunktbereichen (E-Haushalt, Modernisierung des SAP-Systems, die Einheitliche Bilanzrichtlinie und E-Prozesse) die IT-Maßnahmen das Ziel hat, zeitnah und vollständig aussagekräftige Informationen bereitzustellen. Auch werden durch die eingeführten IT-Lösungen neue, bisher nicht verfügbare Informationen generiert, die ebenfalls die Entscheidungen der Entscheidungsträger unterstützen sollen. Daher ist dieses Kriterium mit "10 Punkten" bewertet.
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	5	6	30	Die vier Schwerpunktvorhaben haben das übergeordnete Ziel, die Voraussetzungen für eine funktionierende und zukunftsfähige Systemlandschaft innerhalb der Verwaltung durch die Umsetzungsprojekte zu schaffen und zu erhalten. Damit wird die Attraktivität der Arbeitsbedingungen gesteigert. Das Kriterium wird mit "6 Punkten" bewertet.
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	6	30	Die von den Schwerpunktbereichen einzuführenden IT-Maßnahmen wird die Erhöhung der aufgabenbezogenen Qualifikation bewirken. Dadurch werden die IT-Qualifikationen der Anwender*innen erhöht und gefestigt. Daher wird dieses Kriterium mit "6 Punkten" bewertet.
Insgesamt	100	76	880	
Ergebnis WiBe Q			88	

Externe Effekte

- A. Wer sind meine Kunden? Interne Verwaltung, Politik, Unternehmen
- B. Was wollen meine Kunden? Transparenz, Funktionierendes System
- C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden? BASIS PC, Internet
- D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten? Hoch

1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	5	10	50
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	20	8	160
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	20	10	200
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	0	0
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	5	6	30
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	15	8	120
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	5	2	10
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	2	20
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	10	4	40
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	5	8	40
Insgesamt	100	58	670
Ergebnis WiBe E			67

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Stand: 30.11.2017

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Auf dem Weg zu HKR 4.0

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit **einzelwirtschaftlichen**
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): 2 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Durchführung der Gesamtmaßnahme	
2	Nicht-Durchführung der Maßnahme (Status Quo)	
n		

Ergebnis**Siehe Anlage 2017_12_01_WU AdWz_HKR4.0_WiBe 5.0_final.xlsx mit der Nutzwertanalyse**Weitergehende Erläuterungen

Unter dem Dach ‚Auf dem Weg zu HKR 4.0‘ werden diverse Maßnahmen gebündelt, die bei größerem Umfang einzelne zusätzliche Wirtschaftlichkeitsberechnungen erstellen. Sie ist bspw. beim E-Haushalt erfolgt (Anlage).

Die Gesamtmaßnahme ist mit einer Nutzwertanalyse hinterlegt (siehe Anlage). Die Alternative 2 würde zu einem Zusammenbruch des HKR-Verfahrens mittelfristig führen.

Bei kleineren Maßnahmen ist geplant eine angemessene Begründung der Wirtschaftlichkeit anzufertigen (VVLHO §7), sodass dann nach den Erfordernissen des jeweiligen Einzelvorhabens einfache und wirtschaftlichste Methoden angewendet werden.

Start 1.1.2018 mit Laufzeit von zwei Jahren.

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020	2. 31.03.2021	n.
---------------	---------------	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Anzahl der Projekte	Anzahl	4
2	Anzahl der Zukunftskonzepte	Anzahl	4
3	Termineinhaltung	Datum	31.12.2019
4	Budgeteinhaltung	Euro	1.025.000+1.475.800 =2.500.800 (nach Kürzung)

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen
 Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

A

Senatorin für Finanzem

Bremen, 08.Jun 2018

 öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018****Produktgruppe:** 91.02.01 91.32.01 96.01.01 96.02.01**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
	0900.812 11-7	950	900	Investive Ausgaben für das Projekt D11 - Auf dem Weg zu HKR 4.0 - Handlungsfeld Digitalisierung	12.500 €
	3950.812 11-6	950	900	Investive Ausgaben für das Projekt D11 - Auf dem Weg zu HKR 4.0 - Handlungsfeld Digitalisierung	12.500 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
91.02.01	0900/428 59-6	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Projekt D11 - Auf dem Weg zu HKR 4.0 - Handlungsfeld Digitalisierung	12.500,00
91.32.01	3900/422 59-7	Bezüge planmäßiger Beamter und Richter - Projekt D11 - Auf dem Weg zu HKR 4.0 - Handlungsfeld Digitalisierung	12.500,00

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A

Sonstige Anmerkungen: Kurzbeschreibung der Maßnahme

Unter dem Projektdach „Auf dem Weg zu HKR 4.0“ werden vier Schwerpunktvorhaben gebündelt, die gemeinsam die zukünftige Ausrichtung im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen prägen.

Die in diesem Initialisierungsprojektrahmen durchgeführten vier Schwerpunktvorhaben sind (a.) E-Prozesse, (b.) eHaushalt, (c.) Modernisierung des SAP-Systems und (d.) Einheitliche Bilanzierungsrichtlinien

Die Projektziele und Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung beinhaltet die Projektskizze.

Die Maßnahmen-Haushaltsstellen (ohne Personal) sollen, getrennt nach Land und Stadt, per Haushaltsvermerk für "gegenseitig deckungsfähig" erklärt werden.

Zu der Änderung:

Es soll eine Mittelverschiebung zwischen Personalmitteln zu investiven Mitteln in Höhe von 25 Tsd. € erfolgen.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist

beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel nunmehr auf die entsprechenden Haushaltsstellen und in den Produktplan 96 IT-Budget der FHB verlagert

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, nicht erforderlich

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Online-Störungsformular		Lfd. Nr. D28 der Liste	
Zielgruppe: BürgerInnen, Verwaltung und Politik			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Bürgerzufriedenheit und Beschleunigung und Transparenz der Prozesse			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
schnellere Erkennung und Beseitigung von Schäden im Verkehrsraum, insbesondere Berücksichtigung von Meldungen durch Bürgerinnen und Bürger	Stück	3.000	10.000
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Online-Störungsformular für den Bürger; Transparenz zum Wert der Infrastruktur und der erforderlichen Investitionen für den Erhalt			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Anzahl aufgenommener Schäden	Stück	3.000	10.000
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Einführung der mobilen Datenerfassung bei der Kontrolle der Verkehrsflächen + medienbruchfreie Durchführung der weiteren Prozesse			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Erfüllung der Verkehrsicherungspflicht durch digitale Erfassung	Stück	3.000	10.000

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)						
Aggregat	Senat 12.09.2017				aktuelle Planung	
	2018		2019		2018	2019
Personalausgaben		T€		T€		T€
Personal-Stellen		VZÄ		VZÄ		VZÄ
Konsumtiv	199	T€	178	T€	199	378 T€
Investiv		T€		T€		T€
Bremerhaven		T€		T€		T€

Beigefügte Unterlagen:

Projektbeschreibung/-auftrag

 ja nein

Zeitplan

 ja nein

WU-Übersicht

 ja nein

Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse

 ja nein

Antrag auf Nachbewilligung

 ja nein

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

 ja nein

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

 ja nein

S

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitel / Bezeichnung
D28	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel Online-Störungsformular

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes. Einführung der mobilen Datenerfassung und digitalen Bearbeitung in der Straßenerhaltung. Schnelle Erkennung und Beseitigung von Schäden im Verkehrsraum, insbesondere Berücksichtigung von Meldungen durch Bürgerinnen und Bürger.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 12. September 2017, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
ASV
Projektleitung (falls schon benannt)
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)
ASV, ██████████

Projektbeginn	02.01.2018
Projektende (geplant)	31.12.2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Vollständige Digitalisierung der verwaltungsinternen Bearbeitungs- und Abstimmprozesse.

Ausgangslage für das Projekt

Das ASV befindet sich derzeit in der Umstrukturierung im Bereich der Tätigkeiten der Straßenkontrolle und Überwachung von Bautätigkeiten Dritter (i.d.R. Versorger für Gas, Wasser, Strom und Telekommunikation).

Parallel dazu sind jedoch eine Vielzahl von so genannten Aufgrabungen/Abbrüchen von Dritten zu überwachen und zu kontrollieren. Derzeit wird dazu die externe Meldung der Dritten per E-Mail oder Fax vom jeweiligen Erhaltungsbezirk in Empfang genommen und händisch in eine Datenbank des Programmsystems KERN Activity eingepflegt. Die weitere Kontrolle der Bautätigkeit sowie die Überwachung und Nachhalten der Gewährleistungsfristen vor Ort erfolgt dann wiederum „offline“ mittels handgeführter Notizen oder Ausdrucken aus dem Programm KERN Activity.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
<p>Projektziel 1: Zukünftiges Ziel ist es, die derzeitige Arbeitsweise „medienbruchfrei“ im Programmsystem VIA VIS zu implementieren und mehrfache Eintragungen und Listenführungen in „offline“-Varianten (Papier, Digitalkamera, KERN Activity, etc.) abzuschaffen. Mit der Einführung der mobilen Datenerfassung und der medienbruchfreien Durchführung der Bearbeitungsprozesse werden Personaleinsparungen in den Straßenerhaltungsbezirken erreicht. Die Höhe der Personaleinsparungen übersteigt die laufenden Kosten des Verfahrens, so dass mittel- und langfristig Haushaltsmitteln eingespart und die Effizienz der Arbeit gesteigert wird.</p>
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
<p>Maßnahmen zum Projektziel 1: Im ersten Schritt wird derzeit ein Programmsystem (VIA VIS) zur digitalen Straßenkontrolle mittels Handhelds (Smartphone mit reiner Nutzung der Fachanwendung VIA mobil) im ASV eingeführt. Dieses Programm ist zunächst zur reinen Kontrolle und Erfassung von Schäden auf Fahrbahnen und deren Nebenanlagen (Rad-, Gehwege, Plätze) ausgelegt. Zusätzlich soll parallel dazu der kommunale Straßenraum mittels Kamerabefahrung erfasst und bewertet werden. Diese Daten werden benötigt um den Zustand der Infrastruktur zu ermitteln und daraus eine Instandsetzungs- und Erhaltungsstrategie zu entwickeln. Im zweiten Schritt sollen die Aufträge zur Beseitigung der erfassten Schäden direkt aus dem</p>

System generiert und an die Erhaltungsfirmen versendet werden.
Im dritten Schritt sollen die Kontrollen von Bautätigkeiten sowie die Überwachung und Nachhalten von Gewährleistungsfristen implementiert werden.

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Während des Projektzeitraums die Abgabe des Supports und die Betreuung der Fachanwendung weitestgehend an den IT-Dienstleister Dataport sowie den Software-Lieferanten zu übergeben. Ggf. wird dieses Vorhaben im Rahmen eines anderen Projektes verfolgt.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
	M 1 Start des Projektes 2018	0
Einführung des Fachverfahrens, Schulung der Mitarbeiter und Testphase	M 2 bis 30.06.2018	25
reinen Kontrolle und Erfassung von Schäden auf Fahrbahnen und deren Nebenanlagen (Rad-, Gehwege, Plätze)	M 3 bis 31.12.2018	25
Aufträge zur Beseitigung der erfassten Schäden werden direkt aus dem System generiert und an die Erhaltungsfirmen versendet.	M 3 bis 30.06.2019	25
Kontrollen von Bautätigkeiten sowie die Überwachung und Nachhalten von Gewährleistungsfristen werden implementiert	M 4 bis 30.11.2019	25
	M 5 Ende des Projektes am 31.12.2019	0
Aufwand Gesamt:		100

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
Ausstattung	
Sachkosten	577 T€
Die Umsetzungskosten beträgt im ersten Jahr 199 T€ und zweiten Jahr 378 T€ (vorher: 2018: 199T€; 2019:178T€).	
Sonstige	
Die ursprünglichen Ausgaben für 2019 lagen bei 178T€. Die Mehrkosten in Höhe von 200 T€ beziehen sich auf die zusätzliche Komponente für die digitale Aufnahme des Straßenverkehrsraums.	

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar. Die Anlage WU und die WIBE 5.0 sind als Anlage beigelegt.

Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

██████████

ASV

██████████

████████████████████

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Einführung der mobilen Datenerfassung und digitalen Bearbeitung in der Str" in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Refinanzierung Personalmehrbedarfe				
Technische Realisierung	199.000	147.000		0
Projektkosten insgesamt	199.000	147.000		346.000
Betriebskosten in €				
Technischer Betrieb			199.000	
Lizenz und Betrieb (geschätzt)				0
Betriebskosten insgesamt	0	0	199.000	0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Einführung der mobilen Datenerfassung und digitalen Bearbeitung in der Straßenerhaltung" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	5	4	20	Bremenweite digitale Verwaltung der Infrastruktur Straße
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	8	80	Vorhandene Anwendung wird abgelöst und optimiert.
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	5	4	20	Bremenweiter Betrieb der Anwendung möglich
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	20	12	240	Erhebliche Verbesserung des Arbeitsablaufs (sofortige Erledigung durch sofortige Antragseingang) und des Arbeitsergebnisses (sofortige Leistungserbringung))
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	20	12	240	Beschleunigung der Schadenbeseitigung und ganzheitliche Vermögensbewertung
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	10	10	100	Standardisierte Schadensbewertung und einheitliche Auftragsvergabe zur Beseitigung von Schäden
7 Imageverbesserung	10	8	80	Bürger profitieren von schnellerer Schadenbeseitigung; Unternehmen profitieren von elektronischer Vorgangsbearbeitung
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	5	6	30	Elektronische Vorgangsbearbeitung führt zu jederzeitiger Verfügbarkeit der Informationen
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	6	60	Es kommt zu erheblichen Entlastungen in der Sachbearbeitung.
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	0	0	automatisiertes Verfahren im Hintergrund
Insgesamt	100	70	870	
Ergebnis WiBe Q			87	

Externe Effekte

- A. Wer sind meine Kunden? Bürger und Unternehmen
- B. Was wollen meine Kunden? Schnelle, rechtssichere Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit
- C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden? PC, Notebook, Tablet, Smartphone
- D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten? automatisiertes Verfahren im Hintergrund

1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	6	60	Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit und damit Vermeidung von Haftungsrisiken
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	10	100	Es wird eine mobile Datenerfassung entwickelt und eingesetzt.
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	8	40	Elektronische Verfahren schafft Transparenz für alle Verfahrensbeteiligten
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	8	40	Beauftragung an Unternehmen erfolgt digital
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Infor	10	8	80	Transparenz der Vorgänge und Revisionssicherheit
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	12	300	Reduzierung der wirtschaftlichen Risiken für Bürger und Unternehmen
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	10	100	digitale Auftragserteilung und Transparenz zum Zustand der Infrastruktur
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen	10	10	100	Verkürzung der Bearbeitungszeiten
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	6	30	digitale Erfassung von Schäden und schnellere Beseitigung der Schäden
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	8	80	Verfahren in allen bremischen Behörden anwendbar
Insgesamt	100	86	930	
Ergebnis WiBe E			93	

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Online-Störformular Einführung der mobilen Datenerfassung und digitalen Bearbeitung in der Straßenerhaltung (Projektantrag SUBV im Bereich Digitale Verwaltung, lfd. Nr. 28)

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit **einzelwirtschaftlichen**
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

- Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

- Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre):

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Das Projekt wird durchgeführt.	1
2	Das Projekt wird nicht durchgeführt.	2
n		

Ergebnis

Mit der Einführung der mobilen Datenerfassung und der medienbruchfreien Durchführung der Bearbeitungsprozesse werden Personaleinsparungen in den Straßenerhaltungsbezirken erreicht. Die Nutzwertanalyse nach WIBE ergibt für die strategische Analyse einen Wert (WBQ) von 87 sowie für die externen Effekte einen Wert (WBE) von 93; die Maßnahme ist somit wirtschaftlich.

Aus fachlicher Sicht ist Variante 1 die wirtschaftlichste Lösung und wird vorgeschlagen.

Weitergehende Erläuterungen

--

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 2019	2. 2020	n.
---------	---------	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Einhaltung des jährlichen Budgetrahmens	199.000,- €	< / = 1,0
2	Einhaltung des jährlichen Budgetrahmens	378.000,- €	< / = 1,0
1	Anzahl der aufgenommen Schäden	Stück	3.000
2	Anzahl der aufgenommen Schäden	Stück	10.000

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen
Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Digitale Straßenunterlagen		Lfd. Nr. D29 der Liste	
Zielgruppe: BürgerInnen, Verwaltung und Politik			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Alle Unterlagen einer Straße stehen im Ressort und bei Anfragen der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Digitale Verfügbarkeit aller Straßenunterlagen	Stück	1.780	4.450
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Digitale Bereitstellung aller Unterlagen der bremischen Straßen			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Eingescannte Straßenakte in VIS5 / Vorhalten im Programm	Stück	1.780	4.450
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Alle Unterlagen werden durch interne AG und externe Firma gescannt und in VIS5 bereitgestellt			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)						
Aggregat	Senat 12.09.2017			aktuelle Planung		
	2018		2019	2018		2019
Personalausgaben	T€		T€	40 T€		T€
Personal-Stellen	VZÄ		VZÄ	VZÄ		VZÄ
Konsumtiv	100	T€	89,4	50	T€	89,4 T€
Investiv	T€		T€	T€		T€
Bremerhaven	T€		T€	T€		T€

Beigefügte Unterlagen:

- | | | |
|--|--|-------------------------------|
| Projektbeschreibung/-auftrag | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Zeitplan | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| WU-Übersicht | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Antrag auf Nachbewilligung | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitel / Bezeichnung
D 29	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel Digitale Straßenunterlagen

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes. Alle Unterlagen einer Straße stehen im Ressort und bei Anfragen der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 12. September 2017, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
ASV
Projektleitung (falls schon benannt)
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)
ASV, ██████████

Projektbeginn	26.01.2018
Projektende (geplant)	31.12.2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Vollständige Digitalisierung der verwaltungsinternen Bearbeitungs- und Abstimmprozesse.

Ausgangslage für das Projekt

Derzeit stehen die Straßenakten nur in Papierform in der Registratur zur Verfügung. Das hat eine immer größere räumliche Kapazität und einen hohen personellen Aufwand für die Bereitstellung der Akten zur Folge. Zusätzlich verzögern Transport- und Liegezeiten schnelle Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse.

Die Projektgruppe hat ihre Arbeit aufgenommen. Eine Leistungsbeschreibung liegt vor. Die Projektarbeit kann nicht in Eigenleistung des Ressorts erfolgen. Es sind zusätzliche Personalkapazitäten nötig (siehe Punkt 3. Ressource). Es ist eine nationale /EU-weite Ausschreibung durchzuführen.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
Projektziel 1: Im Rahmen der Nutzung des Dokumentenmanagementsystems VIS5 werden alle Straßenakten digitalisiert. Damit wird die digitale Verfügbarkeit aller Straßenakten erreicht. Kostensenkungen und damit die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens wird dadurch erreicht, dass die räumlichen und personellen Kapazitäten für die Papierablage reduziert werden, die redundante Datenhaltung in Papier- und Dateiablage wegfällt und die Datenmengen reduziert werden. Zusätzlich werden Zeitersparnisse erzielt durch die Vermeidung von Transport- und Liegezeiten und schnellere Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse.
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
Maßnahmen zum Projektziel 1: Vergabe der Digitalisierung an eine externe Fachfirma.

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Die Erarbeitung und Umsetzung der organisatorischen Regelungen zu VIS 5 werden nicht in diesem Projekt bearbeitet.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
	M 1 Start des Projektes 26.01.2018	0
Vergabe der Leistung	M 2 bis 30.04.2018	10
Digitalisieren der Akten	M 3 bis 30.09.2019	80
Nacharbeiten durch die Fachfirma	M 4 bis 31.12.2019	10
	M 5 Ende des Projektes am 31.12.2019	0
Aufwand Gesamt:		100

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	110,0 T€
Es werden zusätzliche Personalressourcen für das Bereitstellen der Papierunterlagen (zusammenstellen, verpacken, versenden, etc.) sowie die Kontrolle und das Einstellen der gescannten Unterlagen in VIS 5 benötigt. Das kann von dem vorhandenen Personal neben den Regelaufgaben nicht bewältigt werden. Dazu müssen zusätzliche Mittel von Konsumtiv nach Personal verlagert werden, um die zusätzlichen Personalkosten decken zu können.	
Ausstattung	
Sachkosten	189,4 T€
Digitalisierung der Akten an eine externe Fachfirma	

Sonstige	

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

Die Anlage WU und die WIBE 5.0 sind als Anlage beigefügt.

Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

██████████

ASV

██████████

██

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

**Digitale Straßenunterlagen
(Projektantrag SUBV im Bereich Digitale Verwaltung, lfd. Nr. 29)**

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): 2 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Das Projekt wird durchgeführt.	1
2	Das Projekt wird nicht durchgeführt.	2
n		

Ergebnis

Im Rahmen der Nutzung des Dokumentenmanagementsystems VIS5 werden alle Straßenakten digitalisiert. Damit wird die digitale Verfügbarkeit aller Straßenakten erreicht. Kostensenkungen und damit die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens wird dadurch erreicht, dass die räumlichen und personellen Kapazitäten für die Papierablage reduziert werden, die redundante Datenhaltung in Papier- und Dateiablage wegfällt, die Datenmengen reduziert werden. Zusätzlich werden Zeitersparnisse erzielt durch die Vermeidung von Transport- und Liegezeiten und schnellere Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse. Die Nutzwertanalyse nach WiBe Q ergibt für WiBe Q einen Wert von 66 und für WiBe E einen Wert von 61; die Maßnahme liegt in der Bewertung jeweils über den Schwellwert von 50 und sollte daher umgesetzt werden.

Aus fachlicher Sicht ist die Variante 1 umzusetzen.

Weitergehende Erläuterungen

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Einhaltung des Budgetrahmens	299.400 €	< / = 1
1	Digitale Verfügbarkeit aller Straßenunterlagen	Stück	4450

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

Tab. 1: Digitale Bereitstellung aller Unterlagen der bremischen Straßen

in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
				0
				0
				0
Technische Realisierung				0
Beratungsleistungen von externen (über Dataport-Rahmenvertrag)				0
Projektkosten insgesamt	0	0	0	0
Betriebskosten				
				in €
Technische Umsetzung	50.000	89.400	0 *	139.400
Betrieb und Lizenzen	0	0		0
Betriebskosten insgesamt	50.000	89.400	0	139.400

Tab. 2: Nutzwertanalyse Digitale Straßenunterlagen

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	7	70	Weiterentwicklung hin zum papierlosen Büro
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	8	80	Nutzung von VIS 5
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10		0	
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	9	135	Erhebliche Verbesserung des Arbeitsablaufs und dadurch schnelleres Arbeitsergebnis
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	9	135	Zeitersparnisse erzielt durch die Vermeidung von Transport- und Liegezeiten und schnellere Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	8	40	Weitere Vereinheitlichung und Systematisierung
7 Imageverbesserung	5		0	
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	8	120	Elektronische Vorgangsbearbeitung führt zu jederzeitiger Verfügbarkeit der Informationen
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	8	80	Es kommt zu erheblichen Entlastungen in der Sachbearbeitung.
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5		0	
Insgesamt	100	57	660	
Ergebnis WiBe Q			66	

Externe Effekte

- A. Wer sind meine Kunden?
 B. Was wollen meine Kunden?
 C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?
 D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?

1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10		0	
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	9	90	Erhebliche Verbesserung des Arbeitsablaufs und dadurch schnelleres Arbeitsergebnis
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5		0	
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5		0	
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	8	80	Elektronische Vorgangsbearbeitung führt zu jederzeitiger Verfügbarkeit der Informationen
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	10	250	Erhebliche Verbesserung des Arbeitsablaufs und dadurch schnelleres Arbeitsergebnis
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	6	60	Erhebliche Verbesserung des Arbeitsablaufs und dadurch schnelleres Arbeitsergebnis
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	9	90	Zeitersparnisse erzielt durch die Vermeidung von Transport- und Liegezeiten und schnellere Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	8	40	Elektronische Vorgangsbearbeitung führt zu jederzeitiger Verfügbarkeit der Informationen
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10		0	
Insgesamt	100	50	610	
Ergebnis WiBe E			61	

=> IT-Maßnahme kann/ kann nicht durchgeführt werden

A

Die Senatorin für Finanzen
 Bewirtschaftung durch Amt für Straßen und Verkehr

Bremen, 05. Jun 2018

öffentlich nicht öffentlich

**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
 Digitale Verwaltung und Bürgerservice**

Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018

Produktgruppe: 96.02.01 IT - Budget

Kamerale Finanzdaten:

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	3687.428 00-0	950	925	Personalausgaben Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer -refinanziert- D29	40.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
96.02.01	3950.539 64-9	Sachausgaben für ASV-Projekte D28 - D32 - Handlungsfeld Digitalisierung	40.000,00

Personaldaten:

zu Stellenverlagerungen (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A

Sonstige Anmerkungen: Kurzbeschreibung der Maßnahme

Digitale Straßenunterlagen

Ausgangslage für das Projekt

Derzeit stehen die Straßenakten nur in Papierform in der Registratur zur Verfügung. Das hat eine immer größere räumliche Kapazität und einen hohen personellen Aufwand für die Bereitstellung der Akten zur Folge. Zusätzlich verzögern Transport- und Liegezeiten schnelle Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziel 1:

Im Rahmen der Nutzung des Dokumentenmanagementsystems VIS5 werden alle Straßenakten digitalisiert. Damit wird die digitale Verfügbarkeit aller Straßenakten erreicht. Kosten-senkungen und damit die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens wird dadurch erreicht, dass die räumlichen und personellen Kapazitäten für die Papierablage reduziert werden, die redundante Datenhaltung in Papier- und Dateiablage wegfällt und die Datenmengen reduziert werden. Zusätzlich werden Zeitersparnisse erzielt durch die Vermeidung von Transport- und Liegezeiten und schnellere Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse.

Maßnahmen zum Projektziel 1:

Vergabe der Digitalisierung an eine externe Fachfirma.

Die Projektgruppe hat ihre Arbeit aufgenommen. Eine Leistungsbeschreibung liegt vor. Die Projektarbeit kann nicht in Eigenleistung des Ressorts erfolgen. Es sind zusätzliche Personalkapazitäten nötig. Es ist eine nationale /EU-weite Ausschreibung durchzuführen.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist

beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel in den Produktplan 96 IT-Budget der FHB (konsumtive und investive Mittel) verlagert.

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, nicht erforderlich

Dep. f. Umwelt,Bau,Verk.,Stadtentw.,Energie+Landw.

An die Senatorin für Finanzen

mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.

Im Auftrag

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Kindertagesbetreuung – TP1 Zentrale Beitragsfestsetzung		Lfd. Nr. D44 der Liste	
Zielgruppe: Eltern von KiTa-Kindern, Träger			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Zentralisierung des Festsetzungsverfahrens für Beiträge nach der			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Anzahl Festsetzungen von Beiträgen	%	100	100
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Im Zielzustand existiert ein bürgerfreundliches, weitgehend barrierefreies, Online-Anmeldeverfahren für die Kindertagesbetreuung, inklusive automatisierter Bedarfs- und Versorgungsermittlung sowie statistischer Erhebungs- und Auswertungsverfahren.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Fertigstellung der Software	%	100	
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Partizipative, iterative Softwareentwicklung			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
	%	0	0

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	46 T€	61 T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	2,30 VZÄ	2,30 VZÄ
Konsumtiv	200 T€	71 T€	287 T€	144 T€

Investiv	T€	T€	T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

Beigefügte Unterlagen:

Projektbeschreibung/-auftrag

 ja nein

Zeitplan

 ja nein

WU-Übersicht

 ja nein

Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse

 ja nein

Antrag auf Nachbewilligung

 ja nein

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

 ja nein

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.



 ja nein

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitel / Bezeichnung
	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel
D44	Kindertagesbetreuung - Teilprojekt 1: Zentralisierte Beitragsfestsetzung

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes.
Ziel ist die einheitliche Festsetzung von Beiträgen zur Kindertagesbetreuung in einer gesonderten Stelle und damit mittelbar die Erhöhung von Zeitkontingenten der Kita-Leitung, die zur originären pädagogischen Tätigkeit zur Verfügung stehen.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Senatorin für Finanzen, Abteilung Q in Zusammenarbeit mit der Senatorin für Kinder und Bildung, Abteilung 3 (Frühkindliche Bildung, Förderung von Kindern und Fachkräfteentwicklung)
Projektleitung (falls schon benannt)

Coprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)

sowie Themenverantwortliche für die Arbeitspakete Recht, Prozesse, Haushalt, IT und Personal

Projektbeginn	27. August 2018 (nach Neuausrichtung auf Ebene der Senatorinnen SF und SKB, daher auch abweichende=geringere Bedarfswerte im Vergleich zur Senatsbefassung im September 2017)
Projektende (geplant)	31. Mai 2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c) einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Die Deputation für Kinder und Bildung hat in der Sitzung vom 16.11.2016 den Senat gebeten, die Kitas von Verwaltungsarbeit zu entlasten, indem die Berechnungen der Kita-Beiträge von einer zentralen Stelle erledigt werden, die im Finanzressort angesiedelt wird. Für die in der Regel pädagogisch ausgebildeten Leitungen stellt die Beitragsfestsetzung und -erhebung eine Verwaltungsaufgabe dar, die eine erhebliche zeitliche Belastung bedeutet. Gerade saisonal vor Beginn eines neuen Kindergartenjahres ist das Arbeitsaufkommen mit den zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen praktisch nur sehr schwer zu bewältigen. Die durch die Zentralisierung dieser Aufgabe zukünftig frei werdende Leitungszeit kann insbesondere für die Qualitätsentwicklung in den Einrichtungen genutzt werden. Aufgrund dezentraler Strukturen stellt es eine Herausforderung dar, die Grundsätze der einheitlichen Aufgabenwahrnehmung sicher zu stellen. Dies gilt sowohl für die ordnungsgemäße Festsetzung der Beiträge als auch für den nachgelagerten Prozess der Erhebung.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

- 1) Die durch die Zentralisierung der Festsetzungsaufgabe zukünftig frei werdende Leitungszeit kann insbesondere für die Qualitätsentwicklung in den Einrichtungen genutzt werden
- 2) Verbesserungen in der Schnittstelle des Arbeitsprozesses zwischen Beitragsfestsetzung und Beitragserhebung.

Nach der Neuausrichtung der Zielarchitektur unter Berücksichtigung der geänderten Rahmenparameter (z.B. Fallanzahl aufgrund der Überlegungen zur Beitragsfreiheit) und Gesprächen der Ressortspitzen, wurden die Maßnahmen zur Erreichung der Projektziele wie folgt aktualisiert.

- Einrichtung eines Arbeitsgebietes zur zentralen Festsetzung von Beiträgen für die Kindertagesbetreuung im Ressort Finanzen bei Performa-Nord
- Start der Bearbeitung von unterjährigen Fällen für das Kindergartenjahr 2018/2019 aus dem Bestand des Eigenbetriebes Kita-Bremen mit voraussichtlichem Beginn im Oktober 2018.

Projektziele
Projektziel 1: „Zentralisierung der Beitragsfestsetzung“
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
Maßnahmen zum Projektziel 1: Aufbau einer Einheit für die zentrale Beitragsfestsetzung

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Die Begutachtung und Anpassungen der IT-Abläufe im Bereich der Betreuung in den Kinder- und Familienzentren ist ausdrücklich nicht Bestandteil des Projektes.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
Arbeitspaket Recht	M 1 Umsetzungskonzept: 30. Juni 2018	10
Arbeitspaket Prozesse Kita	M 2 Fertige Modellierung Soll Prozess KitA-Bremen 30. Juni 2018	10
Rechtliche bzw. datenschutzrechtliche Prüfung	M 3 Klärung und ggf. Anpassung: 30. Juli 2018	10
Personalrekrutierung (mit Beteiligung Mitbestimmungsgremien)	M 4 Durchführung 30. Juli 2018	15
Arbeitspaket Recht	M 5 Umsetzung Gesetzesanpassung / Mandatierungsvereinbarung: 30. August 2018	20
Umsetzungsvorbereitung (Räume, IT Infrastruktur)	M 6 incl. Beschaffung Regalsysteme 30. September 2018	10
Fertigstellung KiOn Software	M 7 30. September 2018	20
Schulungsmaßnahmen	M 8 30. September 2018	5
Produktivsetzung im unterjährigen Pilotbetrieb	M 9 15. Oktober 2018	0
Aufwand Gesamt:		100

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
2,5x A8 (Oktober bis Dezember 2018/ Jan-Mai 2019)	ca. 41.000 € 2018 ca. 55.000 € 2019
1 x A11 Führungskraft (anteilig mit 30% der regelm. Wochenarbeitszeit)	ca. 5.000 € 2018 ca. 6.500 € 2019
Bei positiver Evaluation im April/Mai 2019 Folgekosten in Höhe von. Bei Erweiterung auf Freie Träger weitere Folgekosten, momentan noch nicht bezifferbar.	
Ausstattung	
Umbaukosten, Raummiete, Mobiliar (incl. Regalsysteme), IT Arbeitsplatz, Maßnahmen zur Barrierefreiheit.	ca. 38.000 € 2018
Sachkosten	
Dienstleistungen:	
- Dataport Kosten Projektleitung	ca. 110.000 € 2018 ca. 90.000 € 2019
- Dataport Kosten operativer Support	ca. 85.000 € 2018 ca. 54.000 € 2019
- Anpassung IT Infrastruktur (mit Klärung Datenschutz und Berücksichtigung Anforderungen Datenschutzgrundverordnung)	ca. 9.500 € 2018
- Anpassung Software Ki-On Firma Redlink	ca. 30.000 € 2018
- Schulungen / Moderation / Bereitstellung von Räumlichkeiten / ggf. weitere Beratung / Informationsbroschüren	ca. 15.000 € 2018
Sonstige	
--	

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

Auf die eingestellten Unterlagen zur WU und WiBe wird verwiesen.

Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Kontinuierlich Berichterstattung an den zuständigen Staatsrat.

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

██████████

Freie Hansestadt Bremen

Die Senatorin für Finanzen

Referat Q11 – Teilnehmungsmanagement im Geschäftsbereich der Senatorin für Finanzen,
Rechtsangelegenheiten und Nachlässe

██████████

██

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Kindertagesbetreuung - Teilprojekt 1: Zentrale Beitragsfestsetzung"

in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Refinanzierung Personalmehrbedarfe	46.000	61.500	150.000	0
Technische Umsetzung	54.500	0	0	54.500
Umbau-, Raum, Mobiliarkosten	38.000	0	0	0
dataport Kosten für Projektleitung	110.000	90.000		0
dataport operativen Tätigkeit	85.000	54.000		139.000
Beratungsleistungen von externen (über Dataport-Rahmenvertrag)				0
Projektkosten insgesamt	333.500	205.500	150.000	539.000
Betriebskosten				
Technischer Betrieb				
Betrieb und Lizenzen	0	0	35.000	0
Betriebskosten insgesamt	0	0	35.000	0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Kindertagesbetreuung - Teilprojekt 1: Zentrale Beitragsfestsetzung"

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	7	4	28	Zeitnah wichtig für einige Fachaufgaben der Verwaltung
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	8	8	64	Ressortübergreifende Übernahme eines Verfahrens
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	7	70	Datenbank mit Hardware-, Betriebssystem- und Standardsoftwareunabhängiger Web-Anwendung als Frontend
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	7	105	Erhebliche Verbesserung des Arbeitsablaufs und -ergebnisses durch Vereinfachung und Automatisierung
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	10	8	80	Mögliche Verkürzungen der Durchlaufzeiten im Gesamtprozess Planung und Festsetzung (TP1 und TP2)
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	10	50	Verbesserung durch Ressortübergreifende Vereinheitlichung von Datenstrukturen und Prozessen
7 Imageverbesserung	5	6	30	Dauerhaft positive Wirkung bei vielen Adressaten (Eltern von Kita-Kindern)
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	10	150	Im Zusammenwirken mit Teilprojekt 2 entsteht ein einheitlicher Planungs- und Produktionsprozess, der von der Kita-Platz
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	8	7	56	Berufsplanung bis zur letztendlichen Beitreibung von offenen Forderungen
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	6	30	Erhebliche Verbesserung in wenigen Bereichen durch Automatisierung von Routineaufgaben
Insgesamt	88	73	663	
Ergebnis WiBe Q			66	
Externe Effekte				
A. Wer sind meine Kunden?	Eltern von Kita-Kindern, Träger			
B. Was wollen meine Kunden?	Unbürokratische, verständliche und zeitnahe Beitragsfestsetzungen			
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?	Internetzugang mit unterschiedlicher Infrastruktur und Peripheriegeräten / manuelle Aufzeichnungen			
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?	Aufgrund des unterjährigen Startes im Kindergartenjahr 2018/2019 ist für das Jahr 2018 mit einer moderaten Nutzungsintensität zu rechnen; für das Kindergartenjahr 2018/2019 sollte die Nutzung des Angebotes durch die von Kita-Bremen betreuten Familien bei 95-100% liegen.			
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	15	8	120	Neuausrichtung des Verfahrens sowohl von Kunden als auch der Verwaltung gewünscht
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	4	40	Behördeneinheitlicher Zugang zu mehreren Verfahren
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	10	50	Wesentliche Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz für viele Kunden
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	10	50	Umfassende Unterstützung z.B. durch Eingabvalidierungen und Mehrsprachigkeit
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	8	80	Der große Bedarf an zeitnahen Informationen (Aufnahme) wird erfüllt
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	10	6	60	Unmittelbar geringe Einsparungen bei Teilen des Adressatenkreises
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	8	80	Geringer Anpassungsaufwand für viele Kommunikationspartner der Behörde
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	4	40	Mit Einsatz des Festsetzungsverfahrens nach risikomanagement Grundsätzen, deutlich zügigere Becheiderteilung mit weniger Personalressourcen möglich
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	10	50	Deutliche Verbesserung und Erweiterung des Dienstleistungsangebotes für viele Kunden der Behörde
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	6	60	Nachnutzung von Methode und Programm für Öffentliche Verwaltung, Träger und Bürger möglich
Insgesamt	90	74	630	
Ergebnis WiBe E			63	

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Stand: 31.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Kindertagesbetreuung – TP1 Zentrale Beitragsfestsetzung

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2016

Betrachtungszeitraum (Jahre): 2 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Einrichtung einer zentralen Beitragsfestsetzungsstelle	1
2	Beibehaltung des Status Quo mit dezentraler Festsetzung	2
n		

Ergebnis

Nach Bewertung in Anlehnung an die Kriterienkataloge der WiBe 5.0 (Anlage zum Beschluss Nr. 2015/3 des Rates der IT-Beauftragten der (Bundes-)Ressorts vom 19. Februar 2015) wird die IT Maßnahme als wirtschaftlich bewertet und kann somit durchgeführt werden.-

Weitergehende Erläuterungen

Ergebnis WiBe Q = 66 und Ergebnis WiBe E = 63

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.12.2019	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Anzahl Festsetzungen von Beiträgen	%	100
2	Fertigstellung der Software	%	100
3		%	

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen
 Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

 Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

A

Die Senatorin für Kinder und Bildung

Bremen, 24. Mai 2018

 öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018****Produktgruppe:** 21.07.01**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	0323.428 00-0	200		Personalausgaben Projekt D44 - Kindertagesbetreuung - Teilprojekt 1: Zentrale Beitragsfestsetzung Handlungsfeld Digi..	46.500 €
	3950.539 00-0	950	200	Sachausgaben Projekt D44 - Kindertagesbetreuung - Teilprojekt 1: Zentrale Beitragsfestsetzung Handlungsfeld Digitali..	287.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	333.500

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A**Sonstige Anmerkungen:
Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Gemäß Beschluss der Bildungsdeputation vom November 2016 und Kenntnisnahme des Senates vom 20.06.2017 (Vorlage 1383/17) hat der Senat die Projektbeschreibung „Neuausrichtung von Verwaltungsprozessen im Bereich der Kindertagesbetreuung“ zur Kenntnis genommen. Ziel ist die einheitliche Festsetzung von Beiträgen zur Kindertagesbetreuung in einer gesonderten Stelle und damit mittelbar die Erhöhung von Zeitkontingenten der Kita-Leitung, die zur originären pädagogischen Tätigkeit zur Verfügung stehen.

Desweiteren existiert im Zielzustand ein bürgerfreundliches, weitgehend barrierefreies, Online-Anmeldeverfahren für die Kindertagesbetreuung (KiTa und Hort), inklusive automatisierter Bedarfs- und Versorgungsermittlung sowie statistischer Erhebungs- und Auswertungsverfahren, durch das der Verwaltungsaufwand für die zentrale Platzvermittlung deutlich reduziert wird. Ergänzend wurden Mittel für die Beauftragung von dataport zur Bereitstellung einer Projektleitung i.H.v. 190.000,- € und 130.000 für die operative Produktivesetzung, beide Werte verteilt auf die Jahre 2018 und 2019, beantragt.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Probleme bei derzeitigen Prozessen durch fehlende SW-Unterstützung, fehlende Auswertungsmöglichkeiten

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

 ja nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

 ja nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

 ja nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

 ja nein, nicht erforderlich

Deputationen:

 ja nein, nicht erforderlich

Dep. für Kinder und Bildung

An die Senatorin für Finanzen
 mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
 Im Auftrag

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Kindertagesbetreuung – TP2 Online-Anmeldeverfahren		Lfd. Nr. D44 der Liste	
Zielgruppe: Eltern von KiTa-Kindern, Träger			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Vereinfachung des Anmeldeverfahrens für die Kindertagesbetreuung (KiTa und Hort), und Reduktion des Verwaltungsaufwands für die zentrale Platzvermittlung.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Systemnutzung durch Eltern	%	0	40
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Im Zielzustand existiert ein bürgerfreundliches, weitgehend barrierefreies, Online-Anmeldeverfahren für die Kindertagesbetreuung, inklusive automatisierter Bedarfs- und Versorgungsermittlung sowie statistischer Erhebungs- und Auswertungsverfahren.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Fertigstellung der Software	%	100	
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Partizipative, iterative Softwareentwicklung			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
MA-Schulungsquote	%	100	

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	T€	T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	VZÄ	VZÄ

Konsumtiv	350 T€	187,8 T€	260 T€	185 T€
Investiv	T€	T€	T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

Beigefügte Unterlagen:

Projektbeschreibung/-auftrag

 ja nein

Zeitplan

 ja nein

WU-Übersicht

 ja nein

Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse

 ja nein

Antrag auf Nachbewilligung

 ja nein

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

 ja nein

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

 ja nein

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitel / Bezeichnung Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel
D44	Kindertagesbetreuung - Teilprojekt 2: Online-Anmeldeverfahren

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes.
Im Zielzustand existiert ein bürgerfreundliches, weitgehend barrierefreies, Online-Anmeldeverfahren für die Kindertagesbetreuung (KiTa und Hort), inklusive automatisierter Bedarfs- und Versorgungsermittlung sowie statistischer Erhebungs- und Auswertungsverfahren, durch das der Verwaltungsaufwand für die zentrale Platzvermittlung deutlich reduziert wird.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Abteilung 3 (Frühkindliche Bildung, Förderung von Kindern und Fachkräfteentwicklung)
Projektleitung (falls schon benannt)
<div style="background-color: black; height: 15px; width: 100%;"></div>
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)
noch nicht benannt

Projektbeginn	30. Juni 2018 (Vorarbeiten in Eigenleistung ohne finanzielle Verpflichtungen. Formaler Projektstart am 27. August 2018)
----------------------	---

Projektende (geplant)	30. Juni 2019, danach fortlaufend
----------------------------------	-----------------------------------

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c) einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Die Betreuung von Kindern umfasst zwei Bereiche: die Betreuung von Kleinkindern in Kindertagesstätten, Kindergärten sowie durch die Pflegekinder in Bremen GmbH (PiB) einerseits und die nachmittägliche Betreuung von Schulkindern im Alter von 6 bis 14 Jahren in Einrichtungen der Tagesbetreuung (Hort und PiB).

In beiden Bereichen bestehen ein hoher Vermittlungsaufwand und große Herausforderungen, um stichtagbezogene Informationen über Nachfrage sowie Kapazitätsauslastungen zu erreichen. Es zeigen sich Probleme bzw. Optimierungsbedarfe in Bezug auf die den Arbeitsprozessen zugrundeliegenden Datenbanken, die Datenerfassung (insbes. Anmeldung), die Datenverwaltung sowie den Datentransfer (zwischen Einrichtungen und auch zwischen Einrichtungen und SKB).

Bei der Steuerung und Bewältigung der außerschulischen nachmittäglichen Betreuung von Schulkindern kommt die zeitliche Abstimmung mit den Anmelde- und Zusageverfahren offener Ganztagschulen hinzu. Hier wurden für das Anmeldeverfahren des Schuljahres 2018/19 bereits erste Maßnahmen zur Verbesserung beschlossen und befinden sich in der Umsetzung.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Ziel des Projekts ist die Realisierung eines datenbankbasierten Online-Anmeldeverfahrens für die Kindertagesbetreuung. Im Zielzustand existiert ein bürgerfreundliches, barrierefreies Verfahren, das einerseits die Planungssicherheit bei Eltern und Einrichtungen erhöht, Zugänge und Arbeitsprozesse vereinfacht und gleichzeitig adressatenspezifische Interessen berücksichtigt. Andererseits ermöglicht das angestrebte Verfahren die regelmäßige Generierung aussagefähiger Daten (statistische Auswertungen) über die aktuelle Bedarfs- wie auch Abdeckungssituation im Bereich der außerschulischen Kinderbetreuung.

Das angestrebte Online-Anmeldeverfahren umfasst folgende Schritte:

- 1) Die Generierung und postalische Zustellung einer Betreuungskennziffer (BKZ) für alle Kinder, die für die Aufnahme in einer Kindertagesbetreuung infrage kommen (0-14 Jahre).

- 2) Anmeldung für einen Platz in einer frei zu wählenden Tageseinrichtung unter Angabe der BKZ über die Online-Plattform. Eltern steht es selbstverständlich weiterhin frei, im Vorfeld ihrer Wahlentscheidung persönlichen Kontakt mit geeigneten Einrichtungen der Tageseinrichtung aufzunehmen.
- 3) Automatisierte Weiterleitung der Anmeldungen an die entsprechenden Einrichtungen. Diese wählen – unter Beibehaltung ihrer Auswahlhoheit – entsprechend der juristischen Vorgaben (BremAOG) bzgl. der Aufnahme- und Zusageverfahren die aufzunehmenden Kinder aus.
- 4) Sofern eine entsprechende Zustimmung der Eltern vorliegt, erfolgt die Weitergabe überzähliger Anmeldungen zum Zweck der Platzvermittlung analog der bisherigen Verfahren entweder an eine andere Einrichtung oder an die Senatorin für Kinder und Bildung.

In Vorbereitung auf die Umsetzung des Projektes wurden die Arbeitspakete „Kinderdaten (BKZ)“, „Einrichtungsdatenbank (KiBeKo)“, „Datenerfassung Anmeldung“, „Datenübermittlung“ und „bürgerfreundliche Online-Plattform“ identifiziert. Diese umfassen im Einzelnen:

a) Arbeitspaket „Kinderdaten (BKZ)“

Bislang erfolgt die Generierung der für eine Anmeldung erforderlichen ID (KiTa-ID) auf Basis eines pro Kind einmalig erhobenen Datensatzes des Einwohnermeldeamtes (EMA), der dem bestehenden Datensatz aller Kinder lediglich additiv hinzugefügt wird. Diese ID wird den Eltern im ersten Lebensjahr des Kindes in Form eines KiTa-Passes zugestellt. Aufgrund der bislang nicht erfolgenden Aktualisierung der bestehenden Datensätze, werden Informationen über Um- bzw. Wegzüge, Änderungen im Bereich des Sorgerechts sowie Todesfälle nicht automatisch erfasst. Hieraus ergeben sich ein erheblicher Arbeitsaufwand sowohl für die Behörde als auch für die Einrichtungen der Tagesbetreuung sowie eine hohe Fehleranfälligkeit.

Im Zusammenhang mit den Neuerungen im Anmeldeverfahren für den Hort-Bereich wurde – bislang parallel zu der bestehenden KiTa-ID – Ende 2017 eine neue Betreuungskennziffer (BKZ) für Schulkinder eingeführt. Diese BKZ wird auf Basis aktueller EMA-Daten in der Verwaltungssoftware Ki-ON generiert und ermöglicht somit eine regelmäßige Aktualisierung der im Anmeldeverfahren notwendigen Kinderdaten.

Für die Umsetzung eines Online-Anmeldeverfahrens für die Tagesbetreuung ist die Einführung der BKZ für alle Kinder (0-14 Jahre) notwendig. Die technischen Voraussetzungen für diesen Generierungsprozess sind durch die Einführung der BKZ für Schulkinder bereits erfüllt.

b) Arbeitspaket „Einrichtungsdatenbank (KiBeKo)“

Zwar sind zurzeit alle aktiven Einrichtungen der Tagesbetreuung im Rahmen des online zugänglichen Kinderbetreuungscompasses (KiBeKo) elektronisch erfasst. Allerdings sind diese Daten bislang weder lückenlos (so fehlen z.B. Angaben zu Früh- und Spätdienstangeboten, Informationen zu Schwerpunkteinrichtungen oder bzgl. der Barrierefreiheit), noch sind sie systematisch und datenbankbasiert mit den Arbeits-Tools des Referats 33 (SKB) verknüpft.

Für das Online-Anmeldeverfahren bedarf es einerseits einer Erweiterung der Einrichtungsdatenbank um relevante Informationsfelder sowie der entsprechenden kontinuierlichen Pflege. Andererseits ist eine technische Verknüpfung bzw. Zusammenführung dieser Datenbank mit den Arbeits-Tools in Referat 33 (SKB) sowie die Überführung bzw. Einbindung der Einrichtungen der Tagespflege (PiB) – für die bislang ein eigenes, getrenntes Softwareverfahren existiert – dringend nötig.

Im Trägermodul von Ki-ON bestehen bereits zentrale Funktionalitäten, die zügig und mit nur geringem Aufwand für die genannten Bedarfe nutzbar gemacht werden können.

c) Arbeitspaket „Datenverwaltung Anmeldung“

Anmeldungen für einen Platz in einer Einrichtung der Kindertagesbetreuung werden zurzeit überwiegend händisch und dezentral vor Ort in den Betreuungseinrichtungen an- und aufgenommen. Hierdurch ergibt sich eine hohe Fehleranfälligkeit bei der Eingabe der Kinderdaten in die Verwaltungssoftware Ki-ON (z.B. Rechtschreibfehler bei Namen, Straßen etc.). Zudem sind Eltern und Einrichtungen zwar gehalten, bei jeder Anmeldung die entsprechende KiTa-ID zu verwenden. Tatsächlich kommt es jedoch in einem relevanten Maße vor, dass Anmeldungen ohne bzw. mit einer falschen KiTa-ID aufgenommen werden. Dies führt bislang zu nur schwer zu identifizierenden Mehrfachanmeldungen, die sich negativ auf die Qualität statistischer Kennzahlen auswirken.

Im Zusammenhang mit den Änderungen im Anmeldeverfahren für den Hort-Bereich werden über Ki-ON aktuell verschiedene Aspekte automatisiert (z.B. eine unmittelbare Kollisionsprüfung oder auch die Anzeige der der BKZ zugeordneten Kinderdaten) und somit die Fehleranfälligkeit sowie der Arbeitsaufwand erheblich reduziert. Das Verfahren soll deshalb auf die Kita-Anmeldung ausgeweitet werden.

Einem Online-Anmeldeverfahren liegen grundsätzlich dieselben Prozesse zugrunde, allerdings ergänzt um die Auswahlmöglichkeit der gewünschten Einrichtung sowie um die Möglichkeit, den tatsächlichen Betreuungsbedarf sowie den gewünschten Betreuungsumfang anzugeben.

d) Arbeitspaket „Datenübermittlung“

Bislang erfolgte die Übermittlung überzähliger Anmeldungen – von den Einrichtungen an SKB sowie die Weitergabe dieser Daten von dort an potenziell aufnehmende Einrichtungen und von diesen wieder zurück an SKB – ausschließlich in Papierform. Dieses Verfahren beinhaltet durch die mehrfache, händische Dateneingabe in miteinander nicht verbundene Datenbanken zahlreiche Fehlerquellen und ist zudem enorm zeitaufwändig und entsprechend wenig bürgerfreundlich.

Seit einigen Monaten ist in der Verwaltungssoftware Ki-ON die Funktion der direkten, digitalen Datenübermittlung eingerichtet. Sie steht den Einrichtungen optional zu den bisherigen Verfahren zur Verfügung und wird teilweise bereits genutzt.

Eine Weiterentwicklung dieser Option als verpflichtendes Verfahren ist für das Online-Anmeldeverfahren vorgesehen.

e) Arbeitspaket „Zugänglichkeit / Accessibility“

Der Prototyp eines Interfaces für eine bürgerfreundliche Online-Anmeldung auf Basis der Daten des Kinderbetreuungskompasses mit einer Schnittstelle zu Ki-ON wurde bereits von der Firma Redlink entwickelt.

Neben den oben beschriebenen, technischen Voraussetzungen bedarf es für eine erfolgreiche Online-Anmeldung weiterer Bedingungen, die den Anwender bzw. die Anwenderin betreffen: eine gültige BKZ (wird von SKB per Briefpost zugestellt), einen Internetzugang sowie Sprachkenntnis und Leseverständnis.

Um das Online-Anmeldeverfahren so bürgerfreundlich und barrierefrei wie möglich zu gestalten ist vorgesehen, dass auf der Online-Plattform eine Sprachauswahl möglich ist, die neben dem fremdsprachlichen Angebot auch die Option „Leichte Sprache“ beinhaltet. Sollten Sorgeberechtigte über keinen Internetzugang verfügen oder sich bei einem online-basierten Verfahren generell unsicher fühlen, erhalten sie Unterstützung in den Tageseinrichtungen, in denen die Anmeldung jedoch ebenfalls ausschließlich über die Online-Plattform erfolgt.

Projektziele
Projektziel 1: „Kinderdaten (BKZ)“
Projektziel 2: „Einrichtungsdatenbank (KiBeKo)“
Projektziel 3: „Datenverwaltung Anmeldung“
Projektziel 4: „Datenübermittlung“
Projektziel 5: „Zugänglichkeit / Accessibility“
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
Maßnahmen zum Projektziel 1: Etablierung eines Datenaustauschverfahrens innerhalb der SKB (Ref. 10 und 33)
Maßnahmen zum Projektziel 2: Erweiterung der bestehenden Datenbank; Verknüpfung mit weiteren relevanten und bereits existierenden Datenbanken (Ki-ON und SKB-Datenbanken) sowie die Einbindung der Einrichtungen der Tagespflege (PiB)
Maßnahmen zum Projektziel 3: Ausbau bestehender Funktionalitäten in Ki-ON
Maßnahmen zum Projektziel 4: Ausbau und Verstetigung bestehender und teilweise bereits genutzter Funktionalitäten in Ki-ON
Projektziel 5: Integration des Moduls „Online Plattform“; Übersetzung relevanter Texte und Formulare in verschiedene Sprachen

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

- Ablösung des etablierten Fachverfahrens Ki-On

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	Aufwand in % des Gesamtvo- lumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?		
	M0 Projektstart 30.06.18	0
Festlegung der Soll-Prozesse	M 1 Umsetzungskonzept: 31.07.2018	5
Dokumentation der Ist-Prozesse	M 2 Ist-Prozesse bei SKB und Betreuungseinrichtungen: 31.08.2018	5
Rechtliche bzw. datenschutzrechtliche Prüfung	M 3 Klärung und ggf. Anpassung: 31.08.2018	10
Abstimmung mit Trägern und Gremien	M 4 Zustimmung Träger: 31.07.2018	5
Entwicklung I	M 5 Einrichtungsdatenbank: 31.07.2018	20
Entwicklung II	M 6 Einbindung PiB: 31.08.2018	5
Entwicklung III	M 7 Integration und Finalisierung Modul Online-Plattform: 31.08.2018	15
Zugänglichkeit / Accessibility	M 8 Übersetzung Formulare und Online-Plattform: 30.09.2018	10
Anwender-Schulungen	M 9 Anwender geschult: September / Oktober 2018 (fortlaufend)	10
Prozess- und Systemprüfung	M 10 Integrationstest: 31.10.2018	5
Anmeldephase für KG-Jahr 2019 / 2020	M 11 Statusbericht I: 28.02.2019	5
Vermittlungsverfahren	M 12 Statusbericht II: 31.05.2019	5
Regelbetrieb/Projektende	M 13 Ende des ersten Durchlaufs und Übergang in den Regelbetrieb: 30.06.2019	0
Aufwand Gesamt:		100

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
Ausstattung	
--	
Sachkosten	
Dienstleistungen: - ifib - Redlink technische Realisierung - Übersetzungen - Schulungen / Moderation / Bereitstellung von Räumlichkeiten / ggf. weitere Beratung / Informationsbroschüren - Dataport Externes Projektmanagement	ca. 40.000 € ca. 90.000 € ca. 5.000 € ca. 15.000 € ca. 110.000 €
Sonstige	
--	

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

Liegt bei.

Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Kontinuierlich Berichterstattung an die zuständige Abteilungsleitung.

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

██████████

Freie Hansestadt Bremen

Die Senatorin für Kinder und Bildung

Referat 10 – Statistik, Bildungsmonitoring
Rembertiring 8-12, 28195 Bremen

████████████████████

██

A

Die Senatorin für Kinder und Bildung

Bremen, 24.05.2018

 öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018****Produktgruppe:** 96.02.01**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	0950.539 xx-x	200		Sachausgaben Projekt D44 - Kindertagesbetreuung - Teilprojekt 2: Online-Anmeldeverfahren (Digitale Verwaltung)	260.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	260.000,00

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A

**Sonstige Anmerkungen:
Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Gemäß Beschluss der Bildungsdeputation vom November 2016 und Kenntnisnahme des Senates vom 20.06.2017 (Vorlage 1383/17) hat der Senat die Projektbeschreibung „Neuausrichtung von Verwaltungsprozessen im Bereich der Kindertagesbetreuung“ zur Kenntnis genommen. Ziel ist die einheitliche Festsetzung von Beiträgen zur Kindertagesbetreuung in einer gesonderten Stelle und damit mittelbar die Erhöhung von Zeitkontingenten der Kita-Leitung, die zur originären pädagogischen Tätigkeit zur Verfügung stehen.
Desweiteren existiert im Zielzustand ein bürgerfreundliches, weitgehend barrierefreies, Online-Anmeldeverfahren für die Kindertagesbetreuung (KiTa und Hort), inklusive automatisierter Bedarfs- und Versorgungsermittlung sowie statistischer Erhebungs- und Auswertungsverfahren, durch das der Verwaltungsaufwand für die zentrale Platzvermittlung deutlich reduziert wird. Ergänzend wurden Mittel für die Beauftragung von dataport zur Bereitstellung einer Projektleitung i.H.v. 110.000,- € jeweils für die Jahre 2018 und 2019 beantragt.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Probleme bei derzeitigen Prozessen durch fehlende SW-Unterstützung, fehlende Auswertungsmöglichkeiten

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, nicht erforderlich

Dep. für Kinder und Bildung

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Kindertagesbetreuung - Teilprojekt 1: Zentrale Beitragsfestsetzung"

in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Refinanzierung Personalmehrbedarfe	46.000	61.500	150.000	0
Technische Umsetzung	54.500	0	0	54.500
Umbau-, Raum, Mobiliarkosten	38.000	0	0	0
Beratungsleistungen von externen (über Dataport-Rahmenvertrag)	0	0	0	0
Projektkosten insgesamt	138.500	61.500	150.000	200.000
Betriebskosten				
Technischer Betrieb				
Betrieb und Lizenzen	0	0	35.000	0
Betriebskosten insgesamt	0	0	35.000	0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Kindertagesbetreuung - Teilprojekt 1: Zentrale Beitragsfestsetzung"

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	7	4	28	Zeitnah wichtig für einige Fachaufgaben der Verwaltung
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	8	8	64	Ressortübergreifende Übernahme eines Verfahrens
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	7	70	Datenbank mit Hardware-, Betriebssystem- und Standardsoftwareunabhängiger Web-Anwendung als Frontend
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	7	105	Erhebliche Verbesserung des Arbeitsablaufs und -ergebnisses durch Vereinfachung und Automatisierung
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	10	8	80	Mögliche Verkürzungen der Durchlaufzeiten im Gesamtprozess Planung und Festsetzung (TP1 und TP2)
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	10	50	Verbesserung durch Ressortübergreifende Vereinheitlichung von Datenstrukturen und Prozessen
7 Imageverbesserung	5	6	30	Dauerhaft positive Wirkung bei vielen Adressaten (Eltern von Kita-Kindern)
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	10	150	Im Zusammenwirken mit Teilprojekt 2 entsteht ein einheitlicher Planungs- und Produktionsprozess, der von der Kita-Platz
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	8	7	56	Berufsplanung bis zur letztendlichen Beibehaltung von offenen Forderungen
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	6	30	Erhebliche Verbesserung in wenigen Bereichen durch Automatisierung von Routineaufgaben
Insgesamt	88	73	663	
Ergebnis WiBe Q			66	
Externe Effekte				
A. Wer sind meine Kunden?				Eltern von Kita-Kindern, Träger
B. Was wollen meine Kunden?				Unbürokratische, verständliche und zeitnahe Beitragsfestsetzungen
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				Internetzugang mit unterschiedlicher Infrastruktur und Peripheriegeräten / manuelle Aufzeichnungen
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				Aufgrund des unterjährigen Startes im Kindergartenjahr 2018/2019 ist für das Jahr 2018 mit einer moderaten Nutzungsintensität zu rechnen; für das Kindergartenjahr 2018/2019 sollte die Nutzung des Angebotes durch die von Kita-Bremen betreuten Familien bei 95-100% liegen.
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	15	8	120	Neuausrichtung des Verfahrens sowohl von Kunden als auch der Verwaltung gewünscht
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	4	40	Behördeneinheitlicher Zugang zu mehreren Verfahren
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	10	50	Wesentliche Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz für viele Kunden
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	10	50	Umfassende Unterstützung z.B. durch Eingabvalidierungen und Mehrsprachigkeit
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	8	80	Der große Bedarf an zeitnahen Informationen (Aufnahme) wird erfüllt
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	10	6	60	Unmittelbar geringe Einsparungen bei Teilen des Adressatenkreises
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	8	80	Geringer Anpassungsaufwand für viele Kommunikationspartner der Behörde
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	4	40	Mit Einsatz des Festsetzungsverfahrens nach risikomanagement Grundsätzen, deutlich zügigere Becheiderteilung mit weniger Personalressourcen möglich
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	10	50	Deutliche Verbesserung und Erweiterung des Dienstleistungsangebotes für viele Kunden der Behörde
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	6	60	Nachnutzung von Methode und Programm für Öffentliche Verwaltung, Träger und Bürger möglich
Insgesamt	90	74	630	
Ergebnis WiBe E			63	

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Kindertagesbetreuung - Teilprojekt 2: Online-Anmeldeverfahren" 1)

in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Refinanzierung Personalmehrbedarfe				0
				0
				0
Technische Realisierung				0
	150.000	75.000		225.000
Beratungsleistungen von externen (über Dataport-Rahmenvertrag)	110.000	110.000		220.000
Projektkosten insgesamt	260.000	185.000	0	445.000
Betriebskosten				
in €				
Technischer Betrieb				
Betrieb und Lizenzen	0	0	25.000	0
Betriebskosten insgesamt	0	0	25.000	0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Kindertagesbetreuung - Teilprojekt 2: Online-Anmeldeverfahren" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	4	40	Zeitnah wichtig für einige Fachaufgaben der Verwaltung
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	8	80	Ressortübergreifende Übernahme eines Verfahrens
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	3	30	Hardware-, Betriebssystem- und Standardsoftwareunabhängige Web-Anwendung
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	10	150	Erhebliche Verbesserung des Arbeitsablaufs und -ergebnisses durch Vereinfachung und Automatisierung
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	6	90	Mögliche Verkürzungen der Durchlaufzeiten bis zu 40%
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	8	40	Verbesserung durch Ressortübergreifende Vereinheitlichung von Datenstrukturen und Prozessen
7 Imageverbesserung	5	10	50	Dauerhaft positive Wirkung bei vielen Adressaten (Eltern von Kita-Kindern)
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	8	120	Zeitnahe neue Informationen im Bereich der Kita-Versorgung ermöglichen bei Bedarf rechtzeitige Interventionen
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	8	80	Erhebliche Verbesserung in wenigen Bereichen durch Automatisierung von Routineaufgaben
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	8	40	Erhöhung der IT- und aufgabenbezogenen Qualifikation
Insgesamt	100	73	720	
Ergebnis WiBe Q			72	

Externe Effekte

- A. Wer sind meine Kunden? Eltern von Kita-Kindern, Träger
- B. Was wollen meine Kunden? Einfache und verlässliche Beantragung/Zuweisung von Kita-Plätzen
- C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden? Internetzugang mit heterogenen Endgeräten
- D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten? Die geschätzte Dissemination in der ersten Phase beträgt 40%. Aufgrund der hohen Nutzungsfreundlichkeit und der Mehrsprachigkeit des Systems, dürfte diese in den Folgejahren noch signifikant ansteigen

1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	6	60	Ablösung des Altsystems wünschenswert aus Sicht vieler Kunden
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	2	20	Behördeneinheitlicher Zugang zu wenigen Verfahren
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	10	50	Wesentliche Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz für viele Kunden
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	10	50	Umfassende Unterstützung z.B. durch Eingabvalidierungen und Mehrsprachigkeit
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	8	80	Der große Bedarf an zeitnahen Informationen (Aufnahme) wird erfüllt
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	6	150	Unmittelbar geringe Einsparungen bei großem Adressatenkreis durch Verringerung der Sachkosten (z.B. Porto)
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	8	80	Geringer Anpassungsaufwand für viele Kommunikationspartner der Behörde
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	4	40	Verkürzung bis zu 20% der Durchlaufzeit möglich
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	10	50	Deutliche Verbesserung und Erweiterung des Dienstleistungsangebotes für viele Kunden der Behörde
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	6	60	Nachnutzung von Methode und Programm für Öffentliche Verwaltung, Träger und Bürger möglich
Insgesamt	100	70	640	
Ergebnis WiBe E			64	

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Stand: 31.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Kindertagesbetreuung – TP2 Online-Anmeldeverfahren

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2016

Betrachtungszeitraum (Jahre): 2 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Einrichtung einer zentralen Beitragsfestsetzungsstelle	1
2	Beibehaltung des Status Quo mit dezentraler Festsetzung	2
n		

Ergebnis

Nach Bewertung in Anlehnung an die Kriterienkataloge der WiBe 5.0 (Anlage zum Beschluss Nr. 2015/3 des Rates der IT-Beauftragten der (Bundes-)Ressorts vom 19. Februar 2015) wird die IT Maßnahme als wirtschaftlich bewertet und kann somit durchgeführt werden.-

Weitergehende Erläuterungen

Ergebnis WiBe Q = 66 und Ergebnis WiBe E = 63

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.12.2019	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Anzahl Festsetzungen von Beiträgen	%	100
2	Fertigstellung der Software	%	100
3		%	

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen
 Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

 Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Stand: 22.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Kindertagesbetreuung – TP2 Online-Anmeldeverfahren

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit **einzelwirtschaftlichen**
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): 2 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Implementierung eines Online-Verfahrens	1
2	Beibehaltung/Weiternutzung der bisherigen Prozesse und Systeme	2
n		

Ergebnis

IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

Weitergehende Erläuterungen

Werte größer 50 bei WiBe Q oder WiBe E bedeuten eine qualitative Wirtschaftlichkeit gemäß WiBe 5.0 und legitimieren die Durchführung der Maßnahme. Das Ergebnis für die geprüfte Maßnahme beläuft sich auf WiBe Q = 72 und WiBe E = 64

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Systemnutzung durch Eltern	%	40
2	Fertigstellung der Software	%	100
3	Schulungsquote	%	100

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten / die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Zentralisiertes, digitales EDV-Fachverfahren zum Arbeitsschutz im LUA		Lfd. Nr. D50 der Liste		
Zielgruppe: Intern Beschäftigte sowie Personen, die mit dem LUA in Kontakt stehen				
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Etablierung eines zentralisierten und digitalen Arbeitsschutzsystems und Transparenz für alle Funktionsträger im LUA				
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :		Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Anteil an der Digitalisierung		%	25	100
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Aufbau eines Fachverfahren unter Einbeziehung von Dataport und den für den Arbeitsschutz zuständigen Stellen				
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :		Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Nutzungsquote des Programms durch Funktionsträger		%	25	100
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Initiierung und Aufbau der für die Zielerreichung notwendigen Prozesse in der IT				
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :		Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Stand der Umsetzung bezogen auf die Meilensteinplanung		%	25	100

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	0 T€	0 T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	0,5 VZÄ	0,5 VZÄ
Konsumtiv	T€	T€	18,4 T€	48,3 T€
Investiv	T€	T€	T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

Beigefügte Unterlagen:

Projektbeschreibung/-auftrag	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Zeitplan	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
WU-Übersicht	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Antrag auf Nachbewilligung	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung
D50	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel Zentralisiertes, digitales EDV-Fachverfahren zum Arbeitsschutz im LUA

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes. Der Arbeitsschutz wird derzeit im LUA an unterschiedlichen Stellen im Hause betrieben. Es soll eine Zentralisierung des Arbeitsschutzes und eine Transparenz für alle Funktionsträger im LUA erreicht werden. Es soll dabei ein EDV-Fachverfahren etabliert und die damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben bearbeitet werden, um dieses Ziel zu erreichen.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Landesuntersuchungsamt für Chemie, Hygiene und Veterinärmedizin
Projektleitung (falls schon benannt)
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)

Projektbeginn	01.09.2018
Projektende (geplant)	31.12.2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c)
einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Die Erfassung und Fortschreibung von Prüfungsintervallen der Vielzahl der zu prüfenden Sicherheitseinrichtungen und Geräte sowie die sicherheitsrelevanten Belehrungen (regelmäßige allgemeine und laborspezifische Sicherheitsbelehrungen) werden derzeit aufwändig manuell oder als einfache Listen in der EDV geführt. Dies ist mit einem erheblichen Zeitaufwand verbunden. Hierbei könnten Prüfintervalle übersehen werden oder es könnten im Hinblick auf die Prüfung der ortveränderlichen Elektrogeräte sogar zu häufige Prüfungen durchgeführt werden.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
<p>Projektziel 1: Etablierung des Arbeitsschutzes beim Landesuntersuchungsamt mittels der Software „Robert Knows“, Abbildung des rechtssicheren Arbeitsschutzes</p>
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
<ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung eines Kundenwarenkorb an Dataport incl. der SQL-Datenbank • Initiierung von Workshops • Abstimmung und Festlegung der zu erfassenden Datenarten • Einrichtung der verschiedenen Kommunikationswege • Testen des Systems im laufenden Alltag • Einweisung und Fortbildung der LUA-MitarbeiterInnen

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Das Projekt beinhaltet die Abbildung eines rechtssicheren Arbeitsschutzes im LUA in digitaler Form. Andere Abläufe im IT-Bereich sind hierdurch nicht betroffen und werden nicht verändert.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Projektstart Abstimmung im LUA, Beteiligung der Gremien	M 1 Start des Projektes am 01.09.2018	5%
Abstimmungen mit Dataport Schaffung der technischen Voraussetzungen	M 2 Einrichtung eines Kundenwarrenkorbes an Dataport incl. der SQL-Datenbank bis 30.10.2018	10%
Workshopphase	M 3 Initiierung von Workshops bis 31.12.2018	10%
	M 4 Abstimmung und Festlegung der zu erfassenden Datenarten bis 31.03.2019	15%
	M 5 Einrichtung der verschiedenen Kommunikationsweg bis 30.06.2019	15%
Testphase	M 6 Testen des Systems im laufenden Alltag, Fehlerbereinigung bis 30.10.2019	20%
	M 7 Einweisung und Fortbildung der LUA-MitarbeiterInnen bis 15.12.2019	15%
Beginn des Echtbetriebes	M 8 Ende des Projektes am 31.12.2019	10%
Aufwand Gesamt:		100%

Ressource	Budget (geschätzt) pro Jahr
Personal	
Ausstattung	
Overheadkosten (TUI-Arbeitsplatz)	1.215 € (2018) 4.860 € (2019)
Sachkosten	
Update Robert-Knows	p.a. 2.000 €
KWK-Fachverfahren	p.a. 2.000 €
Zuschuss für Personalausgaben (0,5 VZÄ mit der EG 9 ab dem 01.10.2018)	7.200 € (2018) 24.200 € (2019)
Sonstige	
Dataportkosten (Server)	6.000 € (2018) 12.000 € (2019)

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

Siehe Anlage WU.

Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Das LUA berichtet der IT-Stelle im Ressort über den Sachstand.

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

██████████

██

██████████

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Stand: 30.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Etablierung eines zentralisierten, digitalen und rechtssicheren Arbeitsschutzsystems im LUA

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): zwei Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Etablierung eines zentralisierten, digitalen und rechtssicheren Arbeitsschutzsystems im LUA	1
2		2
n		

Ergebnis

**Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).
Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 52 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 52 gemäß WiBe 5.0 (beide >50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).**

Weitergehende Erläuterungen

--

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020	2.	3.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Erfolgreiche Einführung eines EDV-Fachverfahrens zum Arbeitsschutz im LUA	%	100
2			
3			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

 Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Elektronische Vorgangsbearbeitung für schnelleren Kundenservice" 1) in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Refinanzierung Personalmehrbedarfe				0
				0
				0
Technische Realisierung				0
Beratungsleistungen von externen (über Dataport-Rahmenvertrag)				0
Projektkosten insgesamt	0	0	0	0
Betriebskosten in €				
Technischer Betrieb	7.215	16.860		24.075
Betrieb und Lizenzen	11.200	28.200		39.400
Betriebskosten insgesamt	18.415	45.060	0	63.475

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Zentralisiertes, digitales EDV-Fachverfahren zum Arbeitsschutz im LUA" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	2	20	Vom Gesamtergebnis können weitere Dienststellen der FHB von dem Projekt profitieren. Wichtig für einige Fachaufgaben der Behörde später
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	8	80	Übernahme eines Verfahrens ressortübergreifend
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	2	20	Abhängigkeit nur von Hardware, Betriebssystem oder Standardsoftware
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	4	60	Erhebliche Verbesserung hinsichtlich des Arbeitsablaufes
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	6	90	Wir erwarten Verkürzung bis zu 40% der bisherigen Durchlaufzeiten
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	4	20	Erhebliche Verbesserung durch behördeninterne Vereinheitlichung von Datenstrukturen und Verfahrensroutinen
7 Imageverbesserung	5	0	0	Keine Wirkung
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	8	120	Zeitnahe und neue Informationen in wenigen Bereichen
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	8	80	Erhebliche Verbesserung in wenigen Bereichen
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	6	30	Erhöhung der aufgabenbezogenen Qualifikation
Insgesamt	100	48	520	
Ergebnis WiBe Q			52	

Externe Effekte

- A. Wer sind meine Kunden? Probeneinsender (externe und Behörden), Lieferanten
- B. Was wollen meine Kunden? rechtssichere Prüfergebnisse, reibungslose Abläufe
- C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden? entfällt
- D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten? hohe Nutzungsintensität durch LUA-MitarbeiterInnen mit Folgewirkungen auch für Externe

1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	0	0	Nicht von Bedeutung
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	0	0	Nicht von Bedeutung
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	8	40	wesentliche Erhöhung der Verständlichkeit
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	0	0	nicht von Bedeutung / keine Verbesserung der Hilfefunktionen
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	10	100	Sehr hoch, bisher manuelles Verfahren
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	6	150	Unmittelbar geringe Einsparung bei großem Adressatenkreis
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	8	80	Geringer Anpassungsaufwand für viele Kommunikationspartner der Behörde
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	8	80	Verkürzung bis zu 40 % der bisherigen Durchlaufzeit möglich
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	5	25	Punktuelle Erweiterung des DL-Angebotes für viele Kunden der Behörde
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	4	40	Eine Nachnutzung des Programms für die öffentliche Verwaltung ist möglich.
Insgesamt	100	49	515	
Ergebnis WiBe E			52	

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

ADie Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit
und Verbraucherschutz

Bremen, 29.Mai 2018

 öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018****Produktgruppe:** 96.01.01 51.98.01**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	0950.539 85-	950	500	Sachausgaben Projekt D50 EDV-Fachverfahren zum Arbeitsschutz im LUA - Handlungsfeld Digitalisierung	11.200 €
X	0501.685 06-	500	500	Zuschuss an das Landesuntersamt für Personalkosten (Projekt D50 EDV-Fachverfahren zum Arbeitsschutz im LUA) -HF Digit.	7.200 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
96.02.01	3950/539 53-3	Sachausgaben Projekt D37 - Migration Gesundheitsamt - Handlungsfeld Digitalisierung	18.400,00

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A**Sonstige Anmerkungen:
Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2018/2019 hat der Senat in seiner Sitzung am 12.09.2017 die innerhalb der Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Digitale Verwaltung und Bürgerservice dargestellten Maßnahmen beschlossen. Die Veranschlagung dieser Mittel erfolgte zunächst auf Globaltiteln im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen.

Zum Controlling der Verstärkungsmittel im Rahmen der Staatsrätesitzung am 29.05.2018 hat die SF neben der Aktualisierung des Controllings eine Abfrage über Mehrbedarfe gestellt.

Der Arbeitsschutz wird derzeit im LUA an unterschiedlichen Stellen im Hause betrieben. Es soll eine Zentralisierung des Arbeitsschutzes und eine Transparenz für alle Funktionsträger im LUA erreicht werden. Es soll dabei ein EDV-Fachverfahren etabliert und die damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben bearbeitet werden.

Die Etablierung des Arbeitsschutzes soll mittels der Software "Roberts Knows" erfolgen. Für die Umsetzung ist auch eine befristete personelle Verstärkung von einer halben Stelle (TV-L 9) für zwei Jahre erforderlich.

Die Finanzierung soll durch Einsparung bei dem Projekt D37 Migration Gesundheitsamt (Hst. 3950.539 53-3) erfolgen.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im PPL 92 Allgemeine Verwaltung Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 (2) LHO werden die Mittel nunmehr auf in den PPL 96 IT-Budget FHB sowie PPL 51 Gesundheit verlagert.

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Produktbereichsverantwortlicher	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Produktplanverantwortlicher	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Ausschüsse:	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Deputationen:	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
/ Dep. für Gesundheit und Verbraucherschutz		

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme:		Lfd. Nr. D51 der Liste	
Einrichtung einer Digitalisierungsstelle bei der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz			
Zielgruppe:			
Bürgerinnen und Bürger, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?):			
Schaffung einer organisatorischen Koordinierungseinheit zur weitgehenden Digitalisierung der Verwaltung und Optimierung der Online-Angebote.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Prozessverbesserung	%	20	80
Programm / Produkt (Was wird angeboten?):			
Eine zentrale Digitalisierungsstelle unterstützt die Digitalisierung in den Organisationseinheiten der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Steigerung Anzahl Digitalisierungsprojekte	%	25	75
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?):			
Initiierung und Koordinierung der Digitalisierungsaktivitäten, Gremienarbeit, Beratung, Wissenstransfer, Controlling.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Anzahl der überarbeiteten Internetseiten	%	20	80

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	21 T€	65 T€

Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	1 VZÄ	1 VZÄ
Konsumtiv	T€	T€	4 T€	15 T€
Investiv	T€	T€	T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

Beigefügte Unterlagen:

Projektbeschreibung/-auftrag

 ja nein

Zeitplan

 ja nein

WU-Übersicht

 ja nein

Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse

 ja nein

Antrag auf Nachbewilligung

 ja nein

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

 ja nein

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

 ja nein

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung
D51	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel Schaffung einer organisatorischen Koordinierungseinheit zur weitgehenden Digitalisierung der Verwaltung und Optimierung der online-Angebote auf gesundheit.bremen.de

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes. Die Digitalisierungsstelle unterstützt die Digitalisierung in den Organisationseinheiten der SWGV. Die unterschiedlichen technischen und organisatorischen Anpassungsaufgaben werden unterstützt. Die Leitungen der Organisationseinheiten erhalten eine Unterstützung für die Digitalisierung ihrer Aufgaben.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz - OZG) vom 14.08.2017: Nach § 1 OZG sind Bund und Länder verpflichtet, bis spätestens zum Ablauf des fünften auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Kalenderjahres ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten.
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
Projektleitung (falls schon benannt)
████████████████████
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)
████████████████████

Projektbeginn	01.10.2018
----------------------	------------

Projektende (geplant)	31.12.2022
----------------------------------	------------

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c)
einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Nach § 1 des Gesetzes zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (OZG) sind Bund und Länder verpflichtet, bis spätestens zum Ablauf des fünften auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Kalenderjahres (31.12.2022) ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Das entsprechende Know-how zur Umsetzung ist aber bei der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz nicht vorhanden. Hier ist eine Unterstützung zwingend notwendig.

Desweiteren ist in vielen Organisationseinheiten nicht wirklich zu erkennen, wie die notwendige Digitalisierung von Aufgaben vorangebracht wird (z.B. VIS). Außerdem haben die Online-Angebote in den Organisationseinheiten in der Regel nicht die Priorität bei der Aufgabenerledigung, die eigentlich notwendig wäre, was sich z.B. in der Qualität der Homepage niederschlägt. Auch hier ist Unterstützung notwendig, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Rat und Tat bei der Digitalisierung ihrer Aufgaben beizustehen.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
Projektziel 1: Umsetzung des OZG, Erhöhung des Bürgerservice durch Nutzbarmachung digitaler Möglichkeiten
Projektziel 2: Unterstützung bei der Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie, Steigerung der Qualität der Online-Angebote, Umsetzung von Digitalisierung im Arbeitsalltag
Projektziel 3 (optional):
Bei Bedarf weitere Projektziele einfügen)

Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?

Maßnahmen zum Projektziel 1: Feststellung Ist-Zustand, Erarbeitung der umzusetzenden Aufgaben für das Online-Angebot gemäß OZG gemeinsam mit den Organisationseinheiten

Maßnahmen zum Projektziel 2: Klärung des aktuellen Digitalisierungsstandes und Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für die nächsten Jahre, Umsetzung der Digitalisierungsstrategie

Maßnahmen zum Projektziel 3:

Bei Bedarf weitere Maßnahmen zu weiteren Projektzielen einfügen.

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Ziel des Projektes ist es nicht, beim täglichen Umgang mit digitalisierten Arbeitsgeräten in den Organisationseinheiten zu unterstützen.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
Beschaffung der notwendigen personellen Ressourcen	M 1 Start des Projektes am 01.10.2018	10
Klärung des aktuellen Ist- Zustandes	M 2 Beschreibung der gegenwärtigen Lage	20
Entwicklung einer gemeinsamen Vorgehensweise zur Erreichung der Ziele (Zeit- und Maßnahmenplan)	M 3 Beschreibung der Maßnahmen zur Zielerreichung	20
Feststellung, welche der geplanten Ziele erreicht wurden	M 4 Einleitung der notwendigen Maßnahmen zur Zielerreichung	40
Klärung, wie evtl. nicht erreichte Ziele weiter behandelt werden	M 5 Ende des Projektes am 31.12.2022	10
Aufwand Gesamt:		100

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
1,0 VZE ab 01.10.2018	21.600 (2018) 65.000 (2019)
Ausstattung	
Sachkosten	
Sach- und Arbeitsplatzkosten	3.750 € (2018) 15.000 € (2019)
Sonstige	

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

Siehe Anlage WU.

Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Internes Berichtswesen der SWGV ggü. dem Staatsrat (halbjährlich)

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz

██████████

Referat 11- Haushalt und Zentrale Dienste (11-1)

Contrescarpe 72 - 28195 Bremen

██████████

██

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Stand: 24.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

D51 Schaffung einer organisatorischen Koordinierungseinheit zur weitgehenden Digitalisierung der Verwaltung und Optimierung der Online-Angebote auf gesundheits.bremen.de

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): zwei

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Unterstützung der Organisationseinheiten durch Schaffung einer organisatorischen Koordinierungseinheit zur Weitgehenden Digitalisierung der Verwaltung und Optimierung der Online-Angebote	1
2		2
n	Beibehaltung des jetzigen Status	

Ergebnis

Die nachrangige Alternative "Beibehaltung des jetzigen Status" ist nicht machbar, da die Umsetzung des OZG gesetzlich vorgeschrieben und somit alternativlos ist.
Eine Darstellung der monetären Wirtschaftlichkeit der Alternative 1 ist nicht möglich, da zurzeit überhaupt nicht bekannt ist, welche Menge an Aufgaben digitalisiert werden muss. Da die FHB z.B. aufgrund gesetzlicher Vorgaben (§ 1 Onlinezugangsgesetz) verpflichtet ist, bis spätestens Ende 2022 die Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten und entsprechendes Know-how zur Umsetzung bei der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz nicht vorhanden ist, ist die Schaffung einer Digitalisierungsstelle zwingend erforderlich
Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).
Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 75 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 77 gemäß WiBe 5.0 (beide >50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).

Weitergehende Erläuterungen

--

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020	31.03.2023	n.
---------------	------------	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Nutzung von VIS im gesamten Ressort	%	100
2	Umsetzung des OZG	%	100
3			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen
Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Tab. 1: Projektkostenübersicht "Schaffung einer organisatorischen Koordinierungseinheit zur weitgehenden Digitalisierung" in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Refinanzierung Personalmehrbedarfe				
1,0 VZÄ EG 12	21.600	65.000	65.000	86.600
Technische Realisierung				
Beratungsleistungen von externen (über Dataport-Rahmenvertrag)	3.750	15.000	15.000	18.750
Projektkosten insgesamt	25.350	80.000	80.000	105.350
Betriebskosten				
Technischer Betrieb	0	0	0	
Betrieb und Lizenzen	0	0	0	0
Betriebskosten insgesamt	0	0	0	0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Schaffung einer organisatorischen Koordinierungseinheit zur weitgehenden Digitalisierung der Verwaltung und Optimierung der online-Angebote auf gesundheits.bremen.de" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	10	100	Verbesserung der Kundenzufriedenheit, Umsetzung gesetzlicher Vorgaben (z.B. § 1 Onlinezugangsgesetz)
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	8	80	Aufsetzen auf bereits vorhandene Homepage
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	7	70	Nutzung eines einheitlichen Baukasten-Systems ermöglicht schnelle Anpassungen an neue und/oder geänderte fachliche Anforderungen.
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	7	105	Weniger Publikumsverkehr, mehr Zeit für eigentliche Anträge
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	6	90	Schnellere Abarbeitung von Anträgen, da Unterlagen digital vorhanden
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	9	45	Umstellung der gesamten Verwaltung auf Online-Dienstleistungen
7 Imageverbesserung	5	8	40	(Insbesondere jüngere) Kunden honorieren Online-Dienstleistungen und Online-Terminvereinbarungen
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	7	105	Durch Digitalisierung schnellere Informationsbereitstellung.
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	8	80	Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Organisationseinheiten des Ressorts.
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	6	30	Digitale Zusatzqualifikationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
Insgesamt	100	76	745	
Ergebnis WiBe Q			75	

Externe Effekte

- A. Wer sind meine Kunden? Unmittelbar alle im Land und in der Stadtgemeinde Bremen beheimateten Menschen und Betriebe. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ressorts.
- B. Was wollen meine Kunden? Verfügbarkeit, Sicherheit, einfache Prozesse.
- C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden? nicht abschätzbar
- D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten? nicht abschätzbar

1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	10	100	Umsetzung gesetzlicher Vorgaben (§ 1 Onlinezugangsgesetz), Umsetzung Senatsbeschlüsse (z.B. Einführung VIS).
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	7	70	Wiedererkennungswert bei Kunden
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	6	30	Durch z.B. digitalisierte Aktenablage in VIS.
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	7	35	Bessere Hilfe, besserer Support
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	8	80	Vollständige und zeitnahe Transparenz über die Antrags- oder Aktenlage
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	7	175	Aufsuchen von Behörden nicht mehr notwendig
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	8	80	Schnellere Kommunikation durch digitales Vorhalten von Verwaltungsvorgängen.
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	6	60	Schnellere Reaktion der Verwaltung auf Kundenanfragen
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	8	40	Deutliche Verbesserung des Dienstleistungsangebotes
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	10	100	Digitalisierung des Dienstleistungsangebotes und der Aktenablage bleibt bestehen.
Insgesamt	100	77	770	
Ergebnis WiBe E			77	

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

ADie Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit
und Verbraucherschutz

Bremen, 24.Mai 2018

 öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018****Produktgruppe:** 51.90.01 / 96.01.01**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	0500.428 17-	500	925	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Projekt D51 Digitalisierung bei der SWGV-Handlungsfeld Digitalisierung)	21.600 €
X	0950.539 81-	950	500	Sachausgaben für Projekt D51 Digitalisierung bei der SWGV -Handlungsfeld Digitalisierung)	3.750 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	25.350,00
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl				
PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung
51.90.01	temporäre Personalmittel	01.10.-31.12.18	+1,0	1,0

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen				
PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A

Sonstige Anmerkungen: Kurzbeschreibung der Maßnahme

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2018/2019 hat der Senat in seiner Sitzung am 12.09.2017 die innerhalb der Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Digitale Verwaltung und Bürgerservice dargestellten Maßnahmen beschlossen. Die Veranschlagung dieser Mittel erfolgte zunächst auf Globaltiteln im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen.

Zum Controlling der Verstärkungsmittel im Rahmen der Staatsrätesitzung am 29.05.2018 hat die SF neben der Aktualisierung des Controllings eine Abfrage über Mehrbedarfe gestellt.

Bei der SWGV ist es erforderlich, eine Person für den Bereich Digitalisierung einzustellen. Der Stelleninhaber dieser neuen Funktion bei der SWGV soll die Digitalisierung in den Organisationseinheiten der SWGV unterstützen. Die unterschiedlichen technischen und organisatorischen Anpassungsaufgaben werden unterstützt. Die Leitungen der Organisationseinheiten erhalten eine Unterstützung für die Digitalisierung ihrer Aufgaben.

Grundlage für die Maßnahme ist das Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz - OZG) vom 14.08.2017: Nach § 1 OZG sind Bund und Länder verpflichtet, bis spätestens zum Ablauf des fünften auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Kalenderjahres ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel in den Produktplan 92 IT-Budget der FHB sowie in den Produktplan 51 Gesundheit verlagert.

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Produktbereichsverantwortlicher	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Produktplanverantwortlicher	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Ausschüsse:	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Deputationen:	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
/ Dep. für Gesundheit und Verbraucherschutz		

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Digitalisierung von Prozessen		Lfd. Nr. D54 der Liste	
Zielgruppe: BürgerInnen, Verwaltung			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Transparente, Effiziente und Beschleunigte Prozesse sowie Vorbereitung zur medienbruchfreien Onlineanbindung für Bürgerinnen und Bürger.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Optimierte Prozesse in den Fachbereichen	Anzahl FB	2	6
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Abbildung der Prozesse über das DMS VIS bzw. über Fachverfahren inkl. Wegfall der Papierakten.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Digitalisierte Prozesse in den Fachbereichen	Anzahl FB	2	6
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Ersetzendes Scannen durch vorraussichtlich Performa nord und umstellung der Prozesse auf das DMS VIS bzw. Fachverfahren			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Digitalisierte Prozesse in den Fachbereichen	Anzahl FB	2	6

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)		
Aggregat	Senat 12.09.2017	aktuelle Planung

	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	T€	T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	VZÄ	VZÄ
Konsumtiv	T€	T€	54 T€	164 T€
Investiv	T€	T€	T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

Beigefügte Unterlagen:

- | | | |
|---|--|-------------------------------|
| Projektbeschreibung/-auftrag | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Zeitplan | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| WU-Übersicht | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Antrag auf Nachbewilligung | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung
D 54	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel Digitalisierung von Prozessen

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes. Digitalisierung von Prozessen um Vorbereitung zur medienbruchfreien Onlineanbindung für Bürgerinnen und Bürger zu schaffen und die Verwaltungsarbeit Transparenter und effizienter zu gestalten. Hierzu werden Akten digitalisiert und über das Dokumentenmanagementsystem VIS bzw. über Fachverfahren bereitgestellt.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 26. Juni 2018, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
SUBV
Projektleitung (falls schon benannt)
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)

Projektbeginn	27.08.2018
Projektende (geplant)	20.12.2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

- Vollständige Digitalisierung der verwaltungsinternen Bearbeitungs- und Abstimmprozesse.
- Guter Arbeitsplatz: funktionierende und ansprechende Hard- und Software erleichtert den Büroalltag, führt zur höheren Effizienz und ist förderlich für die Gesundheit.

Ausgangslage für das Projekt

Derzeit werden in den Fachbereiche des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr bestimmte Prozesse teilweise in Papierform abgewickelt. Das hat eine immer größere räumliche Kapazität und einen hohen personellen Aufwand für die Bereitstellung der Akten zur Folge. Zusätzlich verzögern Transport- und Liegezeiten schnelle Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse. Vorteile der Digitalisierung sowie eine mögliche Bereitstellung von Dienstleitungen für Bürgerinnen und Bürger über das Internet sind so erschwert.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
<p>Projektziel 1: Im Rahmen der Nutzung des Dokumentenmanagementsystems VIS werden alle Akten der betroffenen Prozesse digitalisiert. Kostensenkungen und damit die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens wird dadurch erreicht, dass die räumlichen und personellen Kapazitäten für die Papierablage reduziert werden, die redundante Datenhaltung in Papier- und Dateiablage wegfällt und die Datenmengen reduziert werden. Zusätzlich werden Zeitersparnisse erzielt durch die Vermeidung von Transport- und Liegezeiten und schnellere Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse.</p> <p>Projektziel 2: Nutzung des Dokumentenmanagementsystems VIS bzw. von Fachverfahren für die bisher analog durchgeführten Verwaltungsaufgaben.</p>
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
<p>Maßnahmen zum Projektziel 1: Digitalisierung der Akten.</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 2: Überführung der Akten und Prozesse in das DMS VIS, bzw. in das Fachverfahren.</p>

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Es ist nicht Auftrag Personalveränderung/Orga-Änderungen durchzuführen. Auch wenn Prozesse digitalisiert werden und hierdurch erst die Möglichkeit geschaffen wird Dienstleistungen Online bereitzustellen, ist die Online Bereitstellung nicht Ziel in diesem Projekt, aber eine zwingende Voraussetzung für andere, teils schon laufende Projekte diesbezüglich.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
	M 1 Start des Projektes 27.08.2018	0
Digitalisierung der Akten und Überführung in VIS, Anpassung des Prozesse (2 Fachbereiche).	M 2 bis 31.12.2018	25
Digitalisierung der Akten und Überführung in VIS, Anpassung des Prozesse (6 Fachbereiche).	M 3 bis 20.12.2019	75
	M 4 Ende des Projektes am 20.12.2019	0
Aufwand Gesamt:		100

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
Ausstattung	
Sachkosten	218,7 T€

Keine Folgekosten, da bestehende Fachverfahren und VIS genutzt werden.	
Sonstige	

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

Die Anlage WU und die WIBE 5.0 sind als Anlage beigefügt.

Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

████████████████████

SUBV

████████████████████

██

A

Die Senatorin für Finanzen
 Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

[REDACTED]
 Bremen, 18.Mai 2018

öffentlich nicht öffentlich

**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
 Digitale Verwaltung und Bürgerservice**

Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018

Produktgruppe: 96.02.01 IT - Budget

Kamerale Finanzdaten:

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	3950.539 00-0	950	680	Sachausgaben Projekt D54 Digitalisierung von Prozessen - Handlungsfeld Digitalisierung	54.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	54.000,00

Personaldaten:

zu Stellenverlagerungen (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A

Sonstige Anmerkungen: Kurzbeschreibung der Maßnahme

Ausgangslage für das Projekt

Derzeit werden in den Fachbereiche des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr bestimmte Prozesse teilweise in Papierform abgewickelt. Das hat eine immer größere räumliche Kapazität und einen hohen personellen Aufwand für die Bereitstellung der Akten zur Folge. Zusätzlich verzögern Transport- und Liegezeiten schnelle Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse. Vorteile der Digitalisierung sowie eine mögliche Bereitstellung von Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger über das Internet sind so erschwert.

Projektziel 1:

Im Rahmen der Nutzung des Dokumentenmanagementsystems VIS5 werden alle Akten der betroffenen Prozesse digitalisiert. Kostensenkungen und damit die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens wird dadurch erreicht, dass die räumlichen und personellen Kapazitäten für die Papierablage reduziert werden, die redundante Datenhaltung in Papier- und Dateiablage wegfällt und die Datenmengen reduziert werden. Zusätzlich werden Zeitersparnisse erzielt durch die Vermeidung von Transport- und Liegezeiten und schnellere Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse.

Projektziel 2:

Nutzung des Dokumentenmanagementsystems VIS bzw. von Fachverfahren für die bisher analog durchgeführten Verwaltungsaufgaben.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist

beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel in den Produktplan 96 IT-Budget der FHB (konsumtive und investive Mittel verlagert)

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, nicht erforderlich

Dep. f. Umwelt,Bau,Verk.,Stadtentw.,Energie+Landw.

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage : D54 WiBe

Datum : 17.05.2018

Stand: 17.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Digitalisierung von Prozessen

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung :

Betrachtungszeitraum (Jahre):

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Das Projekt wird durchgeführt.	1
2	Das Projekt wird nicht durchgeführt.	2
n		

Ergebnis

Es werden Prozesse der Fachbereiche digitalisiert und über Fachverfahren oder das DMS VIS bereitgestellt. Kostensenkungen werden durch Wegfall von Archivflächen erreicht. Daneben werden Verwaltungsleistungen effizienter, transparenter und für eine Online-Anbindung vorbereitet. Räumlichen und personellen Kapazitäten für die Papierablage werden reduziert, die redundante Datenhaltung in Papier- und Dateiablage wegfällt. Zusätzlich werden Zeitersparnisse erzielt durch die Vermeidung von Transport- und Liegezeiten und schnellere Abstimmungs- und Genehmigungsprozesse. Die Nutzwertanalyse nach WiBe ergibt für WiBe Q einen Wert von 79 und für WiBe E einen Wert von 55; die Maßnahme liegt in der Bewertung jeweils über den Schwellwert von 50 und sollte daher umgesetzt werden.

Weitergehende Erläuterungen

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Einhaltung des Budgetrahmens	EUR	218.000
2	Digitalisierung von Prozessen der Fachbereiche	Anzahl	8
3			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen/bremischen
Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Digitalisierung von Prozessen" 1)

in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Refinanzierung Personalmehrbedarfe				0
				0
				0
Technische Realisierung				0
Beratungsleistungen von externen (über Dataport-Rahmenvertrag)				0
Projektkosten insgesamt	0	0	0	0
Betriebskosten				
				in €
Technischer Betrieb	54.000	164.000		218.000
Betrieb und Lizenzen	0	0		0
Betriebskosten insgesamt	54.000	164.000	0	218.000

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Automatisierte Erfassung des Gebäudefehlbestandes im Liegenschaftskataster		Lfd. Nr. D55 der Liste	
Zielgruppe: Bürger, Verwaltung, Wirtschaft			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): In der Stadt Bremen besteht im Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS [®]) ein Fehlbestand von ca. 5.000 Gebäuden. Der amtliche Nachweis ist damit unvollständig und fehlerhaft. Dies führt zu Fehlinterpretationen und Planungsunsicherheiten. Für die betroffenen Eigentümer fehlt z.B. eine entsprechende Finanzierungsgrundlage. Durch Auswertungen von Fernerkundungsdaten (Luftbilder, Oberflächenmodelle) sollen Wege aufgezeigt werden, wie Gebäudegrundrisse automatisiert zur Fortführung des Liegenschaftskatasters erzeugt werden können. Damit soll geprüft werden, inwieweit die zeit- und kostenintensive Aufmessung der Gebäude vor Ort (amtliche Gebäudeeinmessung) zukünftig durch die Nutzung von Fernerkundungsdaten ersetzt werden kann. Neben erheblichen Kosteneinsparungen für Bürger und Wirtschaft wird durch die Nutzung von Fernerkundungsdaten eine höhere Aktualität und Vollständigkeit des Gebäudebestands in Bremen sichergestellt.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Gebäudefehlbestand bis Bj. 1969 erfasst	%		98
Ergebnis zur Umsetzbarkeit als Standardverfahren	Zeit		31.12.2019
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Verfahren zur Gebäudeerfassung (Fortführungsdatensätze) aus Fernerkundungsdaten			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Verfahren ist einsetzbar	%		98
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Mit Unterstützung eines Kooperationspartners sollen Verfahren und Softwaretools für die Erfassung der Gebäude entwickelt werden.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Konzepterstellung	Zeit	27.08.2018	
Beauftragung Dienstleister	Zeit	31.09.2018	

Prüfung und Abnahme der Dienstleistung	Zeit	31.12.2018	
Validierung der Ergebnisse in rechtlicher und technischer Hinsicht	Zeit	30.06.2019	

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	4 T€	6 T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	0,25 VZÄ	0,25 VZÄ
Konsumtiv	T€	T€	15 T€	5 T€
Investiv	T€	T€	T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

Beigefügte Unterlagen:


Projektbeschreibung/-auftrag	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Zeitplan	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
WU-Übersicht	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Antrag auf Nachbewilligung	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung
D55	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel Automatisierte Erfassung des Gebäudefehlbestandes im Liegenschaftskataster

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes. In der Stadt Bremen besteht im Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem (AL-KIS®) ein Fehlbestand von ca. 5.000 Gebäuden. Der amtliche Nachweis ist damit unvollständig und fehlerhaft. Es soll geprüft werden, inwieweit die zeit- und kostenintensive Aufmessung der Gebäude vor Ort (amtliche Gebäudeeinmessung) zukünftig durch die Nutzung von Fernerkundungsdaten ersetzt werden kann. Neben erheblichen Kosteneinsparungen für Bürger und Wirtschaft wird durch die Nutzung von Fernerkundungsdaten eine höhere Aktualität und Vollständigkeit des Gebäudebestandes in Bremen sichergestellt.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss noch offen, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
GeoInformation Bremen
Projektleitung (falls schon benannt)

Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)

Projektbeginn	27.08.2018 (bzw. nach entsprechender Beschlusslage)
----------------------	---

Projektende (geplant)	31.12.2019
----------------------------------	------------

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c) einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Optimale Nutzung bestehender Kapazitäten mit verbessertem Bürgerservice

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

In der Stadt Bremen besteht im Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS[®]) ein Fehlbestand von ca. 5.000 Gebäuden. Der amtliche Nachweis ist damit unvollständig und fehlerhaft. Dies führt zu Fehlinterpretationen und Planungsunsicherheiten. Für die betroffenen Eigentümer fehlt z.B. eine entsprechende Finanzierungsgrundlage.

Durch Auswertungen von Fernerkundungsdaten (Luftbilder, Oberflächenmodelle) sollen Wege aufgezeigt werden, wie Gebäudegrundrisse automatisiert zur Fortführung des Liegenschaftskatasters erzeugt werden können. Damit soll geprüft werden, inwieweit die zeit- und kostenintensive Aufmessung der Gebäude vor Ort (amtliche Gebäudeeinmessung) zukünftig durch die Nutzung von Fernerkundungsdaten ersetzt werden kann. Neben erheblichen Kosteneinsparungen für Bürger und Wirtschaft wird durch die Nutzung von Fernerkundungsdaten eine höhere Aktualität und Vollständigkeit des Gebäudebestands in Bremen sichergestellt.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
Projektziel 1: Es soll geprüft werden, inwieweit die zeit- und kostenintensive Aufmessung der Gebäude vor Ort (amtliche Gebäudeeinmessung) zukünftig durch die Nutzung von Fernerkundungsdaten ersetzt werden kann.
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
Maßnahmen zum Projektziel 1: Mit Unterstützung eines Kooperationspartners sollen Verfahren und Softwaretools für die Erfassung der Gebäude entwickelt werden.

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Die Gebäudeerfassung mit höherer Genauigkeit (vor Ort) kann auch bei positiver Bewertung des Verfahrens nicht durch die Nutzung von Fernerkundungsdaten ersetzt werden.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	Aufwand in % des Gesamtvolumens
	M 1 Start des Projektes am 27.08.2018	
Konzepterstellung	M 2 Konzept liegt vor 30.09.2018	10
Beauftragung Dienstleister	M 3 Ergebnis der Dienstleistung liegt vor und ist abgenommen 31.12.2018	40
Validierung der Ergebnisse	M4 Verfahren ist einsetzbar 30.06.2019	40
Umsetzungsphase	M 5 Gebäudefehlbestand (vor Bj. 1969) erfasst	10
	M 5 Ende des Projektes am 31.12.2019	
Aufwand Gesamt:		100

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
Das Projekt soll durch eine Studentischen Hilfskraft unterstützt werden (19 Monate, a 43 h)	9.000 €
Ausstattung	
Sachkosten	
Beauftragung Dienstleister	20.000 €
Sonstige	

--	--

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

Die zeit- und kostenintensive Aufmessung der Gebäude vor Ort (amtliche Gebäudeeinmessung) soll zukünftig durch die Nutzung von Fernerkundungsdaten ersetzt werden. Neben erheblichen Kosteneinsparungen für Bürger und Wirtschaft wird durch die Nutzung von Fernerkundungsdaten eine höhere Aktualität und Vollständigkeit des Gebäudebestands in Bremen sichergestellt. Dies vermeidet Fehlinterpretationen und bietet eine zuverlässigere Planungssicherheit. Bei einem durchschnittlichen Kostenaufwand gemäß Gebührenordnung von 1.800,- € pro Gebäude ist die Wirtschaftlichkeit bereits nach 20 Gebäuden gegeben.

Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Bericht an die Hausspitze von SUBV (SV-BV) über die weitere Umsetzungsmöglichkeit aufgrund der rechtlichen und finanziellen Folgen: 30.06.2019

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

██████████

Landesamt GeoInformation

Lloydstr. 4

28217 Bremen

██████████

██

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Automatisierte Erfassung des Gebäudefehlbestandes im Liegenschaftskataster" in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Refinanzierung Personalmehrbedarfe	3.500	5.500		0
				0
				0
Technische Realisierung	15.000	5.000		0
Beratungsleistungen von externen (über Dataport-Rahmenvertrag)				0
				0
Projektkosten insgesamt	18.500	10.500	0	29.000
Betriebskosten in €				
Technischer Betrieb				
Betrieb und Lizenzen	0	0		0
Betriebskosten insgesamt	0	0	0	0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Autom. Erfassung des Gebäudefehlbest." 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	6	60	Grundsätzliche Bedeutung für die zukünftige Dokumentation von Gebäuden im amtlichen Liegenschaftskataster.
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	10	100	Es soll eine technische Lösung angewendet werden, die z.B. bereits im Land Thüringen flächendeckend zum Einsatz kommt.
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	4	40	Es sollen vorhandene Datenquellen und Auswertesysteme genutzt werden.
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	10	150	Deutliche Erleichterung der Arbeitsabläufe durch die Vermeidung der zeit- und kostenintensiven Aufmessung der Gebäude vor Ort. Höhere Aktualität und Vollständigkeit des Gebäudebestands wird erzielt.
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	10	150	Sofortige Aktualität und Vollständigkeit wird hergestellt.
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	4	20	Die Auswertung von Datenquellen und die Nutzung von Auswertesystemen erfolgen zentral an einer Stelle.
7 Imageverbesserung	5	10	50	Durch den vollständigen aktuellen Gebäudebestand in den amtlichen Nachweisen werden Fehlinterpretationen und Planungsunsicherheiten vermieden.
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	10	150	Die Aktualität und Vollständigkeit des Gebäudebestands wird für Bürger, Verwaltung und Wirtschaft sichergestellt.
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	8	80	Vermeidung von hohem Personaleinsatz bei der Gebäudeeinmessung vor Ort.
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	4	20	Die Nutzung der vorhandenen Datenquellen und Auswertesysteme erhöht die fachliche Kompetenz der Beschäftigten.
Insgesamt	100	76	820	
Ergebnis WiBe Q			82	

Externe Effekte

- A. Wer sind meine Kunden? Bürger, Verwaltung und Wirtschaft
- B. Was wollen meine Kunden? Einen vollständigen Gebäudenachweis für Planung und Dokumentation
- C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden? PC, Notebook, Tablet, Smartphone,
- D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten? Der Gebäudebestand wird im amtlichen Liegenschaftskataster nachgewiesen. Zur Zeit werden pro Jahr über 8000 Auszüge aus dem Liegenschaftskataster erstellt.

1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	10	100	Die Vollständigkeit des Gebäudebestandes ist gesetzlich vorgeschrieben. Sie wird grundsätzlich von den Kunden erwartet.
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	0	0	Hier nicht von Bedeutung.
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	4	20	Für die betroffenen Eigentümer wird die grundsätzlich erwartete Vollständigkeit des Gebäudebestandes herbeigeführt.
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	0	0	Hier nicht von Bedeutung.
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	10	100	Vollständigkeit und Aktualität des Gebäudebestandes wird sichergestellt.
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	10	250	Vollständigkeit und Aktualität des Gebäudebestandes schützt vor Fehlinterpretationen und Planungsunsicherheiten.
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	10	100	Kein Anpassungsaufwand.
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	10	100	Sofortige Verfügbarkeit wird sichergestellt.
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	6	30	Die Vollständigkeit des Gebäudebestandes ist gesetzlich vorgeschrieben. Sie wird grundsätzlich von den Kunden erwartet.
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	10	100	Je nach Projektergebnis ist die Ablösung des bisherigen Gebäudeeinmessungsverfahrens angedacht.
Insgesamt	100	70	800	
Ergebnis WiBe E			80	

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage : Automatisierte Erfassung des Gebäudefehlbestandes im Liegenschaftskataster

Datum : 17.05.2018

Stand: 17.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

D55 - Automatisierte Erfassung des Gebäudefehlbestandes im Liegenschaftskataster

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung :

Betrachtungszeitraum (Jahre):

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Automatisierte Erfassung des Gebäudefehlbestandes im Liegenschaftskataster	1
2	Aufmessung der Gebäude vor Ort „von Amts wegen“ ohne eine Gebührenerhebungsmöglichkeit	2
n		

Ergebnis

Das Projekt ist mit einem Budget von 29 T€ kalkuliert. Im Ergebnis sollen die fehlenden Gebäude vor Bj. 1969 im Liegenschaftskataster erfasst werden. Aufgrund geltender gesetzlicher Regelungen ist eine Kostenerstattung durch den Eigentümer nicht gegeben, so dass diese Kosten durch die öffentliche Hand getragen werden müssen. Bei einem durchschnittlichen Kostenaufwand gemäß Gebührenordnung von 1.800,- € pro Gebäude ist die Wirtschaftlichkeit bereits nach 20 Gebäuden gegeben. Zum derzeitigen Zeitpunkt erwarten wir eine höhere dreistellige Anzahl von Fehlbeständen. WiBeQ und WibeE ergeben Punktzahlen > 50 (82 und 80). Somit kann die Maßnahme durchgeführt werden.

Weitergehende Erläuterungen

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2019	2. 31.03.2020	n.
---------------	---------------	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Einhaltung des Budgetrahmens	29.000 €	< / = 1
2	Erfasste Gebäude	Anzahl fehlender zu erfasster Gebäude	98 %
3			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten / die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen/bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

ADie Senatorin für Finanzen
Geoinformation

Bremen, 18.Mai 2018

 öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018****Produktgruppe:** 96.02.01 IT - Budget**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	0950.539 00-0	950	685	Sach- und Personalausgaben für Geo Projekt D55 Handlungsfeld Digitalisierung Erfassung des Gebäudefehlbestandes	18.500 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	18.500€
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A

Sonstige Anmerkungen: Kurzbeschreibung der Maßnahme

In der Stadt Bremen besteht im Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS®) ein Fehlbestand von ca. 5.000 Gebäuden. Der amtliche Nachweis ist damit unvollständig und fehlerhaft. Dies führt zu Fehlinterpretationen und Planungsunsicherheiten. Für die betroffenen Eigentümer fehlt z.B. eine entsprechende Finanzierungsgrundlage.

Durch Auswertungen von Fernerkundungsdaten (Luftbilder, Oberflächenmodelle) sollen Wege aufgezeigt werden, wie Gebäudegrundrisse automatisiert zur Fortführung des Liegenschaftskatasters erzeugt werden können. Damit soll geprüft werden, inwieweit die zeit- und kostenintensive Aufmessung der Gebäude vor Ort (amtliche Gebäudeeinmessung) zukünftig durch die Nutzung von Fernerkundungsdaten ersetzt werden kann. Neben erheblichen Kosteneinsparungen für Bürger und Wirtschaft wird durch die Nutzung von Fernerkundungsdaten eine höhere Aktualität und Vollständigkeit des Gebäudebestands in Bremen sichergestellt.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel in den Produktplan 96 IT-Budget der FHB (konsumtive und investive Mittel verlagert)

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, nicht erforderlich

Dep. f. Umwelt,Bau,Verk.,Stadtentw.,Energie+Landw.

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Digitalisierung und Georeferenzierung von Katasterunterlagen in einem Dokumentenmanagementsystem (Linkbase)		Lfd. Nr. D56 der Liste	
Zielgruppe: Verwaltung, Wirtschaft (ÖBVI als Dienstleister für die Wirtschaft)			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Verbesserung der Arbeitsabläufe; Verbesserung des Wirkungsgrads innerhalb der Verwaltung und bei den beliebigen Unternehmen, Beseitigung von Lücken im digitalen Workflow			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Digitale Verfügbarkeit der Katasterunterlagen (Vermessungsrise)	Stück		50.000
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Digitale Bereitsstellung der Vermessungsschriften für berechtigte Nutzer innerhalb und Außerhalb der Verwaltung			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Gescannte und georeferenzierte Unterlagen im Programm Linkbase	Stück	-----	50.000
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Die Unterlagen werden durch eine interne Arbeitsgruppe sowie externen Dienstleister gescannt und georeferenziert.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Scan	Stück	50.000	-----
Georeferenzierung	Stück	-----	50.000
Prüfung Stichproben	Stück	10.000	40.000

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)

Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	T€	T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	VZÄ	VZÄ
Konsumtiv	T€	T€	100 T€	200 T€
Investiv	T€	T€	T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

Beigefügte Unterlagen:

Projektbeschreibung/-auftrag	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Zeitplan	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
WU-Übersicht	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Antrag auf Nachbewilligung	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
A-Antrag	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung
D56	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel Digitalisierung und Georeferenzierung von Katasterunterlagen in einem Dokumentenmanagementsystem (Linkbase)

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes. Im Rahmen Verbesserung der Arbeitsabläufe; Verbesserung des Wirkungsgrads innerhalb der Verwaltung und bei den beliebigen Unternehmern, Beseitigung von Lücken im digitalen Workflow

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss noch offen, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Geoinformation Bremen
Projektleitung (falls schon benannt)
Leiter der Abteilung 1: ██████████
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)
Leiter des Referates 12: ██████████

Projektbeginn	27.08.2018
Projektende (geplant)	31.12.2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c)
einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Derzeit werden die Vermessungsschriften teilweise analog geführt. Die beliebigen Aufgabenträger können derzeit noch nicht über geschützte Internetverbindungen auf die Unterlagen zugreifen. Dadurch kommt es bei der Bereitstellung von Planunterlagen zu Verzögerungen verbunden mit erheblichen Auswirkungen

Projektziele, Maßnahmen

Projektziele
Projektziel 1: Digitalisierung der Unterlagen
Projektziel 2 (optional): Georeferenzierung der digitalisierten Unterlagen
Projektziel 3 (optional): Bereitstellung der Unterlagen in einem Portal
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
Maßnahmen zum Projektziel 1: Zusammenstellung der Unterlagen und Vergabe der Digitalisierung
Maßnahmen zum Projektziel 2: Vergabe der Georeferenzierung und interne Prüfung der Arbeitsergebnisse
Maßnahmen zum Projektziel 3: Vergabe der Vorbereitenden Maßnahmen für die Bereitstellung in einem Portal

Nicht-Auftrag

Die grundsätzliche Funktionalität des vorhandenen digitalen Archivs und der Zugriff darauf sollen nicht verändert werden. Es soll keine neue Software entwickelt oder beschafft werden.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Vorbereitung der Unterlagen und Abgabe an einen Dienstleister	M 1 Start des Projektes am 27.08.2018	10
Scannen der Unterlagen durch beauftragtes Unternehmen	M2 30.09.2018	30
Qualitätsprüfung der gescannten Unterlagen	M3 01.12.2018	5
Georeferenzierung durch das beauftragte Unternehmen	M4 01.01.2019	30
Qualitätsprüfung der gescannten Georeferenzierung	M5 01.06.2019	5
Verfügbarkeit der eingescannten und georeferenzierten Unterlagen sowie Bereitstellung in einem Portal	M 6 Ende des Projektes am 31.12.2019	20
Aufwand Gesamt:		100

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	

Ausstattung	

Sachkosten	
Vergabe	300.000€
Sonstige	

Wirtschaftlichkeit

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und WiBeQ und WiBeE sind beigefügt und liefern Kennzahlen >50.

Durch die Bereitstellung eines Zugriffes auf digital vorliegende Dokumente werden die internen Arbeitsabläufe sowie die Arbeitsprozesse bei den beliebigen Unternehmen erheblich verbessert um beispielsweise Planungs- und Bauvorhaben im Land Bremen optimal zu unterstützen. Brüche in G2G- bzw. G2B-Prozessen werden geschlossen. Die Maßnahme ist im Rahmen des E-Governmentprozesses dringend erforderlich.

Berichtswesen

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

■■■■■■ Geoinformation Bremen, ■■■■■■

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Digitalisierung und Georeferenzierung" 1)

in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Refinanzierung Personalmehrbedarfe				0
				0
				0
Technische Realisierung	100.000	200.000		0
Beratungsleistungen von externen (über Dataport-Rahmenvertrag)				0
				0
Projektkosten insgesamt	100.000	200.000	0	300.000
Betriebskosten				
in €				
Technischer Betrieb				
Betrieb und Lizenzen	0	0		0
Betriebskosten insgesamt	0	0	0	0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Digitalisierung und Georeferenzierung" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	4	40	
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	10	100	Rissarchive werden bei den Vermessungs- und Katasterverwaltungen aller Bundesländer eingeführt
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	10	100	Das System soll unabhängig ausgeschrieben werden
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	10	150	Stapelverarbeitung entfällt, Brüche in der digitalen Bearbeitung entfallen
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	10	150	die Recherche kann vom Bearbeiter selbst durchgeführt und jederzeit korrigiert bzw. ergänzt werden
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	10	50	Verfahren wie in anderen Bundesländern
7 Imageverbesserung	5	8	40	Die Anzahl der Nutzer ist begrenzt. Das System führt aber u.a. zur zügigeren Planherstellung bei wichtigen Bauvorhaben
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	8	120	Die Informationen können zeitnah bereitgestellt werden
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	8	80	Die Anwender können jederzeit ohne Anträge stellen und Lieferzeiten abwarten zu müssen, auf die Unterlagen zugreifen - das führt zu einer wesentlichen Entspannung der Situation
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	6	30	
Insgesamt	100	84	860	
Ergebnis WiBe Q			86	

Externe Effekte

- A. Wer sind meine Kunden?
- B. Was wollen meine Kunden?
- C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?
- D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?

1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	8	80	Die Zahl der Anwender ist begrenzt
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	6	60	Die Aufgabenträger des öffentlichen Vermessungswesen greifen auf das Rissarchiv zu
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	6	30	s.o.
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	10	50	Die Unterstützungsfunktion wird durch Geoinformation geleistet
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	10	100	Die Unterlagen können jederzeit von den Aufgabenträgern abgerufen werden
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	4	100	Die Kunden der Aufgabenträger und der Verwaltung können kurzfristig bedient werden
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	6	60	s.o.
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	10	100	s.o.
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	6	30	s.o.
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	2	20	
Insgesamt	100	68	630	
Ergebnis WiBe E			63	

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage : Projektskizze Digitalisierung und Georeferenzierung von Katasterunterlagen in einem Dokumentenmanagementsystem (Linkbase)

Datum : 18.05.2018

Stand: 17.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

D56 - Digitalisierung von Katasterunterlagen in einem Dokumentenmanagementsystem (Linkbase)

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung :

Betrachtungszeitraum (Jahre):

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Digitalisierung und Georeferenzierung der Katasterunterlagen	1
2	Fortführung der bisherigen analogen/hybriden Dokumentation der Vermessungsunterlage fortführen	2
n	-----	

Ergebnis

Die Alternative 1 zur digitalen Führung des Rissarchivs wird vor dem Hintergrund der bestehenden inkonsequenten analogen/hybriden Führung des Risswerkes bevorzugt. Die derzeitige Führung verursacht eher Doppelarbeit bei nur eingeschränkten Automatisierungseffekten. Die WiBe Q und Wibe E ergeben Werte von >50, die die Durchführung der Maßnahme begründen.

Weitergehende Erläuterungen

Die Maßnahme ist im Rahmen des E-Governmentprozesses des Landes Bremen erforderlich. Digitale Rissarchive gehören zum Standard bei den Vermessungsverwaltungen der Länder. Sie ersetzen manuelle Arbeitsschritte mit zahlreichen Schnittstellen und beschleunigen die Geschäftsprozesse erheblich.

Die Digitalisierung der Vermessungsschriften und Bereitstellung in einem Portal, ist vor dem Hintergrund der im vergangenen Zeitraum bei Geoinformation Bremen eingesparten personellen Ressourcen erforderlich. Durch die Maßnahme werden die beliebigen Aufgabenträger befähigt, selbständig, entsprechend den jeweiligen Erfordernissen auf das Rissarchiv zuzugreifen. Dadurch werden Such-, Kopier- und Versandarbeiten vermieden. Der Service für Planer, Bauherren und Bürger wird verbessert. Die beliebigen Aufgabenträger werden damit befähigt auch außerhalb der Dienstzeiten auf dringend benötigte Unterlagen zuzugreifen. Zudem wird die Haftung bei fehlerhafter Unterlagenvorbereitung vermieden.

Derzeit ist es nicht möglich die Unterlagen in einem angemessenen Zeitraum bereitzustellen. Diese werden aber für die Vermessungsarbeiten bei Planungs- und Bauvorhaben im Landesgebiet zeitnah benötigt. Digitale Rissarchive bei den Vermessungs- und Katasterämtern sind in anderen Bundesländern bereits Standard (Beispiel: SIPGIS in Hessen). Mit der Maßnahme soll der bundesweiten Entwicklung entsprochen werden

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

31.03.2020		
------------	--	--

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Digitalisierung der Unterlagen (geschätzt: 10 – 20 Seiten pro Riss)	Risse	50.000
2	Georeferenzierung der digitalisierten Unterlagen	Risse	50.000
3	Bereitstellung der Unterlagen in einem Portal		realisiert

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten / die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremsen

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage : Projektskizze Digitalisierung und Georeferenzierung von Katasterunterlagen in einem Dokumentenmanagementsystem (Linkbase)

Datum : 18.05.2018

Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

A

GeoInformation

Bremen, 05.Jun 2018

 öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018****Produktgruppe:** 96.02.01 IT-Budget**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	0950.539 00-0	950	685	Sachausgaben für Projekt D56 - Digitalisierung und Georeferenzierung DigArchiv - Handlungsfeld Digitalisierung	100.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	100.000,00
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A

Sonstige Anmerkungen: Kurzbeschreibung der Maßnahme

Die Digitalisierung der Vermessungsschriften und Bereitstellung in einem Portal, ist vor dem Hintergrund der im vergangenen Zeitraum bei Geoinformation Bremen eingesparten personellen Ressourcen erforderlich. Durch die Maßnahme werden die beliebigen Aufgabenträger befähigt, selbständig, entsprechend den jeweiligen Erfordernissen auf das Rissarchiv zuzugreifen. Dadurch werden Such-, Kopier- und Versandarbeiten vermieden. Der Service für Planer, Bauherren und Bürger wird verbessert. Die beliebigen Aufgabenträger werden damit befähigt auch außerhalb der Dienstzeiten auf dringend benötigte Unterlagen zuzugreifen. Zudem wird die Haftung bei fehlerhafter Unterlagenvorbereitung vermieden.

Derzeit ist es nicht möglich die Unterlagen in einem angemessenen Zeitraum bereitzustellen. Diese werden aber für die Vermessungsarbeiten bei Planungs- und Bauvorhaben im Landesgebiet zeitnah benötigt. Digitale Rissarchive bei den Vermessungs- und Katasterämtern sind in anderen Bundesländern bereits Standard (Beispiel: SIPGIS in Hessen). Mit der Maßnahme soll der bundesweiten Entwicklung entsprochen werden.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach §24 Abs. 2 LHO werden die Mittel in den Produktplan 96 IT-Budget der FHB (konsumtive und investive Mittel) verlagert.

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, nicht erforderlich

Dep. f. Umwelt,Bau,Verk.,Stadtentw.,Energie+Landw.

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Digitales Informationssystem für bremische Freianlagen		Lfd. Nr. D57 der Liste	
Zielgruppe: Verwaltung/externe Nutzer, Bürgerinnen			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Vereinfachter zentraler Zugriff auf Daten und Informationen zu brem. Freianlagen			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Anzahl der digitalen Datensätze	%	0	50
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Elektronische Auskünfte			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Zugriff auf historische Pläne, digitale Daten zu den Freianlagen	%		50
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Erstellung eines Projektes			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Einstellung Projektbearbeiter	%	100	
Erstellung Projektplan	%	100	
Beschaffung IT Lösung	%		100
Inhaltliche Umsetzung	%		50

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	60 T€	60 T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	1 VZÄ	1 VZÄ
Konsumtiv	T€	T€	T€	T€
Investiv	T€	T€	40 T€	T€

Bremerhaven	T€	T€	T€	T€
-------------	----	----	----	----

Beigefügte Unterlagen:


Projektbeschreibung/-auftrag	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Zeitplan	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
WU-Übersicht	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Antrag auf Nachbewilligung	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitel / Bezeichnung Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel
D57	Digitales Informationssystem für bremische Freianlagen

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes.
Bündelung und Bereitstellung von spezifischen Daten zu Freianlagen innerhalb Bremens

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 12. September 2017, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Umweltbetrieb Bremen
Projektleitung (falls schon benannt)

Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)

Projektbeginn	01.12.2018
Projektende (geplant)	31.12.2020

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c) einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Die Historie des Umweltbetriebes (über Gartenbauamt, Eingliederung Bremen Nord, Stadtgrün) spiegelt ein dezentrales und uneinheitliches Ablagesystem von Daten zu den Freianlagen wider.

Der Bereich Planung und Bau verwaltet ca. 10.500 analoge (überwiegend historische) Pläne. Des Weiteren finden sich alle neuen Projekte zu Freianlagen in einer digitalen Ablagestruktur. Historische Daten und Zahlen lassen sich nur mit zeitaufwändiger Recherche selektieren.

Außerdem befinden sich weitere Daten zu den Freianlagen in anderen Bereichen.

Die bisherige Ablage erweist sich als sehr schwergängig und ist nur mit hohem Suchaufwand zu nutzen.

Um einen bereichsübergreifenden und zukunftsfähigen Bearbeitungsprozess umzusetzen, soll ein zentrales, digitales Informationssystem für die bremischen Freianlagen entstehen.

Bisher fehlt es an einer IT-Lösung, in der diese Daten zentral verwaltet und ggf. dann über eine interaktive Karte zur Verfügung gestellt werden können.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
<p>Ziel soll es sein, digitale und analoge Informationen zu verbinden und ein Datenblatt mit den wichtigsten Informationen zu einer Freianlage zu hinterlegen, um eine bessere Recherche, Auswertungen der Pläne sowie einen beschleunigten Zugriff und Austausch von Informationen auf die Freianlagen zu ermöglichen.</p>
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
<p>Bestandsaufnahme sämtlicher Daten zu Freianlagen im UBB und deren zentrale Erfassung in einem digitalen Informationssystem.</p>

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Interne Organisationsstrukturen werden nicht verändert.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
	M 1 Start des Projektes am 01.12.2018	
Personalgewinnung	Einstellung des Projektbearbeiters (1 x AK)	10
	Erarbeitung eines Projektplanes bis 31.12.2018	10
IT-Lösung	M 2 Beschaffung geeigneter IT-Lösung bis 01.02.2019	10
	Inhaltliche Umsetzung des Projektplanes	70
	M 3 Ende des Projektes am 31.12.2020	
Aufwand Gesamt:		100

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
1 AK (2 Jahre)	120.000 EUR
Ausstattung	
IT-Lösung	50.000 EUR
Sachkosten	
Sonstige	

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage : Digitales Informationssystem für bremische Freianlagen

Datum : 30.05.2018

Stand: 07.09.2017

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Digitales Informationssystem für bremische Freianlagen

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit **einzelwirtschaftlichen**
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): 3 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Digitales Informationssystem	1
2	Manuelle Recherche mit hohem Personalaufwand	2
n		

Ergebnis

Darstellung der monetären Wirtschaftlichkeit, soweit möglich. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 72 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 69 gemäß WiBe 5.0 (Beide > oder < 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).

Weitergehende Erläuterungen

--

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.12.2020	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Anzahl der digitalen Datensätze	%	50
2	Zugriff auf historische Pläne, digitale Daten zu den Freianlagen	%	50
3			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten / die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Elektronische Vorgangsbearbeitung für schnelleren Kundenservice" 1) in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Personalkosten		60.000	60.000	60.000
				0
				0
				0
Technische Realisierung		40.000	10.000	40.000
				0
				0
Projektkosten insgesamt	0	100.000	70.000	100.000
Betriebskosten				in €
Technischer Betrieb				
Betrieb und Lizenzen	0	0		0
Betriebskosten insgesamt	0	0	0	0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Elektronische Vorgangsbearbeitung für schnelleren Kundenservice" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	8	80	
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	5	0	0	es besteht momentan kein System zur Recherche von Daten, es liegen größtenteils nur analoge Daten vor.
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	6	60	es soll eine neue Datenbank entstehen, in der alle Informationen zu den Freianlagen gebündelt werden. Außerdem sollen analoge und digitale Daten zusammengeführt werden
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	10	10	100	erhebliche Verbesserung der Arbeitsabläufe und Recherchemöglichkeiten
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	10	10	100	schnellere Beantwortung von Bürgeranfragen, deutliche Verringerung des mühsamen Informationssuche
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	10	6	60	einheitlicher Informations- und Sachstand zu den Freianlagen
7 Imageverbesserung	5	8	40	moderne Verwaltung durch digitale Abfragemöglichkeiten
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	10	4	40	schnelle Informationsübermittlung an Entscheidungsträger
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	8	80	Entlastung der Sachbearbeiter durch erhebliche Recherchearbeit
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	20	8	160	Vereinheitlichung des Fachwissen und Daten zu den einzelnen Anlagen, breiterer Informationsfluss
Insgesamt	100	68	720	
Ergebnis WiBe Q			72	
Externe Effekte				
A. Wer sind meine Kunden?				Bürger/innen, Presse, SUBV
B. Was wollen meine Kunden?				schnelle Bereitstellung von Informationen
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				PC, Handy
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				kontinuierlich
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	8	80	Lange Bearbeitungszeiten, Wartezeiten sind aus Sicht der Kunden dringend zu vermeiden
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	5	2	10	Prüfung ob Zugang über die Homepage ermöglicht werden kann
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	10	6	60	Möglichkeit prüfen wie dem Bürger die Daten besser zur Verfügung gestellt werden können
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	0	0	0	--
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	4	40	Transparenz von Informationen zu Freianlagen, Aufarbeitung der Historie
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	0	0	0	--
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	6	60	Steigerung der Zuverlässigkeit von Informationen
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	20	8	160	schnelle, effektive Bearbeitung von Anfragen
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	20	8	160	zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	15	8	120	kontinuierlicher Aufbau und Ausbau nach nutzerspezifischen Anforderungen möglich
Insgesamt	100	50	690	
Ergebnis WiBe E			69	

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Digitalisierung der Gräber der Friedhöfe Blumenthal und Aumund		Lfd. Nr. D58 der Liste	
Zielgruppe: Verwaltung			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Vollständige Erfassung der vorhandenen Gräber auf den beiden Friedhöfen im Programm FIM, um diese komplett in die zentrale Bestattungsverwaltung integrieren zu können.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Die Bestattungsverwaltung der beiden Friedhöfe kann in die zentrale Bestattungsverwaltung integriert werden.	ja/nein	nein	ja
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Integration der beiden Friedhöfe in die zentrale Bestattungsverwaltung mit dem Programm FIM			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Eingabe der fehlenden Grabstellen incl. Nutzungsberechtigter etc., Friedhof Blumenthal	Anzahl	1300	400
Eingabe der fehlenden Grabstellen incl. Nutzungsberechtigter etc., Friedhof Aumund	Anzahl	0	1200
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Durch Einstellung einer Verwaltungskraft sollen die Informationen zu bestimmten Grabstellen in der IT erfasst werden. Außerdem soll ein Abgleich mit den einzelnen vorhandenen Zeichnungen und der tatsächlichen Situation vor Ort vorgenommen werden.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Abgleich der vorhandenen Karteikarten mit der Situation vor Ort, den vorliegenden Plänen und Eingabe der Daten in die IT	Anzahl	1.300	1.600

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	T€	T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	VZÄ	VZÄ
Konsumtiv	T€	T€	25 T€	20 T€
Investiv	T€	T€	T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

Beigefügte Unterlagen:


- | | | |
|---|--|-------------------------------|
| Projektbeschreibung/-auftrag | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Zeitplan | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| WU-Übersicht | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Antrag auf Nachbewilligung | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitel / Bezeichnung Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel
D58	Digitalisierung der Gräber der Friedhöfe Blumenthal und Aumund

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes.
Ca. 1.200 Gräber des Friedhofes Aumund und ca. 1.700 Gräber des Friedhofes Blumenthal sollen ebenfalls digital im Friedhofsinformationsmanagementsystem (FIM) erfasst werden, damit diese Friedhöfe in die zentrale, digitale Bestattungsverwaltung integriert werden können und damit die Bestattungsverwaltung auf einem einheitlichen, standardisierten Niveau für alle städtischen Friedhöfe erfolgt.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 26. Juni 2018, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Umweltbetrieb Bremen
Projektleitung (falls schon benannt)

Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)

Projektbeginn	27.08.2018
Projektende (geplant)	31.07.2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch
 a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c)
 einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Da bisher aufgrund fehlender Ressourcen die Grabstellen nicht vollständig im vorhandenen IT-Programm FIM digital erfasst werden konnten, war bisher keine praktikable Integration der beiden Friedhöfe in die zentrale Bestattungsverwaltung möglich. Zur Schaffung einheitlicher und standardisierter Abläufe und zur Sicherstellung eines reibungslosen Betriebsablaufs bei Personalengpässen auf den Friedhöfen sollte eine zentrale Bestattungsverwaltung ermöglicht werden.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
<p>Projektziel 1: Integration der Friedhöfe Blumenthal und Aumund in die zentrale Bestattungsverwaltung zur Optimierung und Absicherung der Bestattungsabläufe.</p> <p>Projektziel 2 (optional): ---</p> <p>Projektziel 3 (optional): ---</p>
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
<p>Maßnahmen zum Projektziel 1: Eingabe der genannten Grabstellen inkl. Nutzungsberechtigter etc. in das Programm FIM, Abgleich mit den einzelnen, vorhandenen Zeichnungen der Grabfelder und Abgleich mit der örtlichen Situation.</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 2: ---</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 3: ---</p>

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Mit diesem Projekt wird nicht die Einführung einer Internet-basierten Bestattungsannahme geplant, die Gegenstand eines weiteren Projektes sein soll.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Eingabe der Grabstellen des Friedhofs Blumenthal	M 1 Start des Projektes am 27.08.2018 bzw. nach Bewilligung des Projektes Eingabe von ca. 1.700 Gräbern inkl. Nutzungsberechtigter etc. in das Programm FIM, Abgleich mit den Plänen und Abgleich mit der tatsächlichen Situation auf dem Friedhof	59
Eingaben der Grabstellen des Friedhofs Aumund	M 2 Start des Projektes am 04.04.2019, Eingabe von ca. 1.200 Gräber incl. Nutzungsberechtigter etc.in das Programm FIM, Abgleich mit den Plänen und Abgleich mit der tatsächlichen Situation auf dem Friedhof	41
	M 3 Ende des Projektes am 31.07.2019	
Aufwand Gesamt:		100

Sofern eine spätere Bewilligung erfolgt, sind die genannten Termine entsprechend anzupassen.

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
Ausstattung	

Sachkosten	
Dienstleistungen für Übertragung von Karteikarten auf IT	50.000
Sonstige	

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

Die zentrale Bestattungsverwaltung über alle kommunalen Friedhöfe ermöglicht eine bessere Steuerung der Vertretungen bei Personalausfällen und erhöht damit die Sicherheit der Prozessabläufe. Zukünftig kann damit der Einsatz von Zeitarbeitskräften bei personellen Engpässen vermieden werden.

Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Nach Eingabe der Grabstellen des Friedhofs Blumenthal wird ein Zwischenbericht und nach Abschluss des Projektes ein Endbericht für den Zuwendungsgeber erstellt.

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

[REDACTED]

[REDACTED]

Umweltbetrieb Bremen
 Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen
 Willy-Brandt-Platz 7
 28215 Bremen

[REDACTED]

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Automatisierte Digitalisierung der Gräber der Friedhöfe Blumenthal und Aum in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Dienstleistung für die möglichst automatische Übertragung der Daten von Kartei auf Digital	25.000	25.000		50.000
Technische Realisierung				0
Beratungsleistungen von externen (über Dataport-Rahmenvertrag)				0
Projektkosten insgesamt	25.000	25.000	0	50.000
Betriebskosten in €				
Technischer Betrieb				
Betrieb und Lizenzen	0	0		0
Betriebskosten insgesamt	0	0	0	0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Digitalisierung der Gräber der Friedhöfe Blumenthal und Aumund" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
--	------------	-----------	-----------	------------

Qualitativ strategische Bedeutung

1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	4	40	Standardverwaltungsvorgänge im Zusammenhang mit Bestattungen und Kremierungen sollen IT-gestützt umgesetzt werden.
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	10	100	Die IT-gestützte Bestattungsverwaltung soll eingeführt werden, die bereits beim UBB und in anderen Kommunen im Einsatz ist.
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	2	20	keine Abhängigkeit von einer bestimmten Hardware.
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	6	90	erhebliche Verbesserung des Arbeitsablaufs durch einen einheitlichen und transparenten Verwaltungsablauf
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	6	90	schnellere Abwicklung durch zentralen Speicherort in der IT
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	4	20	einheitliches Vorgehen für die kommunalen Friedhöfe in der FHB
7 Imageverbesserung	5	8	40	moderne Verwaltung über gesicherte Abläufe
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	4	60	Verbesserung der statistischen Auswertungen über alle kommunalen Friedhöfe
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	8	80	Es kommt zu erheblichen Entlastungen in der Sachbearbeitung.
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	4	20	IT-Kompetenz wird bei regelmäßiger Anwendung erhöht.
Insgesamt	100	56	560	
Ergebnis WiBe Q			56	

Externe Effekte

- A. Wer sind meine Kunden? private Kunden, Bestatter/-innen und Verwaltungsmitarbeiter/-innen
- B. Was wollen meine Kunden? zügige Bearbeitung der Bestattungen, schnelle Auskünfte z.B. zu den Nutzungsrechten, Grabmalanträgen
- C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden? Da keine Vernetzung der IT-Systeme mit externen Dritten geplant ist, erhalten die Angabern zu deren technische Ausstattung. Die Verwaltungsmitarbeiter/-innen haben die erforderliche technische Ausstattung.
- D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten? Nach Umstellung kann die gesamte Bestattungsverwaltung der beiden Friedhöfe sowie die Verwaltung aller Nutzungsrechte der beiden Friedhöfe etc. IT-gestützt erfolgen.

1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	8	80	Auf der Basis des jetzigen Systems ist für personelle Ausfälle eine optimalere Vertretungsmöglichkeit zu schaffen, damit auch dann eine zeitnahe Bearbeitung der wesentlichen Verwaltungsvorgänge erfolgt.
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	0	0	Es wird eine etablierte IT-Lösung eingesetzt, zu denen externe Dritte allerdings keine Schnittstelle erhalten
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	8	40	Verwaltungsabläufe im Bestattungswesen werden zentral und transparent erfasst.
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	4	20	einfache Fehlermeldungen, Plausibilitätsprüfungen
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	8	80	Transparenz des Verwaltungshandelns, die notwendigen Details zu den einzelnen Gräbern können den Nutzungsberechtigten kurzfristig zur Verfügung gestellt werden.
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	3	75	geringer wirtschaftlicher Nutzen,weniger Ausfälle durch Personalengpässe, Kunden haben immer Ansprechpartner
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	6	60	kein Anpassungsaufwand
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	10	100	Verkürzung über 60 %, da zentraler Zugriff möglich.
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	8	40	Deutliche Verbesserung des DL-Angebotes, insbesondere auch bei Personalengpässen. Zusätzliche Sicherung bei Personalausfällen.
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	2	20	
Insgesamt	100	57	515	
Ergebnis WiBe E			52	

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage : D58

Datum : 29.05.2018

Stand: 29.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Digitalisierung der Gräber der Friedhöfe Blumenthal und Aumund

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): 2 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Digitalisierung der Gräber der Friedhöfe Blumenthal und Aumund	1
2	Separate Bestattungsverwaltung ohne Integration in die zentrale Bestattungsverwaltung der kommunalen Friedhöfe, eingeschränkte Vertretungsmöglichkeit bei Personalengpässen etc	2
n		

Ergebnis

Darstellung der monetären Wirtschaftlichkeit, soweit möglich. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer/keiner erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 56 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 52 gemäß WiBe 5.0 (Beide > 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).

Weitergehende Erläuterungen

--

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 15.10.2019	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Eingabe der Informationen zu den einzelnen Gräbern, Nutzungsberechtigten, Abgleich mit der Situation vor Ort und mit den Plänen, Friedhöfe Blumenthal und Aumund	Anzahl	2900
2			
3			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

 Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

A öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018****Produktgruppe:** 96.02.01 IT - Budget**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	3950.539 64-9	950	680	Sachausgaben Projekt D58 Digitalisierung der Gräber der Friedhöfe Blumenthal und Aumund - Handlungsfeld Digitalisierung	25.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	25.000,00

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

A

Sonstige Anmerkungen: Kurzbeschreibung der Maßnahme

Ca. 1.200 Gräber des Friedhofes Aumund und ca. 1.700 Gräber des Friedhofes Blumenthal sollen ebenfalls digital im Friedhofsinformationsmanagementsystem (FIM) erfasst werden, damit diese Friedhöfe in die zentrale, digitale Bestattungsverwaltung integriert werden können und damit die Bestattungsverwaltung auf einem einheitlichen, standardisierten Niveau für alle städtischen Friedhöfe erfolgt.

Da bisher aufgrund fehlender Ressourcen die Grabstellen nicht vollständig im vorhandenen IT-Programm FIM digital erfasst werden konnten, war bisher keine praktikable Integration der beiden Friedhöfe in die zentrale Bestattungsverwaltung möglich. Zur Schaffung einheitlicher und standardisierter Abläufe und zur Sicherstellung eines reibungslosen Betriebsablaufs bei Personalengpässen auf den Friedhöfen sollte eine zentrale Bestattungsverwaltung ermöglicht werden.

Projektziel 1: Integration der Friedhöfe Blumenthal und Aumund in die zentrale Bestattungsverwaltung zur Optimierung und Absicherung der Bestattungsabläufe.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel in den Produktplan 96 IT-Budget der FHB (konsumtive und investive Mittel verlagert)

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, nicht erforderlich

Dep. f. Umwelt,Bau,Verk.,Stadtentw.,Energie+Landw.

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Automatisierte Bestattungs- und Kremierungsanmeldung mit FIM@web		Lfd. Nr. D59 der Liste	
Zielgruppe: Bestatter/-innen			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Schaffung der Möglichkeit einer automatisierte Anmeldung für Bestattungen und Kremierungen			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Anzahl der über FIM@web angemeldeten Bestattungen und Kremierungen	Anzahl		1300
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Einsatz des Programms FIM@web			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Einrichten der automatisierten Anmeldung	ja/nein	ja	ja
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Kauf von verschiedenen Lizenzen, damit das Programm FIM@web eingesetzt werden kann			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Verhältnis manueller zu automatisierter Anmeldung	Verhältnis		70/30
Anzahl der elektronischen Anmeldungen	Anzahl		1300

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)					
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung		
	2018	2019	2018	2019	
Personalausgaben	T€	T€	T€	T€	
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	VZÄ	VZÄ	

Konsumtiv	T€	T€		T€	T€
Investiv	T€	0	T€	48	0
Bremerhaven	T€	T€		T€	T€

Beigefügte Unterlagen:

- | | | |
|---|--|-------------------------------|
| Projektbeschreibung/-auftrag | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Zeitplan | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| WU-Übersicht | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Antrag auf Nachbewilligung | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel
D59	Automatisierte Bestattungs- und Kremierungsanmeldung mit FIM@web

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes.
Mit der Einführung von FIM@web soll der Bestattungs- und Kremationsbetrieb durch Ergänzung des vorhandenen Friedhofsinformationssystems (FIM) gestärkt und modernisiert werden. Die Vorerfassung und Strukturierung der Annahme und Terminierung von Bestattungen und Kremierungen soll direkt durch die Bestattungsunternehmen je nach Bedarf und gantztägig ermöglicht werden.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 26. Juni 2018, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Umweltbetrieb Bremen
Projektleitung (falls schon benannt)
Frau Martina Arends (Referatsleiterin Bestattung und Krematorium)
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)

Projektbeginn	27.08.2018
Projektende (geplant)	31.12.2018

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel It. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c)
einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Da der Umweltbetrieb Bremen momentan keine aktuellen Lizenzen der Programme Windows 10, Office 2016, SQL Server 2017 und Server 2016 im Einsatz hat, kann das Programm FIM@web nicht wie geplant eingeführt werden. Eine automatisierte Terminanmeldung für die Bestattungsunternehmen, die diesen Service nutzen möchten, kann folglich nicht angeboten werden.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
Projektziel 1: Aktualisierung der Software Windows 10, Office 2010, SQL Server 2017 und Server 2016, damit FIM@web installiert und genutzt werden kann.
Projektziel 2 (optional): ---
Projektziel 3 (optional): ---

Maßnahmen zum Projektziel 1: Ankauf und Installation der genannten Lizenzen.
Maßnahmen zum Projektziel 2: ---
Maßnahmen zum Projektziel 3: ---

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Gegenstand des Projektes ist nicht der Ankauf von FIM@web.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Kauf und Installation der aktuellen Lizenzen Windows 2010, Office 2010 sowie SQL Server 2017 und Server 2016. Installation der Testumgebung FIM@web.	M 1 Start des Projektes am 27.08.2018 bzw. nach Bewilligung des Projektes	15
Durchführung der Tests durch Bestatter/-innen, zentrale Bestattungsverwaltung, Verwaltungen der Friedhöfe und des Krematoriums	M 2 Ergebnis der Tests bis zum 01.10.2018	40
Implementierung notwendiger Anpassungen in FIM@web	Anpassungen bis zum 15.10.2018	25
Abschlusstest	Durchführung bis zum 01.11.2018	10
Produktivsetzung und Einweisung der weiteren Anwender/-innen	Abschluss des Projektes bis zum 15.11.2018	10
	M 3 Ende des Projektes am 31.12.2018	
Aufwand Gesamt:		100

Sofern eine spätere Bewilligung erfolgt, sind die genannten Termine entsprechend anzupassen.

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
Ausstattung	

Sachkosten	Brutto gerundet
SQL Server 2017	2.618,--
SQL Cal Lizenz für 30 Nutzer/-innen	4.570,--
Server 2016	22.610,--
Server 2016 Cal Lizenz für 30 Nutzer/-innen	821,--
Windows 10 für 30 Nutzer/-innen	6.462,--
Office 2010 für 30 Nutzer/-innen	<u>11.138,--</u>
Summe:	48.219,--
Sonstige	

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

Es soll eine Möglichkeit der Anmeldung von Bestattungen rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche geschaffen werden. Die zentrale Bestattungsverwaltung über alle kommunalen Friedhöfe soll mit der direkten Anbindung der Bestattungsunternehmen einen besseren Kundenservice bei der Terminvergabe bieten. Außerdem soll die Sicherheit der Prozessabläufe in der Bestattungsverwaltung erhöht werden, um z.B. auch bei Personalengpässen Bestattungs-Anmeldungen annehmen zu können. Je nach Annahme des Systems durch die Bestatter sind Personaleinsparungen im Referat Bestattung und Krematorium möglich.

Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Nach Installation und Durchführung der Testphase wird ein Zwischenbericht und mit Produktivsetzung ein Abschlussbericht erstellt.

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

[REDACTED]

[REDACTED]

Umweltbetrieb Bremen
 Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen
 Willy-Brandt-Platz 7
 28215 Bremen

[REDACTED]

A

öffentlich nicht öffentlich

**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice**

Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018

Produktgruppe: 96.02.01 IT - Budget

Kamerale Finanzdaten:

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	3950.812 00-0	950	680	Sachausgaben für Projekt D59 automatisierte Bestat- tungs- und Kremierungsanmeldung - Handlungsfeld Digitalisierung	48.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungs- felder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungs- felder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	48.000,00

Personaldaten:

zu Stellenverlagerungen (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A

**Sonstige Anmerkungen:
Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Da der Umweltbetrieb Bremen momentan keine aktuellen Lizenzen der Programme Windows 10, Office 2016, SQL Server 2017 und Server 2016 im Einsatz hat, kann das Programm FIM@web nicht wie geplant eingeführt werden. Eine automatisierte Terminanmeldung für die Bestattungsunternehmen, die diesen Service nutzen möchten, kann folglich nicht angeboten werden.

Projektziel 1: Aktualisierung der Software Windows 10, Office 2010, SQL Server 2017 und Server 2016, damit FIM@web installiert und genutzt werden kann.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel in den Produktplan 96 IT-Budget der FHB (konsumtive und investive Mittel verlagert)

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, nicht erforderlich

Dep. f. Umwelt,Bau,Verk.,Stadtentw.,Energie+Landw.

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Automatisierte Bestattungs- und Kremierungsanmeldung mit FIM@web" 1) in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Refinanzierung Personalmehrbedarfe				0
				0
				0
Technische Realisierung				0
Kauf der Lizenzen windows 2010, office 2010, SQL Server 2017 und Server 2016				0
Beratungsleistungen von externen (über Dataport-Rahmenvertrag)				0
Projektkosten insgesamt	0	0	0	0
Betriebskosten				
Technischer Betrieb				
Betrieb und Lizenzen	48.219	0		48.219
Betriebskosten insgesamt	48.219	0	0	48.219

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Automatisierte Bestattungs- und Kremierungsanmeldung mit FIM@web" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	4	40	Standardverwaltungsvorgänge im Zusammenhang mit Bestattungen und Kremierungen sollen automatisiert umgesetzt werden.
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	10	100	Die automatische Terminannahme für Bestattungen soll in Betrieb genommen werden, die bereits in anderen Kommunen im Einsatz ist.
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	2	20	
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	10	150	erhebliche Verbesserung des Arbeitsablaufs (besserer Umgang mit Spitzenzeiten und Vermeidung von Fehlern)
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	10	150	schnellere Abwicklung durch direkte Eingaben der Bestatter/-innen
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	4	20	einheitliches Vorgehen für die kommunalen Friedhöfe in der FHB
7 Imageverbesserung	5	8	40	Kunden wünschen dringend ein automatisiertes Anmeldeverfahren, um insbesondere am Wochenende und in den Zeiten außerhalb der üblichen Arbeitszeiten den Angehörigen bereits einen Terminvorschlag unterbreiten zu können.
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	2	30	Elektronische Anmeldung führt zu einer beschleunigten Vorgangsbearbeitung.
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	8	80	Es kommt zu erheblichen Entlastungen in der Sachbearbeitung.
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	0	0	automatisiertes Verfahren
Insgesamt	100	58	630	
Ergebnis WiBe Q			63	
Externe Effekte				
A. Wer sind meine Kunden?				Bestatter/-innen
B. Was wollen meine Kunden?				zügige Bearbeitung der angemeldeten Bestattung bzw. Kremierung
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				PC, Notebook, Tablet, Smartphone
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				ca. 1.300 Anmeldungen
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	5	50	Vermeidung von Wartezeiten in Spitzenzeiten, die aus Sicht der Bestatter/-innen zu vermeiden sind.
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	0	0	Es wird eine etablierte IT-Lösung eingesetzt, die bereits in anderen Kommunen im Einsatz ist.
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	8	40	Anmeldungen erfolgen transparent und unvollständige Informationen werden sofort registriert.
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	4	20	einfache Fehlermeldungen, Plausibilitätsprüfungen
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	8	80	Transparenz des Verwaltungshandelns, insbesondere auch für die Kunden.
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	6	150	Einsparung von Zeit durch Direkteingaben
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	6	60	kein Anpassungsaufwand
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	10	100	Verkürzung über 60 %, da Soforteingabe möglich.
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	6	30	Deutliche Verbesserung des DL-Angebotes, insbesondere auch in Spitzenzeiten. Zusätzliche Sicherung bei Personalausfällen.
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	0	0	
Insgesamt	100	53	530	
Ergebnis WiBe E			53	

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage : D59

Datum : 29.05.2018

Stand: 29.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Automatisierte Bestattungs- und Kremierungsanmeldung mit FIM@web

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): 2 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Automatisierte Bestattungs- und Kremierungsanmeldung mit FIM@web	1
2	Beibehaltung der telefonischen Annahme mit entsprechendem Personalaufwand	2
n		

Ergebnis

Darstellung der monetären Wirtschaftlichkeit, soweit möglich. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 63 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 53 gemäß WiBe 5.0 (Beide > 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).

Weitergehende Erläuterungen

--

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2019	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Einrichten der automatisierten Bestattungs- und Kremierungsanmeldung	Ja/nein	Ja
2	Verhältnis der telefonischen zur automatisierten Anmeldung	Prozent	70 / 30
3	Anzahl der automatisierten Anmeldungen	Anzahl	1.300

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremsischen
Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

 Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

Handlungsfeld Digitalisierung

Bezeichnung der Maßnahme: Lfd. Nr. D60 der Liste IT-Strategie des Umweltbetrieb Bremen			
Zielgruppe: IT-Anwender im Umweltbetrieb Bremen			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Konkretisierung der IT-Strategie für den Umweltbetrieb Bremen			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Anzahl der strategisch betrachteten Fachanwendungen	Stück	17	
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Gutachten zur Funktionalität u. Wirtschaftlichkeit einer möglichen Datenmigration zu Dataport			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Erstellte Gutachten	Stück	1	
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Vergabe eines Beratungsauftrages			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Vergebene Beratungsaufträge	Stück	1	

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	T€	T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	VZÄ	VZÄ
Konsumtiv	T€	T€	50 T€	T€

Investiv	T€	0	T€	0	T€	0	T€
Bremerhaven	T€		T€	T€		T€	T€

Beigefügte Unterlagen:


Projektbeschreibung/-auftrag	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Zeitplan	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
WU-Übersicht	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Antrag auf Nachbewilligung	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Klicken Sie hier, um Text einzugeben.	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitel / Bezeichnung
D60	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel IT-Strategie des Umweltbetrieb Bremen

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes. Konkretisierung einer IT-Strategie für den Umweltbetrieb Bremen vor dem Hintergrund des Auftrages aus dem Koalitionsvertrag 2015 zur Modernisierung der IT-Organisation.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 26. Juni 2018, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Umweltbetrieb Bremen
Projektleitung (falls schon benannt)

Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)

Projektbeginn	27.08.2018
Projektende (geplant)	31.12.2018

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c) einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Der Umweltbetrieb Bremen ist durch den Koalitionsvertrag von 2015 beauftragt, die IT-Organisation zu modernisieren. In diesem Zusammenhang sollen insbesondere die Möglichkeiten der Auslagerung der UBB-IT an die Dataport AöR genutzt werden. Nach einer bereits vorliegenden groben Analyse zu den Möglichkeiten der Auslagerung und nach der zwischenzeitlichen Teilung des Betriebes (einschließlich der IT-Struktur) soll ein konkretisierendes Konzept erstellt werden, um nach Möglichkeit eine vollständige Auslagerung der IT zu erreichen.

Bislang ergaben sich insbesondere Restriktionen aus den als nicht übertragbar erscheinenden Fachanwendungen und aus den prognostizierten Kosten.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele

Projektziel 1:

Es wird eine dem Koalitionsvertrag entsprechende Entscheidungsbasis für die künftige IT-Organisation des UBB angestrebt. Die dazu zu formulierenden Alternativen sollen alle betrieblich erforderlichen Systeme und Anwendungen umfassen, sowie Aspekte wie IT-Compliance und Wirtschaftlichkeit.

Im Rahmen des beabsichtigten Beratungsauftrags sollen folgende Aspekte betrachtet werden:

1. Funktionalität: In welcher Form können die vom UBB bereitgestellten IT-Dienste nach Überführung funktional betrieben werden (z.B. als eigenständige oder als integrierte Lösung), und können tatsächlich alle IT-Funktionen übertragen werden? In welcher Form kann das ERP-System Navision abgelöst werden. Wie lässt sich eine Anbindung an das DMS Viskompakt realisieren?

2. Wirtschaftlichkeit: Welche Kosten sind durch das Migrationsprojekt einmalig sowie durch den ausgelagerten Betrieb laufend zu erwarten?

3. Migrationsprojekt und Auswirkung auf die IT-Agenda 2025: Wie ist das Migrationsprojekt zu strukturieren (d.h. welche Arbeiten sind zu welchem Zeitpunkt durch wen zu erledigen)? Welche Auswirkungen ergeben sich aufgrund der Migration auf die vom UBB bereits geplan-

te IT-Projekte (z.B. Umstellung auf Windows 10 und Office 2016)
Projektziel 2 (optional): ---
Projektziel 3 (optional): ---
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
Maßnahmen zum Projektziel 1: Schaffung einer Entscheidungsbasis durch den beabsichtigten Beratungsauftrag, Ableitung eines Entscheidungsvorschlags, Entscheidung durch die UBB-Gremien, Realisierung der als zielführend erkannten IT-Reorganisation.
Maßnahmen zum Projektziel 2: ---
Maßnahmen zum Projektziel 3: ---

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Die konkreten Umsetzungsmaßnahmen sollen nicht erarbeitet werden.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
Vergabe des Beratungsauftrages	M 1 27.08.2018 (Projektstart)	10
Erarbeitung der Entscheidungsgrundlage u.a. auf der Basis einer Systemanalyse und einer Abstimmung mit Dataport	M2 15.10.2018	90
Entscheidungsvorlage	M3 31.10.2018	
Ende des Projektes	M4 31.12.2018	
Aufwand Gesamt:		100

ADie Senatorin für Finanzen
Umweltbetrieb BremenFrau Krechanow
16844
Bremen, 29.Mai 2018 öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018****Produktgruppe:** 96.02.01 IT - Budget**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	3950.539 00-0	950		Sachausgaben für UBB Projekt D60 Digitalisierung -IT-Strategie - Handlungsfeld Digitalisierung	50.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	50.000,00

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A

Sonstige Anmerkungen: Kurzbeschreibung der Maßnahme

Der Umweltbetrieb Bremen ist durch den Koalitionsvertrag von 2015 beauftragt, die IT-Organisation zu modernisieren. In diesem Zusammenhang sollen insbesondere die Möglichkeiten der Auslagerung der UBB-IT an die Dataport AöR genutzt werden. Nach einer bereits vorliegenden groben Analyse zu den Möglichkeiten der Auslagerung und nach der zwischenzeitlichen Teilung des Betriebes (einschließlich der IT-Struktur) soll ein konkretisiertes Konzept erstellt werden, um nach Möglichkeit eine vollständige Auslagerung der IT zu erreichen. Bislang ergaben sich insbesondere Restriktionen aus den als nicht übertragbar erscheinenden Fachanwendungen und aus den prognostizierten Kosten.
Projektziel 1:

Es wird eine dem Koalitionsvertrag entsprechende Entscheidungsbasis für die künftige IT-Organisation des UBB angestrebt. Die dazu zu formulierenden Alternativen sollen alle betrieblich erforderlichen Systeme und Anwendungen umfassen, sowie Aspekte wie IT-Compliance und Wirtschaftlichkeit.

Im Rahmen des beabsichtigten Beratungsauftrags sollen folgende Aspekte betrachtet werden:

1. Funktionalität: In welcher Form können die vom UBB bereitgestellten IT-Dienste nach Überführung funktional betrieben werden (z.B. als eigenständige oder als integrierte Lösung), und können tatsächlich alle IT-Funktionen übertragen werden? In welcher Form kann das ERP-System Navision abgelöst werden. Wie lässt sich eine Anbindung an das DMS VISkompakt realisieren?
2. Wirtschaftlichkeit: Welche Kosten sind durch das Migrationsprojekt einmalig sowie durch den ausgelagerten Betrieb laufend zu erwarten?
3. Migrationsprojekt und Auswirkung auf die IT-Agenda 2025: Wie ist das Migrationsprojekt zu strukturieren (d.h. welche Arbeiten sind zu welchem Zeitpunkt durch wen zu erledigen)? Welche Auswirkungen ergeben sich aufgrund der Migration auf die vom UBB bereits geplante IT-Projekte (z.B. Umstellung auf Windows 10 und Office 2016)

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel in den Produktplan 96 IT-Budget der FHB (konsumtive und investive Mittel verlagert)

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Produktbereichsverantwortlicher	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Produktplanverantwortlicher	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Ausschüsse:	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Deputationen:	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Dep. f. Umwelt,Bau,Verk.,Stadtentw.,Energie+Landw.		

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Stand: 30.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

IT-Strategie des Umweltbetrieb Bremen

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): 1 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	IT-Strategie des Umweltbetrieb Bremen	1
2		
n		

Ergebnis

Das IT-Strategie-Projekt führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 53 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 10 gemäß WiBe 5.0 (Beide > 50 Punkte) bedeutet, dass die Maßnahme als wirtschaftlich sinnvoll eingestuft werden kann.

Weitergehende Erläuterungen

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.10.2018	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Gutachten zur Funktionalität und Wirtschaftlichkeit einer möglichen Datenmigration zu Dataport	Datum	31.10.2018
2			
3			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten / die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "IT-Strategie des Umweltbetrieb Bremen" 1)

in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Refinanzierung Personalmehrbedarfe				0
				0
				0
Technische Realisierung				0
Beratungsleistungen von externen (über Dataport-Rahmenvertrag)				0
Beratungsleistungen	50.000			0
Projektkosten insgesamt	50.000	0	0	50.000
Betriebskosten				
Technischer Betrieb				
Betrieb und Lizenzen	0	0		0
Betriebskosten insgesamt	0	0	0	0

in €

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "IT-Strategie des Umweltbetrieb Bremen" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	10	100	Konkretisierung einer IT-Strategie für den Umweltbetrieb Bremen vor dem Hintergrund des Auftrages aus dem Koalitionsvertrag 2015 zur Modernisierung der IT-Organisation.
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	10	100	Zentrale IT durch Dataport
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	0	0	Ist im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie nicht relevant
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	10	8	80	Zentrale IT durch Dataport
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	10	0	0	Ist im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie nicht relevant
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	10	10	100	Prüfung der Umstellung auf den BASIS PC
7 Imageverbesserung	10	0	0	Ist im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie nicht relevant
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	10	10	100	Schaffung einer Entscheidungsbasis durch den beabsichtigten Beratungsauftrag
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	0	0	Ist im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie nicht relevant
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	10	5	50	IT Standard und IT Compliance durch Dataport
Insgesamt	100	53	530	
Ergebnis WiBe Q			53	
Externe Effekte				
A. Wer sind meine Kunden?				
B. Was wollen meine Kunden?				
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	0	0	Ist im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie nicht relevant
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	0	0	Ist im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie nicht relevant
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	10	0	0	Ist im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie nicht relevant
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	10	0	0	Ist im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie nicht relevant
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	0	0	Ist im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie nicht relevant
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	10	0	0	Ist im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie nicht relevant
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	0	0	Ist im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie nicht relevant
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	0	0	Ist im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie nicht relevant
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	10	10	100	Dienstleistungskatalog von Dataport
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	0	0	Ist im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie nicht relevant
Insgesamt	100	10	100	
Ergebnis WiBe E			10	

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Ausweitung der digitalen Baumkontrolle		Lfd. Nr. D 61 der Liste	
Zielgruppe: Verwaltung/externe Nutzer			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Höhere Rechtsicherheit im Hinblick auf Dokumentation und Nachvollziehbarkeit der durchgeführten Verkehrssicherheitskontrollen			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Anzahl der digital ausgeführten Baumkontrollen in Grünanlagen	%	10	20
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Stammdatenerfassung von Bäumen in Grünanlagen			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Anzahl der erfassten Datensätzen von Bäumen in Grünanlagen	St.	~ 21.770	~41.770
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Beauftragung Fremdfirma zur Datenerfassung			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Anzahl der digital neu erfassten Stammdatensätze	St.	10.000	20.000

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	T€	T€

Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	VZÄ	VZÄ
Konsumtiv	T€	T€	90 T€	180 T€
Investiv	T€	T€	10 T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

Beigefügte Unterlagen:


- | | | |
|---|--|--|
| Projektbeschreibung/-auftrag | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Zeitplan | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| WU-Übersicht | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Antrag auf Nachbewilligung | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input checked="" type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input checked="" type="checkbox"/> nein |

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitel / Bezeichnung Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel
D61	Ausweitung der digitalen Baumkontrolle in Grünanlagen

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes.
Neben der bereits erfolgreich praktizierten digitalen Straßenbaumkontrolle soll diese sukzessive flächendeckend in öffentlichen Grünanlagen eingeführt werden. Zur beschleunigten Umsetzung soll die erforderliche Ersterfassung der Stammdaten an Dritte vergeben werden.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 26. Juni 2018, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Umweltbetrieb Bremen
Projektleitung (falls schon benannt)

Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)

Projektbeginn	03.09.2018
Projektende (geplant)	31.12.2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c)
einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Gemäß Jahresauftrag 2018/2019 zwischen SUBV und UBB ist unter Pkt. 2 „Unterhaltung und Entwicklung von Park- und Grünflächen sowie Straßenbäumen“ die sukzessive Ersterfassung der Stammdaten in Grün- und Kleingartenanlagen in digitaler Form vereinbart. Eine separate Mittelbereitstellung erfolgte hierfür nicht.

Die zur Verfügung stehenden Personalkontingente sind nicht ausreichend. Bisher erfolgte die digitale Ersterfassung vornehmlich anlassbezogen. Eine kontinuierliche und flächendeckende Erfassung ist derzeit nicht möglich, so dass es zu Verzögerungen bei der Umsetzung kommt.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele

1. Vervollständigung der Stammdatenersterfassung innerhalb eines kürzeren Zeitraumes und somit Beschleunigung der Einführung einer flächendeckend digitalen Baumkontrolle.
2. Schaffung einer höheren Rechtssicherheit im Hinblick auf Dokumentation und Nachvollziehbarkeit der durchgeführten Verkehrssicherheitskontrollen.
3. Erleichterung der Arbeits- und Kostenplanung.

Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?

Beauftragung von Fremdfirmen, welche die Ersterfassung der Stammdaten unterstützend durchführen.

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Interne Abläufe der Organisation sollen nicht verändert werden.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	Aufwand in % des Gesamtvolumens
	M 1 Start des Projektes 03.09.2018	
Angebotseinholung Fremdfirmen	M 2 Auftragserteilung Fremdfirma 01.10.2018	40
Einweisung Fremdfirma in Software und Abstimmung der Abläufe	M 3 Beginn der Datenaufnahme 15.10.2018	60
	M 4 Ende des Projektes 31.12.2019	
Aufwand Gesamt:		100

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
„Backoffice-Leistungen“/ Koordination Fremdfirmen erfolgt im UBB im Rahmen der bestehenden Projektes „Digitale Baumkontrolle“	0 €
Ausstattung	
2 Stck. Pen-PC inkl. Lizenzen: ~ 4.200 € netto/Stck.	10.000 € brutto
Sachkosten	
Stammdatenerfassung von 30.000 Bäumen á 7,55 € netto /Stck.	269.535 € brutto
Sonstige	

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

Die Anlage WU und die WIBE 5.0 sind als Anlage beigefügt.

Berichtswesen

Erläuterung des aktuellen Sachstandes in einem jährlichen Bericht an SUBV, Referat 30. Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

[REDACTED]
[REDACTED]

[REDACTED]
[REDACTED]
Umweltbetrieb Bremen
Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen
Bereich Grünflächenunterhaltung und Friedhöfe
Willy-Brandt-Platz 7
28209 Bremen

[REDACTED]
[REDACTED] [REDACTED]
[REDACTED] [REDACTED]

A öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018****Produktgruppe:** 96.02.01 IT - Budget**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	3950.539 00-0	950		Sachausgaben für UBB Projekt D61 Ausweitung der digitalen Baumkontrolle - Handlungsfeld Digitalisierung	89.845 €
X	3950.812 00-0	950		Sachausgaben für UBB Projekt D61 Ausweitung der digitalen Baumkontrolle - Handlungsfeld Digitalisierung	10.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	99.845,00

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

A

Sonstige Anmerkungen: Kurzbeschreibung der Maßnahme

Gemäß Jahresauftrag 2018/2019 zwischen SUBV und UBB ist unter Pkt. 2 „Unterhaltung und Entwicklung von Park- und Grünflächen sowie Straßenbäumen“ die sukzessive Ersterfassung der Stammdaten in Grün- und Kleingartenanlagen in digitaler Form vereinbart. Eine separate Mittelbereitstellung erfolgte hierfür nicht. Die zur Verfügung stehenden Personalkontingente sind nicht ausreichend. Bisher erfolgte die digitale Ersterfassung vornehmlich anlassbezogen. Eine kontinuierliche und flächendeckende Erfassung ist derzeit nicht möglich, so dass es zu Verzögerungen bei der Umsetzung kommt.

1. Vervollständigung der Stammdatenersterfassung innerhalb eines kürzeren Zeitraumes und somit Beschleunigung der Einführung einer flächendeckend digitalen Baumkontrolle.
2. Schaffung einer höheren Rechtssicherheit im Hinblick auf Dokumentation und Nachvollziehbarkeit der durchgeführten Verkehrssicherheitskontrollen.
3. Erleichterung der Arbeits- und Kostenplanung.

Beauftragung von Fremdfirmen, welche die Ersterfassung der Stammdaten unterstützend durchführen.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel in den Produktplan 96 IT-Budget der FHB (konsumtive und investive Mittel verlagert)

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Produktbereichsverantwortlicher	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Produktplanverantwortlicher	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Ausschüsse:	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich

Deputationen:	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Dep. f. Umwelt,Bau,Verk.,Stadtentw.,Energie+Landw.		

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage : Ausweitung der digitalen Baumkontrolle

Datum : 05.06.2018

Stand: 05.06.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Ausweitung der digitalen Baumkontrolle

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung :

Betrachtungszeitraum (Jahre):

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Ausweitung der digitalen Baumkontrolle	1
2	Ersterfassung der Stammdaten weiterhin in Eigenleistung UBB	2
n		

Ergebnis

Die Ausweitung der digitalen Baumkontrolle auf Bäume in Grünanlagen führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 65 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 65 gemäß WiBe 5.0 (Beide > 50 Punkte) bedeutet, dass die Maßnahme ist als wirtschaftlich sinnvoll eingestuft werden kann.

Weitergehende Erläuterungen

Die Gewichtung wurde in mehreren Bereichen geändert, da einige Kriterien nicht auf die Maßnahme des UBB zutreffen (z.B. Kriterium 2 und 4 "Externe Effekte"). Der Auftraggeber (in diesem Falle SUBV)

hat keinen eigenen Zugang zum Programm, welches zur Digitalisierung der Bäume genutzt wird. Daher haben diese Kriterien bei der Bewertung keine Bedeutung. Andere Kriterien wiederum sind von der Bedeutung her höher anzusetzen.

So steht nicht die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund (Kriterium 6), sondern vielmehr die transparente und rechtssichere Ausführung der Verkehrssicherheitskontrollen sowie die schnelle Verfügbarkeit von Informationen.

Auch im Abschnitt "Qualitativ strategische Bedeutung" liegt der Schwerpunkt der Maßnahme eher auf der Qualitätsverbesserung und der Gewährleistung einer einheitlichen Bewertung bei den Baumkontrollen als auf IT-spezifischen Kriterien.

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020	2.	3.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Ersterfassung von Stammdaten durch Fremdvergabe 2018	Stück	10.000
2	Ersterfassung von Stammdaten durch Fremdvergabe 2019	Stück	20.000
3	Anteil digital ausgeführter Baumkontrollen in GA Ende 2019	%	20

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage : Ausweitung der digitalen Baumkontrolle

Datum : 05.06.2018

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen
Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Ausweitung der digitalen Baumkontrolle" 1)

in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten				
zusätzliche technische Ausstattung (PEN PC)	10.000			
Fremdvergabe von Datenaufnahme	89.845	179.690		
Projektkosten insgesamt	99.845	179.690	0	279.535
Betriebskosten				
				in €
				0
				0
Betriebskosten insgesamt	0	0	0	0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Ausweitung der digitalen Baumkontrolle" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "ZOV" der FHB	10	2	20	
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	4	40	Ausweitung der Nutzung des vorhandenen Baumkatasters "GeoVal"
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	6	60	---
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	10	150	Erhöhung der Rechtssicherheit durch systemunterstützte Dokumentation der Verkehrssicherheitskontrollen sowie Planbarkeit der notwendigen Maßnahmen
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	6	90	Ersparnis von Datenübertragung manueller Art, Zugriff von mehreren Arbeitsplätzen auf Datenbank, dadurch schneller Auswertungen aller Art
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	4	20	bereichsweite Nutzung des Programms, dadurch einheitliche Standards bei Erfassung/Dokumentation
7 Imageverbesserung	5	8	40	fachliche Kompetenzen werden gestärkt und hervorgehoben
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	8	120	Datenbankauswertungen ermöglichen Vergleichbarkeit, Planung von Maßnahmen etc.
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	4	40	Entlastung auf Meister- und Sachbearbeitungsebene
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	6	30	Qualifikationssteigerung bei Baumkontrolleuren
Insgesamt	100	58	610	
Ergebnis WiBe Q			61	
Externe Effekte				
A Wer sind meine Kunden?				in erster Linie SUBV
B. Was wollen meine Kunden?				Rechtssicherheit bei der Verkehrssicherheitskontrolle an Bäumen, Durchführung erfolgt durch den UBB
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				PC
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				kontinuierlich
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	15	6	90	Verbesserung der Rechtssicherheit, höhere Zuverlässigkeit des vorliegenden Datenmaterials
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	0	0	0	---
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	20	6	120	einheitliches Verfahren hinsichtlich der Dokumentation erhöht Nachvollziehbarkeit von Maßnahmeerledigungen bzw. deren Umfang
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	0	0	0	---
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	20	10	200	Transparenz der Baumkontrollen und daraus resultierender Maßnahmen, Abruf der Historie
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	10	2	20	effektiverer Mitteleinsatz durch verbesserte Maßnahmenplanung und verstärkte Maßnahmenbündelung
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	10	100	Das für die Baumkontrollen genutzte Programm steht dem Kunden selber nicht zur Verfügung, er profitiert jedoch nachgeordnet von der Nutzung dessen
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	6	60	kürzere Entscheidungswege und schnellere Umsetzung notwendiger Maßnahmen durch reduzierte Medienbrüche
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	4	20	Gewährleistung höherer Rechtssicherheit, Effizienzsteigerung
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	8	80	kontinuierlicher Aufbau einer Datenbank und Erweiterung der Auswertungen verschiedener Parameter sowie Darstellung bestimmter Daten im Internet
Insgesamt	100	52	690	
Ergebnis WiBe E			69	

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

1) Hinweis: Die Bewertung erfolgt entsprechend der Kriterienkataloge der WiBe 5.0 (Anlage zum Beschluss Nr. 2015/3 des Rates der IT-Beauftragten der (Bundes-)Ressorts vom 19. Februar 2015), herausgegeben von der Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik. Die Punktevergabe ist nicht beliebig, sondern orientiert sich an den Vorgaben der WiBe 5.0, vgl. dort den Teil zur Nutzwertbetrachtung, ab S. 37). Eine Maßnahme kann danach durchgeführt werden, wenn die WiBe Q und/oder WiBe E einen Wert > 50 ergibt.

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Personalverstärkung für IT-Projekte des Behördenzentrums		Lfd. Nr. D62 der Liste	
Zielgruppe: Kunden des Behördenzentrums Stadtamts (Ordnungsamt, Bürgeramt, Migrationsamt)			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Effizienzsteigerung durch Digitalisierung von Prozessen (VIS-Einführung, Einführung der eAkte in neuen Bereichen), Erhöhung der Servicequalität (Gestaltung Internetauftritt), Umsetzung gesetzlicher Vorgaben im Bereich Datenschutz			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Einheitlicher Internetauftritt	%	25	100
Überarbeitung der Datenschutzkonzepte gem. EU-DSGVO	%	20	100
Einführung eAkte Führerscheinwesen	%	10	100
VIS-Einführung	%	20	100
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): VIS			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Definition der Anforderungen, Erarbeiten von Standards und Konzepten, Programmierung von Internetseiten			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Erarbeitung eines Rahmendatenschutzkonzepts	Datum		31.09.2019
Einführung eAkte FSW	Datum		31.12.2019
Veröffentlichung Internetauftritt Behördenzentrum	Datum		31.05.2019

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	T€	T€

Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	3 VZÄ	3 VZÄ
Konsumtiv	T€	T€	37,5 T€	150 T€
Investiv	T€	T€	T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

Beigefügte Unterlagen:

- | | | |
|---|--|--|
| Projektbeschreibung/-auftrag | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Zeitplan | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| WU-Übersicht | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse | <input type="checkbox"/> ja | <input checked="" type="checkbox"/> nein |
| Antrag auf Nachbewilligung | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |

Senator für Inneres

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitel / Bezeichnung
D62	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel Personalverstärkung für IT-Projekte des Behördenzentrums

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes. Durch diese Maßnahme sollen Personalressourcen zur Verfügung gestellt werden, um Digitalisierungsvorhaben des Behördenzentrums (Nachfolgeämter des ehemaligen Stadtamts) zu realisieren. Ziel dieser Vorhaben ist <ul style="list-style-type: none"> • die Einführung der eAkte im Bereich der Führerscheinstelle (Ordnungsamt) • die Erstellung eines einheitlichen Internetauftritts (Bürger-, Ordnungs-, Migrations-, Standesamt) • das Anpassen der Datenschutzkonzepte an die neue europäische DSGVO (Datenschutz-Grundverordnung des EU-Parlaments) • die VIS-Einführung (elektronisches Ablagesystem der Verwaltung der FHB)

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Beschluss Staatsräterunde vom 1. Juni 2018, Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Senator für Inneres
Projektleitung (falls schon benannt)
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)

--

Projektbeginn	01.10.2018
Projektende (geplant)	31.12.2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c)
einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Durch Verbesserung des Kundenservices der Nachfolgeämter des ehemaligen Stadtamtes Bremen soll durch Digitalisierungsvorhaben eine Effizienzsteigerung in der Aufgabenerledigung und eine Steigerung der Servicequalität für den Bürger erreicht werden.

Gesetzliche Vorgaben (Datenschutz, elektronische Aktenführung) müssen umgesetzt werden.

Personalressourcen im IT-Bereich stehen nur begrenzt zur Verfügung und sind durch Regelaufgaben sowie bereits etliche andere laufende Digitalisierungsvorhaben (eAkte Migrationsamt, Elektronisches Personenstandsregister, IT-Dienste für den neuen Ordnungsdienst, IT-Beschaffungsprozesse u.a.) ausgelastet, so dass weitere notwendige und sinnvolle Aufgaben nur durch die Bereitstellung weiterer Kapazitäten begonnen werden können.

Teilprojekt 1 (eAkte im Bereich Führerscheinwesen des Bürgeramts):

Die bereits in anderen Bereichen in Einführung befindliche elektronische Akte soll auch im Bereich Führerscheinwesen die Aufgabenerledigung unterstützen. Da auch der TÜV (Führerscheinprüfung) auf die elektronische Bearbeitung umstellen möchte, Medienbrüche vermieden werden sollen und auch dann auch die angemieteten Flächen für Aktenräume für dringlich benötigten Büroraum für Sachbearbeiter genutzt werden könnten, ist die Maßnahme auch hier wirtschaftlich und sinnvoll.

Teilprojekt 2 (Internetauftritt der Nachfolgeämter des ehemaligen Stadtamts):

Nach der Auflösung des Stadtamts konnte nur ein kleiner Teil des Internetauftritts in das Serviceportal Bremen überführt werden. Ein eigener Auftritt mit der vollständigen Darstellung des umfangreichen Dienstleistungsangebots der Nachfolgeämter sollte nunmehr realisiert werden.

Teilprojekt 3: (Datenschutzgrundverordnung)

Die DSGVO der EU tritt mit Auflösung des bremischen Datenschutzgesetzes und Auslaufen der Übergangsfrist Ende Mai 2018 in Kraft. Daraus ergibt sich Anpassungsaufwand für die Datenschutzkonzepte der zahlreichen Verfahren des Senators für Inneres (insbesondere im

Behördenzentrum). Durch die neue Behördenstruktur ist auch ein neues Rahmendatenschutzkonzept notwendig geworden.

Teilprojekt 4: (VIS-Einführung)

Die elektronische Aktenführung soll bis 2022 in der bremischen Verwaltung komplett umgesetzt werden. Die FHB hat dafür als Instrument das Ablagesystem VIS ausgewählt, das nun im Ressort umgesetzt werden soll. Dafür sind behördenspezifische einheitliche Standards zu erarbeiten und Strukturen zu schaffen.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
<p>Projektziel 1: Effizienzsteigerung durch die Digitalisierung von Prozessen (VIS-Einführung, eAkte)</p> <p>Projektziel 2: Erhöhung der Servicequalität des Behördenzentrums durch Neugestaltung des Internetauftritts</p> <p>Projektziel 3: Umsetzung neuer gesetzlicher Vorgaben im Bereich Datenschutz (Umsetzung der Anforderungen der DSGVO)</p>
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
<p>Maßnahmen zum Projektziel 1: VIS-Einführung (Elektronische Aktenführung), Einführung eAkte Führerscheinenwesen</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 2: Neugestaltung des Internetauftritts von Bürger-, Ordnungs-, Migrations- und Standesamt</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 3: Erstellen eines Rahmendatenschutzkonzepts für das Behördenzentrum und Überarbeitung der IT-Verfahrens-Datenschutzkonzepte</p>

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
Aufgabenbeschreibung, Anforderungsprofile	M 1 Beginn Personalauswahl 1.9.2018	

Auswahlverfahren, Einstellungsverfahren	M 2 Arbeitsbeginn der neuen Mitarbeitenden ab 01.10.2018	
Aufwand Gesamt:		100 %

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
3 VZE (Zeitraum 1.10.2018 bis 31.12.2019)	187.500 €
Ausstattung	
Sachkosten	
Sonstige	

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

siehe WiBe.

Berichtswesen

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

██████████ Senator für Inneres ██████████

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Personalverstärkung Behördenzentrum" 1) in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (konsumtiv)				
Personalkosten	37.500	150.000		187.500
				0
				0
Projektkosten (investiv)				
Projektkosten insgesamt	37.500	150.000	0	187.500
Betriebskosten				
				in €
				0
				0
				0
Betriebskosten insgesamt	0	0	0	0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Personalverstärkung Behördenzentrum"

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	10	100	Elektronische Aktenführung mit VIS
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	10	100	Verfahren eAkte mit VIS wird bereits landesweit genutzt
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	8	80	Nutzung von Standard-Hardware und Standard-Software (VIS)
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenabwicklung	15	8	120	Revisionsfähigkeit durch eAkte, verbesserter Internetauftritt, Sicherung des Datenschutzes
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	2	30	mögliche Optimierung durch eAkte
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	10	50	einheitliches Verfahren Elektronische Akte
7 Imageverbesserung	5	10	50	positive Auswirkungen bei einer hohen Zahl von Kunden durch Verbesserung des Internetauftritts
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	4	60	Transparenz zur Sachbearbeitung einzelner Fälle für die Leitung und die Fachaufsicht
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	0	0	
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	4	20	Qualifizierung eAkte/VIS
Insgesamt	100	66	610	
Ergebnis WiBe Q			61	

Externe Effekte

A	Wer sind meine Kunden?	Kunden des Bürger-/Ordnungs-/Migrationsamtes (Internetauftritt)		
B.	Was wollen meine Kunden?	Gute Informationen über das Dienstleistungsangebot des Behördenzentrums, Abläufe, Termine, Ansprechpartner. Effektiven Datenschutz		
C.	Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?	Internetzugang		
D.	Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?	Hohe Nutzung des Internetauftritts des Behördenzentrums (Bürger-/Ordnungs-/Migrationsamt)		

1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	6	60	Ablösung des Internetauftritts wünschenswert
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	6	60	Die eAkte wird für alle Verfahren des Migrationsamtes genutzt werden
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	7	35	
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	0	0	
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	10	100	Durch den Internetauftritt werden die Dienstleistungen des BHZ transparent und Online-Angebote zugänglich
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	7	175	Zeit-Einsparung durch Information und Zugang von Online-Angeboten
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	10	100	keine Folgekosten für die Nutzer
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	0	0	
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	4	20	geringe Verbesserung durch Optimierung des Internetauftritts
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	5	50	eAkte ist ein Standardprodukt für die bremische Verwaltung, erarbeitetes Rahmen-DS-Konzept nach neuer DSGVO auch andere Dienststellen übertragbar
Insgesamt	100	55	600	
Ergebnis WiBe E			60	

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Stand: 17.05.2087

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

I0107240 IT-Personalverstärkung Behördenzentrum (D62)

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): 2 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Durchführung Personalverstärkung zur Durchführung der Digitalisierungsprojekte	1
2	Verzicht auf Personalverstärkung zur Durchführung der Digitalisierungsprojekte	2
n		

Ergebnis

Darstellung der monetären Wirtschaftlichkeit, soweit möglich. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 61 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 60 gemäß WiBe 5.0 (Beide > 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt durchgeführt werden kann (Alternative 1).

Weitergehende Erläuterungen

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Rahmendatenschutzkonzept Behördenzentrum	Datum	31.09.2019
2	Einführung eAkte FSW	Datum	31.12.2019
3	Veröffentlichung Internetauftritt Behördenzentrum	Datum	31.05.2019

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen
Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

A

Der Senator für Inneres

Bremen, 05.Jun 2018

 öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018****Produktgruppe: 07.90.04** Zentrale Dienste**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	0030.428 53-	30	925	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Projekt D62 - IT-Projekte Behördenzentrum-Handlungsfeld Digitalisierung	37.500 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	37.500,00
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung
07.90.04	Senator für Inneres (TPM)	01.10.-31.12.18	+3,0	+3,0

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A

Sonstige Anmerkungen: Kurzbeschreibung der Maßnahme

Durch Verbesserung des Kundenservices der Nachfolgeämter des ehemaligen Stadtamtes soll durch Digitalisierungsvorhaben eine Effizienzsteigerung in der Aufgabenerledigung und eine Steigerung der Servicequalität für den Bürger erreicht werden.

Gesetzliche Vorgaben (Datenschutz, elektronische Aktenführung) müssen umgesetzt werden. Personalressourcen im IT-Bereich stehen nur begrenzt zur Verfügung und sind durch Regelaufgaben sowie bereits etliche andere laufende Digitalisierungsvorhaben (eAkte Migrationsamt, Elektronisches Personenstandsregister, IT-Dienste für den neuen Ordnungsdienst, IT-Beschaffungsprozesse u.a.) ausgelastet, so dass weitere notwendige Aufgaben nur durch die Bereitstellung weiterer Kapazitäten begonnen werden können.

Insbesondere sollen folgende Vorhaben umgesetzt werden:

- Einführung eAkte Führerscheinen
- Neugestaltung des Internetauftritts von Bürger-, Ordnungs-, Migrations- und Standesamt
- Erstellen eines Rahmendatenschutzkonzepts für das Behördenzentrum und Überarbeitung der IT-Verfahrens-Datenschutzkonzepte
- VIS-Einführung

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der Projektskizze und dem Maßnahmenblatt D62.

Beim Senator für Inneres entsteht dafür ab 01.10.2018 ein zusätzlicher temporärer Personalbedarf in Höhe von 3 VZÄ.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel nunmehr auf die Personalhaushaltsstellen der Ressorts und in den Produktplan 96 IT-Budget der FHB (konsumtive und investive Mittel ohne Personal) verlagert.

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, nicht erforderlich

Dep. für Inneres

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Webgestützte Leistungsdatenerhebung an Schulen		Lfd. Nr. D63 der Liste	
Zielgruppe: Lehrkräfte, Statistiker und Schulaufsicht			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Vereinfachung der Erfassung und Auswertung von schulischen Leistungsdaten (KompoLei-Kompetenzen, LEB-Kompetenzen, Noten, Prozentwerte, etc.)			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Softwarenutzung durch Grundschulen	%	5	95
Softwarenutzung durch weiterführende Schulen	%	0	95
Softwarenutzung durch SKB (Anzahl Referate)	Stück	1	2
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Webanwendung, mit der Lehrkräfte in allen Schulstufen Leistungsdaten zur späteren Erstellung von Zeugnissen und Lernentwicklungsberichten verwalten können und mit der in der Bildungsbehörde statistischen Auswertungen zu Bildungsverläufen erstellt werden können.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Fertigstellung der Software	%	50	100
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Partizipative, iterative Softwareentwicklung			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Anzahl der Iterationen mit Schulvertretern	Stück	2	6
Anzahl Steuergruppensitzungen	Stück	1	4

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	T€	T€

Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	VZÄ	VZÄ
Konsumtiv	T€	T€	72 T€	168 T€
Investiv	T€	T€	T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

Beigefügte Unterlagen:

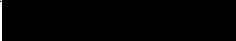
- | | | |
|--|--|-------------------------------|
| Projektbeschreibung/-auftrag | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Zeitplan | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| WU-Übersicht | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Antrag auf Nachbewilligung | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung
D63	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel Webgestützte Leistungsdatenerhebung an Schulen

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes. Einführung einer Webanwendung, mit der Lehrkräfte in allen Schulstufen Leistungsdaten (KompoLei-Kompetenzen, LEB-Kompetenzen, Noten, Prozentwerte etc.) zur späteren Erstellung von Zeugnissen und Lernentwicklungsberichten verwalten können und mit der in der Bildungsbehörde statistischen Auswertungen zu Bildungsverläufen erstellt werden können.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice Nachmeldung gemäß Beschluss der Staatsrätelenkungsrunde vom 7. Mai 2018
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Die Senatorin für Kinder und Bildung
Projektleitung (falls schon benannt)

Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)
n.a.

Projektbeginn	1.10.2018
Projektende (geplant)	31.12.2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c)
einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Die Lehrkräfte der öffentlichen Schulen in Bremen erheben im Laufe eines Schuljahres unterschiedliche und vielfältige Leistungsdaten ihrer Schülerinnen und Schüler. Dazu gehören z.B. Ergebnisse von Klassenarbeiten, mündliche Mitarbeit, Arbeits- und Sozialverhalten oder die Erreichung von Kompetenzen im Rahmen von KompoLei.

Zur Erstellung und Druck von Zeugnissen und Lernentwicklungsberichten am Ende von Halb- oder Schuljahren ist es notwendig, sämtliche von Lehrkräften abzugebende Leistungsbewertungen zu sammeln und in ein Zeugnis(formular) bzw. in einen Lernentwicklungsbericht einzutragen. Derzeit werden in den Schulen dafür verschiedene Methoden angewendet:

1. händische Verfahren: Es müssen alle relevanten Informationen von Lehrkräften in leere Zeugnisformulare eingetragen werden, die zum Teil in den Schulen selbst erstellt worden sind.
2. pdf-Formulare (eine als Formular aufgebaute pdf-Datei je Schüler/in): Bei der pdf-Lösung werden einige Daten (z.B. Namen und Klassen der Schüler/innen) aus der Schulverwaltungssoftware übernommen, hier sind aber die Texte für die Lernentwicklungsberichte und die Kreuze der kompetenzorientierten Raster für die Fächer Deutsch und Mathematik in die Dokumente einzutragen. Dies nutzen insbesondere die Grundschulen.
3. Nutzung der Software myFuNe: Beim myFuNe-Verfahren werden darüber hinaus auch die Leistungsdaten mit Hilfe der Schulverwaltungssoftware erfasst, so dass die Zeugnisse aus der Schulverwaltungssoftware heraus gedruckt werden können. Dies nutzen insbesondere Gymnasien und Oberschulen.

Bei diesen Verfahren entstehen in allen Schulen die folgenden Problematiken:

- Eine statistische Analyse, wie zum Beispiel die Auswertung zu Bildungskarrieren aufgrund von Leistungsdaten ist nicht möglich, da die Daten nicht zentral erfasst werden (bzw. nicht alle Leistungsdaten von allen Schulen).
- Bei allen drei Verfahren müssen in der Schule einzelne Dateien an alle Lehrkräfte verteilt und wieder eingesammelt werden, dies hat einen erheblichen Organisationsaufwand in der Einzelschule zur Folge. Insbesondere in größeren Schulen ist dieses Verfahren dadurch sehr fehleranfällig und erfordert derzeit einen hohen Supportaufwand. Daher sind insbesondere diese Schulen mit den bisherigen Lösungen eher unzufrieden.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele

Projektziel 1: Um den Schulen das Erstellen von Zeugnissen deutlich zu erleichtern und zugleich Leistungsdaten für das Bildungsmonitoring zentral vorhalten zu können soll eine entsprechende Websoftware eingeführt werden. Insbesondere eine Umsetzung der neuen Form der kompetenzorientierten Leistungsrückmeldung in Grundschulen würde durch den Einsatz einer geeigneten Software deutlich erleichtert werden.

Eine erste Marktrecherche und Testung verschiedener Softwareprodukte mit Schulvertretern aller Schulformen hat ergeben, dass es derzeit auf dem Markt kein fertiges Produkt gibt, das den Anforderungen gerecht wird. Der Hersteller der von den Bremer Schulen genutzten Stundenplansoftware Untis GmbH wäre dazu bereit ein Web-Modul zu entwickeln, das in der ersten Stufe KompoLei für Grundschulen abbilden kann und in einer zweiten Stufe auch die anderen Schulformen bei der Eingabe von Leistungsdaten (Lernentwicklungsberichte, Noten, Punkte, etc.) unterstützen könnte. Die Lehrkräfte bekämen auf diese Weise ein weiteres Modul in einem System bereitgestellt, das sie bereits täglich nutzen (WebUntis). Der Aufwand für Schulungen und Integration der Software in die vorhandene IT-Infrastruktur wären somit gering und die Lösung würde sich nahtlos in die digitale Gesamtstrategie der Schulen einfügen.

Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?

Maßnahmen zum Projektziel 1:

- Anforderungsanalyse
- Sollkonzeption
- Partizipatives Prototyping
- Integration in die Produktivumgebung

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Keine Abgrenzung erforderlich.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	Aufwand in % des Gesamtvolumens
	M 1 Start des Projektes am 01.10.2018	
	M2 Anforderungsanalyse abgeschlossen	20%
	M3 Sollkonzept erstellt	10%
	M4 SW-Entwicklung abgeschlossen	60%
	M5 Integration abgeschlossen	10%
	M 6 Ende des Projektes am 31.12.2019	
Aufwand Gesamt:		100%

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
Ausstattung	

Sachkosten	
Softwareentwicklung durch Untis GmbH innerhalb eines bestehenden Rahmenvertrags mit Dataport	240.000 EUR
Sonstige	

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

Qualitative Wirtschaftlichkeit gegeben.


Berichtswesen

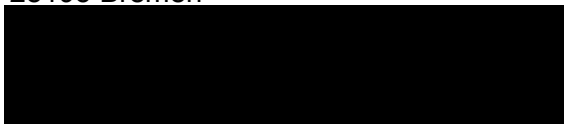
Wem ist was, wann zu berichten?

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Monatliche Statusberichte für die Abteilungsleitungen.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)


Die Senatorin für Kinder und Bildung
Rembertiring 8 - 12
28195 Bremen



A

Die Senatorin für Kinder und Bildung

Bremen, 06. Jun 2018

 öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018**

Produktgruppe: 96.02.01

Kamerale Finanzdaten:

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	3950.539 00-0			Sachausgaben Projekt D63 - Webgestützten Leistungsdatenerhebung an Schulen - Handlungsfeld Digitalisierung	72.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	72.000,00

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A

**Sonstige Anmerkungen:
Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Einführung einer Webanwendung, mit der Lehrkräfte in allen Schulstufen Leistungsdaten (KompoLei-Kompetenzen, LEB-Kompetenzen, Noten, Prozentwerte etc.) zur späteren Erstellung von Zeugnissen und Lernentwicklungsberichten verwalten können und mit der in der Bildungsbehörde statistischen Auswertungen zu Bildungsverläufen erstellt werden können.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Akzeptanzprobleme bei derzeitigen Prozessen durch fehlende SW-Unterstützung, fehlende Auswertungsmöglichkeiten

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, nicht erforderlich

Dep. für Kinder und Bildung

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Elektronische Vorgangsbearbeitung für schnelleren Kundenservice" 1) in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Refinanzierung Personalmehrbedarfe				0
				0
				0
Technische Realisierung				0
	72.000	168.000		240.000
Beratungsleistungen von externen (über Dataport-Rahmenvertrag)				0
Projektkosten insgesamt	72.000	168.000	0	240.000
Betriebskosten in €				
Technischer Betrieb				
Betrieb und Lizenzen	0	0	31.200	0
Betriebskosten insgesamt	0	0	31.200	0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Webgestützte Leistungsdatenerhebung an Schulen" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	4	40	Zeitnah wichtig für einige Fachaufgaben der SKB
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	0	0	Übernahme eines Verfahrens nicht möglich
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	2	20	Clientseitige Unabhängigkeit von Hardware und Betriebssystem
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	10	150	Massive Vereinfachung der Arbeitsabläufe zur Leistungsdatenerfassung und -verarbeitung
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	10	150	Verkürzung von mehr als 60% durch medienbruchsfreie elektronische Erfassung u. Verarbeitung d. Leistungsdaten
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	6	30	Verbesserung durch ressortinterne Vereinheitlichung
7 Imageverbesserung	5	10	50	Durch bessere IT-Unterstützung der 6.000 Lehrkräfte
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	8	120	Zeitnahe und neue Informationen für die Schulaufsicht
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	8	80	Erhebliche Verbesserung d. Arbeitsbedingungen v. Lehrkräften im Bereich Leistungsdatenerfassung u. Zeugniserstellung
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	8	40	Erhöhung d. IT- und aufgabenbezogenen Qualifikation
Insgesamt	100	66	680	
Ergebnis WiBe Q			68	

Externe Effekte

- A. Wer sind meine Kunden? Lehrkräfte, Statistiker und Schulaufsicht
- B. Was wollen meine Kunden? Einfache und medienbruchsfreie Erhebung und Verarbeitung von Leistungsdaten
- C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden? PC-Arbeitsplätze mit Internetzugang
- D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten? Nahezu vollständige Dissemination aufgrund der geringen Nutzungsfreundlichkeit der bestehenden Prozesse

1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	10	100	Ablösung des Altsystems (papierbasierte Erfassung) aus Sicht vieler Kunden (Lehrkräfte) zwingend erforderlich
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	2	20	Behördeneinheitlicher Zugang zu wenigen Verfahren (Stundenplanung, digitales Klassenbuch, Leistungsdaten)
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	2	10	Geringe Erhöhung der Verständlichkeit
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	10	50	Umfassende Unterstützungsfunktionen
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	8	80	Der große Bedarf an zeitnahen Informationen wird erfüllt
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	10	250	Unmittelbar hohe Einsparung durch Produktivitätszuwachs bei den Lehrkräften
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	4	40	Geringer Anpassungsaufwand für wenige Kommunikationspartner i.d. Behörde
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	0	0	Nicht von Bedeutung
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	8	40	Deutliche Verbesserung für viele Kunden
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	2	20	Nachnutzung durch andere Schulträger möglich
Insgesamt	100	56	610	
Ergebnis WiBe E			61	

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Stand: 22.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Webgestützte Leistungsdatenerhebung an Schulen

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit **einzelwirtschaftlichen**
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): 2 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Entwicklung und Einführung einer Webanwendung	1
2	Beibehaltung/Weiternutzung der bisherigen Prozesse und Systeme	2
n		

Ergebnis**IT-Maßnahme kann durchgeführt werden**

Weitergehende Erläuterungen

Werte größer 50 bei WiBe Q oder WiBe E bedeuten eine qualitative Wirtschaftlichkeit gemäß WiBe 5.0 und legitimieren die Durchführung der Maßnahme. Das Ergebnis für die geprüfte Maßnahme beläuft sich auf WiBe Q = 68 und WiBe E = 61

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Softwarenutzung durch Grundschulen	%	95
2	Softwarenutzung durch weiterführende Schulen	%	95
3	Softwarenutzung durch SKB (Anzahl Referate)	Stück	2

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen
 Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

 Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme:		Lfd. Nr. D64	
Digitaler bürgernahe Informationsservice von Bibliotheken, Museen und Archiven			
Zielgruppe: Bürger und Bürgerinnen, verwaltungsintern, Externe			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Mit dem Projekt werden die digitalen Angebote der Kultureinrichtungen erweitert und gestärkt. Die Digitalisierung eröffnet ihnen beispielsweise zusätzliche attraktive Wege zur zielgruppenspezifischen Vermittlung ihrer Angebote. Außerdem werden die Möglichkeiten zur Recherche und Archivierung verbessert und ausgebaut.			
Das Projekt gliedert sich in sechs Teilprojekte			
<ul style="list-style-type: none"> a) Stadtbibliothek: Virtual Reality für die Bremerinnen und Bremer in neuen Digitalen Räumen der Stadtbibliothek; Erfahrungen in neuen Digitalen Räumen/ Niedrigschwellige Angebote/ Digitale Teilhabe/ Technik und Innovationen im sicheren und nicht-kommerziellen Raum ausprobieren/ Vermittlung von Digitalen Kompetenzen b) Übersee-Museum: verbesserte zielgruppenspezifische Vermittlungsarbeit durch WLAN und höhere Anzahl an digitalisierten Objekten, verbesserte Online-Bereitstellung von Objektdaten die auch Kooperation mit/Teilhabe der Herkunftskländer, virtuelle Repatriierung ermöglichen c) Focke-Museum: verbesserte zielgruppenspezifische Vermittlungsarbeit durch WLAN, Online-Bereitstellung inventarisierter Objekte, Digitalisierung des Nachlasses des Bremer Fotografen Hans Saebens d) Staatsarchiv: Verbesserte Verzeichnung und Recherchemöglichkeiten durch Kooperationsprojekt mit Niedersachsen, Online-Beständepräsentation und weiterer Realisierungsschritt hin zum virtuellen Lesesaal, Ausbau der Anzahl digitalisierter Bestände insbesondere von Standesamtsregistern e) Brodepott: Verbesserte Recherchemöglichkeit und Vermittlung von Bild-, Schrift- und Tondokumenten f) Doku Blumenthal: Verbesserte Recherchemöglichkeit und Vermittlung von Bild-, Schrift- und Tondokumenten 			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Installation und Konfiguration ist erfolgt	%	100	
Programm / Produkt (Was wird angeboten?):			
<ul style="list-style-type: none"> a) Stadtbibliothek: sicherer und nicht kommerzieller Raum in der Zentralbibliothek und an drei weiteren Standorten (Vahr, Vegesack und West) sowie gezielte Vermittlungsangebote b) Übersee-Museum: WLAN im Museum, größere Anzahl an digitalisierten Objekten, Ausbau des online Angebotes im Sinne eines E-Museums c) Focke-Museum: WLAN im Museum (gesamte Anlage mit sämtlichen Häusern und 			

- der Parkanlage), Online-Bereitstellung digitalisierter Objekte
- d) Staatsarchiv: Archivinformationssystem "Arcinsys" zur Unterstützung archiver Arbeitprozesse und zur Information der Bürger*innen im Internet, Portal "Arcinsys Niedersachsen-Bremen", digitalisierte Sterbesammelakten und Personenstandsregister
- e) Brodepott: vorhandene Schrift-, Bild und Tonquellen zur Alltagsgeschichte und Stadtentwicklung zu einem größeren Teil in digitaler Form
- f) Doku Blumenthal: vorhandene Schrift-, Bild und Tonquellen zur Alltagsgeschichte und Stadtentwicklung zu einem größeren Teil in digitaler Form

Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Installation und Konfiguration ist erfolgt	%	100	

Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?):

- a) Stadtbibliothek: Einrichtung von festinstallierten und flexiblen Virtual Reality-Stationen, Erwerb von Medien- und Nutzungslizenzen, Planung von Veranstaltungsreihen, Öffentlichkeitsarbeit und Informationsmaterial, Wissenschaftliche Evaluation
- b) Übersee-Museum: Beschaffung und Installation der technischen Ausstattung des WLANs, Digitalisierung von Objekten durch externen Dienstleister (Fotografieren), ggf. Beschaffung eines weiteren Moduls der TMS-Sammlungsdatenbank (E-Museum)
- c) Focke-Museum: Ausstattung des Hauses mit WLAN, Kauf und Installation eines Zusatzmoduls, Vergabe eines Auftrages zur Digitalisierung der Sammlung Saebens an externe Firma
- d) Staatsarchiv: Teilnahme am Arcinsys Verbund, Digitalisierung von Sterbesammelakten sowie Personenstandsregistern durch Dienstleister
- e) Brodepott: Beschaffung von Hard- und Software, Digitalisierung durch Ehrenamt und Aushilfen
- f) Doku Blumenthal: Beschaffung von Hard- und Software, Digitalisierung durch Ehrenamt und Aushilfen

Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Installation und Konfiguration ist erfolgt	%	100	
	1		

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	T€	T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	VZÄ	VZÄ
Konsumtiv	T€	T€	200 T€	T€
Investiv	T€	T€	T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

Beigefügte Unterlagen:

Projektbeschreibung/-auftrag

ja

nein

Zeitplan

ja

nein

WU-Übersicht

ja

nein

Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse

ja

nein

Antrag auf Nachbewilligung

ja

nein

[Klicken Sie hier, um Text einzugeben.](#)

ja

nein

[Klicken Sie hier, um Text einzugeben.](#)

ja

nein

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung
	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel
D 64	Digitaler bürgernaher Informationsservice von Bibliotheken, Museen und Archiven

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes.
<p>Mit dem Projekt werden die digitalen Angebote der Kultureinrichtungen erweitert und gestärkt. Die Digitalisierung eröffnet ihnen beispielsweise zusätzliche attraktive Wege zur zielgruppenspezifischen Vermittlung ihrer Angebote. Außerdem werden die Möglichkeiten zur Recherche und Archivierung verbessert und ausgebaut.</p> <p>Das Projekt gliedert sich in sechs Teilprojekte</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Stadtbibliothek: Virtual Reality für die Bremerinnen und Bremer in neuen Digitalen Räumen der Stadtbibliothek; Erfahrungen in neuen Digitalen Räumen/ Niedrigschwellige Angebote/ Digitale Teilhabe/ Technik und Innovationen im sicheren und nicht-kommerziellen Raum ausprobieren/ Vermittlung von Digitalen Kompetenzen b) Übersee-Museum: verbesserte zielgruppenspezifische Vermittlungsarbeit durch WLAN und höhere Anzahl an digitalisierten Objekten, verbesserte Online-Bereitstellung von Objektdaten die auch Kooperation mit/Teilhabe der Herkunftskländer, virtuelle Repatriierung ermöglichen c) Focke-Museum: verbesserte zielgruppenspezifische Vermittlungsarbeit durch WLAN, Online-Bereitstellung inventarisierte Objekte, Digitalisierung des Nachlasses des Bremer Fotografen Hans Saebens d) Staatsarchiv: Verbesserte Verzeichnung und Recherchemöglichkeiten durch Kooperationsprojekt mit Niedersachsen, Online-Beständepräsentation und weiterer Realisierungsschritt hin zum virtuellen Lesesaal, Ausbau der Anzahl digitalisierter Bestände insbesondere von Standesamtsregistern e) Brodepott: Verbesserte Recherchemöglichkeit und Vermittlung von Bild-, Schrift- und Tondokumenten f) Doku Blumenthal: Verbesserte Recherchemöglichkeit und Vermittlung von Bild-, Schrift- und Tondokumenten

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber

Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 26.06.2018, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Der Senator für Kultur
Projektleitung (falls schon benannt)
Der Senator für Kultur [REDACTED]
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)
a) Staatsarchiv: [REDACTED] b) Stadtbibliothek: [REDACTED] c) Übersee-Museum: [REDACTED] d) Focke Museum: [REDACTED] e) Brodepott: [REDACTED] f) Doku Blumenthal: [REDACTED]

Projektbeginn	24.08.2018
Projektende (geplant)	31.12.2018

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c) einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Mit dem Projekt werden die digitalen Angebote der Kultureinrichtungen erweitert und gestärkt. Die Digitalisierung eröffnet ihnen beispielsweise zusätzliche attraktive Wege zur zielgruppenspezifischen Vermittlung ihrer Angebote. Außerdem werden die Möglichkeiten zur Recherche und Archivierung verbessert und ausgebaut.

Mit sechs Teilprojekten werden im Bereich des Senators für Kultur die digitalen Angebote verbessert.

a) Stadtbibliothek:

Die Herausforderungen an Konzepte der Informations- und Wissensvermittlung in unserer digitalisierten Gesellschaft werden zunehmend größer. Viele Informations- und Wissensressourcen verlagern sich in den digitalen Raum. Augmented (AU) und Virtual Reality (VR) spielen bei der Aneignung digitaler Ressourcen eine entscheidende Rolle, da sie neue (Lern-)Erfahrungen und Anwendungen ermöglichen. VR-Brillen und AU-Geräte sind dabei längst keine Nischenprodukte mehr, die ausschließlich in Hightech-Branchen wie dem Militär oder der Medizin eingesetzt werden, sondern haben über die Gaming-Industrie Einzug in den Alltag gerade junger Menschen gehalten.

Auch in Kultur-Einrichtungen wie z.B. Galerien, Museen und Bibliotheken werden VR- und AU-Techniken inzwischen zur Wissensvermittlung eingesetzt. Hier werden u.a. virtuelle Führungen durch Ausstellungen und Historische (Zeit-)Räume in aufwändigen Pilotprojekten erprobt. Das Eröffnungskonzert der Elbphilharmonie ließ sich z.B. per VR-Brille von Zuhause aus genießen.

b) Übersee-Museum:

Die WLAN-Ausstattung dient als Grundlage und Voraussetzung für digitale Vermittlungsformen zu analogen Objekten in den Ausstellungen und Magazinen. So können zu den Objekten zusätzliche Informationen, differenziert nach den jeweiligen Bedürfnissen der sehr unterschiedlichen Zielgruppen digital zur Verfügung gestellt werden bzw. nicht ausgestellte Objekte der Öffentlichkeit präsentiert werden. Eine fehlende bzw. unzureichende WLAN-Ausstattung behindert eine zielgruppenspezifische Vermittlungsarbeit sowie die Befriedigung von Besucheranforderungen, die andernorts bereits selbstverständlich sind.

Die in der Dauerausstellung präsentierten Objekte sind nicht vollständig bzw. nicht in einer Qualität digitalisiert, um den Anforderungen an die Bereitstellung im Internet gerecht zu werden. Museumsbesucher, Wissenschaftler, Künstler, Interessierte haben Erwartungen an die Fotoqualität, die zum jetzigen Zeitpunkt nicht erreicht wird

c) Focke-Museum:

a) WLAN: Das Focke Museum hat mehrere Herausforderungen im Bereich Digitalisierung und Versorgung mit Netzkapazität. Zwei davon sind:

a. Es existiert kein WLAN im Museum. Weder für interne Prozesse und Mitarbeiter*innen, noch für Besucher*innen und Gäste.

b. Aufgrund baulicher Gegebenheiten und des Parks ist auch das eigene Netz jedes einzelnen Gerätes nicht nutzbar. Im Focke Museum ist man quasi offline.

Zum einen sind die Erwartungen der Besucher*innen und Gäste gestiegen, zum anderen haben sich interne Prozesse durch die technische Entwicklung verändert.

b) Onlinestellung Objekte:

Das Focke Museum hat als Ziel selbst formuliert, ein offenes, für alle zugängliches Haus zu sein. Hierzu gehört inzwischen auch die (teilweise) digitale Sichtbarmachung der inventarisierten Objekte. Dies sollte über die neue Homepage des Hauses angeboten werden können.

c) Digitalisierung Saebens:

1998 kaufte das Focke-Museum aus dem Nachlass ein für die Sammlung relevantes Konvolut von ca. 20.000 Negativen und 5000 Abzügen mit Motiven aus Bremen, Wopswede und Umgebung. Mit dem Kauf erhielt das Museum auch die Reproduktionsrechte. Die Digitalisierung und Erschließung dieses Bestands stellt das Museum seit langem vor große Herausforderungen.

d) Staatsarchiv:

a) Sinnvoll ist eine Kooperation zwischen Niedersachsen und Bremen auf archivischer Ebene. Vorteile für Verzeichnung und Recherche, z.B. verbesserte Recherchemöglichkeiten bei verteilten Beständen (Gemeindeverwaltungen, Amtsgericht, kirchliche Verwaltung) sind zu nutzen. Notwendig sind eine Zusammenarbeit bei anstehenden

archivischen Herausforderungen: z.B. Kopplung AFIS-DIMAG sowie der Unterstützung archivischer Arbeitsprozesse von der Verzeichnung über die Recherche bis zur statistischen Auswertung

- b) Der Auskunftsdienst im Staatsarchiv Bremen wie auch die Nutzer des Staatsarchivs benötigen Zugriff auf die Sterbefallanzeigen der Standesämter. Eine Vorlage der Konvolute im Lesesaal ist nicht möglich, da der Erschließungs- und Erhaltungszustand eine Nutzung durch die Allgemeinheit nicht ermöglicht. Die Mitarbeiterinnen im Auskunftsdienst müssen die Konvolute in den Depoträumen ausheben und benutzen, für den Zugriff auf einzelne Dokumente sind nähere Kenntnisse über den Bestand und seinen Aufbau erforderlich.
- c) Der Auskunftsdienst im Staatsarchiv Bremen wie auch die Nutzer des Staatsarchivs benötigen Zugriff auf die in den Standesamtsregistern enthaltenen Urkunden. Derzeit müssen die vorhandenen Bände bestellt und im Lesesaal vorgelegt werden, die Mitarbeiterinnen im Auskunftsdienst müssen die Bände in den Depoträumen ausheben und benutzen. Genauere Erschließungen anhand der Registerbände selbst können ohne Scans nur schwer von Freiwilligen erarbeitet werden.

e) Brodelpott und f) Doku Blumenthal:

Nur ein geringer Teil der Bild-, Schrift- und Tondokumente liegt in digitaler Form vor.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
<ul style="list-style-type: none"> a) Stadtbibliothek: Virtual Reality für die Bremerinnen und Bremer in neuen Digitalen Räumen der Stadtbibliothek; Erfahrungen in neuen Digitalen Räumen/ Niedrigschwellige Angebote/ Digitale Teilhabe/ Technik und Innovationen im sicheren und nicht-kommerziellen Raum ausprobieren/ Vermittlung von Digitalen Kompetenzen b) Übersee-Museum: verbesserte zielgruppenspezifische Vermittlungsarbeit durch WLAN und höhere Anzahl an digitalisierten Objekten, verbesserte Online-Bereitstellung von Objektdaten die auch Kooperation mit/Teilhabe der Herkunftskländer, virtuelle Repatriierung ermöglichen c) Focke-Museum: verbesserte zielgruppenspezifische Vermittlungsarbeit durch WLAN, Online-Bereitstellung inventarisierter Objekte, Digitalisierung des Nachlasses des Bremer Fotografen Hans Saebens d) Staatsarchiv: Verbesserte Verzeichnung und Recherchemöglichkeiten durch Kooperationsprojekt mit Niedersachsen, Online-Beständepräsentation und weiterer Realisierungsschritt hin zum virtuellen Lesesaal, Ausbau der Anzahl digitalisierter Bestände insbesondere von Standesamtsregistern e) Brodelpott: Verbesserte Recherchemöglichkeit und Vermittlung von Bild-, Schrift- und Tondokumenten f) Doku Blumenthal: Verbesserte Recherchemöglichkeit und Vermittlung von Bild-, Schrift- und Tondokumenten
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
<p>a) Stadtbibliothek: Um eine möglichst nachhaltige und niedrigschwellige Begegnung mit diesen neuen Digitalen Formaten für eine möglichst breite Bevölkerung in Bremen zu ermöglichen, bietet sich die Stadtbibliothek als neutraler und gleichzeitig von allen Bevölkerungs- und Altersgruppen hochfrequenter Ort an. Künftig sollen in der Zentralbibliothek und an drei weiteren Standorten (Vahr, Vegesack und West) alle Menschen digitale Innovationen in einem sicheren und nicht kommerziellen Rahmen ausprobieren können, um eigene Erfahrungen in</p>

digitalen Räumen und an digitalen Innovationen teilzuhaben. Die Aufgabe der Stadtbibliothek besteht dabei zum einen in der Bereitstellung der Technologien für alle Bremerinnen und Bremer und zum anderen in der lektorierten Auswahl der Digitalen Inhalte und Formate. Damit leisten wir nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung von Digitaler Kompetenz – einer Schlüsselqualifikation in der heutigen Zeit sondern erfüllen auch unseren Auftrag, allen Menschen einen freien und niedrigschwelligen Zugang zu Informationen und Wissen zu ermöglichen.

Durch eine begleitenden Evaluation dieses neuen Angebotes in den Bibliotheken sollen Erkenntnisse zur Nutzung und Akzeptanz dieser Technologie bei Bremer BürgerInnen gewonnen werden, die dann künftig auch für die Aufbereitung von digitalen Informationen und Services aus anderen Bereichen der Bremischen Verwaltung transferiert und genutzt werden können. Auf der Basis dieser Erkenntnisse und des Erfahrungsaustauschs mit der Stadtbibliothek können in der Bremischen Verwaltung weitere Anwendungen konzipiert und erprobt werden.

b) Übersee-Museum:

Die Einführung des WLAN erfolgt in mehreren Schritten: Ermittlung des Ist-Zustandes (Messungen im Gebäude), Ermittlung der technischen Anforderungen (Grobplanung), Feinabstimmung mit den Anforderungen des Museums sowie der Beschaffung und Installation der technischen Ausstattung des WLANs. Dieses Vorhaben wird den größten Teil der Ressourcch bedürfen. In Ergänzung sollen die verbleibenen Mittel entweder für die Digitalisierung zusätzlicher Objekte genutzt werden. Digitalisierung bedeutet an dieser Stelle das Fotografieren der Objekte in hochwertiger Qualität, um den Anforderungen einer Onlinestellung gerecht zu werden. Alternativ erfolgt der Einsatz der Mittel für den Ankauf eines Zusatzmoduls der bereits bestehenden TMS-Sammlungsdatenbank. Beides dient dem Weg hin zu einem E-Museum. Das E-Museum bietet die Möglichkeit, Sammlungsobjekte, die sonst nur im Magazin bewahrt werden, einer breiten Öffentlichkeit virtuell zu präsentieren. Für ein international ausgerichtetes großes Museum wie das Übersee-Museum sollte sich vor dem Hintergrund der in der Fachwelt geführten Diskussionen nicht die Frage stellen, ob ein E-Museum notwendig ist, ganz im Gegenteil das ÜM hinkt der Entwicklung hinterher. In der heutigen Zeit gibt es nicht nur physische Besucher, sondern auch virtuelle Besucher. Das E-Museum dient dem Ansehen eines Museums, der Nachfrage nach Leihgaben, dem Besucherinteresse.

c) Focke-Museum:

Grundsätzlich geht es um weitere Öffnung des Focke Museums als modernen Ort für Kunst- und Kulturgeschichte mit einer hohen Aufenthaltsqualität. Das Image des Hauses muss weiter verjüngt werden und Besucher*innen und Gäste sollen einen Einblick in die Sammlung bekommen. Zudem kann mit der Digitalisierung des Saebens Konvoluts ein Meilenstein im Bereich Sammeln und Archivieren gesetzt werden. Zielgruppe aller Bemühungen sind immer Bremerinnen und Bremer, Besucherinnen und Besucher des Hauses, Wissenschaftler weltweit und alle Interessenten. Zukünftig wird durch eine virtuelle Sichtbarmachung der Sammlung eine deutlich größere Zielgruppe angesprochen. So kann online im Unterricht, an der Universität, bei Symposien usw. mit der Sammlung gearbeitet werden. Dies geschieht mit den Maßnahmen Ausstattung des Hauses mit WLAN, Sichtbarmachung (von Teilen) der Sammlung online, professionelle Archivierung der Saebens Sammlung

d) Staatsarchiv

Die Maßnahmen führen vor allem zu einer Verbesserung der Aufgabenwahrnehmung im Bereich Bürgerservice: historisch und familiengeschichtlich interessierte Personen können sich schneller und umfassender im Netz über die Bestände im Staatsarchiv Bremen informieren und diese auch im Kontext der niedersächsischen Überlieferung betrachten. Verwaltungsabläufe werden bürgerfreundlicher und schneller gestaltet: Benutzungsanträge können online gestellt werden, Archivalien teils online benutzt oder online für den Lesesaal vorbestellt werden. Das Staatsarchiv kann auch seine eigenen Aufgaben effizienter wahrnehmen in den Bereichen Records Management, Arbeitsplanung, Magazinverwaltung und Statistik (Controlling). Durch die Beteiligung am Digitalisateserver des NLA besteht eine

kostengünstige Alternative der Datenspeicherung. Das StaB ist zukunftsfähig, was die Benutzung von Unterlagen aus elektronischen Systemen (AFIS-Kopplung zu DAN/DIMAG) und die Einrichtung des virtuellen Lesesaals angeht.

e) Brodepott und f) Doku Blumenthal:

In den zum Großteil ehrenamtlich gestützten Einrichtungen ist die Anschaffung von Hard- und Software für die Digitalisierung notwendig. Aushilfen werden eingesetzt und bieten Unterstützung bei der Digitalisierung.

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
Stadtbibliothek	Umsetzung per 31.12.2018	27,5
Übersee-Museum	Umsetzung per 31.12.2018	25
Focke-Museum	Umsetzung per 31.12.2018	22,5
Staatsarchiv	Umsetzung per 31.12.2018; danach Übergang in den laufenden Betrieb der sukzessive bis 2020 die Angebote ausweitet	20
Brodepott	Umsetzung per 31.12.2018	3,5
Doku Blumenthal	Umsetzung per 31.12.2018	1,5
Aufwand Gesamt:		100

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
Ausstattung	

Sachkosten	
Sonstige	
Stadtbibliothek Einrichtung einer festinstallierten VR-Station an prominenter Stelle in der Zentralbibliothek (z.B. Lesegarten): ca. 8.000,- Euro Einrichtung einer weiteren mobilen VR-Station für den flexiblen Einsatz in zielgruppenspezifischen Bereichen (z.B. Jugendbibliothek, Wall-Saal, Krimibibliothek): ca. 4.000,- Euro Einrichtung von weiteren VR-Räumen in den Zweigstellen West (inkl. Bürgerservice-Center), Vegesack und Vahr: ca. 12.000 Euro (4.000,- Euro/ pro Zweigstelle) Veranstaltungsreihen, Öffentlichkeitsarbeit und Infomaterial: ca. 5.500,- Euro Wissenschaftliche Evaluation über Studierendenprojekte in Kooperation mit Masterstudiengang Medienkultur, Uni Bremen 500,- Euro Erwerb von Content (Medien- und Nutzungslizenzen): 25.000,- Euro	55.000,- Euro
Übersee-Museum: Messung, Verkabelung, Installation von WLAN Access Points ca. 42.000,- Euro Honorarkosten Fotograf/E-Museum Modul/Beratungshonorar (Customizing) 8.000,- Euro	50.000,- Euro
Focke-Museum: Befristete Stundenerhöhung für Umsetzung des Projektes 3.000,- Euro Lizenzkosten: 7.000,- Euro Messung, Verkabelung, Installation von WLAN Access Points 20.000,- Euro Honorarkosten Digitalisierung Sammlung Saebens: 12.000,- Euro Sonstige Kosten: 3.000,- Euro	45.000,- Euro
Staatsarchiv: Beteiligung an den Personalkosten für die IT-Administration, Pflege und Weiterentwicklung von Arcinsys durch das NLA, Standort Hannover sowie anteilige Kosten der Verfahrenspflegestelle Arcinsys in Hessen, 10.000,- Euro Bereitstellung der Systemplattform, technische Installation durch ITN Niedersachsen, 280,- Euro Speicherplatz auf dem Digitalisateserver des NLA; geschätzte Kosten: ca. 350 Euro pro TB jährlich, 4 TB = 1.400,- Euro Konversion der Daten von Augias-Archiv nach Arcinsys, 15.000,- Euro Vergabe eines Auftrages zur Digitalisierung der Registerbände 7.000,- Euro Vergabe eines Auftrages zur Digitalisierung der Sterbesammelakten 6.000,- Euro Sonstiges: 320,- Euro	40.000,- Euro
Brodepott: Beschaffung von Hard- und Software, Aushilfskosten 7.000,- Euro	7.000,- Euro

Doku Blumenthal: Beschaffung von Hard- und Software, Aushilfskosten	3.000,- Euro
---	--------------

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Es erfolgen ein Zwischenbericht zum 15.10.2018 und ein Abschlussbericht zum 31.3.2019

Ansprechpartner/in:

██████████, Senator für Kultur

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Digitaler bürgernahe Informationsservice von Bibliotheken, Museen und Arc in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Stadtbibliothek	55.000			55.000
Übersee-Museum	50.000			50.000
Focke-Museum	45.000			45.000
Staatsarchiv	40.000			
Brodelpott	7.000			7.000
Doku Blumenthal	3.000			3.000
				0
				0
Projektkosten insgesamt	200.000	0	0	200.000
Betriebskosten in €				
Technischer Betrieb				
Betrieb und Lizenzen	0	0		0
Betriebskosten insgesamt	0	0	0	0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Digitaler bürgernahe Informationsservice von Bibliotheken, Museen und Archiven" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	10	100	Zum erfolgreichen Betrieb einer digitalen Verwaltung gehören zwingend technische Verfahren für digitale Angebote.
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	8	80	Im Bereich des Staatsarchivs werden z.B. auf vorhandene Technologien aus Hessen / Niedersachsen zugegriffen und diese wirtschaftlich im Verbund realisiert.
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	5	50	Die teilweise bestehende Herstellerabhängigkeit wird akzeptiert.
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	8	120	Die Lösungen in den einzelnen Teilprojekten erhöht die Qualität in unterschiedlichen Bereichen.
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	8	120	Aufwendige persönliche Recherchen entfallen.
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	6	30	Es werden einrichtungskonforme Lösungen genutzt.
7 Imageverbesserung	5	5	25	Durch die Bereitstellung von WLAN in Museen verbessert sich das Image bzw. verschlechtert sich nicht aufgrund eines Fehlens.
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	8	120	Datenbanken ermöglichen schnellere Zugriffe bei Forschungsvorhaben etc.
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	8	80	Dokumentmöglichkeiten werden erweitert.
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	8	40	Durch die Teilprojekte werden die Erweiterungen ermöglicht.
Insgesamt	100	74	765	
Ergebnis WiBe Q			77	
Externe Effekte				
A. Wer sind meine Kunden?				
B. Was wollen meine Kunden?				
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	8	80	Es besteht in allen Teilprojekten ein hoher Bedarf an digitalen Angeboten.
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	8	80	Der einheitliche Zugang wird einrichtungsspezifisch ermöglicht.
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	5	25	
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	8	40	Neben Vor-Ort-Nutzung erfolgend auch online Angebote
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	8	80	ist durch Online Angebote gegeben
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	8	200	Reduzierte Wartezeiten z.B. bei Recherchen zu Standesamtsregistern
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	7	70	Schnellere Abstimmung z.B. mit Leihgebern in Museen oder Forschungsverbänden
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	8	80	Schnellere Weiterverarbeitung der bereitgestellten Informationen möglich
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	9	45	Ist bei allen Teilprojekten gegeben, z.B. durch die Virtuellen Räume der Stadtbibliothek
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	8	80	Alle Teilprojekten sind organisch weiterzuentwickeln
Insgesamt	100	77	780	
Ergebnis WiBe E			78	

=> IT-Maßnahme kann/ kann nicht durchgeführt werden

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Stand: 17.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

D64 Digitaler bürgernaher Informationsservice von Bibliotheken, Museen und Archiven

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): ein Jahr Unterstellter Kalkulationszinssatz: 0

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Durchführung von sechs Teilprojekten innerhalb des Kulturbereichs zur Weiterentwicklung des digitalen bürgernahen Informationsservices von Bibliotheken, Museen und Archiven	1
2	Verzicht auf die Maßnahmen	2
n		

Ergebnis

Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 77 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 78 gemäß WiBe 5.0 (Beide > 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).

Weitergehende Erläuterungen

--

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2019	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Durchführung der Teilprojekte	Anzahl	6
2			
3			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen
Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

A

Der Senator für Kultur

Bremen, 17.Mai 2018

 öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) 2018****Produktgruppe: 96.01.01** 22.99.01, 22.99.04, 22.99.05, 22.01.01**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	3289.686 45-1	250		Zuweisung für Projekt D64 a) digitaler bürgernaher Informationsservice der Stadtbibliothek-Handlungsfeld Digitalisierung	55.000 €
X	3289.686 13-3	250		Zuschuss für Projekt D64 b) digitaler bürgernaher Informationsservice des Übersee-Museum - Handlungsfeld Digitalisierung	50.000 €
X	3289.686 23-0	250		Zuschuss für Projekt D64 c) digitaler bürgernaher Informationsservice beim Focke-Museum - Handlungsfeld Digitalisierung	45.000 €
X	0950.532 97-1	950	250	Sachausgaben für Projekt D64d) digitaler bürgernaher Informationsservice des Staatsarchivs-Handlungsfeld Digitalisierung	40.000 €
X	3288.686 37-0	250		Zuschuss für Projekt D64 e) digitaler bürgernaher Informationsservice beim Brodepott - Handlungsfeld Digitalisierung	7.000 €
X	3288.686 38-9	250		Zuschuss für Projekt D64 f) digitaler bürgernaher Informationsservice beim Doku Blumenthal-Handlungsfeld Digitalisierung	3.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	40.000,00
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	160.000,00

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A

Sonstige Anmerkungen: Kurzbeschreibung der Maßnahme

Mit dem Projekt "Digitaler bürgernaher Informationsservice von Bibliotheken, Museen und Archiven" werden die digitalen Angebote der Kultureinrichtungen erweitert und gestärkt. Die Digitalisierung eröffnet ihnen beispielsweise zusätzliche attraktive Wege zur zielgruppenspezifischen Vermittlung ihrer Angebote. Außerdem werden die Möglichkeiten zur Recherche und Archivierung verbessert und ausgebaut.

Das Projekt gliedert sich in sechs Teilprojekte

- a) Stadtbibliothek: Virtual Reality für die Bremerinnen und Bremer in neuen Digitalen Räumen der Stadtbibliothek; Erfahrungen in neuen Digitalen Räumen/ Niedrigschwellige Angebote/ Digitale Teilhabe/ Technik und Innovationen im sicheren und nicht-kommerziellen Raum ausprobieren/ Vermittlung von Digitalen Kompetenzen
55.000 €
- b) Übersee-Museum: verbesserte zielgruppenspezifische Vermittlungsarbeit durch WLAN und höhere Anzahl an digitalisierten Objekten, verbesserte Online-Bereitstellung von Objektdaten die auch Kooperation mit/Teilhabe der Herkunftsländer, virtuelle Repatriierung ermöglichen
50.000 €
- c) Focke-Museum: verbesserte zielgruppenspezifische Vermittlungsarbeit durch WLAN, Online-Bereitstellung inventarisierter Objekte, Digitalisierung des Nachlasses des Bremer Fotografen Hans Saebens
45.000 €
- d) Staatsarchiv: Verbesserte Verzeichnung und Recherchemöglichkeiten durch Kooperationsprojekt mit Niedersachsen, Online-Beständepräsentation und weiterer Realisierungsschritt hin zum virtuellen Lesesaal, Ausbau der Anzahl digitalisierter Bestände insbesondere von Standesamtsregistern
40.000 €
- e) Brodepott: Verbesserte Recherchemöglichkeit und Vermittlung von Bild-, Schrift- und Tondokumenten
7.000 €
- f) Doku Blumenthal: Verbesserte Recherchemöglichkeit und Vermittlung von Bild-, Schrift- und Tondokumenten
3.000 €

Die Kosten berücksichtigen dabei bereits Vorteile aufgrund einer länderübergreifenden Kooperation mit Niedersachsen bzw. geringeren Verbundkosten mit Hessen im Bereich des Staatsarchivs.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist

beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Der Senat hat in seiner Sitzung am 12. September 2017 zur Haushaltsaufstellung 2018/19 u. a. auch Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitalisierung und Bürgerservice beschlossen. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat am 26. Januar 2018 (nach Beschluss der Bremischen Bürgerschaft zum Doppelhaushalt 2018/19) nach Vorlage der entsprechenden Projektunterlagen im Vollzug 2018 die Auflösung der Schwerpunktmitel und Verteilung und Zuordnung der Globalmittel auf die Einzelmaßnahmen im Rahmen der Handlungsfelder Digitalisierung und Bürgerservice beschlossen.

Durch entstehende Reste bei Projekten können zusätzliche Maßnahmen realisiert werden.

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, nicht erforderlich

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Digitalisierung im Jugendamt: Online-Erziehungsberatung und elektronische Teamassistenz		Lfd. Nr. D 65 der Liste	
Zielgruppe: Eltern, Jugendliche und Kinder als Adressat*innen der Erziehungsberatung des Jugendamts			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Sicherstellung der Beratungskapazitäten, Durchführung von Online-Beratung			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Durchführung von Online-Erziehungsberatung	Tage	30	200
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): s.o.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
s.o.			
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Beitritt zur Plattform, Schulung, Teilnahme am Online-Beratungsangebot, Auswahl und Einführung der elektronischen Team-Assistenz			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Schulung für Online-Beratung	Tage	5	0
Einführung der Online-Teamassistenz	Prozent	80 %	20 %

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	22 T€	65 T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	1,00 VZÄ	1,00 VZÄ
Konsumtiv	T€	T€	21 T€	37 T€
Investiv	T€	T€	0 T€	0 T€

Bremerhaven	T€	T€	T€	T€
-------------	----	----	----	----

Beigefügte Unterlagen:

Projektbeschreibung/-auftrag

 ja nein

Zeitplan

 ja nein

WU-Übersicht

 ja nein

Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse

 ja nein

Antrag auf Nachbewilligung

 ja nein

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

 ja nein

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

 ja nein

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung
	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel
D65	Digitalisierung im Jugendamt: Online-Erziehungsberatung und elektronische Teamassistenz

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes.
Im Zuge der Digitalisierung gewinnen neue Zugangswege auch für die Arbeit von Erziehungsberatungsstellen an Bedeutung. Das Amt für Soziale Dienste schafft mit der Online-Beratung einen schnellen und niedrighschwelligigen Zugang zu qualifizierten Beratungsangeboten des Jugendamtes. Ergänzend hierzu sollen Dokumentation, Auswertung und Analyse der Beratungsarbeit künftig softwaregestützt erfolgen.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport
Projektleitung (falls schon benannt)
Referat 400-12, Amt für Soziale Dienste n.n.
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)
entfällt

Projektbeginn	01.09.2018
Projektende (geplant)	31.12.2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c) einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Die Bremer Erziehungsberatungsstellen weisen bundesweit die geringste Personalausstattung auf. Gleichzeitig stellen die Erziehungsberatungsstellen steigende Beratungsbedarfe fest. Zudem kann rechtzeitige Beratung schnellere Problemlösungen herbeiführen und damit beispielsweise der späteren Inanspruchnahme kostenintensiver Hilfen zur Erziehung entgegenwirken. Vor diesem Hintergrund gewinnen bundesweit Angebote zur Online-Beratung an Bedeutung.

Die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke e.V.) bietet auf den Webseiten bke-jugendberatung.de und bke-elternberatung.de den Zugang zu Beratungsleistungen an. Die Beratungsleistung wird in Kooperation mit Beraterinnen und Beratern der örtlichen Erziehungs- und Familienberatungsstellen erbracht. Die Beratungsstellen delegieren Fachkräfte für ein definiertes Stundenkontingent pro Woche für die Mitarbeit bei der bke-Onlineberatung. Die beteiligten Beraterinnen und Berater verfügen über fundierte fachliche Qualifikationen. Sie weisen ein abgeschlossenes psychosoziales Studium, eine therapeutische Ausbildung sowie eine mehrjährige Berufserfahrung im Feld der Erziehungsberatung auf. Jugendliche im Alter von 14 bis 21 Jahren sowie Eltern von Kindern bis zum 21. Lebensjahr können sich Rat und Hilfe zu allen Fragen der eigenen Entwicklung und Fragen der Erziehung holen. Dabei haben sie die Wahl zwischen den Angebotsformen Mailberatung (webbasiert), Einzelchats, Gruppen- und Themenchats sowie verschiedenen Themenforen. Die Beratung erfolgt anonym und kostenfrei und bietet bestmöglichen Datenschutz.

Die Jugendämter müssen somit keine eigenen Plattformen aufbauen oder betreiben. Bremen hat sich bisher ressourcenbedingt nicht an der Onlineberatung beteiligen können. Mit dem hier beantragten Projekt tritt das Bremer Jugendamt dem Verbund bei, erbringt Beratungsleistungen auf den Plattformen und bietet Bremer Jugendlichen und ihren Eltern auf diese Weise einen neuen Weg, um sich bei auftretenden Problemen schnell und kompetent beraten zu lassen. Über den Online-Zugang können Wartezeiten für die ratsuchenden Bürgerinnen und Bürger vermieden bzw. reduziert werden, da mit der Online-Kommunikation der Beratungsbedarf eingegrenzt und kanalisiert werden kann.

Mit der Beteiligung am Online-Beratungsangebot wird ein überfälliger Schritt zur Digitalisierung im Jugendamt vollzogen, der zudem das Spektrum der von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport verfolgten Digitalisierungsstrategie auf das Feld der nicht strukturierten und hochgradig individuellen Bürgerdienste ausdehnt.

Ergänzend hierzu sollen die Fachkräfte in der Erziehungsberatung von internen administrativen Tätigkeiten entlastet werden. Beispielhaft zu nennen sind Anmeldungen zu Beratungen, Erstellen von Statistikmeldungen und Tätigkeitsberichten, Ablage von Dokumenten etc. Hierzu soll nach dem Vorbild anderer Erziehungsberatungen ein Programm zur elektronischen Teamassistenz in diesem Bereich, z.B. der „EFB-Assistent“ (www.efbassistent.de), zum Einsatz kommen.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
<p>Projektziel 1: Verbesserung des Zugangs zu den Leistungen der Erziehungsberatung des Jugendamtes (= funktionierender Service im Bereich der Bürgerdienste)</p> <p>Projektziel 2 (optional): Erweiterung des bestehenden Angebots auf den digitalen Distributionsweg (= optimale Nutzung bestehender Kapazitäten)</p> <p>Projektziel 3 (optional): Sicherstellung der Beratungskapazitäten durch Entlastung von internen administrativen Tätigkeiten (= funktionierender Service im Bereich der Bürgerdienste)</p>
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
<p>Maßnahmen zum Projektziel 1: Beitritt zum und Mitwirkung am Online-Beratungsangebot der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung, das nachfolgend vom Bremer Jugendamt offensiv bekannt gemacht wird.</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 2: Delegation von Fachkräften, um die online nachgefragten Beratungsleistungen zu erbringen.</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 3: Beschaffung und Einsatz einer Software für die elektronische Teamassistenz.</p>

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Es wird keine eigene Plattform aufgebaut und auch kein eigenständiges Beratungsangebot entwickelt und betrieben. Die bestehende Struktur der Erziehungsberatung wird nicht verändert.

Es wird keine eigene Software für die Teamassistenz entwickelt.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
	M 1 Start des Projektes am 01.09.2018	
Fortbildung (einwöchig, 8.-12.10.2018)	M 2 Fortbildung absolviert	3%
Beteiligung an der Online-Beratung	M 3 Einbindung des Bremer Jugendamtes in das Online-Beratungsangebot	65%
Kollegiales Mentoring	M 4 Inanspruchnahme des kollegialen Mentorats	2%
Auswahl, Beschaffung und Einsatz der elektronischen Teamassistenten	M 5 System wird produktiv genutzt	25%
Konzeptentwicklung zur Verstetigung	M 6 Entscheidung über Verstetigung und ggf. Maßnahmen zur Verstetigung des Online-Beratungsangebots	5%
	M 7 Ende des Projektes am 31.12.2019	
Aufwand Gesamt:		100%

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
1 BV für die Laufzeit von 16 Monaten zur Einführung und Durchführung der Online-Beratung	87.000 €
Ausstattung	
1 Standard PC-Platz zur Nutzung durch die jeweils in die Online-Beratung eingebundene Fachkraft für die Laufzeit von 16 Monaten (dieser Platz ist <u>zusätzlich</u> zur regulären Arbeitsplatz-Ausstattung erforderlich)	2.359 €
Online-Teamassistent (kalkuliert am Beispiel des Produkts „EFB-Assistent“):	
- erstmalige Beschaffung	17.850 €
- lfd. Kosten (2.000 € zzgl. Mwst. p.a.) ab 1.1.19	2.380 €
- Betrieb bei Dataport (20.000 € p.a.) ab 1.1.19	20.000 €
Sachkosten	
Entwurf und Druck von Informationsmaterialien (Flyer, Broschüre, Aufkleber o.Ä.)	15.000 €
Sonstige	

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

Mit der Beteiligung am Online-Beratungsangebot bietet auch die Freie Hansestadt Bremen ihren Bürgerinnen und Bürgern einen zeitgemäßen, niedrighschwelligen und komfortablen Zugang zu den Angeboten der Erziehungsberatung. Gleichzeitig können auf diesem Weg Wartezeiten vermieden oder zumindest begrenzt werden, da die Online-Beratung das persönliche Erscheinen ggf. ersetzen oder die Inanspruchnahme weiterer Dienste zumindest vorbereiten und kanalisieren kann.

Die Erziehungsberatungsstellen stellen steigende Beratungsbedarfe fest, die in der derzeitigen Struktur gegenwärtig nicht bedient werden können. In der Folge haben sich Wartelisten gebildet und die Bürgerinnen und Bürger müssen teilweise längere Zeit auf freie Beratungskapazitäten warten.

Mit dem Online-Beratungsangebot und der parallel verfolgten Einführung der elektronischen Teamassistenz wird die optimale Nutzung der vorhandenen Beratungskapazitäten sichergestellt. Alternativ wäre zur Deckung des Bedarfs ein deutlich höherer Personalbedarf erforderlich.

Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Das Projekt ist eingebunden in die Struktur des Programms „Soziales 2025“, mit dem die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport die in ihrem Zuständigkeitsbereich durchgeführten Projekte im Handlungsfeld Digitalisierung und Bürgerservice koordiniert. Das Projekt berichtet dem Lenkungsausschuss „Soziales 2025“ sowie bedarfsweise weiteren Gremien, etwa im Rahmen der Mitbestimmung oder den für das Management der Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld Digitalisierung und Bürgerservice eingesetzten Stellen.

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

_____ Amt für Soziale Dienste, _____

_____, Amt für Soziale Dienste, _____

_____ Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, _____

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Elektronische Vorgangsbearbeitung für schnelleren Kundenservice" 1) in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Refinanzierung Personalmehrbedarfe	22.000	65.000		0
Projektbegleitung		15.000		0
Informationsmaterialien				0
Technische Realisierung	21.000	22.000		0
Beratungsleistungen von externen (über Dataport-Rahmenvertrag)				0
Projektkosten insgesamt	43.000	102.000	0	145.000
Betriebskosten				in €
Technischer Betrieb				
Betrieb und Lizenzen	0	0		0
Betriebskosten insgesamt	0	0	0	0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Elektronische Vorgangsbearbeitung für schnelleren Kundenservice" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	2	20	vgl. Projektskizze zu D65
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	2	20	vgl. Projektskizze zu D65
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	5	50	vgl. Projektskizze zu D65
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	9	135	vgl. Projektskizze zu D65
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	9	135	vgl. Projektskizze zu D65
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	5	25	vgl. Projektskizze zu D65
7 Imageverbesserung	5	9	45	vgl. Projektskizze zu D65
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	5	75	vgl. Projektskizze zu D65
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	7	70	vgl. Projektskizze zu D65
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	8	40	vgl. Projektskizze zu D65
Insgesamt	100	61	615	
Ergebnis WiBe Q			62	
Externe Effekte				
A. Wer sind meine Kunden?				
B. Was wollen meine Kunden?				
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	8	80	vgl. Projektskizze zu D65
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	8	80	vgl. Projektskizze zu D65
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	8	40	vgl. Projektskizze zu D65
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	8	40	vgl. Projektskizze zu D65
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	3	30	vgl. Projektskizze zu D65
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	6	150	vgl. Projektskizze zu D65
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	6	60	vgl. Projektskizze zu D65
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	8	80	vgl. Projektskizze zu D65
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	9	45	vgl. Projektskizze zu D65
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	2	20	vgl. Projektskizze zu D65
Insgesamt	100	66	625	
Ergebnis WiBe E			63	

=> IT-Maßnahme kann/ kann nicht durchgeführt werden

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Stand: 17.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

D65: Digitalisierung im Jugendamt: Online-Erziehungsberatung und elektronische Teamassistenz

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung :

Betrachtungszeitraum (Jahre):

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Durchführung von Online-Erziehungsberatungen	1
2	Beibehaltung des Status Quo	2
n		

Ergebnis

Die Online-Beratung stellt eine Erleichterung für die Bürger und Bürgerinnen dar, außerdem sind wir nach OZG verpflichtet unsere Dienstleistungen Online anzubieten. Ergebnis der WiBe Q und E hat eine Punktzahl von > 50 ergeben, damit ist die Maßnahme durchführbar.

Weitergehende Erläuterungen

--

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.12.2020	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Schulung für die Durchführung der Online-Beratung	Tage	5
2	Einführung der Online Teamassistenz	Prozent	100 %
3			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen
 Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

 Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

A

SJFIS

Bremen, 04.Jun 2018

 öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018****Produktgruppe:** 41.90.04 96.02.01**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	3496.422 85-	490	925	Bezüge planmäßiger Beamter Projekt D65 - Online-Erziehungsberatung - TPM	22.000 €
X	3496.428 85-	400	925	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Projekt D65 - Online Erziehungsberatung - TPM	
X	3950.511 00-	950	900	Sachausgaben für das Projekt D65 - Online Erziehungsberatung - Handlungsfeld Digitalisierung	21.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	43.000,00

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl				
PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung
41.90.04	TPM	1.9.2018 -31.12.2019	+1	1

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen				
PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A

**Sonstige Anmerkungen:
Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Im Zuge der Digitalisierung gewinnen neue Zugangswege auch für die Arbeit von Erziehungsberatungsstellen an Bedeutung. Das Amt für Soziale Dienste schafft mit der Online-Beratung einen schnellen und niedrighschwelligigen Zugang zu qualifizierten Beratungsangeboten des Jugendamtes. Ergänzend hierzu sollen Dokumentation, Auswertung und Analyse der Beratungsarbeit künftig softwaregestützt erfolgen.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im PPL 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 (2) LHO werden die Mittel nunmehr auf die Personalhaushaltsstelle und die Sachausgaben des Ressorts SJFIS verlagert.

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, nicht erforderlich

/ Dep. f. Soziales, Jugend u. Integration

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Digitalisierung in der Betreuungsbehörde: datenbankgestütztes Fallmanagement und Controlling		Lfd. Nr. D66 der Liste	
Zielgruppe: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Betreuungsbehörde, betreuende und betreute Personen			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): IT-Unterstützung für Fallmanagement und Controlling in der Betreuungsbehörde			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Verfügbarkeit der Fachsoftware	Prozent	30 %	100 %
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): s.o.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
s.o.			
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Anforderungsdefinition, Auftragsvergabe, Programmierung, Test, Abnahme und Inbetriebnahme des Systems			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Vorliegen einer Anforderungsdefinition	Prozent	100 %	
Durchführung eines Anwendungstests	Menge	0	100 %

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	T€	T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	VZÄ	VZÄ

Konsumtiv	T€	T€	T€	37	T€
Investiv	T€	T€	42	T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€	T€

Beigefügte Unterlagen:

- | | | |
|---|--|-------------------------------|
| Projektbeschreibung/-auftrag | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Zeitplan | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| WU-Übersicht | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Antrag auf Nachbewilligung | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitel / Bezeichnung
	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel
D66	Digitalisierung in der Betreuungsbehörde: datenbankgestütztes Fallmanagement

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes.
Um ihre Aufgaben bürgernah, zeitsparend, rationell und entsprechend den neuen Datenschutzanforderungen umzusetzen, sollen in der Betreuungsbehörde Fallmanagement und Controlling technisch unterstützt werden.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport
Projektleitung (falls schon benannt)
██████████ Amt für Soziale Dienste ██████████
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)
entfällt

Projektbeginn	01.09.2018
Projektende (geplant)	31.12.2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c) einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Bürgerinnen und Bürger, die durch gesundheitliche Defizite nicht alle persönlichen Angelegenheiten selbst regeln können, können rechtliche Betreuung in Anspruch nehmen. Über die Bestellung eines Betreuers wird die Rechtssicherheit aus Sicht der Betroffenen gewährleistet. Die Betreuungsbehörde (BtB) erstellt u.a. Sachverhaltsaufklärungen als Grundlage für die richterliche Entscheidung und berät und unterstützt ehrenamtliche Betreuer und Bevollmächtigte bei der Umsetzung ihrer verantwortungsvollen Aufgaben. Die Unterstützung der Betreuungsgerichte, die Betreuungsgerichtshilfe, bildet einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt der Betreuungsbehörde. Digitalisierung in der BtB betrifft nicht nur das Controlling, sondern auch die Unterstützungs- und Fortbildungsangebote für ehrenamtliche Betreuer und Bevollmächtigte.

Um diese Aufgaben bürgernah, zeitsparend, rationell und entsprechend den neuen Datenschutzanforderungen umsetzen zu können, benötigt die Betreuungsbehörde ein IT-System, das eine bürger- und netzwerknahe Digitalisierung der BtB ermöglicht. Das System muss folgende Leistungsmerkmale abdecken:

- Beschlusserfassung für die Steuerungsaufgaben der Betreuungsbehörde;
- Verwaltung/Management der Falleingänge insgesamt;
- Verwaltung/Management der Falleingänge, der an die Kliniken, Behandlungszentren und Drogenhilfe delegierten Sachverhaltsaufklärungen;
- Erstellen von Sachverhaltsaufklärungen und Stellungnahmen für die Betreuungsgerichte. Mit der zukünftigen Zielsetzung der Vernetzung zwischen Amtsgerichten und Betreuungsbehörde;
- über die Schriftgutherstellung durch Verwendung unterschiedlicher verwaltungsbezogener Serienbriefvorlagen wird die Versendung der Briefe der Senatorin an die ehrenamtlichen Betreuer und Berufsbetreuer (§ 10 VGVB) organisiert;
- die Verwaltung elektronischer Akten, ggf. in Verbindung mit VIS;
- die aktenunabhängige Verwaltung der rechtlichen Betreuer (Berufsbetreuer und ehrenamtliche Betreuer);
- die statistische Auswertungsmöglichkeit mit vorgefertigten Abfragen (z.B. Landesstatistiken, Bundesstatistik) sowie die variable Gestaltung von Auswertung;
- Abrechnung und Verwaltung der Beglaubigungsgebühren von Vorsorgevollmachten mit der Überprüfung der Beglaubigungsbelege und entsprechender Abrechnung mit der Landeshauptkasse;
- Controlling für das Projekt der Ressorts Justiz und Soziales „Ehrensache: rechtliche Betreuung“.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
<p>Projektziel 1: Verbesserung der Leistungserbringung in der Betreuungsbehörde (= funktionierender Service im Bereich der Bürgerdienste und Verbesserung der internen Abläufe)</p> <p>Projektziel 2 (optional): Verbesserte Auskunftsfähigkeit gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, Betreuerinnen und Betreuer (= funktionierender Service im Bereich der Bürgerdienste und Verbesserung der internen Abläufe)</p> <p>Projektziel 3 (optional): Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit ohne Personalmehrbedarf (= optimale Nutzung bestehender Kapazitäten)</p>
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
<p>Maßnahmen zum Projektziel 1: Die oben beschriebenen Leistungsmerkmale des IT-Systems für die Betreuungsbehörde verbessern Datenhaltung und -qualität. Damit wird die Voraussetzung geschaffen, die Funktionsfähigkeit der internen Abläufe zu gewährleisten und die Effizienz in der Leistungserbringung zu erhöhen.</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 2: Es wird ein einheitlicher, gemeinsam aktuell gehaltener Datenbestand aufgebaut. Hierdurch wird es ermöglicht, im Kontakt mit Externen schneller und verlässlicher auf die erforderlichen Daten zuzugreifen.</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 3: Die Nutzung des Systems verringert den Aufwand für Recherchen, Aktenanlage etc. Dies ist ein notwendiger Schritt, um den steigenden Arbeitsanforderungen nachkommen zu können.</p>

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Mit dem Projekt ist kein Prozess der Organisationsentwicklung in der Betreuungsbehörde verbunden.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
	M 1 Start des Projektes am 01.09.2018	
Anforderungsdefinition für das IT-System in der BtB	M 2 Anforderungen liegen vor	25%
Auftragsvergabe für die Programmierung	M 3 Auftrag für die Programmierung ist vergeben	5%
Programmierung des Systems	M 4 System steht zum Test zur Verfügung	40%
Test des Systems, ggf. Nachbesserungen und erneute Tests	M 5 Testergebnisse liegen vor	25%
Abnahme des Systems	M 6 System ist abgenommen und wird produktiv genutzt	5%
	M 7 Ende des Projektes am 31.12.2019	
Aufwand Gesamt:		100%

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
Ausstattung	
- Erstmalige Beschaffung der Fachsoftware	41.650 €
- lfd. Kosten für Wartung (5.000 € zzgl. MwSt. p.a.) für 16 Monate	2.975 €
- Betrieb bei Dataport (25.000 € p.a.) für 16 Monate	33.334 €
Sachkosten	
Sonstige	

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Elektronische Vorgangsbearbeitung für schnelleren Kundenservice" 1) in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Refinanzierung Personalmehrbedarfe				0
				0
				0
Technische Realisierung	42.000			0
Beratungsleistungen von externen (über Dataport-Rahmenvertrag)				0
				0
Projektkosten insgesamt	42.000	0	0	42.000
Betriebskosten in €				
Technischer Betrieb		37.000		
Betrieb und Lizenzen	0	0		0
Betriebskosten insgesamt	0	37.000	0	0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Elektronische Vorgangsbearbeitung für schnelleren Kundenservice" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	7	70	
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	2	20	
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	5	50	
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	9	135	
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	9	135	
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	9	45	
7 Imageverbesserung	5	9	45	
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	4	60	
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	7	70	
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	7	35	
Insgesamt	100	68	665	
Ergebnis WiBe Q			67	
Externe Effekte				
A. Wer sind meine Kunden?				
B. Was wollen meine Kunden?				
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	8	80	
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	0	0	
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	0	0	
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	0	0	
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	9	90	
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	0	0	
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	5	50	
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	9	90	
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	9	45	
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	1	10	
Insgesamt	100	41	365	
Ergebnis WiBe E			37	

=> IT-Maßnahme kann/ kann nicht durchgeführt werden

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Stand: 17.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Digitalisierung in der Betreuungsbehörde: datenbankgestütztes Fallmanagement und Controlling

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung :

Betrachtungszeitraum (Jahre):

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1		1
2		2
n		

Ergebnis

Weitergehende Erläuterungen

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.12.2019	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1			
2			
3			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen
Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

Es handelt sich um eine Maßnahme zur Optimierung von Arbeitsabläufen und Arbeitsfähigkeit in der Betreuungs-
behörde. Ziel ist vorrangig eine Verbesserung der Qualität des Bürgerservice. Ohne die technische Unterstützung
wird allerdings mittelfristig mit höherem Personalbedarf zu rechnen sein, der zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber
noch nicht quantifiziert werden kann. Die Bewertung der qualitativen Kriterien ist der beigefügten WiBe zu ent-
nehmen.

A

SJFIS

Bremen, 04.Jun 2018

 öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018****Produktgruppe:** 96.02.01**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	3950.812 00-	950	900	Investitionsausgaben für das Projekt D66 - Datenbankgestütztes Fallmanagement - Handlungsfeld Digitalisierung	42.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	42.000,00

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A

**Sonstige Anmerkungen:
Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Digitalisierung in der Betreuungsbehörde: datenbankgestütztes Fallmanagement
Um ihre Aufgaben bürgernah, zeitsparend, rationell und entsprechend den neuen Datenschutzanforderungen umzusetzen, sollen in der Betreuungsbehörde Fallmanagement und Controlling technisch unterstützt werden.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im PPL 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 (2) LHO werden die Mittel nunmehr auf die investive Haushaltsstelle und die Sachausgaben des Ressorts SJFIS verlagert.

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, nicht erforderlich

/ Dep. f. Soziales, Jugend u. Integration

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Mehrdimensionales Feedback-System „Bürgerservice Jugendamt Bremen“		Lfd. Nr. D 67 der Liste	
Zielgruppe: Beteiligte/betroffene Personen (Eltern, Jugendliche, Kinder) und Institutionen (KiTas, Schulen...), durchführende (z.B. Fachkräfte der freien Träger) und beauftragende (Casemanager) Personen			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Entwicklung und Erprobung eines einheitlichen Feedback-Systems			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Testdurchläufe mit auswertbarem Ergebnis	Menge	0	1
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): s.o.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Verfügbarkeit eines Feedback-Systems	Menge	0	1
Vorliegen eines Anforderungsprofils für die DB	Menge	0	1
Verfügbarkeit einer Auswertungsdatenbank	Menge	0	1
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Leitfragen, Clustern der Maßnahmentypen, Entwicklung und Test des Instruments, Entwicklung einer Auswertungsdatenbank, Verstärkung			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Operationalisierte Kriterienbereiche	Menge	1	6
Durchführung von Pretests	Menge	0	1

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	5 T€	16 T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	0,25 VZÄ	0,25 VZÄ

Konsumtiv	T€	T€	16	T€	16	T€
Investiv	T€	T€		T€	35	T€
Bremerhaven	T€	T€		T€		T€

Beigefügte Unterlagen:

Projektbeschreibung/-auftrag

 ja nein

Zeitplan

 ja nein

WU-Übersicht

 ja nein

Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse

 ja nein

Antrag auf Nachbewilligung

 ja nein

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

 ja nein

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

 ja nein

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung
	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel
D67	Mehrdimensionales Feedback-System „Bürgerservice Jugendamt Bremen“ (BJB)

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes.
Das Jugendamt ist Anbieter einer Vielzahl von bürgerorientierten Leistungen, größtenteils orientiert am Einzelfall, aber auch Gruppenangebote mit häufig präventivem Charakter. Um die Wirksamkeit dieser Maßnahmen – und damit des vom Jugendamt verantworteten Bürgerservice – systematisch zu erheben und zu verbessern, wird ein einheitliches Feedback-System entwickelt und erprobt

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport
Projektleitung (falls schon benannt)
N.N., Amt für Soziale Dienste
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)
entfällt

Projektbeginn	01.09.2018
Projektende (geplant)	31.12.2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c) einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Das Jugendamt führt eine Vielzahl durch das Casemanagement initiiert Maßnahmen durch. Des Weiteren bieten die Häuser der Familie und die Erziehungsberatungsstellen Einzel- und Gruppenangebote an oder führen sie selbst durch. Im Sozialraum werden von den Stadtteilteams initiierte präventive Mikroprojekte durchgeführt. Diese Maßnahmen und Angebote binden erhebliche Haushaltsmittel und entfalten große Außenwirkung.

Vor diesem Hintergrund soll das mehrdimensionale Feedbacksystem „Bürgerservice Jugendamt Bremen“ (BJB) entwickelt werden, das folgende Perspektiven erfasst:

1. Direkte Beteiligte / Betroffene (Eltern, Kind, Jugendlicher)
2. Indirekt Beteiligte / Betroffene (z.B. KiTa, Schule)
3. Durchführende (Fachkräfte der freien Träger, Semiprofessionelle)
4. Beauftragende (Casemanager*innen)

Der Erfolg einer Maßnahme wird aus diesen unterschiedlichen Perspektiven, aber anhand einheitlicher Kriterien beurteilt. Alle Beurteilungsdimensionen zusammen ergeben die Gesamtbeurteilung der Maßnahme.

Hierzu wird ein Erhebungssystem entwickelt, das folgende Kategorien vorsieht:

1. Beteiligung des / der Betroffenen
2. Ziele und Zielerreichung
3. Qualität der Durchführung
4. Potenzial- und Ressourcenaufbau bei den Beteiligten
5. Veränderung / Wirkung
6. Erreichung formal nachprüfbarer Ziele

Das Feedback-System BJB bringt Beurteilungsdimensionen und Kriterienbereiche zusammen. Weiterhin sollen in der Anwendungsphase Daten für eine auf den Ergebnissen aufsetzende Wirkungsforschung gesammelt werden (nicht Teil des hier beantragten Projektes).

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
<p>Projektziel 1: Systematische Überprüfung und Verbesserung der Einzel- und Gruppenangebote des Jugendamts (= funktionierender Service im Bereich der Bürgerdienste)</p> <p>Projektziel 2 (optional): Einheitliche Systematik zur Erfassung von Feedback (= Verbesserung der internen Abläufe)</p>
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
<p>Maßnahmen zum Projektziel 1: Durch Entwicklung und Einsatz des Feedback-Systems erhält das Jugendamt gezielt Hinweise aller an Maßnahmen beteiligten Personen zu Qualität und Wirksamkeit und damit zur Verbesserung des Serviceangebots und damit auch zu einem noch effektiveren Ressourceneinsatz.</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 2: Bisherige Ansätze (sofern vorhanden) zur Erhebung von Rückmeldungen durch die Kundinnen und Kunden werden in das einheitliche System überführt und durch den mehrdimensionalen Ansatz erweitert. Die Ergebnisse können gezielt zur Verbesserung auch der internen Abläufe genutzt werden.</p>

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Es werden keine neuen Maßnahmen oder Angebote des Jugendamts entwickelt.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
	M 1 Start des Projektes am 01.09.2018	
Operationalisierung der Kriterienbereiche	M 2 Leitfragen für alle Kriterienbereiche (SMART) liegen vor	10%
Bildung von Maßnahmen-Cluster	M 3 Maßnahmenarten sind zu Clustern zusammengefasst	5%
Wissenschaftliche Qualitätssicherung	M 4 Belastbare Aussagen zur Verwendung der Ergebnisse für eine spätere Wirkungsforschung	5%

Entwicklung bzw. Anpassung der spezifischen Leitfragen je Cluster	M 5 Zu allen Clustern liegen Leitfragen vor	10%
Entwicklung des konkreten Fragebogens je Cluster	M 6 Fragebögen liegen vor	15%
Testphase der Fragebögen	M 7 Fragebögen sind getestet	15%
Auswertung und Optimierung des Instruments	M 8 Fragebögen sind ausgewertet, Optimierungsmöglichkeiten werden verfolgt	10%
Erstellung eines Anforderungsprofils für die Programmierung einer Auswertungsdatenbank	M 9 Anforderungsprofil liegt vor	10%
Programmierung einer Auswertungsdatenbank	M 10 Datenbank ist programmiert und dokumentiert	15%
Konzeptentwicklung zur Versteigerung	M 11 Konzept zum dauerhaften Einsatz des Feedback-Instruments liegt vor	5%
	M 12 Ende des Projektes am 31.12.2019	
Aufwand Gesamt:		100%

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
0,25 BV zur Projektkoordination	21.667 €
Ausstattung	
Beschaffung und ggf. Anpassung einer Auswertungsdatenbank	35.000 €
Sachkosten	
Begleitung der Konzeptionsphase durch das Institut LüttringHaus und das Institut INSO	20.000 €
Wissenschaftliche Qualitätssicherung des Feedback-Systems	12.000 €
Sonstige	

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

Die Entwicklung und Umsetzung des Feedback-Systems dient der dauerhaften Optimierung der bürgerbezogenen Leistungen des Jugendamtes. Durch die kontinuierliche Verbesserung können auch die vorhandenen Ressourcen effektiver eingesetzt werden, wovon weitere Impulse zur Reduzierung des weiteren Anstiegs von Maßnahmen in der Jugendhilfe ausgehen könnten.

Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Das Projekt ist eingebunden in die Struktur des Programms „Soziales 2025“, mit dem die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport die in ihrem Zuständigkeitsbereich durchgeführten Projekte im Handlungsfeld Digitalisierung und Bürgerservice koordiniert. Das Projekt berichtet dem Lenkungsausschuss „Soziales 2025“ sowie bedarfsweise weiteren Gremien, etwa im Rahmen der Mitbestimmung oder den für das Management der Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld Digitalisierung und Bürgerservice eingesetzten Stellen.

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

██████████ Amt für Soziale Dienste, ██████████
██████████

██████████ Amt für Soziale Dienste ██████████
██████████

██████████ Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, ██████████
██████████

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Elektronische Vorgangsbearbeitung für schnelleren Kundenservice" 1) in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Refinanzierung Personalmehrbedarfe	5.417	16.250		
Projektbegleitung	16.000	16.000		32.000
				0
				0
Technische Realisierung		35.000		0
				0
Beratungsleistungen von externen (über Dataport-Rahmenvertrag)				0
Projektkosten insgesamt	21.417	67.250	0	88.667
Betriebskosten in €				
Technischer Betrieb				
Betrieb und Lizenzen	0	0		0
Betriebskosten insgesamt	0	0	0	0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Elektronische Vorgangsbearbeitung für schnelleren Kundenservice" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	2	20	
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	2	20	
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	9	90	
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	9	135	
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	5	75	
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	9	45	
7 Imageverbesserung	5	9	45	
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	9	135	
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	3	30	
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	3	15	
Insgesamt	100	60	610	
Ergebnis WiBe Q			61	
Externe Effekte				
A. Wer sind meine Kunden?				
B. Was wollen meine Kunden?				
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	8	80	
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	0	0	
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	0	0	
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	0	0	
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	0	0	
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	0	0	
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	6	60	
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	0	0	
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	9	45	
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	9	90	
Insgesamt	100	32	275	
Ergebnis WiBe E			28	

=> IT-Maßnahme kann/ kann nicht durchgeführt werden

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Stand: 17.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Mehrdimensionales Feedback-System „Bürgerservice Jugendamt Bremen“

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung :

Betrachtungszeitraum (Jahre):

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1		1
2		2
n		

Ergebnis

[Empty box for results]

Weitergehende Erläuterungen

[Empty box for further explanations]

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.12.2019	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1			
2			
3			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten / die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

Es handelt sich um eine Maßnahme, die der Verbesserung der Leistungsfähigkeit und der Servicequalität des Jugendamtes dient und nicht vorrangig nach Wirtschaftlichkeitskriterien beurteilt werden kann. Allerdings ist damit zu rechnen, dass durch systematisches Feedback die Gewährung und Gestaltung von Leistungen und Maßnahmen noch bedarfsgerechter gestaltet und damit ein weiterer Beitrag zur Begrenzung des Anstiegs der Kosten bei den Hilfen zur Erziehung geleistet werden kann. Dieser Effekt lässt sich – zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt – aber nicht quantifizieren. Die Bewertung der qualitativen Kriterien ist der beigefügten WiBe zu entnehmen.

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Digitales „Organisationsportal Soziales“ (OpoS)		Lfd. Nr. D 68 der Liste	
Zielgruppe: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport (senatorische Behörde und AfSD), mittelbar alle Kundinnen und Kunden des AfSD			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Entwicklung und Einführung des „Organisationsportals Soziales“ zum verbesserten Zugriff auf relevante Informationen, Arbeitshilfen, Schriftstücke etc.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Verfügbarkeit des Organisationsportals	Prozent	65%	35%
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): s.o.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Rubriken zur Strukturierung des Informationsangebots	Prozent	35%	65%
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Anforderungsdefinition, Test, Freigabe des Systems			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Vorliegen der Anforderungsdefinition	Prozent	100%	0
Durchführen eines Systemtests	Prozent	25%	75%

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	65 T€	163 T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	2,00 VZÄ	2,50 VZÄ

Konsumtiv	T€	T€	T€	T€
Investiv	T€	T€	7 T€	8 T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

Beigefügte Unterlagen:

- | | | |
|---|--|-------------------------------|
| Projektbeschreibung/-auftrag | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Zeitplan | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| WU-Übersicht | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Antrag auf Nachbewilligung | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung
D68	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel Digitales „Organisationsportal Soziales“ (OpoS)

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes. Mit OpoS werden Weisungen, Rundschreiben, Arbeitshilfen, Organisationshinweise, Vordrucke etc. für alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Ressort der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zentral und einfach zugänglich verfügbar gemacht.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport
Projektleitung (falls schon benannt)
N.N., Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)
entfällt

Projektbeginn	01.09.2018
Projektende (geplant)	31.12.2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c) einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Die Tätigkeiten in der senatorischen Behörde und im Amt für Soziale Dienste sind in hohem Maße durch Vorgaben, sei es nun in Form von organisatorischen Regelungen oder (vor allem im Fall der operativen Tätigkeit im AfSD) von fachlichen Weisungen, geregelt. Neue Vorgaben, Weisungen etc. werden schriftlich und/oder per E-Mail bekannt gemacht. Die Kenntnis dieser Regelungen wird nachfolgend mehr oder weniger stillschweigend vorausgesetzt. Tatsächlich gestaltet sich der Zugriff auf wichtige Dokumente, Arbeitshilfen usw. jedoch immer wieder als durchaus schwierig. Ablagestrukturen, sei es für Papierdokumente oder elektronische Dateien, sind historisch gewachsen, hochgradig verschachtelt und folgen häufig der Logik ihrer Ersteller, die aber in den wenigsten Fällen identisch mit der „Suchlogik“ aller anderen Beschäftigten ist. Als Alternative könnte das Dokumentenmanagementsystem VIS genutzt werden, das sich hierfür aber nur begrenzt eignet und für diesen Zweck auch nie gedacht gewesen ist. Insbesondere mangelt es an der Möglichkeit, sich durch Durchscrollen o.Ä. einen schnellen Überblick zu verschaffen. Auch das Transparenzportal kann den beschriebenen Mangel nicht beheben, da die Suchfunktionen für schnelles und zuverlässiges Auffinden nicht geeignet sind.

OpoS will dieses Problem durch Nutzung der vorhandenen KoGIs-Module nutzen, mit denen bereits die Internet-Auftritte der bremischen Behörden gestaltet werden. Mit Hilfe des „KoGIs-Baukastens“ wird OpoS als intuitiv und einfach über den Webbrowser zu nutzendes System realisiert, das relevante Informationen, Arbeitshilfen, Schriftstücke etc. in einer überschaubaren und leicht zugänglichen Struktur zur Verfügung stellt. Die Pflege des Verfahrens erfolgt ab 2020 in der Linie.

OpoS bringt Digitalisierung an jeden Arbeitsplatz. Es ist ein Beispiel dafür, dass Digitalisierung nicht zwangsläufig mit komplexen Projekten, hohen Kosten und langen Entwicklungslaufzeiten verbunden sein muss.

OpoS kann Modellcharakter für die gesamte FHB haben, da die KoGIs-Module allen Ressorts zur freien Verfügung stehen.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
<p>Projektziel 1: Einfacher und zuverlässiger Zugriff auf relevante Informationen, Arbeitshilfen und Dokumente für alle Beschäftigten der senatorischen Behörde und des AfSD durch Nutzung der KoGIs-Module (= Verbesserung der internen Abläufe und optimale Nutzung bestehender Kapazitäten)</p> <p>Projektziel 2 (optional): Verbesserte Kommunikation der Weisungslage als zentrale Voraussetzung für Dienstleistungserbringung gemäß den vorgegebenen Regelungen und Standards (= funktionierender Service im Bereich der Bürgerdienste)</p>
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
<p>Maßnahmen zum Projektziel 1: Entwicklung eines Portals mit Hilfe der KoGIs-Module, innerhalb dessen Informationen, Arbeitshilfen und Dokumente mit einer einfach zu durchschauenden, den Nutzungsgewohnheiten im Internet entsprechenden Struktur zugänglich gemacht werden.</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 2: Bekanntmachung und Nutzung des Portals als primärem Ablagesystem für Rundschreiben, Weisungen etc.</p>

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Es wird kein neues technisches Soft- oder Hardware-System beschafft. Eigenprogrammierungen über den Rahmen von KoGIs hinaus sollen vermieden werden.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
	M 1 Start des Projektes am 01.09.2018	
Anforderungsdefinition	M 2 Anforderungen hinsichtlich Struktur und zu hinterlegender Inhalte liegen vor	30%
Realisierung von OpoS	M 3 Testfähiges System vorhanden	50%
Test, Verbesserung und Freigabe von OpoS	M 4 Einsatzfähiges System vorhanden	20%
	M 5 Ende des Projektes am 31.12.2019	
Aufwand Gesamt:		100%

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Elektronische Vorgangsbearbeitung für schnelleren Kundenservice" 1) in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Refinanzierung Personalmehrbedarfe	65.000	163.000		0
				0
				0
Technische Realisierung	8.000	7.000		0
Beratungsleistungen von externen (über Dataport-Rahmenvertrag)				0
				0
Projektkosten insgesamt	73.000	170.000	0	243.000
Betriebskosten in €				
Technischer Betrieb				
Betrieb und Lizenzen	0	0		0
Betriebskosten insgesamt	0	0	0	0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Elektronische Vorgangsbearbeitung für schnelleren Kundenservice" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	8	80	
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	10	100	
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	10	100	
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	9	135	
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	5	75	
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	10	50	
7 Imageverbesserung	5	5	25	
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	5	75	
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	9	90	
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	9	45	
Insgesamt	100	80	775	
Ergebnis WiBe Q			78	
Externe Effekte				
A. Wer sind meine Kunden?				
B. Was wollen meine Kunden?				
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	6	60	
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	0	0	
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	10	50	
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	8	40	
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	8	80	
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	2	50	
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	5	50	
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	7	70	
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	5	25	
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	8	80	
Insgesamt	100	59	505	
Ergebnis WiBe E			51	

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Stand: 17.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

D 68: Digitales „Organisationsportal Soziales“ (OpoS)

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): 2 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Einrichtung des Organisationsportals (vgl. WIBE Q und E)	1
2	Nutzung von VIS	2
3	Kein Organisationsportal einführen	3

Ergebnis

Die genannten Alternativen 2 und 3 führen nicht zu einer Arbeitserleichterung im Alltag der Sachbearbeitung und behindern die einheitliche Bearbeitung insgesamt, u.a. da VIS nicht überall im Einsatz ist. VIS wird im Ressort SJFIS nicht flächendeckend zum Einsatz kommen, da eine Ablage in bzw. aus den Fachverfahren erfolgen wird (vgl. u.a. Projekte D1 und D3).

Weitergehende Erläuterungen

Die Alternative „Nutzung Netzlaufwerk“ wurde nicht in Betracht gezogen, da eine sachgerechte Aufbereitung der Daten für die Sachbearbeitung nicht möglich ist.

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.3.2020	2.	n.
--------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Verfügbarkeit des Organisationsportals	Prozent	100 %
2	Konzept/ Rubriken zur Strukturierung des Informationsangebots	Prozent	100 %
3	Vorliegen der Anforderungsdefinition; Systemtest	Prozent	100 %

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen/bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

öffentlich nicht öffentlich

**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice**

Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018

Produktgruppe: 41.91.01 96.01.01

Kamerale Finanzdaten:

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	0400.422 97-	400	925	Bezüge planmäßiger Beamter Projekt D68 - Organisationsportal Soziales - Handlungsfeld Digitalisierung - TPM	32.500 €
X	0400.428 97-	400	925	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Projekt D68 - OpoS - Handlungsfeld Digitalisierung - TPM .	
X	0950.511 00-	950	900	Sachausgaben für das Projekt D68 - Organisationsportal Soziales - Handlungsfeld Digitalisierung	8.000 €
X	3496.422 88-	490	925	Bezüge planmäßiger Beamter Projekt D68 - Organisationsportal Soziales - Handlungsfeld Digitalisierung - TPM	32.500 €
X	3496.428 88-	490	925	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Projekt D68 - OpoS - Handlungsfeld Digitalisierung - TPM.	

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	8.000,00
96.02.01	3950.812 21-3	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekt OK.JUG	65.000,00

Personaldaten:

zu Stellenverlagerungen (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung
41.91.01	TPM	1.9.2018 - 31.12.2019	+1	1
41.90.04	TPM	1.9.2018 - 31.12.2019	+1	1

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

A

**Sonstige Anmerkungen:
Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Mit OpoS werden Weisungen, Rundschreiben, Arbeitshilfen, Organisationshinweise, Vordrucke etc. für alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Ressort der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zentral und einfach zugänglich verfügbar gemacht.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im PPL 92 Allgemeine Finanzen und im PPL 96 Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekt OK.JUG veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 (2) LHO werden die Mittel nunmehr auf die Personalhaushaltsstelle (Aufteilung Stadt/ Land) und die Sachausgaben des Ressorts SJFIS verlagert.

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Produktbereichsverantwortlicher	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Produktplanverantwortlicher	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Ausschüsse:	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Deputationen:	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
/ Dep. f. Soziales, Jugend u. Integration		

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Digitalisierungsprojekt in der Abteilung 5 des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – Gewerbe- und Marktangelegenheiten		Lfd. Nr. D 69 der Liste	
Zielgruppe: <ul style="list-style-type: none"> - Kundinnen und Kunden mit gewerberechtlichen Anliegen (z.B. Gewerbemeldungen, erlaubnisverfahren nach der Gewerbeordnung) - Im Bereich Gewerbe- und Marktangelegenheiten eingesetzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): <ul style="list-style-type: none"> - Weiterentwicklung der Digitalisierung der Verfahren in der Abteilung 5 SWAH - Optimierung durch gezielten Einsatz der Software, weitere Effizienzsteigerung durch Ausnutzung der technischen und personellen Möglichkeiten - Prozessoptimierung - Ausweitung der Nutzung der in der Abteilung im Betrieb befindlichen Systeme und Fachverfahren - Einführung des ePayment - flächendeckende Einführung der eAkte - Einführung eines Terminmanagementsystems zur verbesserten Kundensteuerung - Ausbau der Online-Dienstleistungen 			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Projektziel 1 Durchführung eines Workshops mit folgenden Zielen: - Übersicht und Status der Verträge aller Module erstellen - Umsetzung für die Anwendung bzw. den erweiterten Einsatz aller Module planen - detaillierte Umsetzungsplanung	%Anteil der Umsetzung	100 %	
Projektziel 2 Einführung des Moduls ProstSchG einchl. eAkte, Schnittstelle zu SAP und Bezahlungsfunktion	%Anteil der Umsetzung	100 %	
Projektziel 3 Weiterentwicklung Modul Bewacher einschl. BZR und GZR	%Anteil der Umsetzung	100 %	
Projektziel 4 Weiterentwicklung Modul Gewerbemeldung	%Anteil der Umsetzung	100 %	
Projektziel 5 Weiterentwicklung Modul Makler Weiterentwicklung Modul Reisegewerbe Weiterentwicklung Modul Spielhallen Modul Gaststätten Weiterentwicklung im Bereich Marktangelegenheiten Verschiedene Maßnahmen, z.B. im Bereich	%Anteil der Umsetzung		100 %

Ordnungswidrigkeiten			
Programm / Produkt (Was wird angeboten?):			
<ul style="list-style-type: none"> - Weiterentwicklung der Digitalisierung der Verfahren in der Abteilung 5 SWAH - Optimierung durch gezielten Einsatz der Software, weitere Effizienzsteigerung durch Ausnutzung der technischen und personellen Möglichkeiten - Prozessoptimierung - Ausweitung der Nutzung der in der Abteilung im Betrieb befindlichen Systeme und Fachverfahren - Einführung des ePayment - flächendeckende Einführung der eAkte - Einführung eines Terminmanagementsystems zur verbesserten Kundensteuerung - Ausbau der Online-Dienstleistungen 			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Durchführung eines Workshops mit folgenden Zielen: - Übersicht und Status der Verträge aller Module erstellen - Umsetzung für die Anwendung bzw. den erweiterten Einsatz aller Module planen - detaillierte Umsetzungsplanung	%Anteil der Umsetzung	100 %	
Einführung des Moduls ProstSchG einchl. eAkte, Schnittstelle zu SAP und Bezahlungsfunktion	%Anteil der Umsetzung	100 %	
Weiterentwicklung Modul Bewacher einschl. BZR und GZR	%Anteil der Umsetzung	100 %	
Weiterentwicklung Modul Gewerbemeldung	%Anteil der Umsetzung	100 %	
Weiterentwicklung Modul Makler Weiterentwicklung Modul Reisegewerbe Weiterentwicklung Modul Spielhallen Modul Gaststätten Weiterentwicklung im Bereich Marktangelegenheiten Verschiedene Maßnahmen, z.B. im Bereich Ordnungswidrigkeiten	%Anteil der Umsetzung		100 %
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?):			
<ul style="list-style-type: none"> • Analyse der Verfahrensabläufe • Bewertung der möglichen Ausweitung der Nutzung der in Betrieb befindlichen Systeme und Fachverfahren • Ermittlung der Bedarfe • Bewertung der derzeitigen Nutzung der zur Verfügung stehenden bzw. ergänzend zu beschaffenden Module • Prüfung und Aktualisierung der Verfahrenskonzepte • Stabilisierung und Absicherung des laufenden Betriebs • Beschreibung der Voraussetzungen für die Nutzung des ePayment • Umsetzung des Terminmanagementsystems einschl. Aufrufterminals zur verbesserten Kundensteuerung; insbesondere auch um die Kundenkontakte 			

im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung nach dem Prostituiertenschutzgesetz in dem gesetzlich vorgegebenen vertrauensvollen Rahmen durchführen zu können

- Verbesserung der Erreichbarkeit - persönlich, telefonisch aber vor allem auch online
Verbesserung der telefonischen Erreichbarkeit (z.B. Übernahme des Abwesenheitsservices durch das Bürgertelefon (Rufumleitung zu bestimmten Zeiten Telefonhotlines)
- Begleitung der Neuaufstellung der Fachadministration
- Ausweitung der über das Internet zur Verfügung gestellten Informationen, insbesondere der Dienstleistungsbeschreibungen im IT-Bürgerservice
- Nutzung von Apps
- Klärung der Voraussetzungen für die Einführung der eAkte (über die Fachverfahren und/oder VIS)
- Webseiten-Verwaltung – Absicherung und Erweiterung
- Schnittstelle Bürgertelefon
- Schnittstelle zum Service-Portal (www.service.bremen.de)

Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
siehe die Ausführungen oben unter Ergebnisse/Wirkungen und Programm/Produkt			

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)					
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung		
	2018	2019	2018	2019	
Personalausgaben	T€	T€	T€	T€	T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	VZÄ	VZÄ	VZÄ
Konsumtiv	T€	T€	110 T€	100 T€	T€
Investiv	T€	T€	T€	T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€	T€

Beigefügte Unterlagen:

- | | | |
|--|--|-------------------------------|
| Projektbeschreibung/-auftrag | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Zeitplan | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| WU-Übersicht | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Antrag auf Nachbewilligung | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |

2	Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	8	80	Einsatz des
3	Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	2	20	Eingesetzte
4	Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	4	60	Insbesondere
5	Verkürzung der Durchlaufzeit	15	6	90	Durch die Dig
6	Einheitliches Verwaltungshandeln	5	6	30	angesehen.
7	Imageverbesserung	5	10	50	aktueller Zug
8	Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	10	150	Verwaltungs
9	Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	10	100	Aufgrund der
10	Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	10	50	Verwaltungs
Insgesamt		100	74	710	Kunden) aus
Ergebnis WiBe Q				71	Die Informati

Externe Effekte

- A. Wer sind meine Kunden?
- B. Was wollen meine Kunden?
- C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?
- D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?

1	Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	10	100	Die Weiterer
2	Realisierung eines einheitlichen Zugangs	5	2	10	Kunden und
3	Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	8	10	80	Der Zugang
4	Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	10	10	100	Die Weiterer
5	Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	10	100	Verständlich
6	Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	15	8	120	Dienstleistun
7	Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	8	80	Die vorgeseh
8	Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	20	6	120	Durch die Ma
9	Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	10	8	80	zu durchlauf
10	Nachnutzung von Projektergebnissen	2	8	16	Durch die W
Insgesamt		100	80	806	werden, weil
Ergebnis WiBe E				81	Vordergrund

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

Projektbeginn	24.08.2018
Projektende (geplant)	31.12.2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c)
einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Ziel ist die Weiterentwicklung der Digitalisierung der Verfahren in der Abteilung 5 SWAH (siehe im Einzelnen die Ausführungen in der Projektkurzbeschreibung).

Die in der Abteilung eingesetzten Fachverfahren bieten eine Vielzahl von Möglichkeiten der digitalisierten Aufgabenwahrnehmung, die bisher noch nicht bzw. nicht in dem möglichen Umfang genutzt werden. Dies gilt auch für die über die Fachverfahren erzeugten eAkten.

Projektziele, Maßnahmen

Projektziele
<p>Projektziel 1: Weiterentwicklung der Digitalisierung der Verfahren in der Abteilung 5 SWAH</p> <p>Projektziel 2: Optimierung durch gezielten Einsatz der Software, weitere Effizienzsteigerung durch Ausnutzung der technischen und personellen Möglichkeiten</p> <p>Projektziel 3: Prozessoptimierung</p> <p>Projektziel 4: Ausweitung der Nutzung der in der Abteilung im Betrieb befindlichen Systeme und Fachverfahren</p> <p>Projektziel 5: Einführung des ePayment</p> <p>Projektziel 6: flächendeckende Einführung der eAkten</p> <p>Projektziel 7: Einführung eines Terminmanagementsystems zur verbesserten Kundensteuerung</p>
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?

Maßnahmen zu den Projektzielen 1-7:

- Analyse der Verfahrensabläufe
- Bewertung der möglichen Ausweitung der Nutzung der in Betrieb befindlichen Systeme und Fachverfahren
- Ermittlung der Bedarfe
- Bewertung der derzeitigen Nutzung der zur Verfügung stehenden bzw. ergänzend zu beschaffenden Module
- Prüfung und Aktualisierung der Verfahrenskonzepte
- Stabilisierung und Absicherung des laufenden Betriebs
- Beschreibung der Voraussetzungen für die Nutzung des ePayment
- Umsetzung des Terminmanagementsystems einschl. Aufrufterminals zur verbesserten Kundensteuerung; insbesondere auch um die Kundenkontakte im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung nach dem Prostituiertenschutzgesetz in dem gesetzlich vorgegebenen vertrauensvollen Rahmen durchführen zu können
- Verbesserung der Erreichbarkeit - persönlich, telefonisch aber vor allem auch online
Verbesserung der telefonischen Erreichbarkeit (z.B. Übernahme des Abwesenheitsservices durch das Bürgertelefon (Rufumleitung zu bestimmten Zeiten Telefonhotlines)
- Begleitung der Neuaufstellung der Fachadministration
- Ausweitung der über das Internet zur Verfügung gestellten Informationen, insbesondere der Dienstleistungsbeschreibungen im IT-Bürgerservice
- Nutzung von Apps
- Klärung der Voraussetzungen für die Einführung der eAkte (über die Fachverfahren und/oder VIS)
- Webseiten-Verwaltung – Absicherung und Erweiterung
- Schnittstelle Bürgertelefon
- Schnittstelle zum Service-Portal (www.service.bremen.de)

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

./.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es? M 1 Start des Projektes am 01.05.2018	
Vorbereitung und Durchführung eines 1tägigen Workshops mit folgenden Zielen: <ul style="list-style-type: none"> • Übersicht und Status der Verträge aller Module erstellen • Umsetzung für die Anwendung bzw. den erweiterten Einsatz aller Module planen • detaillierte Umsetzungsplanung (Meilensteine, Maßnahmen, Prioritäten und Verantwortlichkeiten) für das Modul ProstSchG 	M 2 Workshop am 07.05.2018 Die Ziele wurden in dem Workshop erreicht.	2 %
Einführung des Moduls ProstSchG einschl. eAkte, Schnittstelle SAP und Bezahlungsfunktion	M 3 zum 01.08.2018 Die Einführung des Moduls hat aufgrund der gesetzlichen Neuregelung höchste Priorität	10 %
Weiterentwicklung Modul Bewacher einschl. BZR und GZR	M 4 01.11.2018	10%
Weiterentwicklung Modul Gewerbemeldung	M 5 15.12.2018	15 %

Weiterentwicklung Modul Makler	M 6 Die Umsetzung der weiteren Maßnahmen (Nutzung neuer Module, verbesserte bzw. erweiterte Nutzung im Einsatz befindlicher Module) soll iterativ erfolgen und sich an der Einführung des Moduls ProstSchG orientieren. Die Zeitpunkte für diese Module sind deshalb derzeit noch nicht genau bestimmbar.	10 %
Weiterentwicklung Modul Reisegewerbe	M 7 siehe M 6	8 %
Weiterentwicklung Modul Spielhallen	M 8 siehe M 6	10 %
Modul Gaststätten	M 9 siehe M 6	20 %
Weiterentwicklung im Bereich Marktangelegenheiten	M 10 siehe M 6	10 %
Verschiedene Maßnahmen, z.B. im Bereich Ordnungswidrigkeitenverfahren	M 11 siehe M 6	5 %
	M x Ende des Projektes am 31.12.2019	
Aufwand Gesamt:		

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
Ausstattung	
Sachkosten	
<ul style="list-style-type: none"> • Kosten für die Begleitung des Projektes durch Dataport (gem. Beschluss der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 18.04.2018): 120.800,00 Euro • Migewa-Moduleinführung 20.000,00 Euro einschl. Schulungen • Kosten für Module (geschätzt) 70.000,00 Euro 	110.800,00 Euro 2018; 100.000 Euro 2019

Sonstige	

Wirtschaftlichkeit

siehe Anlage

Berichtswesen


Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Gem. Beschluss der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen ist der Deputation im 1. Quartal 2019 ein Bericht über den Umsetzungsstand vorzulegen.

Ansprechpartnerin:


Freie Hansestadt Bremen

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen


Stresemannstraße 48

28207 Bremen



Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage : WIBE

Datum : 05.06.2018

Stand: 05.06.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Digitalisierungsprojekt in der Abteilung 5 des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – Gewerbe- und Marktangelegenheiten
--

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit **einzelwirtschaftlichen**
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2017

Betrachtungszeitraum (Jahre): 4 Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Durchführung des Digitalisierungsprojektes gem. Projektskizze	1
2	Alternativen werden nicht gesehen. Bei einem Verzicht auf die Weiterentwicklung der Digitalisierung würden die in der Projektskizze beschriebenen Ziele nicht erreicht. Dies gilt insbesondere für die Prozessoptimierung und den Ausbau der Online-Dienstleistungen. Die zusätzlichen gesetzlichen Anforderungen, z.B. aufgrund des ProstSchG oder des neuen Bewacherregisters können ohne eine weitere Digitalisierung der Verfahren mit den vorhandenen Personalressourcen nicht wahrgenommen werden.	2
n		

Ergebnis

Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 70 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 89 gemäß WiBe 5.0 (Beide > 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).

Weitergehende Erläuterungen

Die Möglichkeiten der Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung und der Steigerung des externen Nutzens sind in der Projektskizze unter 2. Projektziele und Maßnahmen dargestellt.
--

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Durchführung eines Workshops mit folgenden Zielen: - Übersicht und Status der Verträge aller Module erstellen - Umsetzung für die Anwendung bzw. den erweiterten Einsatz aller Module planen - detaillierte Umsetzungsplanung	% Anteil der Umsetzung	100 %
2	Einführung des Moduls ProstSchG einchl. eAkte, Schnittstelle zu SAP und Bezahlungsfunktion	% Anteil der Umsetzung	100 %
3	Weiterentwicklung Modul Bewacher einschl. BZR und GZR	% Anteil der	100 %

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Elektronische Vorgangsbearbeitung für schnelleren Kundenservice" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl
Qualitativ strategische Bedeutung			
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	8	80
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	10	100
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	10	100
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	9	135
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	5	75
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	10	50
7 Imageverbesserung	5	5	25
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	5	75
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	9	90
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	9	45
Insgesamt	100	80	775
Ergebnis WiBe Q			78

Externe Effekte

- A. Wer sind meine Kunden?
- B. Was wollen meine Kunden?
- C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?
- D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?

1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	6	60
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	0	0
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	5	10	50
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	8	40
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	8	80
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	25	2	50
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	5	50
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	7	70
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	5	5	25
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	8	80
Insgesamt	100	59	505
Ergebnis WiBe E			51

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Digitalisierungsprojekt in der Abteilung 5 - Gewerbe- und Marktangelegenheit" in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Refinanzierung Personalmehrbedarfe				0
				0
				0
Technische Realisierung	110.800	100.000	noch nicht bezahlbar	210.800
Beratungsleistungen von externen (über Dataport-Rahmenvertrag)				0
				0
Projektkosten insgesamt	110.800	100.000	0	210.800
Betriebskosten				
Technischer Betrieb				
Betrieb und Lizenzen				
Betriebskosten insgesamt	0	0	0	0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Digitalisierungsprojekt in der Abteilung 5 - Gewerbe- und Marktangelegenheiten" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die IT-Strategie "Verwaltung 4.0" der FHB	10	8	80	Weiterentwicklung der Digitalisierung der Aufgabenwahrnehmungen und der Online-Dienstleistungen einschl. Bezahlungsfunktion und Kundensteuerung über ein Terminmanagementsystem
2 Nachnutzung bereits vorhandener Technologien	10	8	80	Einsatz des ePayment-Verfahrens und des Terminmanagementverfahrens zur Kundensteuerung
3 Plattform-/Herstellerunabhängigkeit	10	2	20	Eingesetzte Software ist Hardwareunabhängig.
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	4	60	Insbesondere durch den neuen bzw. erweiterten Einsatz der Module des Fachverfahrens migewa wird eine deutliche Verbesserung der Arbeitsabläufe und eine Entlastung von Routinearbeit erwartet.
5 Verkürzung der Durchlaufzeit	15	6	90	Durch die Digitalisierungsmaßnahmen wird eine Verkürzung der bisherigen Durchlaufzeiten um bis zu 40 % als realisierbar angesehen.
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	6	30	aktueller Zugriff auf gleichstrukturierte Daten, organisatorische und informationstechnische Harmonisierung der Verwaltungsvorgänge
7 Imageverbesserung	5	10	50	Aufgrund der verbesserten Arbeitsabläufe, der Erweiterung der Online-Dienstleistungen und der erhöhten Transparenz der Verwaltungsvorgänge ist von einer dauerhaften Wirkung bei vielen Adressaten (mind. 15.000-20.000 Kundinnen und Kunden) auszugehen.
8 Informationsbereitstellung f. Entscheidungsträger/Controlling	15	10	150	Die Informationstransparenz kann deutlich erhöht werden. Durch neue, bisher nicht verfügbare Informationen können Bewertungs- und Entscheidungsprozesse wesentlich besser unterstützt und Anfragen aus dem parlamentarischen Raum im gewerberechtlichen Bereich besser bzw. überhaupt beantwortet werden.
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	10	100	Die Arbeitsbedingungen werden durch die Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Digitalisierung erheblich verbessert. Dies belegen die positiven Erfahrungen, die mit den bereits laufenden Verfahren gemacht wurden. Die positiven Wirkungen hinsichtlich der Arbeitsplatz-Attraktivität und der Arbeitszufriedenheit werden als sehr hoch eingeschätzt.
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	10	50	Die Digitalisierungsmaßnahmen sind geeignet, nicht nur die aufgabenbezogene Kompetenz, sondern auch die fachliche Kompetenz der Anwenderinnen und Anwender zu erhöhen.
Insgesamt	100	74	710	
Ergebnis WiBe Q			71	

Externe Effekte

- A. Wer sind meine Kunden?
- B. Was wollen meine Kunden?
- C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?
- D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?

1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	10	100	Die Weiterentwicklung der Digitalisierung der gewerberechtlichen Verfahren ist zwingend aus Sicht der Kundinnen und Kunden und auch eine Forderung der Wirtschaft sowie der Handels- und der Handwerkskammer.
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	5	2	10	Der Zugang bezieht sich im Wesentlichen auf die Online-Dienstleistungen.
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	8	10	80	Die Weiterentwicklung der Digitalisierung der gewerberechtlichen Verfahren führt zu einer deutlichen Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz für viele Kundinnen und Kunden und zu einer erleichterten Nutzung der Online-Dienstleistungen.
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	10	10	100	Die vorgesehenen Digitalisierungsmaßnahmen haben eine umfassende Unterstützungsfunktion für die Gewerbetreibenden.
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	10	100	Durch die Maßnahmen kann der große Bedarf an zeitnahen und vollständigen Informationen über die zu beachtenden und zu durchlaufenden Verwaltungsverfahren erfüllt werden.
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	15	8	120	Durch die Weiterentwicklung der Digitalisierung können mittelbar hohe Einsparungen bei den Gewerbetreibenden erreicht werden, weil die Verfahren in weitaus größerem Umfang digital durchgeführt bzw. vorbereitet werden können. Im Vordergrund steht dabei die Prozess-/Verfahrensverkürzung mit der damit einhergehenden Senkung der Prozess- und Verwaltungskosten.
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	8	80	Der Anpassungsaufwand wird gegenwärtig als eher gering bewertet.
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	20	6	120	Durch die Digitalisierungsmaßnahmen wird eine Verkürzung der bisherigen Durchlaufzeiten um bis zu 40 % als realisierbar angesehen.
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	10	8	80	Das DL-Angebot kann durch die Maßnahmen deutlich verbessert und auch erweitert werden.
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	2	8	16	Projektergebnisse, insbesondere im e-Payment und in der Kundensteuerung können in Folgeprojekten des Ressorts in mehreren Bereichen nachgenutzt werden und bilden dabei teilweise eine Referenz für weitere Projekte.
Insgesamt	100	80	806	
Ergebnis WiBe E			81	

=> IT-Maßnahme kann durchgeführt werden

A öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) 2018****Produktgruppe:** 96.02.01 IT/E-Government-Budget der FHB**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	3950.539 xx-x	700		Sachausgaben Projekt D69 - Digitalisierungsprojekt in der Abteilung 5 des SWAH - Handlungsfeld Digitalisierung	110.800 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	110.800,00

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl				
PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen				
PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A

**Sonstige Anmerkungen:
Kurzbeschreibung der Maßnahme**

- Weiterentwicklung der Digitalisierung der Verfahren in der Abteilung 5 SWAH
- Optimierung durch gezielten Einsatz der Software, weitere Effizienzsteigerung durch Ausnutzung der technischen und personellen Möglichkeiten
- Prozessoptimierung
- Ausweitung der Nutzung der in der Abteilung im Betrieb befindlichen Systeme und Fachverfahren
- Einführung des ePayment
- flächendeckende Einführung der eAkte
- Einführung eines Terminmanagementsystems zur verbesserten Kundensteuerung
- Ausbau der Online-Dienstleistungen

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

./.

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, nicht erforderlich

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Projekt Konsens	Lfd. Nr. D 70 der Liste
--	-------------------------

Zielgruppe: Mitarbeiter/-innen der Finanzämter

Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Weiterentwicklung der Digitalisierung der Konsens-Verfahren in der Steuerabteilung SF aufgrund des Dataport Staatsvertrages.
--

Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019

Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Projekt Konsens mit den Teilprojekten Vereinheitlichung der Testumgebung im Norden (TiNo) sowie Einrichtung eines Schulungscenter Nord (CSN), Dataport Forensik für die digitale Beweissicherung und Erweiterung der Scanstelle im Finanzamt Bremen
--

Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019

Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Durchführung des Digitalisierungsprojektes, Umsetzung verschiedener Maßnahmen, insb. Optimierung durch gezielten Einsatz der Software und Effizienzsteigerung durch Ausnutzung der technischen und personellen Möglichkeiten, Abstimmung mit den Ländern

Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
			0

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)			
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung
	2018	2019	2018 2019

Personalausgaben	T€	T€	T€	T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	VZÄ	VZÄ
Konsumtiv	T€	T€	375 T€	760 T€
Investiv	T€	T€	T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

Beigefügte Unterlagen:

- | | | |
|--|--|--|
| Projektbeschreibung/-auftrag | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Zeitplan | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| WU-Übersicht | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse | <input type="checkbox"/> ja | <input checked="" type="checkbox"/> nein |
| Antrag auf Nachbewilligung | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Klicken Sie hier, um Text einzugeben. | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitel / Bezeichnung
	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel
D70	Projekt Konsens, Teilprojekt 1: 1. Testen im Norden (TiNo) 2. Schulungcenter Nord (SCN)

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes.
1. Das Vorhaben TiNo hat zum Ziel, die Testumgebungen der Steuerverwaltungen der sechs Trägerländer Dataports in dem gemeinsam betriebenen Rechenzentrum DataCenter Steuern (DCS) zu vereinheitlichen und damit die Betriebssicherheit der Finanzämter zu erhöhen. 2. Das Vorhaben SCN hat zum Ziel, eine technische Umgebung bereitzustellen, die in den Trägerländern Dataports für die Vorbereitung und Durchführung von Schulungen für die steuerlichen IT-Verfahren zur Verfügung stehen soll.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 12. September 2017, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Senatorin für Finanzen Abteilung 1
Projektleitung (falls schon benannt)
Referat 14, [REDACTED]
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)

Projektbeginn	TiNo: 10.11.2015 (Beschluss der Koordinierungsgruppe DCS) SCN: 15.02.2016 (Beschluss der Koordinierungsgruppe DCS)
----------------------	---

Projektende (geplant)	TiNo: in 2019 SCN: in 2019
----------------------------------	-------------------------------

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c)
einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Hier: Verbesserung der internen Abläufe

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Die Steuerverwaltungen aller Länder sind über das Abkommen zur Regelung der Zusammenarbeit im Vorhaben KONSENS (Koordinierte neue Software-Entwicklung der Steuerverwaltung) – sowohl untereinander als auch mit den anderen Ländern – verbunden und unterliegen der daraus resultierenden Verpflichtung zur regelmäßigen Einführung der im Vorhaben KONSENS entwickelten steuerlichen IT-Verfahren. Darüber hinaus betreiben die norddeutschen Länder (ndL) HB, HH, MV, NI, SH, ST für ihre Steuerverwaltungen bei Dataport in Rostock ein gemeinsames Rechenzentrum, das DataCenter Steuern (DCS).

Jedes ndL betreibt derzeit im Rechenzentrum eine gesonderte Produktionsumgebung, die der technischen Umsetzung der Tagesproduktion in den Finanzämtern dient. Eine Umgebung besteht dabei aus einer Vielzahl von Einzelkomponenten (Großrechnersysteme, Datenbanken, Anwendungsserver, Speichermedien, etc.). Auf diesen Komponenten werden pro Land in der Regel einige Hundert IT-Verfahren betrieben. Die einzelnen Programmkomponenten in den Umgebungen werden zum wesentlichen Teil von den Mitarbeitern des DCS manuell installiert und konfiguriert. Dies erfordert im DCS erheblichen Aufwand; zudem sind die Länderkonfigurationen nicht einheitlich. Aufgrund der zunehmenden Komplexität durch neue KONSENS-Verfahren und der Abhängigkeiten der einzelnen Systemkomponenten zueinander droht bei einer Störung die Arbeitsunfähigkeit der Finanzämter. Die KONSENS-Verfahren müssen deshalb vor dem Produktiveinsatz in einer produktionsähnlichen (Test-) Umgebung getestet werden. Fehler in der Produktion werden dadurch minimiert und die Betriebssicherheit der Finanzämter erhöht.

Aktuell sind Testumgebungen in den ndL nur eingeschränkt vorhanden; getestet wird teilweise in der Produktionsumgebung. Aus Gründen der IT-Sicherheit ist eine weitere Nutzung von Produktivsystemen für Testzwecke nicht vertretbar. Die ndL benötigen daher eine technische Umgebung, in der neue Verfahren oder neue Programmversionen von bestehenden Verfahren auf technische Lauffähigkeit geprüft werden können (**Installationstestumgebung**). Außerdem wird ein Umfeld gebraucht, in dem die fachlichen Verfahrensbetreuer die Funktion der von Ihnen betreuten IT-Verfahren für sich und im Zusammenspiel mit anderen IT-Verfahren testen können (**Abnahmetestumgebung**). Schließlich benötigen die Länder für Schulungszwecke eine Umgebung, in der die Bediensteten im Rahmen ihrer Ausbildung oder später in den Finanzämtern anhand speziell erstellter Schulungsfälle den Umgang mit neuen und ggf. auch bestehenden IT-Verfahren üben können, ohne dabei andere Umgebungen zu beeinflussen (**Schulungsumgebung**).

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
<p>Projektziel 1: Installationstestumgebung (ITU)</p> <p>Projektziel 2: Abnahmetestumgebung (ATU)</p> <p>Projektziel 3: Schulungsumgebung</p>
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
<p>Maßnahmen zum Projektziel 1: Es wird im DCS eine komplett neue Installationstestumgebung (ITU) aufgebaut, die von allen ndL genutzt werden soll. Jedes IT-Verfahren wird in der ITU daraufhin geprüft, ob es installiert, also in die vorhandene Gesamtumgebung integriert werden kann. Von der gemeinsamen ITU sollen sich zukünftig alle anderen Umgebungen in den ndL ableiten, um so zu einer Vereinheitlichung zu kommen.</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 2: Zusätzlich zu der ITU wird neben den bereits vorhandenen Abnahmetestumgebungen (ATU) in NI und MV eine ATU für das Land HH installiert, anhand derer pilotiert werden soll, inwieweit eine Ableitung aus der ITU automatisch erfolgen kann. Nach diesem Muster sollen die ATU's der anderen ndL aufgebaut werden.</p> <p>Maßnahmen zum Projektziel 3: Die Schulungsumgebung wird schrittweise im Nachgang zur Installationstestumgebung (ITU) aufgebaut. Übergangsweise können die ndL die niedersächsische Schulungsumgebung (SUNi) nutzen.</p>

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

... (hier Text eingeben)

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvo-
Welche groben Schritte oder		

Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	lumens
	M 1 Start des Projektes am 10.11.2015 bzw. 15.02.2016	
Aufbau der Systeme ITU	30.04.2018	
Datenmigration / Test	31.08.2018	
Regelbetrieb	30.11.2018	
Aufbau der Systeme SCN / ATU	30.04.2019	
Datenmigration / Test	31.08.2018	
Regelbetrieb	30.11.2018	
	M x Ende des Projektes am 30.11. 2019	
Aufwand Gesamt:		

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
Ausstattung	
Sachkosten	
Kosten Dataport	2018: 190.000 € 2019: 390.000 €
Sonstige	

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

siehe Anlage.

Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

████████████████████

Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Finanzen

██

████████████████████ Rudolf-Hilferding-Platz 1, 28195 Bremen

████████████████████


██

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung
	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel
D70	Projekt Konsens, Teilprojekt 2: Dataport Forensik (dForensik)

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes.
Unterstützung der Strafverfolgung in Fragen der IT-Forensik Elektronische Beweismittel werden gerichtsfest gesichert und zur weiteren Bearbeitung zur Verfügung gestellt.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 12. September 2017, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Senatorin für Finanzen Abteilung 1
Projektleitung (falls schon benannt)

Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)

Projektbeginn	
Projektende (geplant)	November 2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c)
einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Hier: Verbesserung der internen Abläufe

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Mit der fortschreitenden Digitalisierung werden auch die digitalen Beweismittel wie Rechner, Smartphones und Server in der Strafverfolgung immer wichtiger. Auch die Steuerfahndung hat zunehmend große Datenmengen (im Terrabyte-Bereich) zu sichern und auszuwerten.

dForensik ist eine Dataport Lösung, die eine zentrale Plattform für die Arbeit mit digitalen Beweismitteln – auch in der behörden- und länderübergreifenden Zusammenarbeit – bereitstellt. Die gesicherten Daten stehen auf externen Festplatten zur Überspielung auf die Arbeitsplatzrechner zur Verfügung; auf Wunsch können gezielt einzelne Datentypen wie Fotos oder Videos extrahiert werden. Die Beweissicherung wird umfassend dokumentiert, dadurch wird die Verwendbarkeit der Beweismittel vor Gericht sichergestellt.

Vor allem bietet dForensik innovative Analysemöglichkeiten, bspw. zum Aufspüren und Nachverfolgen von Personenbeziehungen oder zum Auswerten großer Textmengen.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
Projektziel 1: Einführung der Dataport Forensik
Projektziel 2:
Projektziel 3:
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
Maßnahmen zum Projektziel 1: Anschaffung der Dataport Forensik
Maßnahmen zum Projektziel 2:
Maßnahmen zum Projektziel 3:

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

... (hier Text eingeben)

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	Aufwand in % des Gesamtvolumens
	M 1 Start des Projektes am 30.01.2018 (Vorstellung)	
Erstellung Anforderung / Leistungsbeschreibung	30.11.2018	
Beschaffung / Einrichtung Systeme	April 2019	
Einrichtung RZ / Netze	Juni 2019	
Datenmigration	August 2019	
Testbetrieb / Pilotbetrieb / Einsatz	November 2019	
	November 2019 Ende des Projektes am	
Aufwand Gesamt:		

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
Ausstattung	
Sachkosten	
Kosten Dataport	2018: 150.000 € 2019: 370.000 €

Sonstige	

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.


siehe Anlage.

Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)


Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Finanzen

 
Rudolf-Hilferding-Platz 1, 28195 Bremen

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung
	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel
D70	Projekt Konsens, Teilprojekt 3: Erweiterung der Scanstelle im Finanzamt Bremen

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes.
Ausweitung des Scanbetriebs zur medienbruchfreien Weiterverarbeitung von in Papier eingehenden Steuererklärungen

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 12. September 2017, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Senatorin für Finanzen Abteilung 1
Projektleitung (falls schon benannt)
████████████████████
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)
████████████████████

Projektbeginn	01.01.2018
Projektende (geplant)	30.06.2018

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c)
einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Hier: Verbesserung der internen Abläufe, funktionierende Service im Bereich der Bürgerdienste

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Papierbasierende Arbeitsabläufe sind eines der Haupthindernisse für eine effiziente Bearbeitung von Steuererklärungen. Die Vermeidung von Medienbrüchen ist daher ein entscheidender Schritt hin zu einer durchgreifenden Modernisierung der Steuerverwaltung. Mit dem Verfahren SESAM (Steuererklärungen scannen und maschinell bearbeiten) werden in Papierform eingehende Steuererklärungsformulare eingescannt und die so gewonnenen Daten maschinell aufbereitet, bevor sie der weiteren elektronischen Verarbeitung zugeführt werden. SESAM unterstützt dadurch die Arbeit in den Finanzämtern hinsichtlich Qualität und Quantität. Die Bürger profitieren von einer effektiven Verkürzung der Bearbeitungszeiten im Finanzamt. Im Finanzamt Bremen werden die Papiererklärungen derzeit mit Hilfe von 2 Hochleistungsscannern für ausgewählte Bereiche eingescannt. Um das Scanverfahren auf alle Bereiche und alle Finanzämter (insb. auch Bremerhaven) auszudehnen ist die Anschaffung eines weiteren Scangeräts einschl. eines erweiterten Supports durch Dataport notwendig. Perspektivisch soll die Einrichtung eines zentralen Scanzentrums bei Dataport für alle Dataport-Trägerländer geprüft werden.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
Projektziel 1: Ausweitung Scanstelle im Finanzamt Bremen
Projektziel 2:
Projektziel 3:
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
Maßnahmen zum Projektziel 1: Anschaffung weiterer Scanner einschl. Software und Erweiterung Support durch Dataport
Maßnahmen zum Projektziel 2:

Maßnahmen zum Projektziel 3:

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

... (hier Text eingeben)

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
Projektstart	M 1 01.01.2018	
Lieferung u. Installation HW	Februar 2018	
Test	März 2018	
Erweiterung BHV	Juni 2018	
	M x Ende des Projektes am 30.06.2018	
Aufwand Gesamt:		

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
Ausstattung	
Sachkosten	
Kosten Dataport	2018: 35.000 €

Sonstige	

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

siehe Anlage.

Berichtswesen

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten. Das Berichtswesen, auch zur internen Steuerung der Projekte, wird aufgebaut.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

[REDACTED]

Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Finanzen

[REDACTED]

[REDACTED]
Rudolf-Hilferding-Platz 1, 28195 Bremen

[REDACTED]

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage : Projekt D70 Konsens

Datum : 08.06.2018

Stand: 17.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

IT-Steuer, hier: 1. Testen im Norden und Schulungscenter Nord; 2. Dataport Forensik; 3. Erweiterung Scanstelle

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung :

Betrachtungszeitraum (Jahre):

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	keine	1
2	keine	2
n		

Ergebnis

Weitergehende Erläuterungen

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.12.2019	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1			
2			
3			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen
 Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

 Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

Zu 1. Der Einsatz der KONSENS-Verfahren ist für alle Steuerverwaltungen aufgrund des KONSENS-Verwaltungsabkommens bzw. KONSENS-Gesetzes verpflichtend. Aufgrund des Dataport-Staatsvertrages betreibt HB mit den norddeutschen Ländern HH, MV, NI, SH und ST für die Steuerdatenverarbeitung ein gemeinsames Rechenzentrum in Rostock. Daneben haben die Länder HB, MV, NI, SH und ST einen Staatsvertrag für eine länderübergreifende gebündelte Verfahrensbetreuung abgeschlossen, wonach ein Land ein bestimmtes KONSENS-Verfahren zentral für alle Länder betreuen soll (Prinzip „Einer für Alle“). Die KONSENS-Verfahren müssen vor ihrem Echteinsatz zwingend in einer Testumgebung getestet werden. Die Einrichtung eines Test- und Schulungscentrums für alle ndL im gemeinsamen Rechenzentrum ist daher alternativlos.

Zu 2. Der Einsatz von dForensik ist alternativlos, weil die Strafverfolgung ein gesetzlicher Auftrag ist. Zu deren Funktionieren gehört auch die zuverlässige Sicherung und Auswertung von Beweismitteln in Form von elektronischen Daten, die durch dForensik unterstützt wird.

Zu 3. Die Erweiterung des Scanverfahrens ist alternativlos, weil es sich dabei um ein verpflichtend einzusetzendes KONSENS-Verfahren handelt. Das Scanverfahren dient der Umsetzung der Digitalisierungsbemühungen in der Steuerverwaltung.

A

Die Senatorin für Finanzen

Bremen, 31.Mai 2018

 öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018****Produktgruppe:** 96.01.01 IT/E-Government-Budget der FHB (L)**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
	0950.532 01-7	950	900	Projekt D70 Konsens	375.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	375.000,00
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A

Sonstige Anmerkungen: Kurzbeschreibung der Maßnahme

Teilprojekt TiNo und SCN:
Einrichtung einer technischen Umgebung, in der neue Verfahren oder neue Programmversionen von bestehenden Verfahren auf technische Lauffähigkeit geprüft werden können (Installationstestumgebung) sowie einer Umgebung, in der die fachlichen Verfahrensbetreuer die Funktion der von Ihnen betreuten IT-Verfahren für sich und im Zusammenspiel mit anderen IT-Verfahren testen können (Abnahmetestumgebung) und einer Umgebung, in der die Bediensteten im Rahmen ihrer Ausbildung oder später in den Finanzämtern anhand speziell erstellter Schulungsfälle den Umgang mit neuen und ggf. auch bestehenden IT-Verfahren üben können, ohne dabei andere Umgebungen zu beeinflussen (Schulungsumgebung).

Teilprojekt Dataport Forensik:
Bereitstellung einer zentralen Plattform für die Arbeit mit digitalen Beweismitteln zur Verwendbarkeit vor Gericht einschließlich innovativer Analysemöglichkeiten, bspw. zum Aufspüren und Nachverfolgen von Personenbeziehungen oder zum Auswerten großer Textmengen.

Teilprojekt Erweiterung Scanstelle:
Anschaffung eines weiteren Scangeräts einschl. erweiterter Support durch Dataport, um das Scanverfahren auf alle Finanzamtsbereiche im Land Bremen auszudehnen und eine medienbruchfreie Verarbeitung von Steuererklärungen zu ermöglichen.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, nicht erforderlich

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Bürgerservice

Inhaltsverzeichnis

Projekt	Projektbezeichnung	Behörde	Seite
Zentrale Bürgerservice-Projekte			
Änderungsanträge			
B15	Mobiler Service für ältere Menschen	FHB / SF	4
Bürgerservice-Projekte der Ressorts			
Änderungsanträge			
B19	Einrichtung des ServiceCenterBau Nord	SUBV	19
Neuanträge			
B42	Information und Beratung zur EU DSGVO	LfdI	27
B43	Gesundheits- und Präventionsberichterstattung	SWGv	39
B44	Infektionsschutz im GAB	SWGv	51
B45	Kindeswohl 2.0 – Optimierung des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes	SWGv	62
B46	Gelbfieberimpfung und reisemedizinische Beratung	SWGv	74

Zentrale Bürgerservice-Projekte

B15 Mobiler Service für ältere Menschen
(Änderungsantrag)

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Mobiler Service für ältere Menschen im Stadtteil		Lfd. Nr. B15 der Liste	
Zielgruppe: Ältere Bürgerinnen und Bürger mit Unterstützungsbedarf, Anbieter von Unterstützungsleistungen			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Die Verweildauer von älteren und mobilitätseingeschränkten im Stadtteil soll erhöht werden. Zudem soll ein Verbund aus öffentlichen und privaten Partnern gegründet werden, die gemeinsam die Unterstützungsleistung für ältere Menschen verbessern.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Gründung des Verbundes	Anzahl	1	1
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Es werden zusätzliche Unterstützungsangebote in den Stadtteilen bereitgestellt. Dazu gehört auch eine gezielte Vermittlung von Informationen.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Neue Unterstützungsangebote/-dienstleistungen für ältere Menschen schaffen	Anzahl	4	4
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Aufbau eines Verbundes mit verschiedenen Partnern. Umsetzung von verschiedenen Teilprojekten zur Verbesserung der Unterstützungsangebote			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Gewinnung von Verbundpartnern zum Ausbau der Unterstützungsleistungen	Anzahl	4	4
Umsetzung von verschiedenen Teilprojekten	Anzahl	4	4

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	23 T€	23 T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	1,0 VZÄ	1,0 VZÄ
Konsumtiv	250,0 T€	223,6,0 T€	222,0 T€	192,0 T€

Investiv Bremerhaven	0,0 T€ T€	0,0 T€ T€	0,0 T€ T€	0,0 T€ T€
-------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------

Beigefügte Unterlagen:

- | | | |
|--|--|-------------------------------|
| Projektbeschreibung/-auftrag | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Zeitplan | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| WU-Übersicht | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| Antrag auf Nachbewilligung | <input checked="" type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung
	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel
B15	Mobiler Service für ältere Menschen im Stadtteil

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes.
Die Unterstützungsangebote für ältere Menschen in den Stadtteilen sollen mit Hilfe eines Lotsendienstes zielgruppenspezifisch bekannter gemacht werden. Gleichzeitig soll das Angebot an Unterstützungsangeboten erhöht werden, um eine längere Verweildauer der älteren Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld zu ermöglichen. Hierfür soll ein Verbund aus öffentlichen und privaten Partnern aufgebaut werden. Die Unterstützungsangebote sollen im Rahmen eines Pilotprojektes in ausgewählten Stadtteilen angeboten und evaluiert werden. Mit dem Verbund soll ein Beitrag zur Verbesserung des Services für ältere Menschen in Bremen geleistet werden. Im Anschluss an das Pilotprojekt wird evaluiert, welche Unterstützungsangebote dauerhaft zur Verbesserung der Lebenssituation von älteren Menschen in den Stadtteilen geeignet sind.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 12. September 2017, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Senatorin für Finanzen
Projektleitung (falls schon benannt)
Leitung und Koordination [REDACTED] Projektumsetzung [REDACTED] (Institut für Informationsmanagement Bremen - ifib)
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)
-

Projektbeginn	01.02.2018
Projektende (geplant)	31.12.2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c)
einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Zurzeit sind ältere und/oder unterstützungsbedürftige Mitbürger/innen entweder als „mobile Alte“ (Besucher von Altentagesstätten, Beratungsstellen, Altenurlaub etc.) oder als Pflegebedürftige Adressaten von Transferzahlungen, Betreuung und kommunalem Handeln. Die weder zur einen noch zur anderen Gruppe gehörenden Menschen sind deshalb nicht oder kaum in dem amtlichen Betreuungsspektrum zu finden. Damit besteht die Gefahr, dass als Folge mangelnder Unterstützung die Pflegebedürftigkeit erst entsteht. Um dieses „Abrutschen“ in die Pflege und damit auch zusätzliche Kosten zu vermeiden, sollte diese Gruppe stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit und damit der Unterstützung rücken. Der Bekanntheitsgrad bestehender Unterstützungsangebote muss dabei erhöht werden und gleichzeitig müssen die Angebote punktuell ergänzt werden.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
<p>Projektziel 1: Erhöhung der Verweildauer von älteren Menschen im gewohnten Wohnumfeld durch die Verbesserung des Angebotes an Unterstützungsleistungen.</p> <p>Projektziel 2: Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Unterstützungsangebote</p>
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?

Maßnahmen zum Projektziel 1:

- Gründung eines Verbundes von öffentlichen und privaten Trägern zur Verbesserung der Unterstützungsangeboten von älteren Menschen in den Stadtteil
- Ausbau der Unterstützungsangebote für ältere Menschen durch die Umsetzung verschiedene Teilprojekte, z.B.: Formularservice des BTB, Ummeldeservice vor Ort (1,0 VZÄ im Bürgeramt von Juli 2018 bis Juni 2019 zur Umsetzung des Pilotvorhabens), Bibliotheksservice
- Beratung privater Träger bei Umsetzung von Unterstützungsangeboten

Maßnahmen zum Projektziel 2:

- Umsetzung des Teilprojektes „Lotsenprojekt“, bei dem potentielle Bedürftige gezielt mit Informationen zu Unterstützungsangeboten versorgt werden.

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Es sollen keine Doppelstrukturen zu den bisherigen Angeboten aufgebaut werden. Das Projekt bietet auch keine pflegerischen Dienstleistungen an.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Für den Projektstart wird der Verbund definiert und es gibt eine gemeinsame Auftaktveranstaltung	M 1 Start des Projektes am 01.02.2018	10
Das größte Teilprojekt (TP), der Lotsendienst, beginnt in vier bremischen Stadtteilen	M 2 Start TP1 Lotsenprojekt 01.04.2018	20
Die einzelnen Teilprojekte beginnen mit den Arbeiten	M 3 sukzessiver Start der weiteren TPs bis 30.07.2018	30
Die Erkenntnisse aus der ersten Projektphase werden evaluiert, das Projekt wird für weitere Partner geöffnet	M 4 Zwischenevaluation 31.12.2018	15
Die Projektarbeiten werden abgeschlossen	M 5 Ende der Projektstätigkeit in den Stadtteilen 30.06.2019	15

Das Projekt wird insgesamt evaluiert und der Übergang zu Regelaufgaben bzw. die Ausweitung der Unterstützungsangebote wird beschlossen	M 6 Abschluss des Gesamtprojekt, inkl. Nachevaluation 31.12.2019	10
Aufwand Gesamt:		100

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
A6-Stelle beim Bürgeramt zur Umsetzung des Teilprojektes „Ummeldeservice vor Ort“ (01.07.2018 bis 30.06.2019)	46.080 €
Ausstattung	
Entfällt	
Sachkosten	413.920 €
Beratungsleistung durch das Institut für Informationsmanagement Bremen (über den Dataport-RV)	250.000 €
Formularservice	80.000 €
Ummeldeservice vor Ort	13.920 €
Bibliotheksservice	10.000 €
Lotsenprojekt	35.000 €
Öffentlichkeitsarbeit	25.000 €
Sonstige	
Zusätzlich werden für 2018 und 2019 jeweils 40.000 € durch die AOK Bremen/Bremerhaven bereitgestellt, die zusätzlich in das Teilprojekt Lotsenprojekt fließen. Die Mittel werden über eine Einnahmestelle im Haushalt SF auf das Projekt verbucht.	

* Die Kostenaufstellung für das Projekt weicht für 2018 und 2019 von der vom Senat im September 2017 beschlossenen Finanzierung ab, da innerhalb des Projektes eine Verschiebung von konsumtiven Mitteln zu Personalmitteln i.H.v. 46.080 € erfolgen soll. Insgesamt werden pro Jahr weniger Mittel benötigt werden, als ursprünglich beantragt (2018: -5.000 €, 2019: -8.600 €).

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

s. WiBe im Anhang

Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Regelmäßige Berichte im Rahmen der Projektstruktur an SV2 bei SF

A

Senatorin für Finanzen

Bremen, 07.Juni 2018

 öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018****Produktgruppe:** 91.03.01 Personal- und Verwaltungsmanagement**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
	3058.428 01-8			Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (TPM) Projekt B15 – Handlungsfeld Bürgerservice	23.040 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
91.03.01	0900/531 69-9	Sachausgaben Projekt B15 - Mobiler Service - Handlungsfeld Bürgerservice	23.040,00

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl				
PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung
	+1,0 TPM	01/07/2018 - 31/12/2018		1,0

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen				
PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A

**Sonstige Anmerkungen:
Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Der Senat hat in seiner Sitzung am 12. September 2017 zur Haushaltsaufstellung 2018/19 u. a. auch Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitalisierung und Bürgerservice beschlossen. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat am 26. Januar 2018 (nach Beschluss der Bremischen Bürgerschaft zum Doppelhaushalt 2018/19) nach Vorlage der entsprechenden Projektunterlagen im Vollzug 2018 die Auflösung der Schwerpunktmittel und Verteilung und Zuordnung der Globalmittel auf die Einzelmaßnahmen im Rahmen der Handlungsfelder Digitalisierung und Bürgerservice beschlossen.

In diesem Rahmen wurde der Bereitstellung von Projektmitteln in Höhe von 250 Tsd. Euro für den Mobilen Service für ältere Menschen im Stadtteil zugestimmt. Im Rahmen eines Verbundes sollen Unterstützungsangebote für ältere und mobilitätsbeschränkte Menschen im Stadtteil bereit gestellt werden, die u.a. die Verweildauer der Menschen im gewohnten Umfeld erhöhen.

Für das Projekt sind Umwandlungen von konsumtiven Mitteln in Personalausgaben in Höhe von 23.040 Euro erforderlich. Die Personalausgaben werden auf der bestehenden Haushaltsstelle des Projekts 0900.531 69-9 eingespart.

Die Projektziele und Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung ergeben sich aus dem Maßnahmenvorblatt und der Projektskizze B 15 "Mobiler Service".

Die Ausgaben werden ausschließlich im Landeshaushalt veranschlagt.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel nunmehr auf Haushaltsstellen der Ressorts verlagert.

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Produktbereichsverantwortlicher	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Produktplanverantwortlicher	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Ausschüsse:	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Deputationen:	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage : B15

Datum : 07.06.2018

Stand: 07.06.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

B15 Mobiler Service für ältere Menschen im Stadtteil
Verstärkungsmittel Bürgerservice 2018/2019

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit **einzelwirtschaftlichen**
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts-/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung :

Betrachtungszeitraum (Jahre):

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Durchführung des Vorhabens	1
2	Keine Durchführung des Vorhabens	2

Ergebnis

Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 64 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 63 gemäß WiBe 5.0 (Beide > oder < 50 Punkte) bedeutet, dass die Bürgerservice-Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).

Weitergehende Erläuterungen

s. WiBe

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Gründung eines Verbundes zum Ausbau der Unterstützungsangebote für ältere Menschen	Anzahl	1
2	Bereitstellung zusätzlicher Unterstützungsangebote	Anzahl der Angebote	4 zusätzliche Angebote
3	Gewinnung von weiteren Unterstützungs- und Verbundpartnern	Anzahl der Verbundpartner	4 Partner aus dem öffentlichen und/oder privaten Sektor

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten / die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

Tab. 1: Projekt- und Betriebskostenübersicht "Mobiler Service für ältere Menschen" 1)

in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Projektkosten (investiv)				
Personalkosten				
A6-Stelle im Bürgeramt zur Umsetzung des Teilprojektes "Ummeldeservice v	23.040	23.040	0	46.080
Konsumtive Ausgaben				0
Zusatzleistung BTB (Teilprojekt Formularservice)	35.000	45.000	40.000	80.000
Ummeldeservice vor Ort	6.960	6.960	2.000	13.920
Bibliothek	5.000	5.000	5.000	10.000
Lotsenprojekt	20.000	15.000	0	35.000
Öffentlichkeitsarbeit	15.000	10.000	5.000	25.000
Beratungsleistungen von externen (über Dataport-Rahmenvertrag)	140.000	110.000	25.000	250.000
Projektkosten insgesamt	245.000	215.000	77.000	460.000

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

2) Die Kostenaufstellung der Personalmittel für das Projekt weicht für 2019 von der vom Senat im September 2017 beschlossenen Finanzierung ab, da insgesamt pro Jahr weniger Mittel benötigt werden, als ursprünglich beantragt (2018: -5.000 €, 2019: -8.600 €).

Tab. 2: Nutzwertanalyse "Mobiler Service für ältere Menschen" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die Bürgerservice- und Modernisierungsstrategie der FHB	10	8	80	Erhöhung der Serviceleistungen gegenüber den Bürgern, v.a. der Zielgruppe ü 70. Umsetzung der Bürgerservice-Strategie hinsichtlich eines kundenorientierten und dezentralen Umgangs
2 Nutzung bereits vorhandener Strukturen und Projekte	10	6	60	Das Projekt baut auf den Erkenntnisse einer Machbarkeitsstudie auf und greift auch auf vorhandene Infrastruktur der Verwaltung zurück, v.a. des Bürgertelefons Bremen (BTB) und der Expertise des Ref. für älteren Menschen bei SJFIS
3 Dienststellen und ressortübergreifende Effekte für die gesamte FHB	10	6	60	Die FHB wird ressortübergreifend als einheitlicher Akteur im Projekt dargestellt. Das Projekt wird dabei hauptsächlich durch SF durchgeführt und seitens SJFIS fachlich beraten.
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	8	120	Das Angebot wird zielgruppenspezifisch ausgeweitet, so wird z.B. mit dem Formulare Service das Angebotsportfolio des BTB ausgeweitet. Die Arbeitsergebnisse können damit für die Zielgruppe erheblich verbessert werden.
5 Verkürzung der Bearbeitungszeit	10	2	20	Die Bearbeitungszeit wird indirekt verkürzt, da z.B. Formulare vorab per Post verschickt werden und/oder Personen frühzeitig auf Unterstützungsangebote zurückgreifen, wodurch sich Folgearbeiten verkürzen können
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	15	8	120	Die FHB wird ressortübergreifend als einheitlicher Akteur im Projekt dargestellt. Für die Zielgruppe soll es einen zentralen Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen geben, u.a. durch den postalischen Versand von Formularen.
7 Imageverbesserung	10	8	80	Die Wahrnehmung der FHB als Initiator eines Mobilen Service wird verbessert. Zudem wird ein Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil geleistet.
8 Verbesserte Steuerung für Entscheidungsträger	5	6	30	Informationen können zielgerichtet an Bedarfsträger weitergeleitet werden. Die Steuerung der Zugangswege zur Zielgruppe soll ressortübergreifend verbessert werden.
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	4	40	Durch eine zielgerichtete Informationspolitik und die Bereitsstellung von Serviceangeboten werden die Anbieter von Serviceleistungen entlastet. Zudem wird die Bedeutung der Anbieter für die Zivilgesellschaft in den Vordergrund gestellt. Durch sinnstiftendes Handeln erhöht sich damit auch die Attraktivität der Arbeitsbedingungen.
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	6	30	Die Aufgabenfelder von Beschäftigtengruppen werden erweitert. Zudem werden umfangreiche Schulungen zum Umgang mit den älteren Menschen angeboten.
Insgesamt	0	62	640	
Ergebnis WiBe Q			64	
Externe Effekte				
A. Wer sind meine Kunden?				Ältere Menschen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen in bremischen Stadtteilen, die einen Bedarf an Unterstützungsangeboten haben. Öffentliche und private Anbieter von Unterstützungsleistungen für ältere Menschen.
B. Was wollen meine Kunden?				Mehr Unterstützung im Alltag und Unterstützungsangebote sowie eine zielgerichtete Bereitstellung von Informationen für Unterstützungsleistungen
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				Für die Nutzung des Angebotes ist seitens der Kunden keine technische Ausstattung notwendig.
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				Große Nachfrage nach Informations- und Unterstützungsangeboten, da im Rahmen der Vorstudie evaluiert wurde, dass vorhandene Angebote nicht bekannt sind. Zudem wurde der Bedarf an neuen Unterstützungsangeboten erhoben, die im Rahmen des Projektes umgesetzt werden sollen.
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	4	40	Die Machbarkeitsstudie hat einen Bedarf an zusätzlichen Dienstleistungen und Unterstützungsangeboten für ältere Menschen ergeben. Das Projekt kommt diesem Bedarf nach.
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	8	80	Durch zentrale Service-Hotlines, u.a. über das BTB und die Dienstleistungszentren (DLZ) in den Stadtteilen, werden einheitliche Zugangswege erzeugt. Im Rahmen des Lotsenprojektes stehen den Bürger*innen zudem zentrale Ansprechpersonen zur Verfügung.
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	15	4	60	Das Projekt zeigt Zugangswege zu Unterstützungsleistungen auf und soll die Nutzbarkeit erhöhen. Gleichzeit soll die Vielfalt der Angebote dargestellt werden.
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	10	50	Den älteren Menschen werden unmittelbar Unterstützungsangebote bereitgestellt bzw. die Kontakte vermittelt.
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	8	80	Es gibt direkte Rückmeldungen zu den Bedarfen der älteren Menschen, die über die DLZ gebündelt und aufbereitet werden.
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	15	6	90	Angebote werden kostengünstig angeboten, Zusatzkosten durch lange Wegstrecken entfallen. Der Nutzungsgrad bestehender Angebote wird erhöht.
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	5	8	40	Nachhaltiger Aufbau eines Verbundes und regelmäßiger Austausch zwischen den öffentlichen und privaten Beteiligten.
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	5	4	20	Durch zielgerichtete Informationskampagnen verkürzt sich mittelbar auch die Bearbeitungszeit.
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	15	6	90	Zielgerichtete Ausweitung der Unterstützungsangebote im Rahmen des Verbundes durch die Verwaltung und private Träger.
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	8	80	Etablierung eines Regelbetriebes und Dauerhafte Bereitstellung der Unterstützungsangebote für die Verwaltung und die Bürger*innen
Insgesamt	100	66	630	
Ergebnis WiBe E			63	

=> Bürgerservice-Maßnahme kann durchgeführt werden

1) Hinweis: Die Bewertung erfolgt in Anlehnung an die Kriterienkataloge der WiBe 5.0 (Anlage zum Beschluss Nr. 2015/3 des Rates der IT-Beauftragten der (Bundes-)Ressorts vom 19. Februar 2015), herausgegeben von der Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik. Die Punktevergabe ist nicht beliebig, sondern orientiert sich an den Vorgaben der WiBe 5.0, vgl. dort den Teil zur Nutzwertbetrachtung, ab S. 37).

Bürgerservice-Projekte der Ressorts

B19	Einrichtung ServiceCenterBau Nord (Änderungsantrag)	SUBV
B42 (neu)	Information und Beratung zur EU DSGVO	LfDI
B43 (neu)	Gesundheits- und Präventionsbe- richterstattung	SWGv
B44 (neu)	Infektionsschutz im GAB	SWGv
B45 (neu)	Kindeswohl 2.0 – Optimierung des Kinder- und Jugendgesundheits- dienstes	SWGv
B46 (neu)	Gelbfieberimpfung und reisemedi- zinische Beratung	SWGv

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Aufbau Service Center Bau Nord		Lfd. Nr. B19 der Liste	
Zielgruppe: Bürger*innen			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Bürger*innen erhalten SUBV-weit einheitliche Dienstleistungen aus einer Hand			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Kundenzufriedenheit	%	75	100
Bessere Erreichbarkeit	h/ Woche	30	30
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Räumliche Konzentration und Homogenisierung der im BBN angebotenen Dienstleistungen und Öffnungszeiten an das Service Center Bau des SUBV			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Ausweitung Öffnungszeiten Foyer	h/ Woche	30	30
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Einrichtung des ServiceCenterBau Nord			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Bauliche Umsetzung und Inbetriebnahme	%	60	100

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	T€	T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	VZÄ	VZÄ
Konsumtiv	T€	T€	T€	T€
Investiv	13,3 T€	11,9 T€	40 T€	20 T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

Beigefügte Unterlagen:

Projektbeschreibung/-auftrag

ja

nein

Zeitplan

ja

nein

WU-Übersicht

ja

nein

Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse

ja

nein

Antrag auf Nachbewilligung

ja

nein

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung
B19	Aufbau Service Center Bau Nord

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes.
Räumliche Konzentration und Homogenisierung der im BBN angebotenen Dienstleistungen und Öffnungszeiten an das Service Center Bau des SUBV auf Grundlage einer baulich-investiven Grundrissänderung

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen Senatsbeschluss: 12. September 2017, Haushaltsaufstellung 2018/2019: Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
SUBV
Projektleitung (falls schon benannt)
SV-BV
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)
BBN XXXXXXXXXX

Projektbeginn	2018
Projektende (geplant)	2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Steigerung des Bürgerservice

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Kunden in Bremen Stand und Bremen Nord finden unterschiedlich bürgernahe Dienststellen des SUBV vor. Ursache hierfür ist im Wesentlichen, dass das Bauamt Bremen Nord als potentieller Projektpartner bei der Konzeption und Einrichtung eines Service Centers Bau im SHH nicht berücksichtigt wurde. Hieraus resultieren bislang unterschiedliche Öffnungszeiten / Erreichbarkeiten sowie Dienstleistungsumfänge.

Anmerkung zur erhöhten Mittelanforderung: Im Ergebnis der Mitbestimmung wurde der vorgesehene Umbauumfang erweitert. Die zwischenzeitlich angelaufene Grundlagenermittlung und Abstimmung durch einen Fachplaner ergaben neben einer konjunkturell und vergaberechtlich bedingten Verzögerung der baulichen Umsetzung (neu 4.Q 2018/1.Q 2019) v.a. zu erwartende Mehranforderungen infolge der allg. Baupreientwicklung und wesentliche Mehrungen für Baustelleneinrichtung und Reinigung durch Umbau im laufenden Betrieb.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
Projektziel 1: Höhere Kundenzufriedenheit / Dienstleistungsorientierung
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
Maßnahmen zum Projektziel 1: <ul style="list-style-type: none"> - Gesamtfortschreibung des Geschäftsverteilungsplans mit anteiliger Ausrichtung / Stärkung kundennaher Bereiche - Ausweitung einer gesicherten tel. Erreichbarkeit unter -18666 zu festen und kommunizierten Zeiten, ergänzt um das Angebot des BTB - Ausweitung der allg. Öffnungszeiten des BBN von derzeit 9h / Woche auf 30 h/ Woche (allg. Dienstleistungen ohne Bauberatung) - Erstmaliges Angebot auch innerstädtischer Bebauungspläne auf Grundlage einheitlich georeferenzierter Plangrundlagen - perspektivisch Wiedereinführung des örtlichen Angebots von Geo-Basisdaten in

<p>Amtshilfe</p> <ul style="list-style-type: none"> - perspektivisch Angebot der bargeldlosen Zahlung - Monitoring über Kundenbefragung

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Keine Entwicklung neuer Standards, sondern primär Übernahme des Dienstleistungsangebots des SCB

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
Mitarbeiterinformation	M 1 Start des Projektes am 12.12.2017 (Personalversammlung)	
Gesamtfortschreibung GVP BBN	M 2: Abschluss Mitbestimmung Januar 2018	
Umbaumaßnahmen	M 3: Umbauftrag über SUBV an IB / WfB	53 %
	M 4: Abschluss Umbau 3. Quartal 2018	
Schulung Mitarbeiter (AFZ)	M 5: 3./4. Quartal 2018	
Kundenbefragung (AFZ, Hochschule)	M 6: 1. Jahreshälfte 2019	
	M 7: Ende des Projektes am 30.06.2019 (Abschluss Kundenbefragung)	47 %
Aufwand Gesamt:		100%

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
Ausstattung	
Sachkosten	40.000 €

Umbau des Service-Bereichs	
Sonstige	

Anmerkung zur erhöhten Mittelanforderung in Höhe von 26.700 €: Im Ergebnis der Mitbestimmung wurde der vorgesehene Umbauumfang erweitert. Die zwischenzeitlich angelaufene Grundlagenermittlung und Abstimmung durch einen Fachplaner ergaben neben einer konjunkturell und vergaberechtlich bedingten Verzögerung der baulichen Umsetzung (neu 4.Q 2018/1.Q 2019) v.a. zu erwartende Mehranforderungen infolge der allg. Baupreisentwicklung und wesentliche Mehrungen für Baustelleneinrichtung und Reinigung durch Umbau im laufenden Betrieb.

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

s. Anlage

Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Der Umsetzungsstand der Maßnahme wird im Rahmen des Haushaltsvollzugs sowie über den Projektzeitraum mind. vierteljährlich an SV-BV berichtet.

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Bürgerservice zu berichten.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

[REDACTED]

Amtsleitung Bauamt Bremen Nord

Gerhard-Rohlf's-Straße 62

28757 Bremen

[REDACTED]

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum : 05.06.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

B 19 Einrichtung eines Service Centers Bau Nord (Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice)

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

- Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

- Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung :

Betrachtungszeitraum (Jahre):

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Durchführung der Investition	1
2	Keine Investition	2

Ergebnis

Durchführung der Investition

Weitergehende Erläuterungen

Ziel der Maßnahme ist eine investitionsbedürftige, einmalige Anpassung der Grundrissstruktur / Schließkonzeption des BBN zur Einrichtung eines "Service Centers Bau Nord" analog dem Service Center Bau im SHH.

Die Bündelung der im BBN vertretenen, und perspektivisch durch das Angebot an Geodienstleistungen auszubauen, Dienstleistungsangebote im zentralen Eingangsbereich soll die Auffindbarkeit und Kundenorientierung bei gleichzeitig effizienteren Ablaufstrukturen / verbesserter Erreichbarkeit sicherstellen. Aufgrund der dabei fallzahlbedingt notwendigen Arbeitsteilung zwischen den im Engeren zuständigen Sachbearbeitern soll eine Anpassung der Sitzordnung unter den spezifischen Erfordernissen an die einzelnen Arbeitsplätze erfolgen. Die im Rahmen der zurückliegenden Personalsonderprogramme erreichten Personalnachbesetzungen im BBN bei marktbedingt hoher Teilzeitquote erfordern zur Unterbringung aller Mitarbeiter darüber hinaus eine Straffung und weitergehende bauliche Optimierung der vorhandenen Mietflächen unter Beachtung der Arbeitsstättenrichtlinien. Entsprechend sind Trockenbauwände zu ergänzen / zu verschieben und die Ablauforganisation unterstützende Türdurchbrüche notwendig. (s. Anlage)

Zudem soll eine ergänzende Anpassung der Schließanlage bei gleichzeitig erweiterten Öffnungszeiten des Foyers / Empfangs die Kundensteuerung zugunsten effizienterer Sachbearbeitung verbessern.

Die begonnene, inhaltliche Ausgestaltung des Serviceangebots orientiert sich am Vorbild des SCB bei SUBV und ist Teil des ZOV-Projekts „BBN“ bzw. einer GVP-Gesamtfortschreibung mit gleicher Zielsetzung.

Anmerkung zur erhöhten Mittelanforderung: Im Ergebnis der Mitbestimmung wurde der vorgesehene Umbaumumfang erweitert. Die zwischenzeitlich angelaufene Grundlagenermittlung und Abstimmung durch einen Fachplaner ergaben neben einer konjunkturell und vergaberechtlich bedingten Verzögerung der baulichen Umsetzung (neu 4.Q 2018/1.Q 2019) v.a. zu erwartende Mehranforderungen infolge der allg. Baupreisentwicklung und wesentliche Mehrungen für Baustelleneinrichtung und Reinigung durch Umbau im laufenden Betrieb.

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020	2.	3.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Einhaltung des Budgetrahmens	€	40.000

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum : 05.06.2018

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO:

- die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
- die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

- Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

Die Maßnahme mit Investitionen von insgesamt rund 40.000 € orientiert sich an den Erfordernissen des Arbeitsstättenrechts sowie an den Erfahrungswerten hinsichtlich Ablauforganisation / Raumbedarfen im SCB bei SUBV und ergänzt den Ausbau der BBN-Flächen in Anpassung an den vorhandenen Standard (Baujahr 2010/2011).

Eine Umsetzung erfolgt über Ref. 13 SUBV i. V. m. IB und in Abstimmung mit der WfB als Vermieterin der Büroflächen.

Anmerkung zur erhöhten Mittelanforderung: Im Ergebnis der Mitbestimmung wurde der vorgesehene Umbauumfang erweitert. Die zwischenzeitlich angelaufene Grundlagenermittlung und Abstimmung durch einen Fachplaner ergaben neben einer konjunkturell und vergaberechtlich bedingten Verzögerung der baulichen Umsetzung (neu 4.Q 2018/1.Q 2019) v.a. zu erwartende Mehranforderungen infolge der allg. Baupreisentwicklung und wesentliche Mehrungen für Baustelleneinrichtung und Reinigung durch Umbau im laufenden Betrieb.

A

SUBV

Bremen, 06.Jun 2018

 öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018****Produktgruppe: 68.02.07** Bauamt Bremen Nord**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
	3691.700 10-0	691		Um- und Erweiterungsbauten Bürgerservice Center Bau Nord Projekt B19 - Handlungsfeld Bürgerservice	26.700 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00
92.31.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	26.700,00

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A**Sonstige Anmerkungen:
Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Räumliche Konzentration und Homogenisierung der im BBN angebotenen Dienstleistungen und Öffnungszeiten an das Service Center Bau des SUBV auf Grundlage einer baulich-investiven Grundrissänderung.

Anmerkung zur erhöhten Mittelanforderung: Im Ergebnis der Mitbestimmung wurde der vorgesehene Umbauumfang erweitert. Die zwischenzeitlich angelaufene Grundlagenermittlung und Abstimmung durch einen Fachplaner ergaben neben einer konjunkturell und vergaberechtlich bedingten Verzögerung der baulichen Umsetzung (neu 4.Q 2018/1.Q 2019) v.a. zu erwartende Mehranforderungen infolge der allg. Baupreientwicklung und wesentliche Mehrungen für Baustelleneinrichtung und Reinigung durch Umbau im laufenden Betrieb.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die konsumtive und investive Mittel verlagert.

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

 ja nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

 ja nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

 ja nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

 ja nein, nicht erforderlich

Deputationen:

 ja nein, nicht erforderlich

Dep. f. Umwelt,Bau,Verk.,Stadtentw.,Energie+Landw.

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: „Erste-Hilfe-Informationszentrum Datenschutzgrundverordnung“		Lfd. Nr. 42 der Liste	
Zielgruppe: Unternehmen der Privatwirtschaft, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, und die von der Datenverarbeitung betroffenen Personen			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Erste Sensibilisierung für Pflichten und rechte im Zusammenhang mit der DSGVO			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Informationsveranstaltungen	Anzahl	1	4
Erteilung von telefonischen und schriftlichen Auskünften	Anzahl	nach Bedarf (von der LfDI nicht steuerbar)	nach Bedarf (von der LfDI nicht steuerbar)
Erstellung von Informationsmaterial (siehe Produkt)		4	13
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Informationsmaterial, das ab 2020 nur noch geringfügig angepasst werden muss			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Informationsmaterial in klarer und einfacher Sprache für Betroffene und für Verantwortliche und Auftragsverarbeiter	Anzahl	4	13
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Bis Ende 2019 Einrichtung eines „Erste-Hilfe-Zentrums Datenschutzgrundverordnung“			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Erstellung des Informationsmaterials	Anzahl	4	13
Durchführung der Informationsveranstaltungen	Anzahl	1	4

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	T€	T€	35 T€	65 T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	1,00 VZÄ	1,00 VZÄ
Konsumtiv	T€	T€	T€	T€
Investiv	T€	T€	T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

Beigefügte Unterlagen:


Projektbeschreibung/-auftrag	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Zeitplan	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
WU-Übersicht	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Antrag auf Nachbewilligung	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Antrag auf Erteilung einer VE	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Projektskizze zur Entscheidungsvorlage

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung
LfDI B 42	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel „Erste-Hilfe-Informationszentrum Datenschutzgrundverordnung“

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes. Die LfDI hat nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) umfangreiche Aufgaben im Zusammenhang mit der Sensibilisierung insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen der Privatwirtschaft für ihre Pflichten und der Information der Betroffenen über ihre Rechte nach der DSGVO in klarer und einfacher Sprache. Hierfür werden zusätzliche Arbeitskapazitäten, insbesondere im Bereich des für beide Bereiche besonders entscheidenden technischen Datenschutzes benötigt. Das bis Ende 2019 laufende Projekt dient der Schaffung eines „Erste-Hilfe-Informationszentrums DSGVO“ in der Anlaufphase der DSGVO, die seit dem 25. Mai 2018 EU-weit gilt. Neben der Durchführung von Informationsveranstaltungen und der Bearbeitung telefonischer und schriftlicher Anfragen sollen Informationsmaterialien in klarer und einfacher Sprache erstellt werden, die sich insbesondere auf technische Aspekte beziehen und die nach dem Ende des Projektes weiterverwendet und gegebenenfalls geringfügig angepasst werden sollen.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Projektleitung (falls schon benannt)

Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)

--

Projektbeginn	Projektbeginn nach HaFA-Befassung (Herbst 2018)
Projektende (geplant)	31.12.2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c) einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Mit dem Inkrafttreten der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (**DSGVO**) sind von der LfDI und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zahlreiche neue Aufgaben zu erfüllen, zu denen auch wichtige Dienstleistungen der Sensibilisierung und der Information zählen. Dies sind unter anderem:

Die Sensibilisierung und Aufklärung der Öffentlichkeit für die Risiken, Vorschriften, Garantien und Rechte im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten, insbesondere die Entwicklung, sofern diese Kinder betrifft (Art. 57 Abs. 1 Buchst. b DSGVO),

die Sensibilisierung der Verantwortlichen und Auftragsverarbeiter für die ihnen aus der DSGVO entstehenden Pflichten (Art. 57 Abs. 1 Buchst. d DSGVO),
die Information betroffener Personen über die Ausübung ihrer Rechte nach der DSGVO (Art. 57 Abs. 1 Buchst. e DSGVO) und
die Beratung in Bezug auf die in Artikel 36 Absatz 2 DSGVO genannten Verarbeitungsvorgänge (Verarbeitungen, die nicht im Einklang mit der Datenschutzgrundverordnung stünden) (Art. 57 Abs. 1 Buchst. i DSGVO).

Im Hinblick auf die rechtskonforme Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung sind diese Dienstleistungen von besonderer Bedeutung. Für die Erfüllung dieser in der Anlaufphase der DSGVO in besonderem Umfang anfallenden Aufgaben verfügt die LfDI derzeit nicht über ausreichende Ressourcen.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maß-

nahmen hinterlegt werden.

Projektziele
Projektziel 1: Insbesondere technische Sensibilisierung kleiner und mittlerer Unternehmen der Privatwirtschaft über ihre Pflichten und Information von Betroffenen über ihre Rechte durch die LfDI in der Anlaufphase der DSGVO
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
Maßnahmen zum Projektziel 1: Aufbau eines „Erste-Hilfe-Informationszentrums DSGVO“ durch eine Informatikerin/einen Informatiker mit universitärem Hochschulabschluss bei der LfDI

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Im Rahmen des Projekts nicht wahrgenommen werden sollen Aufgaben der Datenschutzaufsicht, die sich aus der Datenschutzgrundverordnung ergeben und von den bisher schon in der Dienststelle tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfüllt werden. Ab 2020 sollen die Regelaufgaben der Sensibilisierung und Information mit Hilfe der erstellten Materialien mit wenig Personalaufwand erledigt werden können.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
	M 1 Start des Projektes nach HaFA-Befassung	
Erstellung, Aktualisierung und Bereitstellung von Informationsmaterialien für Unternehmen und Betroffene	4 Informationspakete für Betroffene im Jahr 2018 (Art. 12-20 Art. 88, Art. 7/8/21, Art. 77-82DSGVO), 13 Informationspakete für Unternehmen im Jahr 2019 (Art. 5-10, 21, Art. 12-20, Art. 88, Art.25/32, Art. 83f, Art. 22, Art. 24, Art. 26, Art. 28/29, Art. 37-39, Art. 42-42, Art. 44-49)	Ca. 60%
Telefonische und schriftliche Information	Anzahl der Anfragen nicht von der LfDI steuerbar	Ca. 35%
Durchführung von Informationsveranstaltungen	2018: 1; 2019: 4	Ca. 15%

Aufwand Gesamt:	100%
-----------------	------

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
Eine Informatikerin/ein Informatiker TVL 13	T€ 35 in 2018 T€ 65 in 2019
Ausstattung	
Sachkosten	
Sonstige	

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.



Insbesondere die technische Sensibilisierung der kleinen und mittleren Unternehmen für die Pflichten nach der DSGVO ist im Rahmen der Digitalisierung (Wirtschaft 4.0.) von besonderer Bedeutung und kann Fehlentwicklungen vermeiden, die für Unternehmen aufgrund der erheblichen Bußgeldandrohungen zu wirtschaftlichen Einbußen führen können.

Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Die LfDI erstellt gemäß Art. 59 Datenschutzgrundverordnung einen Jahresbericht über ihre Tätigkeit und übermittelt diesen dem Parlament und der Regierung. In Bremen sind dies die Bremische Bürgerschaft und der Senat.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

Ansprechpartnerin ist die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit 




A öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018****Produktgruppe:** 06.01.01 Beratung/Kontrolle/Berichtertstellung (L)**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
	0029.428 01-8	029	925	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Projekt B42 Handlungsfeld Bürgerservice - Information u. Beratung DSGVO	35.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	35.000,00
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A**Sonstige Anmerkungen:
Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit hat nach der Europäischen Datenschutzgrundverordnung umfängliche Aufgaben im Zusammenhang mit der Sensibilisierung der Unternehmen der Privatwirtschaft und Information von Betroffenen über ihre Rechte. Hierfür werden zusätzliche Arbeitskapazitäten, insbesondere im Bereich des technischen Datenschutzes, benötigt. Die Landesbeauftragte verfügt derzeit über diese Kapazitäten nicht. Sie müssen zusätzlich eingeworben werden.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die benötigten Mittel stehen bei der Hst. 0029/428 01-8 (Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) nicht zur Verfügung. Sie werden dort aber dringend benötigt. Ohne die Bereitstellung der zusätzlichen Mittel wird es der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit nicht möglich sein, den sich aus der Datenschutzgrundverordnung ergebenden Aufgaben ausreichend nachzukommen.

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

 ja nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

 ja nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

 ja nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

 ja nein, nicht erforderlich

Deputationen:

 ja nein, nicht erforderlich

An die Senatorin für Finanzen
 mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
 Im Auftrag

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum : 17.05.2018

Stand: 17.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Sensibilisierung von Unternehmen der Privatwirtschaft und Information von Betroffenen im Zusammenhang mit der Europäischen Datenschutzgrundverordnung

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit **einzelwirtschaftlichen**
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung :

Betrachtungszeitraum (Jahre):

Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Sensibilisierung und Information im Zusammenhang mit der DSGVO	1
2	Unterbleiben der Sensibilisierung und Information im Zusammenhang mit der DSGVO	2
n		

Ergebnis

Die Durchführung des Projekts „Erste-Hilfe-Informationszentrums DSGVO“ führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 100 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 105 gemäß WiBe 5.0 (Beide > 50 Punkte) bedeutet, dass die IT-Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).

Weitergehende Erläuterungen

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.12.2019	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Durchführung/Nichtdurchführung von Informationsveranstaltungen	Anzahl	5
2	Erteilung/Nichterteilung telefonischer/schriftlicher Auskünfte	Anzahl	Nicht von der LfDI steuerbar
3	Erstellung/Nichterstellung von Informationsmaterial	Anzahl	17

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten / die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

Tab. 1: Kostenübersicht [Sensibilisierung und Information im Zusammenhang mit der DSGVO] 1)

in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Personal				100.000,0
	35.000,0	65.000,0		
Ausstattung				0,0
Sachkosten				0,0
Kosten insgesamt	35.000,0	65.000,0	0,0	100.000,0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien angelehnt an WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien angelehnt an WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse [B42 "Erste -Hilfe-Informationszentrum DSGVO" 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die Bürgerservice- und Modernisierungsstrategie der FHB	10	10	100	Im Hinblick auf die qualitativ-strategische Bedeutung des Projekts sind in der vorgegebenen Gewichtung Veränderungen vorgenommen worden. Diese sind insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Datenschutzgrundverordnung erst im Mai dieses Jahres wirksam und für die aufsichtsbehördliche Tätigkeit der LfDI maßgeblich wurde. Die Sensibilisierung und Information im Zusammenhang mit der Verordnung sind neue Aufgaben der LfDI, was sich insbesondere auf die Gewichtung der Kriterien des Qualitätszuwachses bei der Aufgabenentwicklung, des einheitlichen Verwaltungshandelns und der Qualitätssicherung und -erweiterung auswirkt.
2 Nutzung bereits vorhandener Strukturen und Projekte	10	4	40	
3 Dienststellen und ressortübergreifende Effekte für die gesamte FHB	10	0	0	
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	20	10	200	
5 Verkürzung der Bearbeitungszeit	10	10	100	
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	5	10	50	
7 Imageverbesserung	10	10	100	
8 Verbesserte Steuerung für Entscheidungsträger	5	10	50	
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	10	100	
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	10	8	80	
Insgesamt	100	82	820	
Ergebnis WiBe Q			82	
Externe Effekte				
A Wer sind meine Kunden?				
B. Was wollen meine Kunden?				
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	10	100	
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	10	100	
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	10	10	100	
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	10	50	
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	10	100	
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	15	8	120	
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	5	8	40	
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	5	10	50	
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	15	10	150	
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	8	80	
Insgesamt	95	94	890	
Ergebnis WiBe E			89	

Maßnahme kann durchgeführt werden

Handlungsfeld Digitalisierung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Gesundheits- und Präventionsberichterstattung		Lfd. Nr. B43 der Liste	
Zielgruppe: Bürgerinnen und Bürger, Fachöffentlichkeit, Politik und Verwaltung			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Entwickelt werden soll eine integrierte Gesundheits- und Präventionsberichterstattung. Die Gesundheitsberichterstattung (GBE) ist eine gesetzliche Aufgabe nach § 9 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst. Neu hinzu kommt die Präventionsberichterstattung, die – und das ist der neue Ansatz - in die GBE integriert werden soll. Mit der Maßnahme soll zum einen die Bevölkerung über die gesundheitliche Lage und die gesundheitliche Versorgung informiert werden – zum anderen soll Politik und Verwaltung eine Planungsgrundlage für fachliche und politische Schwerpunktsetzungen erhalten.			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Realisierungsgrad des ersten Berichts	%	50	100
Aufbau eines Internetangebots	%	50	100
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Bericht und Internetangebot			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Anfrage des Berichts (gedruckt)	Anzahl	0	200
Aufrufe des Internetangebots	Anzahl	0	1.000
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Die Umsetzung erfolgt in Kooperation mit dem Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie - BIPS GmbH, der Landesvereinigung für Gesundheit e.V. (LVG) und den Gesundheitsämtern Bremen und Bremerhaven			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Erstellung von Auswertungen auf der Grundlage geeigneter statistischer Methoden nach Konzept	%	50	100

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)					
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung		
	2018	2019	2018	2019	
Personalausgaben	T€	T€	0 T€	65,0	T€
Personal-Stellen	VZÄ	VZÄ	VZÄ	1,00	VZÄ
Konsumtiv	T€	T€	101 T€	30	T€
Investiv	T€	T€	T€		T€
Bremerhaven	T€	T€	T€		T€

Beigefügte Unterlagen:


Projektbeschreibung/-auftrag	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Zeitplan	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
WU-Übersicht	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Wirtschaftlichkeitsberechnung/-analyse	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
Antrag auf Nachbewilligung	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Projektskizze Gesundheits- und Präventionsberichterstattung

Projektnummer	Projekttitle / Bezeichnung
B 43	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel Gesundheits- und Präventionsberichterstattung

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes. Das Projekt soll eine datengestützte Information der Bürgerinnen und Bürger, der Politik und Verwaltung über die gesundheitliche Lage und die gesundheitliche Versorgung darstellen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Information über Präventionsmaßnahmen.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
Projektleitung (falls schon benannt)

Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)

Projektbeginn	27.08.2018
Projektende (geplant)	31.12.2019 (Veröffentlichung des ersten Berichts März/April 2019)

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c)
einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Mit der Verabschiedung des Präventionsgesetzes (2015) wurden im Land Bremen erste Strukturen geschaffen, um Politikfeldübergreifende Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention zu etablieren. Die Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit setzt jedoch Daten und Analysen voraus, die Aussagen über eine Entwicklung sozialer Unterschiede in der Gesundheit und Lebenserwartung im Zeitverlauf geben. Diese Angaben sind nicht nur für die Entwicklung einer Health-in-All-Policies-Strategie Bremens und entsprechenden Maßnahmen relevant. Vielmehr zeichnet sich bereits jetzt ab, dass sie auch im Rahmen der zurzeit im Aufbau befindlichen Präventionsberichterstattung des Bundes 2018 ff. nachgefragt werden.

Parallel dazu soll die in § 9 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Bremen verankerte Landesgesundheitsberichterstattung konzeptionell neu aufgestellt werden. Ziel ist es, datengestützte, fundierte Aussagen über gesundheitliche Problemstellungen in den Stadtgemeinden, insbesondere über den Gesundheitszustand der Bevölkerung, über soziale und umweltbedingte Ursachen, die die Gesundheit beeinflussen, und über die Versorgungslage zu treffen.

Es erscheint sinnvoll, die Anforderungen an eine Präventions- und an eine Gesundheitsberichterstattung in einem Berichtssystem zu kombinieren.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele

Projektziel 1: Schaffung einer integrierten Gesundheits-/Präventionsberichterstattung

Projektziel 2: Aufbau eines Internetangebots für die Zielgruppen (Bürger/-innen, Politik, Verwaltung)

Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?

Maßnahmen zum Projektziel 1:
Veröffentlichung des 1. Berichts im März/April 2019
Dauerhafte Etablierung eines Berichtssystems

Maßnahmen zum Projektziel 2:
Umsetzung des Internetangebots

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Das Vorhaben beinhaltet nicht

- lediglich vorhandene Daten auszuwerten und im Sinne einer Datensammlung bereitzustellen
- Präventionsberichterstattung und Gesundheitsberichterstattung als zwei parallele Stränge nebeneinander durchzuführen.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket	Meilensteine	Aufwand in % des Gesamtvo- lumens
Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	(= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	
Konzepterstellung	M 1 Start des Projektes sofort nach Mittelbereitstellung HaFA	20 %
Datenaufbereitung Rohfassung Bericht	M2 Ende Oktober	30 %
Erstellung Langfassung fürs Internet / Kurzfassung für den Druck	M3 Ende November	20 %
Layout und Druck	M4: Dezember 2018	10 %
Vorlage in der Bürgerschaft	M5: März/April 2019	2 %
Planung partizipativer Elemente für folgende Berichte	M 6 Ende des Projektes 31.12.2019	18 %
Aufwand Gesamt:		100 %

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
SWGv: 1,0 VZÄ (TV-L 14 unbefristet ab 01.01.2019)	65.000 Euro (2019 ff)
Ausstattung	
Sachkosten	
Ab 01.01.2019	30.000 Euro (2019 ff)
Konsumtive Ausgaben (Zuschüsse für Personal):	
- im BIPS (von 06/2018 bis 02/2019; TV-L 14)	- 62.950 Euro (2018)
- in der LVG (nur in 2018)	- 38.000 Euro (2018)
Sonstige	

Wirtschaftlichkeit

Die Wirtschaftlichkeit des Projektes wird kontinuierlich durch ein Leistungscontrolling geprüft.

Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Für die erste Projektphase

1. Deputation für Gesundheit im Januar 2019

2. Senat: Februar 2019

3. Bürgerschaft: März 2019

→ im Rahmen der dauerhaften Etablierung wird diesen Gremien regelmäßig berichtet.

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist jährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung zu berichten.

Ansprechpartner/in:



Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
Contrescarpe 72 - 28195 Bremen



Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Stand: 24.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

Gesundheits- und Präventionsberichterstattung

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): zwei Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Gesundheits- und Präventionsberichterstattung	1
n	Nichtdurchführung der Maßnahme	

Ergebnis

Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2). Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 60 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 54 gemäß WiBe 5.0 (beide >50 Punkte) bedeutet, dass die Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).

Weitergehende Erläuterungen

Eine Nichtdurchführung der Maßnahme ist keine Alternative. Die Gesundheitsberichterstattung ist eine gesetzliche Aufgabe nach § 9 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Land Bremen. Hiernach sollen ausgewählte Daten für relevante gesundheitliche Problemstellungen in den Stadtgemeinden, insbesondere über den Gesundheitszustand der Bevölkerung, über soziale und umweltbedingte Ursachen, die die Gesundheit beeinflussen und über die Versorgungslage dargestellt und bewertet werden. Der erste integrierte Gesundheits-/Präventionsbericht soll im März/April 2019 vorgelegt werden. Vor dem Hintergrund des engen Zeitfensters wird die Kombination von externen Leistungen sowie Leistungen, die in der Abteilung Gesundheit erbracht werden soll, am zielführendsten bewertet. Es ist vorgesehen, dass zwei Mitarbeiter/-innen der Abteilung Gesundheit für den ersten Bericht sowohl die Koordination übernehmen als auch operative Aufgaben durchführen. Eine Alternative ist aufgrund der engen Zeitvorgaben nicht möglich.

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Anfrage des Berichts (gedruckt)	Anzahl	200
2	Aufrufe des Internetangebots	Anzahl	1.000
3			

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten / die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum :

Tab. 1: Kostenübersicht B43 Gesundheits- und Präventionsberichterstattung 1)

in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Personal				
1,0 VZÄ ab 01.01.2019		65.000,0	65.000,0	65.000,0
Ausstattung				
Sachkosten				
Zuschuss für Personal an BIPS	62.950			62.950
Zuschuss für Personal an LVG	38.000			38.000
Sachkosten		30.000	30.000	30.000
Kosten insgesamt	100.950,0	95.000,0	95.000,0	195.950,0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien angelehnt an WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien angelehnt an WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse [B43 Gesundheits- und Präventionsberichterstattung] 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die Bürgerservice- und Modernisierungsstrategie der FHB	10	8	80	Bereitstellung von Gesundheitsinformationen
2 Nutzung bereits vorhandener Strukturen und Projekte	10	8	80	Erfahrungen bisheriger Gesundheitsberichterstattung
3 Dienststellen und ressortübergreifende Effekte für die gesamte FHB	10	10	100	Schaffung ressortübergreifender Planungsgrundlagen für gesundheits- und sozialpolitische Schwerpunktsetzung
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	10	10	100	Validierung Sekundärdatennutzung, Schaffung von Grundlagen für die Etablierung einer kontinuierlichen Berichterstattung
5 Verkürzung der Bearbeitungszeit	10	0	0	
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	10	6	60	Nutzung einer ressortübergreifende Methodik für sozialräumlicher Analysen
7 Imageverbesserung	10	10	100	Öffentlichkeitswirksame Darlegung von Maßnahmen und Strategien ("was tut die Gesundheitsssenatorin für die Gesundheit und die gesundheitliche Versorgung der Bremer Bevölkerung? Was plant sie?")
8 Verbesserte Steuerung für Entscheidungsträger	10	5	50	Schaffung ressortübergreifender Planungsgrundlagen für gesundheits- und sozialpolitische Schwerpunktsetzung
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	0	0	
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	5	25	Validierung Sekundärdatennutzung, Schaffung von Grundlagen für die Etablierung einer kontinuierlichen Berichterstattung
Insgesamt	95	62	595	
Ergebnis WiBe Q			60	
Externe Effekte				
A Wer sind meine Kunden?				Bürgerinnen und Bürger, Politik, Verwaltung
B. Was wollen meine Kunden?				Information
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				Internet
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				hoch
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	6	60	Dringlichkeit aufgrund politischen Willens
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	0	0	
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	10	10	100	Ziel: Komplexe Informationen z.B. über die Hintergründe der Steuerung gesundheitlicher Versorgung leicht erklärt
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	10	5	50	Bürgerinformation
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	8	80	Information von Bürger/-innen, Politik und Verwaltung
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	10	5	50	Entscheidungsgrundlage für politische Entscheidungen
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	10	0	0	
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	10	0	0	
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	10	10	100	Verbesserung des Zugangs zu Informationen der gesundheitlichen Lage/gesundheitlichen Versorgung
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	10	100	Für die Weiterentwicklung der Gesundheits- und Präventionsberichterstattung
Insgesamt	100	54	540	
Ergebnis WiBe E			54	

Maßnahme kann durchgeführt werden

A öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2018****Produktgruppe: 51.11.01** Gesundheitsförderg., -hilfe u.-schutz L**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	0501.685 21-	500		Zuschüsse an BIPS zur Sicherstellung der Gesundheitsberichterstattung (Projekt B43 - Handlungsfeld Bürgerservice)	62.950 €
X	0501.685 22-	500		Zuschüsse an LVG zur Sicherstellung der Gesundheitsberichterstattung (Projekt B43 - Handlungsfeld Bürgersevice)	38.000 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	100.950,00
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A

Sonstige Anmerkungen: Kurzbeschreibung der Maßnahme

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2018/2019 hat der Senat in seiner Sitzung am 12.09.2017 die innerhalb der Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Digitale Verwaltung und Bürgerservice dargestellten Maßnahmen beschlossen. Die Veranschlagung dieser Mittel erfolgte zunächst auf Globaltiteln im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen.

Zum Controlling der Verstärkungsmittel im Rahmen der Staatsrätesitzung am 29.05.2018 hat die SF neben der Aktualisierung des Controllings eine Abfrage über Mehrbedarfe gestellt.

Mit der Verabschiedung des Präventionsgesetzes (2015) wurden im Land Bremen erste Strukturen geschaffen, um Politikfeldübergreifende Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention zu etablieren. Die Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Verringerung der gesundheitlichen Ungleichheit setzt jedoch Daten und Analysen voraus, die Aussagen über eine Entwicklung sozialer Unterschiede in der Gesundheit und Lebenserwartung im Zeitverlauf geben. Diese Angaben sind nicht nur für die Entwicklung einer Health-in-All-Policies-Strategie Bremens und entsprechenden Maßnahmen relevant. Vielmehr zeichnet sich bereits jetzt ab, dass sie auch im Rahmen der zurzeit im Aufbau befindlichen Präventi-onsberichterstattung des Bundes 2018 ff. nachgefragt werden.

Parallel dazu soll die in § 9 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Bremen verankerte Landesgesundheitsberichterstattung konzeptionell neu aufgestellt werden. Ziel ist es, datengestützte, fundierte Aussagen über gesundheitliche Problemstellungen in den Stadtgemeinden, insbesondere über den Gesundheitszustand der Bevölkerung, über soziale und umweltbedingte Ursachen, die die Gesundheit beeinflussen, und über die Versorgungslage zu treffen.

Die Anforderungen an eine Präventions- und an eine Gesundheitsberichterstattung sollen in einem Berichtssystem kombiniert werden

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel in den Produktplan 51 Gesundheit verlagert.

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Produktbereichsverantwortlicher	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Produktplanverantwortlicher	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Ausschüsse:	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
Deputationen:	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein, nicht erforderlich
/ Dep. für Gesundheit und Verbraucherschutz		

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Infektionsschutz im GAB		Lfd. Nr. B 44 der Liste	
Zielgruppe: Bürgerinnen und Bürger des Landes Bremen, Öffentliche wie private Einrichtungen im Land Bremen			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Schutz vor Infektionskrankheiten für die gesamte Bremer Bevölkerung, Beratung			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Bearbeitung von Infektionsmeldungen	Anzahl d. Meldungen	ca. 250	ca. 1.000
Überwachung der Hygiene in medizinischen Einrichtungen	Anzahl d. Rückmeldung z. Mängelbehebung	5	25
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Wöchentliche Sprechstunde			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Beratung der Leitung begangener medizinischer Einrichtungen	Anzahl	5	45
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Einsatz von humanmedizinischer Fachkompetenz, insbesondere Reisemediziner/innen und weiterem medizinisches Fachpersonal			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Einsatz Gesundheitsaufseher/in	VZÄ	1,0	1,0
Geschäftszimmer	VZA	0,5	0,5

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	0 T€	T€	24,5 T€	82,7 T€
Personal-Stellen	0 VZÄ	0 VZÄ	1,5 VZÄ	1,5 VZÄ
Konsumtiv	T€	T€	0 T€	0 T€
Investiv	0 T€	0 T€	0 T€	0 T€
Konsumtiv	0 T€	0 T€	0 T€	0 T€

Beigefügte Unterlagen:

Projektbeschreibung/-auftrag	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Zeitplan	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
WU-Übersicht	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Wirtschaftlichkeitsberechnung/- analyse Antrag auf Nachbewilligung	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein


Projektskizze

Infektionsschutz im Gesundheitsamt Bremen

Projektnummer	Projekttitel / Bezeichnung
B 44	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel Infektionsschutz

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes. Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben aus dem Infektionsschutzgesetzes im Gesundheitsamt Bremen. Die Notwendigkeiten, verstärkt Aufgaben im Bereich des Infektionsschutzes wahrzunehmen, werden durch die nach wie vor hohen Zahlen von Zuwanderungen und die globale Reisetätigkeit sowie der Veränderung von wirtschaftlichen Tätigkeiten (Zunahme von Tatoostudios etc.) erforderlich. Zudem hat die Veränderung des Infektionsschutzgesetzes zu einer stetigen Aufgabenzunahme geführt. Der Infektionsdienst als zentrale Aufgaben des Meldewesens wird zunächst vorrangig versehen.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Gesundheitsamt Bremen
Projektleitung (falls schon benannt)

Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)

Gesundheitsamt Bremen, Amtsleitung und Leitung Abteilung 3

Projektbeginn	01.10.2018
Projektende (geplant)	31.12.2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch

- Verbesserung der internen Abläufe,
- optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und
- einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Die personellen Kapazitäten des GAB zur Durchführung von Begehungen im Zusammenhang mit dem Infektionsschutzgesetz müssen erweitert werden. Der Bürgerservice würde mit den geplanten Einstellungen verbessert werden.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
Projektziel 1: Verstärkung des Infektionsschutzes der Bremer Bevölkerung
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
Maßnahmen zum Projektziel 1: Durchführung von regelmäßigen Begehungen sowie die Bearbeitung des notwendigen Meldewesens

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Es soll kein Eingriff in die schulmedizinischen Untersuchungen sowie Impfungen erfolgen.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Ausschreibung und Einstellung des Personals	M 1 Start des Projektes am 01.10.2018- mit der Besetzung der Stellen zum nächstmöglichen Zeitpunkt	10 %
Einarbeitung des Personals	M2 Einstieg in den Routinebetrieb durch neues Personal innerhalb 2 Monaten	25 %
Begleitung der ersten 6 Begehungen durch erfahrenes Stammpersonal und Übernahme von Infektionsdienstzeiten	M3 Auswertung der begleiteten Begehungen	25 %
Eigenständige Begehung durch das neue Personal	M4 Durchführung geplanter Begehungen ab dem 01.07.2019	40 %
	M 5 Ende des Projektes: 31.12.2019	
Aufwand Gesamt:		100 %

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
1,0 VZÄ Gesundheitsaufseher/in 0,50 VZÄ Verwaltungsmitarbeiter/in	24,5 T€ (2018) 82,7 T€ (2019)
Ausstattung	
Sachkosten	
Sonstige	

Wirtschaftlichkeit

Siehe Anlage WU.

Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Bericht ggü. der senatorischen Dienststelle

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist halbjährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung und Bürgerservice zu berichten.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

Gesundheitsamt Bremen

████████████████████

Hornerstraße 60/70

28203 Bremen

████████████████

██

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum : 24.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

B44 Infektionsschutz im GAB

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): zwei Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Infektionsschutz im GAB	1
2		
n	Nichtdurchführung der Maßnahme	n

Ergebnis

Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2). Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 62 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 76 gemäß WiBe 5.0 (beide >50 Punkte) bedeutet, dass die Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).

Weitergehende Erläuterungen

Eine Nichtdurchführung der Maßnahme ist keine Alternative, da es sich um eine gesetzliche Aufgabe handelt. Die Notwendigkeiten, verstärkt Aufgaben im Bereich des Infektionsschutzes wahrzunehmen, werden durch die nach wie vor hohen Zahlen von Zuwanderungen und die globale Reisetätigkeit sowie der Veränderung von wirtschaftlichen Tätigkeiten (Zunahme von Tatoostudios etc.) erforderlich. Zudem hat die Veränderung des Infektionsschutzgesetzes zu einer stetigen Aufgabenzunahme geführt.

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. jährlich im Rahmen der Jahresberichterstellung

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Bearbeitung von Infektionsmeldungen	Fallzahl	1.000
2	Begehungen von medizinischen Einrichtungen einschl. Beratung	Fallzahl	45
3		Fallzahl	

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten / die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

Tab. 1: Kostenübersicht [B 44 Infektionsschutz] 1)

in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Personal				107.200,0
1,5 VZÄ	24.500	82.700,0	82.700	
Ausstattung				0,0
Sachkosten				0,0
Kosten insgesamt	24.500,0	82.700,0	82.700,0	107.200,0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien angelehnt an WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien angelehnt an WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse [B 44 Infektionsschutz] 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die Bürgerservice- und Modernisierungsstrategie der FHB	10	10	100	Die durch die Maßnahme ermöglichte erhöhte Anzahl an Begehungen reduziert einerseits die Gefahr von Infektionserkrankungen im Land Bremen und erhöhte andererseits die Servicequalität für die BetreiberInnen von z.B. medizinischen Einrichtungen, da schneller, umfassender und häufiger Begehungen vorgenommen werden können. Das Risiko eines Ausbruchs einer Infektion sinkt erheblich.
2 Nutzung bereits vorhandener Strukturen und Projekte	10	4	40	Ausbau des Referats 30 (Infektionsschutz) des GAB.
3 Dienststellen und ressortübergreifende Effekte für die gesamte FHB	10	0	0	Es wird keine deutliche Effektsteigerung erwartet.
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	10	150	Die durch die Maßnahme ermöglichte erhöhte Anzahl an Begehungen erhöht einerseits die Quantität an Begehungen wie auch die Qualität, da ein kollegialer Austausch und damit die Weitergabe von Erfahrungen, Wissen und letztlich Kompetenz möglich wird.
5 Verkürzung der Bearbeitungszeit	10	4	40	Kürzere Wartezeiten für Bürgerinnen und Bürger.
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	15	2	30	Mit der Durchführung der Maßnahme erhöhen sich die Kompetenzen des GAB und führen zu kleineren Verbesserungen der internen Vereinheitlichung von Strukturen und Verfahrensroutinen.
7 Imageverbesserung	10	10	100	Die durch die Maßnahme ermöglichte erhöhte Anzahl an Begehungen verbessert das Image der Stadt Bremen, da BetreiberInnen von medizinischen Einrichtungen schneller, besser und umfassender informiert werden können. Für die Bürgerinnen und Bürger wird sichtbar, dass die Einrichtungen einer Infektionsschutzkontrolle unterzogen wurden/regelmäßig unterzogen werden.
8 Verbesserte Steuerung für Entscheidungsträger	5	6	30	Der Infektionsschutz reagiert z. B. auf konkrete Ausbrüche von Erregern. Dies ist seitens des GAB nicht steuerbar, so dass ein Erkenntnisgewinn in der Verhinderung von Ausbrüchen zu erwarten sein wird, der in die Steuerung von EntscheidungsträgerInnen einfließen wird.
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	8	80	Bessere Vertretungsmöglichkeiten, bessere Abstimmungsmöglichkeiten.
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	10	50	Die Durchführung der Maßnahme ermöglicht dem GAB eine Kompetenzerweiterung im Infektionsschutz. Damit geht einerseits eine Sicherstellung des Infektionsschutzes für die FHB einher sowie andererseits eine verbesserte Außenwirkung und die Möglichkeit, den gesetzlichen Anforderungen gerecht werden zu können.
Insgesamt	100	64	620	
Ergebnis WiBe Q			62	
Externe Effekte				
A. Wer sind meine Kunden?				
B. Was wollen meine Kunden?				
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	6	60	Veränderte wirtschaftliche Tätigkeiten, hohe Zahl an Zuwanderern und globale Reisetätigkeit erhöht die Bedarfe
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	0	0	Der Zugang ist derzeit bereits einheitlich geregelt.
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	15	8	120	Erweiterte Auskunftsmöglichkeiten
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	8	40	Hilfe durch erhöhtes Verwaltungspersonal gegeben
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	8	80	Durch erhöhtes Verwaltungspersonal zeitnahe und vollständige Information
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	15	10	150	Ein Ausbruch von Erregern kann zu einem wirtschaftlichen total Verlust bei den Kunden führen und bei der FHB schwere nachhaltige finanzielle Belastungen hervorrufen
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	5	10	50	Anpassungsaufwand für Kunden entfällt
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	5	6	30	Kürzere Wartezeiten für Bürgerinnen und Bürger
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	15	10	150	Durch die Maßnahme wird das Dienstleistungsangebot des Gesundheitsamtes deutlich für alle BürgerInnen in Bremen verbessert und erweitert. Das Risiko eines Ausbruchs einer Infektion sinkt erheblich.
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	8	80	Nachhaltigkeit des Infektionsschutzes
Insgesamt	100	74	760	
Ergebnis WiBe E			76	

Maßnahme kann durchgeführt werden

A öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) 2018****Produktgruppe: 51.01.02** Gesundheitsamt Bremen**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	3510.428 19-	510	925	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Projekt B44 Infektionsschutz - Handlungsfeld Bürgerservice	24.500 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	24.500,00

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung
51.01.02	temporäre Personalmittel	01.10.-31.12.18	+1,5	13,0

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A**Sonstige Anmerkungen:
Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2018/2019 hat der Senat in seiner Sitzung am 12.09.2017 die innerhalb der Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Digitale Verwaltung und Bürderservice dargestellten Maßnahmen beschlossen. Die Veranschlagung dieser Mittel erfolgte zunächst auf Globaltiteln im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen.

Zum Controlling der Verstärkungsmittel im Rahmen der Staatsrätesitzung am 29.05.2018 hat die SF neben der Aktualisierung des Controllings eine Abfrage über Mehrbedarfe gestellt.

Mit dieser Maßnahme soll der Infektionsschutz für die Bremer Bevölkerung sowie öffentliche wie private Institutionen verstärkt werden, um dem gesetzlichen Auftrag gerecht werden zu können.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel in den Produktplan 51 Gesundheit verlagert.

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

 ja nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

 ja nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

 ja nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

 ja nein, nicht erforderlich

Deputationen:

 ja nein, nicht erforderlich

Dep. für Gesundheit und Verbraucherschutz

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Kindeswohl 2.0 – Optimierung des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes		Lfd. Nr. 45 der Liste	
Zielgruppe: Kinder und Jugendliche von 0 Jahren bis ins Erwachsenenalter			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Optimierung des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes auch im Hinblick auf das Kindeswohlgesetz			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Gutachten zur Frühförderung bis zur Einschulung	Anzahl	1.665	1.915
Kindergartenuntersuchungen	Anzahl	2.204	2.704
Schuleingangsuntersuchungen	Anzahl	5.177	5.477
Sonderpädagogische Überprüfungen	Anzahl	750	800
Quereinsteigeruntersuchungen	Anzahl	950	1.000
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Untersuchungen von Kindern und Jugendlichen			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Schulversäumnisuntersuchungen	Anzahl	150	160
Aufgaben im Rahmen des Kindeswohlgesetzes	Anzahl	7.900	8.000
Haarprobenentnahmen bei substituierten/ drogenabhängigen Eltern	Stunden (bitte Einheit prüfen)	1.750	1.760
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Einsatz von Fachkompetenz, insbesondere Kinderärzte und Kinderärztinnen			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
1,0 Kinderarzt/Kinderärztin	VZÄ	1,0	1,0
1,0 Kinderkrankenschwester	VZÄ	1,0	1,0
0,5 Koordinierungsstelle	VZÄ	0,5	0,5

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)				
Aggregat	Senat 12.09.2017		aktuelle Planung	
	2018	2019	2018	2019

Personalausgaben	0 T€	0 T€	47 T€	166 T€
Personal-Stellen	0,00 VZÄ	0,00 VZÄ	2,50 VZÄ	2,50 VZÄ
Konsumtiv	T€	T€	T€	T€
Investiv	T€	T€	T€	T€
Bremerhaven	T€	T€	T€	T€

Beigefügte Unterlagen:

Projektbeschreibung/-auftrag	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Zeitplan	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
WU-Übersicht	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Wirtschaftlichkeitsberechnung/- analyse Antrag auf Nachbewilligung	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitel / Bezeichnung
B45	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel Kindeswohl 2.0- Optimierung des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes (KJGD)

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes. Der Schutz der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist eine der staatlichen Hauptaufgaben, die dem KJGD, einer Abteilung des Gesundheitsamts, übertragen wurden. Seit dem Erlass des Kindeswohlgengesetzes kompensiert der KJGD verstärkt Versorgungslücken im SGB V, indem Aufgaben von niedergelassenen Ärzten übernommen werden. Auf Grund der stark gestiegenen Fallzahlen besteht im KJGD Optimierungsbedarf.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Gesundheitsamt Bremen
Projektleitung (falls schon benannt)
████████████████████
Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)
████████████████████

Projektbeginn	27.08.2018
Projektende (geplant)	31.12.2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch

- a) Verbesserung der internen Abläufe,
- b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und
- c) einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Der bremische Kinder- und Jugendgesundheitsdienst macht in Außenstellen des Gesundheitsamtes, die über das gesamte Stadtgebiet verteilt sind, Angebote zur Sicherung des Kindeswohls. Hierzu gehören:

- Gutachten zur Frühförderung von 0 Jahren bis zur Einschulung
- Vorsorgeuntersuchungen für Kinder
- Schuleingangsuntersuchungen
- Sonderpädagogische Überprüfungen
- Quereinsteigeruntersuchungen
- Schulärztliche Untersuchungen wegen Fehlzeiten (Schulversäumnis)
- Aufgaben im Rahmen des Kindeswohlgesetzes
- Subsidiäre Vorsorgeuntersuchungen U6-U9
- Tracking durch die Gesundheits- und rankenpflegerinnen des KJGD
- Haarprobeentnahmen bei substituierten oder drogenabhängigen Eltern

Zurzeit besteht der KJGD aus 17 Stadtteilteams, die sich aus Kinderärzten und Kinderkrankenschwestern zusammensetzen. Mit Beginn der „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 ist nicht nur die Zahl der zu betreuenden Kinder und Jugendlichen massiv angestiegen. Erhöhter Betreuungsbedarf ergibt sich bei vielen Fällen aus den fehlenden Kenntnissen der deutschen Sprache und der durch Erlebnisse auf der Flucht verursachten psychischen Störungen. Eine nennenswerte Erhöhung von Personalstunden ist mit der bisherigen finanziellen Ausstattung nicht möglich. Die Folge sind unverhältnismäßig lange Wartezeiten bei der Feststellung von Förderbedarfen. Bis wichtige Maßnahmen eingeleitet werden, geht für die Förderung der kindlichen Entwicklung wichtige Zeit verloren.

Für die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs ist zusätzliches Personal erforderlich.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
Projektziel 1: Ein gut funktionierender KJGD hat einen maßgebenden Einfluss auf die Zukunft der Kinder und Jugendlichen in Stadt und Land Bremen und ist Ausdruck der Funktionsfähigkeit der

Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen. Ziel unseres Projektes ist, den KJGD so aufzustellen, dass er sich den aktuellen und künftigen Herausforderungen gewachsen sieht und die sich ergebenden Aufgaben nicht nur gesetzeskonform sondern optimal für jedes Einzelschicksal erledigen kann. Die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des KJGD ist ein entscheidender Mosaikstein in einer funktionierenden Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen.

Projektziel 2:

Die optimale Nutzung bestehender Kapazitäten kann im KJGD mit Hilfe einer zusätzlichen Koordinationsstelle erreicht werden, deren Aufgabe sein wird, die vorhandenen Personalkapazitäten so auf die Außenstellen in den Stadtteilen zu verteilen, dass die zusätzlichen Aufgaben mit einem Minimum an zusätzlichem Personaleinsatz zu bewältigen sind.

Projektziel 3:

Das Erreichen des 3. Projektziels, einen funktionierenden Bürgerservice, ergibt sich bei Erreichen der vorangestellten Projektziele. Prioritär ist die schnellstmögliche Erstellung der Gutachten hinsichtlich des in den Untersuchungen festgestellten Förderbedarfs, die Grundlage für die Bewilligung und Einleitung von Fördermaßnahmen sind.

(Bei Bedarf weitere Projektziele einfügen)

Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?

Maßnahmen zum Projektziel 1:

Schaffung einer Koordinierungsstelle zur Effizienzsteigerung durch Analyse und Verbesserung der internen Abläufe mit dem Ziel, die vorhandenen Kapazitäten optimal zu nutzen.

Maßnahmen zum Projektziel 2:

Vereinheitlichung und Vereinfachung der bestehenden Betriebsabläufe sowie Feststellung des Ressourcenbedarfs nach Umsetzung des Optimierungsprozesses

Maßnahmen zum Projektziel 3:

Optimierung des Bürgerservices durch zielgerichteten Einsatz der vorhandenen Ressourcen.

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Nicht Gegenstand des Projektes ist eine Reorganisation der Untersuchungen mit stabilen Untersuchungszahlen wie bei Werkschülern. Ebenfalls nicht berücksichtigt werden Aufgaben, die aus anderen Programmen refinanziert werden, wie die Erstuntersuchung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (umA) oder das Hausbesuchsprogramm für junge Eltern Tipp Tapp, das aus Mitteln der Bundesstiftung Frühe Hilfen und dem Forschungsprojekt BRISE finanziert wird.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	Aufwand in % des Gesamtvolumens
	M 1 Start des Projektes am 01.10.2018	
Durchführung der Besetzungsverfahren für das einzustellende Personal	M2 Stellenbesetzung Die Stellen- und Qualifikationsprofile für das einzustellende Personal sowie die Ausschreibungstexte werden abgestimmt. Angestrebt ist die Besetzung der Stellen zum 01.10.2018.	10 %
Analyse der aktuellen Organisationsstruktur des KJGD, Aufgabenkritik	M3 Ist-Analyse und der Aufgabenkritik insbesondere der Außenstellen	30 %
Erarbeitung des Maßnahmenplans zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der bestehenden Betriebsabläufe	M4 Schnellstmögliche Erstellung der Gutachten zum Förderbedarf mit dem Ziel von deutlich geringeren Wartezeiten für die Erstellung der in Bezug auf Fördermaßnahmen benötigten Gutachten zur Folge hat.	40 %
Erprobung der neuen Organisation und der optimierten Betriebsabläufe im Hinblick auf optimale Nutzung der Kapazitäten	M5 Einführung des durch die Koordinierungsstelle optimierten Personaleinsatzes in den Außenstellen.	20 %
	100 %	

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
0,5 VZÄ Koordinierungsstelle KJGD (TV-L 8)	7,4 T€ (2018) 25,0 T€ (2019)
1,0 VZÄ Kinderarzt/ärztin (TV-L 15)	24,5 T€ (2018) 91,0 T€ (2019)
1,0 VZÄ Kinderkrankenschwester (TV-L 8)	14,7 T€ (2018) 49,9 T€ (2019)
	<u>Insgesamt</u> 46,6 T€ (2018) 165,8 T€ (2019)
Ausstattung	
Sachkosten	
Sonstige	

Wirtschaftlichkeit

Siehe Anlage WU

Berichtswesen

Bericht ggü. der senatorischen Dienststelle

Dem Senat und dem Haushalts- und Finanzausschuss ist halbjährlich über den Fortschritt des Handlungsfeldes Digitalisierung und Bürgerservice zu berichten.

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

Gesundheitsamt Bremen

Hornerstraße 60/70

28203 Bremen

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum : 24.05.2018

Stand: 15.06.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

B45 Kindeswohl 2.0 – Optimierung des Kinder- Jugendgesundheitsdienstes

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen
 gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): zwei Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.	Benennung der Alternativen	Rang
1	Kindeswohl 2.0	1
2		
n	Nichtdurchführung der Maßnahme	

Ergebnis

**Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).
Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 77 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 65 gemäß WiBe 5.0 (beide >50 Punkte) bedeutet, dass die Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).**

Weitergehende Erläuterungen

Eine Nichtdurchführung der Maßnahme ist keine Alternative, da es sich um eine gesetzliche Aufgabe handelt. Das Gesundheitsamt Bremen verfügt über die Expertise, um alle Maßnahmen ergreifen zu können, um eine Kindeswohlgefährdung im Land Bremen zu minimieren. Hierfür ist bei den seit 2015 massiv angestiegenen Fallzahlen eine Verstärkung der Personalkapazitäten unerlässlich, um die gesetzlich vorgeschriebene Kontrolle gemäß Kindeswohlgesetz weiterhin qualifiziert ausführen zu können.

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020	2.	n.
---------------	----	----

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Schuleingangsuntersuchungen	Anzahl	5.477
2	Kindergartenuntersuchungen	Anzahl	2.704
3	Haarprobenentnahmen bei substituierten/drogenabhängigen Eltern	Anzahl	1.760

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten /
 die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen
Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

 Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

--

Tab. 1: Kostenübersicht [B45 Kindeswohl 2.0] 1)

in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Personal				212.400,0
2,5 VZÄ	46.600	165.800,0	165.800	
Ausstattung				0,0
Sachkosten				0,0
Kosten insgesamt	46.600,0	165.800,0	165.800,0	212.400,0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien angelehnt an WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien angelehnt an WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse B 45 Kindeswohl 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die Bürgerservice- und Modernisierungsstrategie der FHB	10	4	40	Die bisher eingeführten Strukturen arbeiten zielführend, es bedarf allerdings der Anpassung und Evaluation in einigen Punkten. Hierfür würde die Maßnahme genutzt.
2 Nutzung bereits vorhandener Strukturen und Projekte	10	10	100	Die Strukturen im Bereich Kindeswohl sind bereits vorhanden. Es zeigt sich aber, dass ein Ausbau zur Aufrechterhaltung des bisherigen Angebots deutlich erforderlich ist.
3 Dienststellen und ressortübergreifende Effekte für die gesamte FHB	10	6	60	Es wird durch die Maßnahme eine fortschreitende Verbesserung durch ressortinterne Vereinheitlichung von Strukturen und Verfahrensroutinen erwartet, da die Ausweitung der Fallzahlen konstant steigt und Routinen angepasst werden müssten.
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	10	150	Die durch die Maßnahme ermöglichte Konsolidierung und Evaluierung des Angebots im Bereich Kindeswohl wird zu einer deutlichen Qualitätsverbesserung führen zum Wohle weiterer Kinder in Bremen.
5 Verkürzung der Bearbeitungszeit	10	10	100	Mehr Familien können innerhalb kürzerer Zeit besucht werden. Damit wird sichergestellt, dass es zu kürzeren Bearbeitungszeiten im Bereich Kindeswohl kommen wird.
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	15	4	60	Die Durchführung der Maßnahme wird es ermöglichen, weitere Familien intensiver im Bereich des Kindeswohls zu versorgen und damit zu einer weiteren Vereinheitlichung des Verwaltungshandelns beizutragen.
7 Imageverbesserung	10	10	100	Die durch die Maßnahme ermöglichte deutliche Erweiterung der Arbeiten im Bereich Kindeswohl werden zu einer Imageverbesserung führen, da das Kindeswohl im Land Bremen einen noch höheren Stellenwert erhält als es bisher hat.
8 Verbesserte Steuerung für Entscheidungsträger	5	10	50	Die Möglichkeit, durch die Maßnahme weitere existentielle Erfahrungen im Bereich Kindeswohl zu verhindern und gleichzeitig mehr Familien besuchen zu können, wird zu einer deutlichen verbesserten Informationssituation führen und damit zu einer besseren Steuerung für Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger.
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	8	80	Die Maßnahme führt zu einer Vergrößerung der Arbeitsteams vor Ort und führt zu einer deutlich besseren Einsatzsteuerung.
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	6	30	Die Sicherstellung der qualitativ hochwertigen Arbeit im Bereich Kindeswohl kann mit der Durchführung der Maßnahme verbessert werden, ein weiterer kollegialer Austausch sowie eine bessere Vertretungsregelung werden ermöglicht. Eine stetige Qualitätsverbesserung und -erweiterung werden die Folge sein.
Insgesamt	100	78	770	
Ergebnis WiBe Q			77	
Externe Effekte				
A. Wer sind meine Kunden?				
B. Was wollen meine Kunden?				
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	10	100	Stark gestiegene Fallzahlen, der Schutz von Kindern und Jugendlichen ist eine staatliche Hauptaufgabe des GAB.
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	0	0	Der Zugang ist bereits jetzt einheitlich geregelt.
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	15	8	120	Die durch die Maßnahme ermöglichte Erweiterung des Angebots im Bereich Kindeswohl wird zu einer weiteren Sichtbarkeit und Verankerung des Themas in der Bevölkerung Bremens führen. Dies wird zu einer deutlich erweiterten Verständlichkeit der Maßnahme führen.
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	10	50	Abbau von unverhältnismäßig langen Wartezeiten bei der Feststellung von Förderbedarfen. Zeitnahe Maßnahmen sind unabdingbar für die Förderung der kindlichen Entwicklung.
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	8	80	Gutachten können zeitnah erstellt werden.
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	15	0	0	Für die Familien entsteht kein direkter wirtschaftlicher Nutzen.
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	5	10	50	Anpassungsaufwand für Kunden entfällt
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	5	6	30	Kürzere Wartezeiten für Kinder und Jugendliche.
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	15	8	120	Die durch die Maßnahme ermöglichte Erweiterung des Angebots im Bereich Kindeswohl wird zu einer deutlichen Erweiterung und Verbesserung des Dienstleistungsangebotes des Gesundheitsamts führen und sich nachhaltig auswirken.
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	10	100	Dauerhafte Gewährleistung des Kindeswohls.
Insgesamt	100	70	650	
Ergebnis WiBe E			65	

Maßnahme kann durchgeführt werden

A öffentlich nicht öffentlich**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice****Haushalt der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) 2018****Produktgruppe: 51.01.02** Gesundheitsamt Bremen**Kamerale Finanzdaten:**

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	3510.428 71-	510	925	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Projekt B45 Kindeswohl 2.0-Optimierung - Handlungsfeld Bürgerservice	46.600 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	46.600,00

Personaldaten:**zu Stellenverlagerungen** (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl

PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung
51.01.02	temporäre Personalmittel	01.10.-31.12.18	+2,5	15,5

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen

PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A

Sonstige Anmerkungen: Kurzbeschreibung der Maßnahme

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2018/2019 hat der Senat in seiner Sitzung am 12.09.2017 die innerhalb der Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Digitale Verwaltung und Bürderservice dargestellten Maßnahmen beschlossen. Die Veranschlagung dieser Mittel erfolgte zunächst auf Globaltiteln im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen.

Zum Controlling der Verstärkungsmittel im Rahmen der Staatsrätesitzung am 29.05.2018 hat die SF neben der Aktualisierung des Controllings eine Abfrage über Mehrbedarfe gestellt.

Für die Maßnahme Kindswohl 2.0 - Optimierung des Kinder- und Jugendgesundheitsdienst sind 212.355 € für Personal vorgesehen (2,5 VZÄ) in 2018 und 2019.

Mit dieser Maßnahme soll der KJGD neu aufgestellt werden, damit auch bei den gestiegenen Fallzahlen eine optimale Überwachung des Kindeswohls gewährleistet ist. Nicht nur, um dem gesetzlichen Auftrag gerecht zu werden, sondern auch um den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Bremen dauerhaft zu stärken. Gleichzeitig wird eine Steigerung der Reputation des Gesundheitsamtes Bremen erwartet.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel in den Produktplan 51 Gesundheit verlagert.

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

ja

nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

ja

nein, nicht erforderlich

Deputationen:

ja

nein, nicht erforderlich

Dep. für Gesundheit und Verbraucherschutz

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag

Handlungsfeld Digitale Verwaltung und Bürgerservice

Bezeichnung der Maßnahme: Gelbfieberimpfung und reisemedizinische Beratung		Lfd. Nr. B 46 der Liste	
Zielgruppe: Bürgerinnen und Bürger des Landes Bremen, insbesondere Geschäftsreisende und Universitätsangehörige (Beschäftigte und Studierende)			
Ergebnisse/Wirkungen (Was soll bewirkt werden?): Schutz vor Infektionskrankheiten für Auslandsreisende und für die gesamte Bremer Bevölkerung, Beratung der Bevölkerung über notwendige Impfungen			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Evidenzbasierte Reiseimpfungen bezogen auf die Reiseroute inkl. Beratung	Anzahl	750	3.000
Programm / Produkt (Was wird angeboten?): Wöchentliche Sprechstunde			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Klärung des Impfbedarfs anhand von Impfdokumenten	Anzahl d. Anfragen	750	3.000
Beratung zu notwendigen Impfungen entlang der Reiseroute	Anzahl	800	5.000
Durchführung notwendiger Reiseimpfungen	Anzahl	750	3.000
Organisation/Prozesse (Wie erfolgt die Umsetzung?): Einsatz von humanmedizinischer Fachkompetenz, insbesondere Reisemediziner/innen und weiterem medizinisches Fachpersonal			
Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung :	Einheit	Planwert 2018	Planwert 2019
Einsatz Arzt / Ärztin	VZÄ	1,0	1,0
medizinische Assistenz	VZA	2,0	2,0

Ressourceneinsatz (Was ist dafür einzusetzen?)		
Aggregat	Senat 12.09.2017	aktuelle Planung

	2018	2019	2018	2019
Personalausgaben	0 T€	T€	53 T€	184 T€
Personal-Stellen	0 VZÄ	0 VZÄ	3 VZÄ	3 VZÄ
Konsumtiv	0 T€	0 T€	0 T€	0 T€
Investiv	0 T€	0 T€	0 T€	0 T€
Konsumtiv	0 T€	0 T€	0 T€	0 T€

Beigefügte Unterlagen:


Projektbeschreibung/-auftrag	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Zeitplan	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
WU-Übersicht	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Wirtschaftlichkeitsberechnung/- analyse Antrag auf Nachbewilligung	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Projektskizze

Projektnummer	Projekttitel / Bezeichnung
B 46	Bitte wählen Sie einen prägnanten und aussagekräftigen Titel Gelbfieberimpfung und reisemedizinische Beratung

Projektkurzbeschreibung
Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern des Projektes. Mit der reisemedizinischen Beratung erfüllt das Gesundheitsamt Bremen eine gesetzliche Vorgabe (§ 22, Abs. 3 ÖGDG). Eine qualifizierte reisemedizinische Beratung durch das GAB senkt Infektionsrisiken und verringert die Gefährdung der Bremer Bevölkerung durch eingeschleppte Infektionserkrankungen. Darüber hinaus stärkt ein solches Impf- und Beratungsangebot die Konkurrenzfähigkeit Bremens als Standort für international operierende Institutionen und Unternehmen (Universität, Airbus, Astrium, Daimler Benz etc.), deren Beschäftigte häufig ins Ausland, darunter auch in Endemiegebiete (z.B. Französisch-Guayana), reisen. Auch bedeuten die Erhaltung und der Ausbau der Impfkompentenz am Gesundheitsamt Bremen die Zurverfügungstellung dieser Kompetenz u. a. für einen nationalen Pandemieplan.

1. Geplante Projektstruktur

Auftraggeber
Senat der Freien Hansestadt Bremen
Verantwortliche Dienststelle (Federführung)
Gesundheitsamt Bremen
Projektleitung (falls schon benannt)

Teilprojektleitungen (Dienststellen und falls bekannt Projektleitungen)

Projektbeginn	01.10.2018
Projektende (geplant)	31.12.2019

2. Ausgangslage, Ziele und Maßnahmen

Leitziel lt. Senatsvorlage

Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung in der wachsenden Stadt Bremen durch
a) Verbesserung der internen Abläufe, b) optimale Nutzung bestehender Kapazitäten und c)
einen funktionierenden Service im Bereich der Bürgerdienste. (Vgl. Senatsbeschluss)

Ausgangslage für das Projekt

Welches Problem liegt vor? Was sind die Ursachen für das Problem?

Derzeit sind die personellen Kapazitäten des GAB zur Durchführung von Gelbfieberimpfungen und reisemedizinischen Beratungen, auch aufgrund der erhöhten Nachfrage, nicht ausreichend. Der Bürgerservice würde mit den Neueinstellungen deutlich verbessert.

Projektziele, Maßnahmen

Wie können die oben beschriebenen übergreifenden Leitziele erreicht werden? Zur Operationalisierung sollten die Leitziele in konkrete Projektziele „heruntergebrochen“ und mit Maßnahmen hinterlegt werden.

Projektziele
Projektziel 1: Dauerhaftes Angebot zur Infektionsprophylaxe für die Bremer Bevölkerung
Projektziel 2 : Ausbau der Impfkompentenz
Mit welchen Maßnahmen werden die Ziele erreicht?
Maßnahmen zum Projektziel 1: Einstellung von medizinischem Personal
Maßnahmen zum Projektziel 2: Regelmäßige Durchführung von Impfungen

Nicht-Auftrag

Was soll nicht erarbeitet werden? Welche benachbarten Abläufe und Aufgaben sollen nicht verändert werden? Was ist nicht Gegenstand des Projektes?

Es soll kein Eingriff in die schulmedizinischen Untersuchungen sowie Impfungen erfolgen.

3. Meilenstein- und Ressourcenplanung

Hauptaktivitäten/Arbeitspaket Welche groben Schritte oder Arbeitspakete sind vorgesehen?	Meilensteine (= messbares Zwischenergebnis, definierter Inhalt, Zeitpunkt) gibt es?	Aufwand in % des Gesamtvolumens
Ausschreibung und Einstellung des medizinischen Personals	M 1 Start des Projektes am 01.10.2018 mit der Besetzung Stellen zum nächstmöglichen Zeitpunkt	10 %
Einarbeitung des Personals in reisemedizinische Beratung und Impfungen	M2 Einstieg in den Routinebetrieb durch neues Personal innerhalb von 2 Monaten	25 %
Erarbeitung eines Konzeptes zur reise- und tropenmedizinischen Beratung von Politik und Institutionen	M3 Auftaktveranstaltung zur Vorstellung des neuen Angebots	35 %
Regelmäßige und dauerhafte Durchführung von Impfungen sowie reisemedizinische Beratung	M4 Deckung aller reisemedizinischer Anfragen einschl. Impfungen	30 %
Aufwand Gesamt:		100 %

Ressource	Budget (geschätzt)
Personal	
1,0 VZÄ Ärztin / Arzt 2,0 VZÄ medizinische Assistenz } 3,0 VZÄ für beide Jahre	53 T€ (2018) 184 T€ (2019)
Ausstattung	
Sachkosten	
Sonstige	

Wirtschaftlichkeit

Bitte stellen Sie qualitative oder quantitative Begründungen im Anhang dar.

Siehe Anlage WU

Berichtswesen

Wem ist was, wann zu berichten?

Bericht ggü. der senatorischen Dienststelle

Ansprechpartner/in: (Name/Dienststelle/Kontaktdaten)

Gesundheitsamt Bremen

Hornerstraße 60/70

28203 Bremen

Anlage : Wirtschaftlichkeitsuntersuchungs-Ubersicht (WU-Ubersicht)

Anlage zur Vorlage :

Datum : 24.05.2018

Benennung der(s) Maßnahme/-bündels

B 46 Gelbfieberimpfung und reisemedizinische Beratung

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für Projekte mit einzelwirtschaftlichen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen

Methode der Berechnung (siehe Anlage)

Rentabilitäts/Kostenvergleichsrechnung Barwertberechnung Kosten-Nutzen-Analyse
 Bewertung mit standardisiertem gesamtwirtschaftlichen Berechnungstool

Ggf. ergänzende Bewertungen (siehe Anlage)

Nutzwertanalyse ÖPP/PPP Eignungstest Sensitivitätsanalyse Sonstige (Erläuterung)

Anfangsjahr der Berechnung : 2018

Betrachtungszeitraum (Jahre): zwei Unterstellter Kalkulationszinssatz:

Geprüfte Alternativen (siehe auch beigefügte Berechnung)

Nr.		Rang
1	Gelbfieberimpfung und reisemedizinische Beratung	1
2		
n	Nichtdurchführung der Maßnahme	n

Ergebnis

Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien gemäß WiBe 5.0 E, s. Tab. 2). Das Ergebnis zur qualitativ strategischen Bedeutung (Ergebnis WiBe Q) mit einer Punktzahl von 79 und das Ergebnis zu den externen Effekten (Ergebnis WiBe E) mit einer Punktzahl von 70 gemäß WiBe 5.0 (beide >50 Punkte) bedeutet, dass die Maßnahme durchgeführt werden kann (Alternative 1).

Weitergehende Erläuterungen

Eine Nichtdurchführung der Maßnahme ist keine Alternative, da es sich um eine gesetzliche Aufgabe handelt. Die Notwendigkeiten, verstärkt Aufgaben im Bereich der Reisemedizin wahrzunehmen, werden begründet durch die hohe Zahl der globalen Reisetätigkeit sowie durch den geplanten Ausbau des Impf- und Beratungsangebots für international operierende Institutionen und Unternehmen (Universität, Airbus, Astrium, Daimler Benz etc.), deren Beschäftigte häufig ins Ausland, darunter auch in Endemiegebiete (z.B. Französisch-Guayana), reisen.

Zeitpunkte der Erfolgskontrolle:

1. 31.03.2020

Kriterien für die Erfolgsmessung (Zielkennzahlen)

Nr.	Bezeichnung	Maßeinheit	Zielkennzahl
1	Evidenzbasierte Reise-Impfungen bezogen auf die Reiseroute inkl. Beratung	Fallzahl	3.000
	Beratung zu notwendigen Impfungen entlang der Reiseroute	Fallzahl	5.000
3		Fallzahl	

Baumaßnahmen mit Zuwendungen gem. VV 7 zu § 44 LHO: die Schwellenwerte werden nicht überschritten / die Schwellenwerte werden überschritten, die frühzeitige Beteiligung der zuständigen technischen bremischen Verwaltung gem. RLBau 4.2 ist am erfolgt.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht durchgeführt, weil:

Ausführliche Begründung

Tab. 1: Kostenübersicht [B 46 Gelbfieberimpfung und reisemedizinische Beratung] 1)

in €

	Plan 2018	Plan 2019	nachrichtl.: Plan 2020ff	Insgesamt 2018/19
Personal				237.000,0
3,0 VZÄ	53.000	184.000,0	184.000	
Ausstattung				0,0
Sachkosten				0,0
Kosten insgesamt	53.000,0	184.000,0	184.000,0	237.000,0

1) Auf die Darstellung einer monetären Wirtschaftlichkeit wird vor Projektbeginn verzichtet. Die Durchführung der Maßnahme führt zu einer erhöhten Qualitätsverbesserung der Aufgabenwahrnehmung (dazu die Kriterien angelehnt an WiBe 5.0 Q, s. Tab. 2) und zu einer Steigerung des externen Nutzens (dazu die Kriterien angelehnt an WiBe 5.0 E, s. Tab. 2).

Tab. 2: Nutzwertanalyse [B46 Gelbfieberimpfung und reisemedizinische Beratung] 1)

	Gewichtung	Bewertung	Punktzahl	Begründung
Qualitativ strategische Bedeutung				
1 Bedeutung für die Bürgerservice- und Modernisierungsstrategie der FHB	10	10	100	Die Weiterführung und Ausbau der Gelbfieberimpfungen und der reisemedizinischen Beratung tragen deutlich zu einer Erhöhung des Bürgerservices bei, da die Bremerinnen und Bremer keine Fahrten in das Umland auf sich nehmen müssen, um diese Dienstleistung in Anspruch zu nehmen.
2 Nutzung bereits vorhandener Strukturen und Projekte	10	4	40	Vorhandene Strukturen können vom neu einzustellendem Personal genutzt werden.
3 Dienststellen und ressortübergreifende Effekte für die gesamte FHB	10	10	100	Die Effekte dieser Maßnahme haben weitreichende Auswirkungen auf den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Bremen und sind damit für die gesamte FHB wichtig und dies ressortübergreifend.
4 Qualitätszuwachs bei der Aufgabenentwicklung	15	10	150	Mit der Ausweitung der Gelbfieberimpfungen und der reisemedizinischen Beratung wächst zugleich die Anzahl der Personen, die in Bremen diese Kompetenzen haben und diese können mittels eigenen Erfahrungen auch als Multiplikatoren wirken.
5 Verkürzung der Bearbeitungszeit	10	10	100	Durch die Einstellung von weiterem Personal im Bereich Gelbfieberimpfungen wird eine signifikante Verkürzung der Bearbeitungszeit ermöglicht.
6 Einheitliches Verwaltungshandeln	15	0	0	
7 Imageverbesserung	10	10	100	Die Möglichkeit Gelbfieberimpfungen und reisemedizinische Beratungen innerhalb Bremens anbieten zu können, erhöht deutlich das Image der FHB, da die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr ins Umland fahren müssen, um diese Dienstleistungen zu erhalten.
8 Verbesserte Steuerung für Entscheidungsträger	5	10	50	Die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger vor Ort erhalten aufgrund der höheren Anzahl der Beschäftigten im Bereich der Reisemedizin einschl. Gelbfieberimpfungen einen Erkenntnisgewinn, durch den eine verbesserte Steuerung für Entscheidungsträger ermöglicht wird.
9 Attraktivität der Arbeitsbedingungen	10	10	100	Durch die Erhöhungen der Anzahl an Personen mit Impfkompentenz und an Erfahrungen in reisemedizinischen Beratungen erhöht dies die Attraktivität der Arbeitsbedingungen, da es zu einem Austausch auf "kurzem Wege" zwischen Kolleginnen kommen wird.
10 Qualifikationssicherung/-erweiterung	5	10	50	Die Durchführung der Maßnahme ermöglicht es dem Gesundheitsamt, eine signifikant gesteigerte Qualifikationssicherung sowie -erweiterung im Bereich Reisemedizin einschl. Gelbfieberimpfungen zu erwerben.
Insgesamt	100	84	790	
Ergebnis WiBe Q			79	
Externe Effekte				
A. Wer sind meine Kunden?				
B. Was wollen meine Kunden?				
C. Welche technische Ausstattung haben meine Kunden?				
D. Welche Nutzungsintensität des Angebotes ist zu erwarten?				
1 Dringlichkeit aus Nachfrage(intensität)	10	6	60	Zunahme von globalen Reisetätigkeiten
2 Realisierung eines einheitlichen Zugangs	10	0	0	
3 Erhöhung der Verständlichkeit und Transparenz	15	8	120	Erweiterte Beratungsmöglichkeiten durch medizinisches Fachpersonal.
4 Hilfefunktion zur Unterstützung des externen Kunden	5	8	40	Hilfe und Beratung durch erhöhtes medizinisches Fachpersonal gegeben.
5 Nutzen durch die zeitnahe und vollständige Verfügbarkeit der Information	10	8	80	Zeitnahe und vollständige Beratung zu notwendigen Impfungen durch erhöhtes medizinisches Fachpersonal.
6 Wirtschaftlicher Nutzen für die Kunden	15	6	90	Durch die Erhöhung des Impf- und Beratungsangebots wird die Konkurrenzfähigkeit Bremens als Standort für international operierende Institutionen und Unternehmen gestärkt.
7 Folgewirkungen für den Kommunikationspartner	5	10	50	Anpassungsaufwand für Kunden entfällt
8 Auswirkung der Beschleunigung von Verwaltungsentscheidungen für Externe	5	6	30	Kürzere Wartezeiten und Wege.
9 Verbesserung/Erweiterung des Dienstleistungsangebotes	15	10	150	Die Weiterführung und der Ausbau der Gelbfieberimpfungen und der reisemedizinischen Beratungskompetenzen in der FHB führen zu einer deutlichen Verbesserung und Erweiterung des Dienstleistungsangebotes. Bürgerinnen und Bürger müssen nicht mehr ins Umland fahren, sondern können diese Dienstleistung direkt in der FHB erhalten.
10 Nachnutzung von Projektergebnissen	10	8	80	Nachhaltigkeit der Reisemedizin.
Insgesamt	100	70	700	
Ergebnis WiBe E			70	

Maßnahme kann durchgeführt werden

öffentlich nicht öffentlich

**Verstärkungsmittel für das Handlungsfeld
Digitale Verwaltung und Bürgerservice**

**Haushalt der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) 2018
Produktgruppe: 51.01.02 Gesundheitsamt Bremen**

Kamerale Finanzdaten:

Hst. neu	Hst	BKZ	FBZ	Zweckbestimmung	Beantragte Nachbewilligung in €
X	3510.428 17-	510	925	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Projekt B46 Gelbfieberimpfung u.reisemedizinische Beratung - HF Bürgers.	52.600 €

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei

PGR	Hst.	Zweckbestimmung	€
92.01.02	0995/971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	0,00
92.01.02	3995/971 12-6	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung und Bürgerservice)	52.600,00

Personaldaten:

zu Stellenverlagerungen (vgl. Anlage)

Anpassung der Beschäftigungszielzahl				
PGR	Kernbereich, Raumpflege, Ausbildung	von - bis	Veränderung	neue Planung
51.01.02	temporäre Personalmittel	01.10.-31.12.18	+3,0	11,5

Leistungsziele/-kennzahlen:

Anpassung von Leistungszielen/-kennzahlen				
PGR/PBR	Leistungsziel/-kennzahl; Einheit	Planung	Veränderung	neue Planung

Der Antrag ist schriftlich bei der Senatorin für Finanzen einzureichen.

A**Sonstige Anmerkungen:
Kurzbeschreibung der Maßnahme**

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2018/2019 hat der Senat in seiner Sitzung am 12.09.2017 die innerhalb der Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Digitale Verwaltung und Bürgerservice dargestellten Maßnahmen beschlossen. Die Veranschlagung dieser Mittel erfolgte zunächst auf Globaltiteln im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen.

Zum Controlling der Verstärkungsmittel im Rahmen der Staatsrätesitzung am 29.05.2018 hat die SF neben der Aktualisierung des Controllings eine Abfrage über Mehrbedarfe gestellt.

Mit dieser Maßnahme soll die Gelbfieberimpfung, die für die Einreiseerlaubnis in Endemiegebieten zwingend ist, sowie die reisemedizinische Beratung der Bremer Bevölkerung wieder fest am Gesundheitsamt etabliert und verstärkt werden, um dem gesetzlichen Auftrag gerecht werden zu können und unter anderem auch den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Bremen dauerhaft zu stärken.

Die Übersicht zur Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (WU-Übersicht) ist
 beigefügt.

Darstellung der Unvorhersehbarkeit / Unabweisbarkeit

Die Verstärkungsmittel zu den Handlungsfeldern Digitale Verwaltung und Bürgerservice wurden zunächst im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen veranschlagt. Nach Vorliegen der Planungsunterlagen nach § 24 Abs. 2 LHO werden die Mittel in den Produktplan 51 Gesundheit verlagert.

Zustimmung

Produktgruppenverantwortlicher

 ja nein, nicht erforderlich

Produktbereichsverantwortlicher

 ja nein, nicht erforderlich

Produktplanverantwortlicher

 ja nein, nicht erforderlich

Ausschüsse:

 ja nein, nicht erforderlich

Deputationen:

 ja nein, nicht erforderlich

Dep. für Gesundheit und Verbraucherschutz

An die Senatorin für Finanzen
mit der Bitte um Zustimmung weitergereicht.
Im Auftrag